
Geleitwort	4
Vorwort	6
I. Einleitung	7
I.1. Historischer und thematischer Kontext	8
I.1.1. Deutsch-deutsche Beziehungen vom Grundlagenvertrag bis 1990	9
I.1.2. Hilfe für DDR-Bürger auf privater und gesellschaftlicher Ebene	13
I.2. Die Quellen	19
I.2.1. Zeitzeugenbefragungen	19
I.2.2. „Überreste“ der Hilfsaktion: Briefwechsel und Büroakten	20
I.2.3. Aktenbestände des Ministeriums für Staatssicherheit	21
I.3. Vorgehensweise	22
II. Zur Person Theo Koenig	23
II.1. Biographische Daten	23
Erste Kontakte in die DDR	24
II.2. Beweggründe für die Hilfsaktion	26
Allgemeine Beweggründe	26
Besondere Beweggründe	28
III. Die Briefpartner von Theo Koenig	32
III.1. Prüfung von Kriterien und Kategorisierung der Briefkontakte	33
III. 2. Vorstellung der einzelnen Kategorien anhand von Fallbei- spielen	36
III.2.1. Kategorie I – Ausreiseantragsteller	36
Familie Hans-Georg Schulz aus Gera	35
Familie Krüger aus Magdeburg	38
Familie Zille aus Dessau	44
III.2.2. Kategorie II – „DDR-treue“ Fälle	45
Familie Hiob aus Magdeburg	45
Familie Manfred Schulz aus Gera	45
III. 2.3. Kategorie III – „Stasi-Fälle“	47
Familie Falkenstein aus Herzberg	48
Familie Schmidt aus Leipzig	51

V. Die Hilfsaktion	53
IV.1. Die Rahmenbedingungen der Hilfsaktion	53
Umfang der Hilfsaktion – wachsende Korrespondenz	53
Finanzierung des Projekts	55
Logistische Mittel und Zeitaufwand	58
IV.2. Der Aufbau der Hilfsaktion – drei Säulen der Unterstützung	60
IV.2.1. Die materielle Unterstützung	60
Standardpakete	60
Individuelle Unterstützung	64
Hindernisse der materiellen Unterstützung und Koenings	
Auswege	65
Gegengeschenke und die Reaktion der Briefpartner auf die materielle Unterstützung	68
IV.2.2. Die ideelle Unterstützung	70
IV.2.2.1. Briefwechsel mit Ausreiseantragstellern und politischen Häftlingen	70
Aufbau eines Vertrauensverhältnisses	72
Die formale Gestaltung der Briefwechsel	76
Die inhaltliche Gestaltung der Briefwechsel	79
Die Bedeutung eines Ansprechpartners und Mitstreiters im Westen	84
IV.2.2.2. Briefwechsel mit „DDR-treuen“ Fällen	88
IV.2.2.3. Rundbriefe	94
IV.2.3. Die praktisch-politische Unterstützung	97
IV.3. Grenzen der Hilfsaktion	105
V. Umgang mit der Hilfsaktion im Westen	109
Wahrnehmung der Aktion bei politischen Institutionen in der BRD	112
Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen	114
VI. Die Reaktion des MfS auf Koenings Hilfsaktion	117
VI.1. Koenig und seine Hilfsaktion im Spiegel der Stasiakten	117
Wie sich das MfS über Koenig und seine Aktion informierte	120
Probleme auf der empirischen Ebene	128
Probleme auf der Bewertungsebene	133

VI.2. Die Gegenschläge des Ministeriums für Staatssicherheit	138
VI.2.1 Maßnahmen gegen Koenig und seine Hilfsaktion	138
„Zersetzende Maßnahmen“	139
Strafrechtliche Verfolgung	141
„Politische Maßnahmen“	144
Unterbindung des Briefkontaktes	145
„Operative Kombinationen und Spiele“	147
Wirksamkeit der Maßnahmen gegen Koenig	150
VI.2.2. Maßnahmen gegen die Briefpartner	150
VI.2.2.1. Maßnahmen gegen „DDR-treue“ Briefpartner	151
VI.2.2.2. Maßnahmen gegen ausreisewillige Briefpartner	157
Vorgehen gegen „hartnäckige Antragsteller“	158
Strafrechtliche Verfolgung	160
Mögliche Konsequenzen einer Westverbindung	165
VII. Schlussbetrachtung	167
Literaturverzeichnis	174
A Quellen	174
Unveröffentlichte Quellen	174
1. Privataarchiv Koenig	174
2. Zeitzeugeninterviews	175
3. Sonstiges	175
Veröffentlichte Quellen	176
B Literatur	178
1. Monographien und Sammelbände	178
2. Aufsätze und Zeitschriftenartikel	182
Verzeichnis der Dokumente	184

Die kursiv dargestellten Textstellen sind Abschriften und Zitate. Sie wurden in alter Rechtschreibung belassen. Sofern sie aus Unterlagen des MfS und anderer DDR-Behörden sowie der SED stammen, wurden orthografische und grammatische Fehler nicht korrigiert.

Zitate aus Zeitzeugenberichten wurden geglättet und teilweise an die neue Rechtschreibung angepasst. Einige Namen wurden abgekürzt.

Geleitwort

Von 1945 bis 1989 war Deutschland ein geteiltes Land. 44 Jahre konnten Familienbeziehungen und Freundschaften nur unter größten Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden. Die Themen Flucht und Ausreise aus der DDR bestimmten zu einem großen Teil die Politik dieser Jahre.

Die innerdeutsche Grenze war von Beginn an verbunden mit Tod und Leid. Sie zwang die DDR-Bürger zur Entscheidung zwischen Gehen und Bleiben. Wer sich zur Flucht, auch über andere sozialistische Staaten, entschloss, musste mit Gefängnis oder dem Erschossenwerden rechnen. Trotzdem versuchten immer wieder nicht wenige Menschen aus Verzweiflung, diesen Weg zu gehen. Andere stellten einen oder häufig auch mehrere Anträge auf Ausreise und lieferten sich damit dem Terror ostdeutscher Behörden aus. Berufliche Diskriminierung, entwürdigende Gespräche bei der Abteilung Inneres und in den Personalabteilungen der Arbeitsstellen, gesellschaftliche Ausgrenzung waren meist über Jahre hinweg die Folge. Obwohl auch dieser Weg in sehr vielen Fällen erst über die Gefängnisse in die Freiheit führte, nahm die Zahl derer die den sozialistischen Teil Deutschlands verlassen wollten, stetig zu. „AStA“, Antragsteller auf ständige Ausreise, wurden zu einem der größten Probleme des Staates DDR. Gerade auch in seinem letzten Jahr, als vorwiegend die jungen Menschen ihm den Rücken kehrten.

Das Leben auf gepackten Koffern war für die Betroffenen nur schwer auszuhalten. Unterstützung fanden sie in Selbsthilfegruppen, manchmal auch in kirchlichen Räumen. Zu denen, die ihnen im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten Mut machten, gehörten einige wenige bundesdeutsche Hilfsorganisationen, wie z.B. der Verein „Hilferufe von Drüben“, die Gesellschaft für Frieden und Menschenrechte oder auch amnesty international. Immer wieder haben sich aber auch einzelne Menschen auf westdeutscher Seite besonders für Ausreisewillige eingesetzt. Zu diesen Personen gehörte Theo Koenig. Er baute insgesamt 727 DDR-Kontakte über die Grenze hinweg auf, zu denen viele Familien gehörten. Er schickte ihnen regelmäßig ermutigende Briefe und Pakete. Zusätzlich wies er das Bundesministerium für innerdeutsche Angelegenheiten oder den Petitionsausschuss des Bundestages auf besonders schwierige Fälle hin und bat sie, ihren Einfluss für eine beschleunigte Ausreise geltend zu machen. Als „Feindzentrale“ wurde er deshalb vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) erbittert bekämpft. „Ein-Mann-Unternehmen in Sachen Nächstenliebe“ nannten Schülerinnen in ihrem Beitrag für den Geschichtswettbewerb der Körberstiftung 1994/1995 seine Arbeit. Anne Schemann war eine dieser Schülerinnen. Für ihre Magisterarbeit hat sie den umfangreichen

Briefwechsel und die Aufzeichnungen Theo Koenings katalogisiert, Zeitzeugen befragt und Unterlagen des MfS gesichtet. Sie hat damit sein beeindruckendes Engagement noch einmal in besonderer Weise festgehalten. Sein Handeln ist ein Kapitel deutsch-deutscher Geschichte.

1989 fiel der Eiserne Vorhang: Am Anfang stand in Ungarn der Abbau der Grenzanlagen zu Österreich seit dem 2. Mai, in Deutschland brach die Mauer am 9. November zusammen. Die Veröffentlichung der Geschichte von Theo Koenig in der Reihe „Sachbeiträge“ anlässlich des 15. Jahrestages dieser Ereignisse versteht sich als Würdigung seiner und damit der grenzüberschreitenden Arbeit vieler anderer, sie soll aber auf der anderen Seite auch an die Unmenschlichkeit dieses Grenzsystems erinnern.

Edda Ahrberg

Landesbeauftragte



Theo Koenig mit alten Fotos (Foto: Privatarchiv Anne Schemann)

Vorwort

Als ich das erste Mal mit der DDR in Berührung kam, war ich elf Jahre alt, und der zweite deutsche Staat stand kurz vor seinem Ende. Die Mauer war gefallen, und ich verfolgte fasziniert vor dem Fernsehgerät, wie Tausende von DDR-Bürgern stundenlang in Autokolonnen an der innerdeutschen Grenze warteten, um in den Westen fahren zu können.

Fünf Jahre später dachte ich mit zwei Freundinnen darüber nach, welche Rolle die DDR eigentlich in unserem Leben im westfälischen Münster gespielt hatte. Für den Schülerwettbewerb „Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten“ sollten wir in unserem Heimatort auf Spurensuche gehen – zum Thema „West/Ost – Ost/West-Geschichten“. Zunächst sahen wir keinerlei Anknüpfungspunkte: Wir hatten keine Verwandtschaft in der DDR, waren nie dort zu Besuch gewesen, und Münster lag weit weg von der ehemaligen Grenze. Irgendwann erinnerten wir uns daran, dass der frühere Sekretär unseres Gymnasiums, Theo Koenig, des öfteren Spenden für DDR-Bürger gesammelt hatte. An der Schule ging damals das Gerücht herum, der Ordensbruder habe deshalb in der DDR auf einer „schwarzen Liste“ gestanden. Was immer das heißen mochte, es klang nach einem vielversprechenden Thema.

Koenigs Berichte über seine Briefpartner, über Ausreiseanträge und politische Verfolgung in der DDR überstiegen mehr als einmal meine Vorstellungskraft, von meinem Schulwissen über die DDR und die deutsch-deutschen Beziehungen ganz zu schweigen. Über die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR konnte Koenig damals nur spekulieren. Erst ein halbes Jahr nach Abgabe unserer Wettbewerbsarbeit konnte er Einsicht in die umfangreichen Aktenbestände nehmen, die das MfS über ihn angelegt hatte.

Da mich Koenigs Geschichte seit damals nicht mehr ganz losgelassen hat, fand ich die Idee reizvoll, seine Hilfsaktion – und ihre politischen Dimensionen in Ost und West – in meiner Magisterarbeit wissenschaftlich zu untersuchen. Professor Bernd Jürgen Wendt möchte ich danken, dass er mir dies ermöglicht hat. Zu Dank verpflichtet bin ich auch den vielen Zeitzeugen, die mir in langen Gesprächen Rede und Antwort gestanden haben: Koenigs Verwandten, Berufskollegen und Unterstützern. Besonders hervorheben möchte ich Eva Falkenstein, Anita Reitmann, Hans-Georg und Ingrid Schulz sowie Gerhard Hiob, die zu DDR-Zeiten Koenigs Briefpartner wurden. Manche von ihnen hat es wohl einige Überwindung gekostet, einer fremden Studentin Einblick in sehr emotionale Lebensbereiche zu geben.

Mein besonderer Dank gilt aber Theo Koenig selbst, der mir nicht nur sein privates Archiv zur Verfügung stellte, sondern auch auf kritische und sehr persönliche Fragen Auskunft gab.

I. Einleitung

*Hast du das deine schon getan?*¹, wurden die Bundesbürger in den 50er Jahren auf Plakaten und Handzetteln gefragt. Gemeint war das „Päckchen nach drüben“² an Verwandte, Freunde oder Unbekannte in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Staatliche Kampagnen warben dafür, den „Schwestern und Brüdern im Osten“ so zu zeigen, dass sie im Westen nicht vergessen waren. Briefe und Pakete sollten einen symbolischen Brückenschlag zwischen den beiden deutschen Staaten markieren. Aus Sicht der damaligen Bundesregierung unter Konrad Adenauer waren sie zugleich Ausdruck des Wirtschaftswunders im eigenen Land und eines deutschen Zusammengehörigkeitsgefühls.

Der Ordensbruder Theo Koenig verfolgte diese erste Zeit der deutsch-deutschen Teilung aus weiter Ferne, als Missionar in Papua Neu Guinea. Als er aber 1972 nach Deutschland zurückkehrte, machte er die Werbebotschaft der 50er Jahre gewissermaßen zu seinem Lebensmotto. Bis zur Wiedervereinigung 1990 baute er über 700 Kontakte zu DDR-Bürgern auf, schickte Pakete und Briefe und schlug so seine persönliche „Brücke nach drüben“. Dabei schloss der Münsteraner Brieffreundschaften mit den unterschiedlichsten Menschen, die aus einer Vielzahl von Gründen an einer Verbindung mit „Onkel Theo“³ und seiner Unterstützung interessiert waren.

Vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Teilung blieb Koenigs ungewöhnliches „Hobby“⁴ allerdings keine Privatangelegenheit. Während sein Freundes- und Bekanntenkreis überwiegend positiv reagierte, sahen die bundesdeutschen Behörden sein Engagement sehr kritisch und die DDR-Bürger durch diese Westverbindung gefährdet. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)⁵ in der DDR verstand Koenigs Aktivitäten sogar

1 Plakat der fünfziger Jahre, abgedruckt in: HÄRTEL, Christian / KABUS, Petra (Hrsg.): Das Westpaket. Geschenksendung, keine Handelsware, 2. Aufl., Berlin 2001, S. VI.

2 Appell der „Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege“ (Plakat der fünfziger Jahre), abgedruckt in: ebd., S. VIII.

3 So wurde Theo Koenig von seinen Briefpartnern genannt, vgl. Kap. IV.2.2.

4 Koenig selbst bezeichnete seine Hilfsaktion als „Hobby“, da er sich ihr nur in seiner Freizeit widmen konnte.

5 Im folgenden werden auch die sowohl im öffentlichen Sprachgebrauch als auch in der wissenschaftlichen Literatur gebräuchlichen Abkürzungen Stasi, Staatssicherheit oder MfS verwendet.

als Angriff gegen das sozialistische System und machte in ihm eine westliche „Feindzentrale“⁶ aus.

In der vorliegenden Arbeit sollen sowohl die Hilfsaktion von Theo Koenig als auch ihre „politischen Dimensionen“⁷ dargestellt und analysiert werden. Es wird zu klären sein, was den Ordensbruder motivierte, so viele DDR-Bürger materiell und ideell zu unterstützen und welche Ziele er persönlich mit diesem Projekt verfolgte. Zweitens wird nach den Briefpartnern zu fragen sein: Was waren das für Menschen und welche Gründe hatten sie, sich von dem münsterischen Ordensbruder helfen zu lassen? Schließlich soll untersucht werden, worin Koenigs Hilfe genau bestand, wie sie finanziert und aufgebaut war, inwieweit sie aus Sicht der DDR-Bürger erfolgreich war und wo ihre Grenzen lagen. Ausgehend von dieser Darstellung soll dann geprüft werden, wie die Hilfsaktion von „außen“ wahrgenommen wurde, wie die Reaktionen in beiden deutschen Staaten aussahen und welche Konsequenzen diese wiederum für Koenig und seine Briefpartner hatten.

Bevor das Quellenmaterial und die Vorgehensweise dieser Arbeit erläutert werden, soll Koenigs Hilfsprojekt kurz in den historischen und thematischen Kontext eingeordnet werden.

1.1. Historischer und thematischer Kontext

Die politische Lage zwischen den beiden deutschen Staaten war der Auslöser für Koenigs Hilfsaktion, und von ihr hingen auch die jeweiligen Rahmenbedingungen ab. Die wichtigsten Entwicklungslinien der deutsch-deutschen Beziehungen im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit sollen im folgenden kurz erläutert werden.⁸

Zur thematischen Einordnung dient ein kurzer Überblick über die verschiedenen Formen westdeutscher Unterstützung für DDR-Bürger. Die Dar-

6 In den Stasiakten wird Koenig beispielsweise als *Feindperson*, *Feindorganisation* oder *Helfer einer Feindorganisation* bzw. als *feindliches Zentrum* bezeichnet, vgl. Kap. VI.I. Der Begriff „Feindzentrale“ ist der Versuch, diese unterschiedlichen Bezeichnungen zusammenzufassen; Zum Sprachgebrauch des MfS vgl. auch: SUCKUT, Siegfried (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen“ Arbeit, 3. Aufl., Berlin 2001 (Analysen und Dokumente, wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 5).

7 Der Begriff „politische Dimension“ bezieht sich in dieser Arbeit auf den Kontext des Ost-West-Konfliktes.

8 Vgl. allgemein: BAUERKÄMPER, Arnd: Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998 und MAIBAUM, Werner: Geschichte der Deutschlandpolitik, Bonn 1998 (Reihe Deutsche Zeitbilder der Bundeszentrale für politische Bildung).

stellung beschränkt sich aus Gründen der Vergleichbarkeit auf Hilfsprojekte von nicht-staatlichen Organisationen (NGOs) und Privatpersonen. Parallel dazu soll der Forschungsstand zu dieser Thematik dargestellt werden.

1.1.1. Deutsch-deutsche Beziehungen vom Grundlagenvertrag bis 1990

Im Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 einigten sich die beiden deutschen Staaten auf das gemeinsame Ziel, *normale, gutnachbarliche Beziehungen* zu entwickeln.⁹ Die Bundesrepublik verstand darunter eine Annäherung in praktischen Fragen und erhoffte sich eine Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls.¹⁰ Das Vertragswerk wurde als erster großer Erfolg der neuen Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel gesehen. Erklärtes Ziel der DDR-Regierung unter Erich Honecker war dagegen eine Festschreibung des Status quo. Die Welle internationaler Anerkennung infolge des Grundlagenvertrages konnte die DDR daher als klaren Erfolg verbuchen.¹¹

Ab 1973 verbesserte sich die Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten – trotz einiger Rückschläge – beständig, was sich an der Fortentwicklung der praktischen Zusammenarbeit in Einzelfragen und der Intensivierung des Handelsaustausches festmachen lässt.¹² Am 18. Sep-

9 „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ (Er trat am 21. 6. 1973 in Kraft). Der ungekürzte Vertragstext ist abgedruckt in: MÜNCH, Ingo von (Hrsg.): Dokumente des geteilten Deutschlands, Bd. II, seit 1968, Stuttgart 1974, S. 301ff.; zu den Vorverhandlungen vgl.: BOROWSKY, Peter: Deutschland 1969–82, Hannover 1987.

10 Timothy GARTON ASH skizziert die Strategie der Bundesregierung mit folgenden Worten: *Alle grundsätzlichen Differenzen ausklammern, um die Tür zur Entwicklung eines praktischen Modus vivendi unter den Oberbegriffen „Entspannung“, „Kooperation“ und „Normalisierung“ zu öffnen ...*, in: GARTON ASH, Timothy: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München, Wien 1993, S. 193.

11 POTTHOFF weist aber daraufhin, *daß wohl viele Staaten die längst beabsichtigte Normalisierung ihrer Beziehungen zur DDR lediglich bis zum ... Abschluß des Grundlagenvertrages zurückgestellt hatten. Diese Entwicklung hat der Grundlagenvertrag nicht initiiert, höchstens gebündelt und beschleunigt ...*, in: POTTHOFF, Heinrich: Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 34.

12 In der Literatur wird der Stand der Reise- und Verkehrsregelungen als Barometer für das politische Klima zwischen DDR und BRD gewertet; vgl. BOROWSKY, a. a. O., S. 278ff. und POTTHOFF, Heinrich: Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Dokumente, Darstellung und Dokumente, Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 18, Bonn 1997, S. 96ff.

tember 1973 wurden die Bundesrepublik und die DDR als gleichberechtigte Staaten in die UNO aufgenommen.

Nach dem Rücktritt Willy Brandts nahm am 16. Mai 1974 in Bonn die neue Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher ihre Arbeit auf – die Ost- und Deutschlandpolitik der Vorgängerregierung wurde aber im Wesentlichen fortgeführt.¹³ Die DDR-Führung betrieb nach der internationalen Anerkennungswelle und der vertraglichen Regelung der deutsch-deutschen Beziehungen wieder eine stärkere Abgrenzung von der Bundesrepublik Deutschland (BRD). Dies kam am deutlichsten in der Verfassungsänderung vom Oktober 1974 mit der Streichung der Wiedervereinigungsklauseln zum Ausdruck.¹⁴

Einen Meilenstein der deutsch-deutschen Beziehungen markierte die Konferenz für Frieden und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975 in Helsinki, deren Schlussakte neben allgemeinen Absprachen zu Frieden, Sicherheit und Wirtschaft auch menschenrechtliche Zusagen enthielt.¹⁵ Die DDR wertete die Konferenz als bisherigen Höhepunkt ihres Strebens nach internationaler Anerkennung und Einstieg in die Gipfeldiplomatie.¹⁶ Die humanitären Zugeständnisse stärkten aber die innenpolitische Opposition und bedeuteten ein Legitimationsdefizit der Regierung.¹⁷ Die Zahl der Ausreiseanträge stieg sprunghaft an, viele DDR-Bürger beriefen sich auf die in der KSZE-Schlussakte verbürgten Rechte. Die DDR-Führung behandelte solche Anträge als *rechtswidrige Übersiedlungssuchen*.¹⁸ Die Auslegung des KSZE-Dokumentes sei ein souveränes Recht des so-

13 SIEBS, Benno-Eide: Die Außenpolitik der DDR 1976–1989: Strategien und Grenzen, Paderborn, München, Wien, Zürich 1999, S. 252.

14 Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, in: GESETZBLATT DER DDR, Teil I, NR. 47, vgl. BOROWSKY, a. a. O., S. 250f.

15 Die Schlussakte von Helsinki ist abgedruckt in: SCHWEISFURTH, Theodor / OELLERS-FRAHM, Karin (Hrsg.): Dokumente der KSZE, München 1993, S. 4–70. Nach Wilfried von BREDOW beginnt mit der KSZE-Konferenz die fünfte und letzte Phase im Ost-West-Konflikt, BREDOW, Wilfried von: Der KSZE-Prozeß, Darmstadt 1992, S. 7–12.

16 SIEBS, a. a. O., S. 130ff.

17 Nach ENGELMANN wurden die Ausreisewilligen *spätestens in den achtziger Jahren zum sicherheitspolitischen Problem ersten Ranges* für die DDR, ENGELMANN, Roger: Funktionswandel der Staatssicherheit, in: BOYER, Christoph / SKYBA, Peter (Hrsg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und ČSSR, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Berichte und Studien Nr. 20, Dresden 1999, S. 95.

18 Vgl. die ORDNUNG NR. 118/77 des DDR-Innenministeriums vom 8. März 1977, abgedruckt in: LOCHEN, Hermann / MEYER-SEITZ, Christian (Hrsg.): Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministerium des Innern, Köln 1992, S. 369–522.

zialistischen Staates, was durch das Gebot zur *Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten* garantiert sei.¹⁹ Auch wenn die Schlussakte de facto keine vertraglichen Verpflichtungen enthielt, sah sich die DDR-Führung im fortschreitenden KSZE-Prozess aber einem wachsenden moralischen Druck durch die anderen Unterzeichnerstaaten ausgesetzt.²⁰

Ab Ende der 70er Jahre verschlechterte sich die weltpolitische Lage deutlich: Der NATO-Doppelbeschluss, der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan und die Polen-Krise 1981 waren Eckpunkte dieser Entwicklung.²¹ Während sich die ideologische Konfrontation zwischen den Supermächten verschärfte, schwankten die deutsch-deutschen Beziehungen zwischen Abgrenzung und Ansätzen von Kooperation.²²

Die Bundestagswahlen 1982 brachten einen Regierungswechsel zur christlich-liberalen Koalition, an den deutschland-politischen Zielen änderte sich aber wiederum wenig – Bundeskanzler Helmut Kohl hielt im Wesentlichen am Kurs der Vorgängerregierungen fest.²³ In der praktischen Umsetzung baute die Kohl-Regierung einen umstrittenen Handel mit der DDR aus: humanitäre Erleichterungen gegen D-Mark. Beispiele für diese Strategie sind die vom damaligen CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß ver-

19 In der ORDNUNG NR. 118/77 heißt es hierzu wörtlich, dass *Entscheidungen zu diesen Fragen* [der Ausreise aus der DDR, Anm. der Verf.] *entsprechend den international anerkannten Prinzipien des Völkerrechts ausschließlich innerstaatliche Angelegenheiten sind*, zit. nach: LOCHEN / MEYER-SEITZ, a. a. O., S. 389. Es wurde auch festgelegt, wie die DDR-Behörden auf Übersiedlungsgesuchen reagieren sollten: *Bürger, die unter Berufung auf die Schlussakte der KSZE ... versuchen, die DDR der Nichteinhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen zu bezichtigen ..., sind auf mögliche strafrechtliche ... Konsequenzen ihres Handelns mit Nachdruck hinzuweisen*, ebd.

20 Sie war zu einem schwierigen Spagat zwischen Innen- und Außenpolitik gezwungen, vgl. WÜST, Jürgen: Menschenrechtsarbeit im Zwielficht. Zwischen Staatssicherheit und Antifaschismus, Bonn 1999 (Schriftenreihe Extremismus & Demokratie, hrsg. von Uwe BACKES und Eckard JESSE, Bd. 13), S. 41f.

21 Vgl. BOROWSKY, a. a. O., S. 178ff.

22 Ein deutliches Signal der Abgrenzung gab Honecker in seiner Geraer Rede Erich Honeckers vom 13. 10. 1980. Beim Treffen mit Bundeskanzler Helmut Schmidt am Werbellinsee bekräftigten die beiden Staatsoberhäupter aber, die Bemühungen um gutnachbarliche Beziehungen fortführen zu wollen; vgl. BOROWSKY: a. a. O., S. 289ff. und HILLGRUBER, Andreas: Deutsche Geschichte 1945–1986: die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik, Stuttgart, Berlin, Köln 1989, S. 142ff.

23 Einer der wenigen Unterschiede war die stärkere Betonung des Einheitsgedanken unter der Kohl-Regierung. HACKE spricht von einer *operativen Kontinuität* der Deutschlandpolitik nach dem Regierungswechsel, aber einem *deklaratorischen Wandel*, HACKE, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Berlin 1997, S. 305ff.

mittelten Milliardenkredite an die DDR und der starke Anstieg des Freikaufs von politischen Gefangenen der DDR durch die Bundesregierung seit 1984.²⁴

Ab Mitte der 80er Jahre lässt sich auch ein vorsichtiger Gegenkurs der beiden deutschen Staaten zur Konfrontation der Ost-West-Blöcke analysieren, für den Erich Honecker 1983 das Schlagwort „Koalition der Vernunft“ prägte.²⁵ Die außenpolitische Annäherung an die BRD brachte für die DDR innenpolitisch neue Schwierigkeiten mit sich.²⁶ Gleichzeitig hatte sie mit einer sich dramatisch verschlechternden wirtschaftlichen Lage zu kämpfen.²⁷ Die Zahlungsschwierigkeiten konnten durch die westdeutschen Finanzspritzen nur vorübergehend beseitigt werden.²⁸

Mit der seit 1985 vom sowjetischen Präsidenten Michael Gorbatschow vorangetriebenen Erneuerung und Demokratisierung veränderten sich schließlich auch die außenpolitischen Bedingungen der DDR grundlegend. Die DDR-Staatsführung unter Erich Honecker versuchte sich Gorbatschows Perestrojka aber lange Zeit zu verweigern. Sie propagierte Kontinuität, leistete dadurch aber letztlich einer Destabilisierung Vorschub. Die verpasste Reformchance kann als eine Ursache der Fluchtwelle von 1989 betrachtet werden.²⁹

Eine erstarkende innenpolitische Opposition, die in den Leipziger Montagsdemonstrationen zur Massenbewegung wuchs, und eine zunehmende Ausreisebewegung gen Westen gaben dem Volkswillen Ausdruck. Die Öffnung der Berliner Mauer sollte Ende 1989 den Flüchtlingsstrom stoppen, besiegelte aber zugleich das Ende der DDR.³⁰ Am 7. Oktober 1989

24 Zum Freikaufgeschäft vgl. auch: REHLINGER, Ludwig (Hrsg.): Freikauf: die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1961–1989, Berlin, Frankfurt/Main 1991, bes. S. 104ff.

25 Vgl. POTTHOFF: Koalition.

26 GARTON ASH analysiert, dass *es dem Regime nun kaum noch gelang, seinen Bürgern die Bundesrepublik als gefährlichen Feind ... zu präsentieren*, GARTON ASH, a. a. O., S. 283.

27 ROETHE stellt die Behauptung auf, die DDR-Nomenklatura sei wie die DDR-Bürger abhängig von westdeutschen „Finanzspritzen“ gewesen, ROETHE, Thomas: Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl, Frankfurt am Main 1999, S. 30ff.; dieser Analyse der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen widerspricht Jörg ROESLER in seinem Aufsatz „Ein Westpaket für Honecker? Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen“, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 233–252.

28 JUDT, Matthias: Aufstieg und Niedergang der „Trabi-Wirtschaft“, in: Ders.: DDR-Geschichte, S. 100.

29 JUDT, a. a. O., S. 19.

30 Ebd.; JUDT weist auf das Paradoxon hin, dass die Berliner Mauer aus dem gleichen Grunde geöffnet wurde, aus dem sie errichtet worden war – um einen Flüchtlingsstrom zu stoppen, vgl. ebd.

hatte die SED-Führung noch den 40. Jahrestag der DDR gefeiert – nicht ganz ein Jahr später, als Abschluss eines Demokratisierungsprozesses im Schnelldurchlauf, setzte die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 der deutsch-deutschen Teilung ein Ende.³¹

I.1.2. Hilfe für DDR-Bürger auf privater und gesellschaftlicher Ebene

Nach dem schnellen wirtschaftlichen Aufschwung in den 50er Jahren empfanden die Bundesbürger gegenüber den DDR-Bürgern eine Versorgungsverpflichtung, die auf der Überzeugung gründete, *daß es den Leuten drüben schlechter ging*.³² Diese Auffassung stellte einen Konsens in der westdeutschen Gesellschaft dar, der bis zur Wiedervereinigung im Wesentlichen bestehen blieb.³³ Was sich änderte, waren lediglich die Paketinhalte – von Grundnahrungs- zu Genussmitteln, von einer Überlebenshilfe zur Versorgung mit Mangelware.³⁴ Der Lebensstandard im Osten war tatsächlich von Anfang an geringer.³⁵ Durch den Mauerbau 1961 waren viele Bundesbürger zusätzlich motiviert, ihre Verwandten in der DDR materiell zu unterstützen.³⁶

Für die DDR-Bürger wurden die „Westpakete“ bald zum festen Bestandteil der Alltagskultur – als willkommene Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation. Ganz unproblematisch war der Umgang mit den Westpaketen jedoch nicht. Noch zu DDR-Zeiten untersuchte Irene BÖHME die Wahrnehmung der Westpakete durch die Empfänger und analysierte bei den Ostdeutschen einen *tief verwurzelten ... Komplex vom kleinen Bruder, der alte Sachen aufzutragen und darüber glücklich zu sein hat*.³⁷ Ina DIETZSCH konstatiert, *dass das Senden von Versorgungspaketen und das Schenken als verbindende Form der Anerkennung miteinander ver-*

31 MAIBAUM, a. a. O., S. 111ff.

32 KABUS, Petra: Liebesgaben für die Zone. Paketkampagnen und Kalter Krieg, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 121.

33 Ebd.

34 Vgl. DIETZSCH, Ina: Geschenkpakete – ein fundamentales Missverständnis. Zur Bedeutung des Paketaustausches in persönlichen Briefwechseln, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 105–120.

35 Für die Anfangszeit lässt sich dies dadurch erklären, dass die BRD durch den Marshall-Plan wirtschaftliche Aufbauhilfe erfuhr, während die DDR durch Reparationszahlungen an die Sowjetunion zusätzlich belastet wurde, KABUS, a. a. O., S. 123.

36 Ebd. Im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit (von 1978 bis 1990) lag die Zahl der Pakete und Päckchen aus der Bundesrepublik durchschnittlich bei 25 bis 26 Millionen Stück pro Jahr, LINDNER, Bernd: „Dein Päckchen nach drüben“. Der deutsch-deutsche Paketversand und seine Rahmenbedingungen, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 32.

37 BÖHME, Irene: Die Mauersegler kommen, Frankfurt am Main 1986.

mischt würden – was zu einem „fundamentalen Missverständnis“ führe.³⁸ Und Simone TIPPACH-SCHNEIDER weist in ihrem Aufsatz „Mit Bino gekocht und mit Maggi gewürzt“ darauf hin, dass das über Werbung und die Waren aus den Westpaketen vermittelte Bild vom Westen für die DDR-Bürger *ein entscheidender Faktor bei der (Nicht-)Akzeptanz des eigenen Landes* war.³⁹

Dieser Effekt war von der Absenderseite in gewissem Sinn auch beabsichtigt. KABUS vertritt die These, dass die private und gesellschaftliche „Osthilfe“ ein Politikum war.⁴⁰ Sie argumentiert, dass *menschliche Regungen wie Hilfsbereitschaft ... ganz eindeutig im Sinne der politischen Zielsetzung der deutschen Einheit funktionalisiert* worden seien.⁴¹ Aufgabe der Paketsendungen in die DDR sei es gewesen, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und so den Willen zur Einheit zu erhalten. Gleichzeitig habe die westdeutsche Regierung über die Westpakete ein materielles Gefälle und darin die Überlegenheit des eigenen Systems demonstrieren können.⁴²

In den 50er Jahren bildeten sich in der BRD eine Reihe von „Packkreisen“, beispielsweise die BRUDERHILFE OST, die Aktion DEUTSCHE HELFEN DEUTSCHEN oder die WEST-OST-MÜTTERHILFE.⁴³ Im Unterschied zu privaten Sendungen in die DDR können die Pakete dieser Organisationen als „Fremdpakete“ bezeichnet werden.⁴⁴ Wie viele Pakete auf diese Weise

38 DIETZSCH, INA: Geschenkpakete – ein fundamentales Missverständnis. Zur Bedeutung des Paketaustausches in persönlichen Briefwechseln, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 108.

39 TIPPACH-SCHNEIDER, Simone: Mit Bino gekocht und mit Maggi gewürzt. Markenbewusstsein als Weltanschauung, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 144. Gleichzeitig räumt sie aber ein, dass die Westprodukte oft entzaubert wurden, wenn sie aus dem schönen Werbekontext gerissen wurden: *Der „Duft der weiten Welt“, der allabendlich die ostdeutschen Wohnstuben durchzog, wurde mit dem Geschenk möglicherweise eher zerstört, es holte die Sehnsüchtigen in ihre Realität zurück. Denn was hatte schon ein Stück Fa-Seife im geöffneten Westpaket inmitten einer Plattenbauwohnung ... mit der im Werbefilm segelnden ... Fa-Blondine auf den Bahamas ... zu tun*, ebd.

40 KABUS, a. a. O., S. 126.

41 Ebd., S. 127.

42 Ebd., S. 128. KABUS kommt zu dem Schluss, dass *auch der deutsch-deutsche Paketverkehr über viele Jahre Schauplatz des Kalten Krieges* gewesen sei, ebd. Die BRD-Regierung unterstützte die Versorgung der DDR-Bevölkerung mit Westpaketen auch finanziell. Die Aufwendungen für Pakete in die DDR waren von der Steuer absetzbar. Vgl. zu den einzelnen Regelungen: LINDNER, a. a. O.

43 KABUS, a. a. O., S. 124.

44 Ebd., S. 121; dieser Begriff deutet an, dass sie ähnlich wie die „Care“-Pakete nicht an einen bestimmten Empfänger gerichtet waren. Laut KABUS wurden in den 60er Jahren etwa 50.000 bis 100.000 DDR-Bürger jährlich mit „Fremdpaketen“ bedacht, ebd., S. 127.

verschickt wurden, lässt sich nicht genau sagen.⁴⁵ Für das Jahr 1964 errechnete KABUS aber beispielsweise, dass 25 Hilfsverbände mit insgesamt 4.000 Packverbänden einen staatlichen Zuschuss von 3.860.500 DM für den Paketversand erhielten, der durch eine doppelt so hohe Eigenleistung der Verbände aufgestockt wurde. Das bedeutet, dass in diesem Jahr für über 10 Millionen DM „Fremdpakete“ verschickt wurden.⁴⁶

Die DDR-Regierung versuchte der Überschwemmung mit Westmarken einen Riegel vorzuschieben, sie hatte kein Interesse an einem Produkt-Vergleich. Auf ostdeutscher Seite wurde daher versucht, den organisierten Hilfsgüterversand zu unterbinden und den privaten stark zu reglementieren. Diese Rahmenbedingungen des innerdeutschen Postverkehrs sind sehr gut aufgearbeitet in dem Aufsatz von Bernd LINDNER: „Dein Päckchen nach drüben“. Die DDR-Propaganda warnte vor *dem Geschenktod aus der Westzone*⁴⁷, und das Ministerium für Staatssicherheit fahndete nach standardisierten Sendungen westlicher Organisationen.⁴⁸ Das Vorgehen der Stasi gegen Westpakete hat Uli SCHULTE DÖINGHAUS in seinem Aufsatz „Eine ‚gesonderte Behandlung‘ jenseits des Regellaufs. Der Paketverkehr unter Kontrolle von Stasi und Zoll“ untersucht.⁴⁹ Sehr umfangreich dargestellt ist diese Thematik auch im Ausstellungskatalog „Ein offenes Geheimnis. Post- und Telefonkontrolle in der DDR“ des Berliner Museums für Kommunikation.⁵⁰

Ab Anfang der 70er Jahre veränderte sich die Form der Osthilfe in entscheidender Weise. Mit dem Grundlagenvertrag 1973 und den sich daraus ergebenden Erleichterungen im Reise- und Paketverkehr nahmen auf westdeutscher Seite die Kampagnen des Kalten Krieges und damit auch die „Fremdpaket“-Aktionen ab.⁵¹ Im Rahmen der Neuen Ostpolitik setzte die BRD-Regierung eher auf den Dialog mit der DDR-Führung, um eine

45 Die entsprechenden Aktenbestände liegen auf westdeutscher Seite noch unter Verschluss.

46 KABUS, a. a. O., S. 127; für die Folgejahre ist allerdings von einer deutlich geringeren Summe auszugehen, vgl. unten.

47 Frühkommentar im DDR-Rundfunk von Heinz Winter vom 11. 12. 1961, zitiert nach: KABUS, a. a. O., S. 129.

48 Im Sprachgebrauch des MfS handelte es sich hierbei um *Verbrechersendungen*, ebd.

49 SCHULTE DÖINGHAUS, Uli: Eine „gesonderte Behandlung“ jenseits des Regellaufs. Der Paketverkehr unter Kontrolle von Stasi und Zoll, in: HÄRTEL / KABUS, Westpaket, S. 65–82.

50 KALLINICH, Joachim / DE PASQUALE, Sylvia (Hrsg.): Ein offenes Geheimnis. Post- und Telefonkontrolle in der DDR, Berlin 2002 (Katalog der Museumsstiftung Post und Telekommunikation, Bd. 13).

51 Vgl. KABUS, a. a. O., S. 128.

Liberalisierung zu erreichen. Die Packkreise litten darüber hinaus unter Nachwuchsmangel – die jüngere Generation in der BRD fühlte sich von den Problemen in Ostdeutschland weniger persönlich und direkt betroffen.⁵²

Die DDR-Regierung lockerte dagegen in dieser Zeit die Regelungen für den innerdeutschen Postverkehr.⁵³ Dies ist allerdings weniger ein Zeichen dafür, dass Westpakete nicht mehr als gefährlich eingestuft wurden, sondern vielmehr als Folgeerscheinung der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage zu werten. Ab Anfang der 70er Jahre rechnete die DDR die privat eingeführten Waren in ihre volkswirtschaftlichen Bilanzen mit ein.⁵⁴ Sehr differenziert dargestellt ist dieser Aspekt der Osthilfe im Aufsatz von Jörg ROESLER: „Ein Westpaket für Honecker? Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen“.

In Westdeutschland geriet ab Mitte der 70er Jahre, besonders in Folge der KSZE-Konferenz in Helsinki, die Menschenrechtssituation in Ostdeutschland verstärkt in den Blick. Eine Reihe von Verbänden engagierte sich für Ausreisewillige und politisch Verfolgte in der DDR.⁵⁵ Die wichtigsten waren AMNESTY INTERNATIONAL (AI), die INTERNATIONALE GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE (IGFM) mit Sitz in Frankfurt und die GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (GFBV) in Göttingen.

Die Arbeit von AI für politische Gefangene in der DDR hat Roland BRAUCKMANN unter dem Titel „Amnesty International als Feindobjekt der DDR“ aufgearbeitet.⁵⁶ Der Fokus dieser Untersuchung liegt allerdings weniger auf der Vorgehensweise von AI als auf der Sichtweise des MfS. Einige hilfreiche Bemerkungen aus ähnlicher Perspektive macht Hubertus KNABE, der AI einen Abschnitt in seinem Buch „Die unterwanderte Republik“ widmet.⁵⁷ Über die Arbeit mit politisch Verfolgten in der DDR informiert die Menschenrechtsorganisation auch in einer eigenen Publikation, die unter dem Titel „40 Jahre amnesty international“ erschienen ist.⁵⁸ Die

52 Das belegen Umfragen, ebd., S. 129.

53 HÄRTEL, Christian: Ostdeutsche Bestimmungen für den Paketverkehr im Spiegel westdeutscher Merkblätter, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 45–56, hier 52ff.

54 HÄRTEL, Christian / KABUS, Petra: Geschenksendung, keine Handelsware. Das Westpaket als Mittel deutsch-deutscher Verständigung, in: KALLINICH / PASQUALE, S. 202; vgl. auch LINDNER, a. a. O., S. 37.

55 Vgl. zum Folgenden: WÜST: a. a. O..

56 BRAUCKMANN, Roland: Amnesty International als Feindobjekt der DDR, Berlin 1996.

57 KNABE, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999, S. 337–340; vgl. zu diesem Thema außerdem: MIHR, Anja: Amnesty International in der DDR. Der Einsatz für Menschenrecht im Visier der Stasi, Berlin 2002.

58 AMNESTY INTERNATIONAL (Hrsg.): 40 Jahre amnesty international, Bonn 2001.

Geschichte der IGFM in Frankfurt hat Jürgen WÜST recherchiert. In seinem Buch „Menschenrechtsarbeit im Zwielicht. Zwischen Staatssicherheit und Antifaschismus“ reflektiert er auch die Reaktion des MfS.⁵⁹

Neben den drei großen Organisationen, die alle einen internationalen Ansatz hatten, gab es noch eine Reihe kleinerer Verbände, die sich speziell mit Menschenrechtsverletzungen in der DDR beschäftigten. Hier sind beispielsweise der aus dem ZDF-Magazin mit Gerhard Löwenthal hervorgegangene Verein HILFERUFE VON DRÜBEN E. V. (HVD) in Lippstadt⁶⁰, der Verein HELFENDE HÄNDE (HH) in Hamburg und das BRÜSEWITZ-ZENTRUM zu nennen. Für die vorliegende Arbeit sind besonders die ersten beiden von Bedeutung. Die Geschichte von HVD haben die Organisatoren unter dem Titel „Feindzentrale Hilferufe von drüben“ selbst aufgearbeitet.⁶¹

Trotz unterschiedlicher Hintergründe und politischer Ausrichtung verfolgten alle genannten Verbände eine ähnliche Strategie, um gegen Menschenrechtsverletzungen in der DDR vorzugehen. Diese orientierte sich an dem von AI entwickelten Konzept für die Arbeit mit politisch Verfolgten und lässt sich im wesentlichen durch zwei Punkte beschreiben: Fallbetreuung und das Herstellen von Öffentlichkeit. Zur Fallbetreuung zählte der kontinuierliche Protest bei den zuständigen Behörden, einige Organisationen wie HVD, HH und IGFM suchten auch den direkten Kontakt zu den Betroffenen und unterstützten diese durch Pakete und Briefe. Parallel dazu versuchten die Verbände, Öffentlichkeit herzustellen, Spenden zu sammeln und über die Medien Druck auf die BRD-Regierung auszuüben, die Menschenrechte auf politischer Ebene einzuklagen.

Im Zuge der Entspannungspolitik schreckten westdeutsche Politiker allerdings zunehmend davor zurück, die DDR durch öffentliche Kampagnen oder Anklagen zu düpieren. Dies führte zu teilweise sehr heftigen Diskussionen zwischen den Menschenrechtsorganisationen und westdeutschen Regierungsinstitutionen⁶² über den richtigen Weg, die humanitären Bedin-

59 WÜST: a. a. O.

60 Der Verein HILFERUFE VON DRÜBEN wurde 1978 in Lippstadt gegründet. In einer vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift wurden Schicksale von politischen Häftlingen und Ausreisearbeitstellern in der DDR veröffentlicht. Der Moderator Gerhard Löwenthal hatte solche Schicksale schon in seiner Sendung „ZDF-Magazin“ vorgestellt, stand aber unter politischem Druck, da einige Politiker den Kurs „Wandel durch Annäherung“ durch Löwenthals Sendung gefährdet sahen, vgl. LÖWENTHAL, Gerhard: Ich bin geblieben. Erinnerungen, München 1987, besonders S. 369–377.

61 CLAUSEN, Claus P. / KAMPHAUSEN, Helmut / LÖWENTHAL, Gerhard: Feindzentrale Hilferufe von drüben, Lippstadt, 2. Aufl. 1994.

62 In erster Linie ist hier das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen gemeint.

gungen in der DDR zu verbessern.⁶³ Die GfM⁶⁴, das BRÜSEWITZ-ZENTRUM und HILFERUFE VON DRÜBEN wehrten sich gegen Vorwürfe, den politisch Verfolgten in der DDR durch ihre Arbeit eher zu schaden als zu nützen. In einer gemeinsamen Publikation bezichtigten sie ihrerseits das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, einer „Erpressung“ zu unterliegen, wenn es die Menschenrechtsorganisationen für Repressalien der DDR-Organen verantwortlich mache.⁶⁵

Versucht man Koenings Hilfsaktion in die oben skizzierte Osthilfe einzuordnen, so lässt sich feststellen, dass sie ihrer Form nach eine private Initiative war. Der Ordensbruder sammelte im Bekanntenkreis Spenden und erledigte die Korrespondenz mit den DDR-Bürgern in seiner Freizeit. In ihren Auswirkungen reichte sein Projekt aber an Organisationen wie HILFERUFE VON DRÜBEN heran. Dies belegt allein die Zahl der von Koenig betreuten Fälle. 727 Briefkontakte⁶⁶ unterhielt er zu DDR-Bürgern, wobei diese neben dem Schriftverkehr in der Regel auch eine materielle Unterstützung mit einschlossen. In seiner Vorgehensweise unterschied sich Koenig dagegen von den oben vorgestellten Organisationen. Er legte seinen Schwerpunkt auf die individuelle Betreuung. Durch einen ausführlichen und persönlichen Briefwechsel kam er den Betroffenen sehr nahe, konnte sein Hilfsangebot daher auf die entsprechenden Bedürfnisse abstimmen.⁶⁷ In der Forschung ist die private „Osthilfe“ bisher nicht untersucht worden.⁶⁸ Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag leisten, diese Lücke zu schließen, die Möglichkeiten und Grenzen sowie die politischen Dimensionen einer privaten Hilfsaktion für DDR-Bürger aufzeigen.

63 Aus Sicht von Hilferufe von drüben ist die Debatte dargestellt bei CLAUSEN / KAMPHAUSEN / LÖWENTHAL, a. a. O., S. 51–76. WÜST untersucht schwerpunktmäßig die Rolle der GfM in diesem Streit, WÜST, a. a. O., S. 132–138 und 197–99.

64 Gesellschaft für Menschenrechte, hierbei handelt es sich um die deutsche Sektion der IGfM.

65 GfM, HILFERUFE VON DRÜBEN und BRÜSEWITZ-ZENTRUM (Hrsg.): Menschenrechte als Opfer „innerdeutscher Beziehungen“ vom 22. 5. 1980.

66 Dabei handelte es sich um Familien und Einzelpersonen, vgl. Kap. III; zum Vergleich: in der Zeitschrift von HVD wurden insgesamt 487 Schicksale von Ausreisewilligen und politischen Häftlingen in der DDR vorgestellt. Dies war allerdings nicht der einzige Arbeitsschwerpunkt des Vereins, vgl. CLAUSEN / KAMPHAUSEN / LÖWENTHAL, a. a. O., S. 319.

67 Vgl. Kap. IV.2.

68 Zum Abgabezeitpunkt dieser Arbeit war der Verfasserin jedenfalls keine Publikation zu diesem Thema bekannt.

I.2. Die Quellen

Der Zugang zur „Feindzentrale Onkel Theo“ erfolgt auf der Basis von drei Quellengruppen. Aussagen zur Hilfsaktion können mit Hilfe von Zeitzeugenbefragungen und durch die Auswertung von Koenings Privatarchiv getroffen werden. Die politischen Dimensionen können darüber hinaus aus den Aktenbeständen des MfS und der Berichterstattung in westdeutschen Medien erschlossen werden.

I.2.1. Zeitzeugenbefragungen

Da sich die vorliegende Arbeit der Oral-History-Forschung zuordnen lässt, sind – wie der Name sagt – die mündlichen Interviews mit Zeitzeugen die wesentliche Quelle. Die Befragung der Menschen, die unmittelbar an der Hilfsaktion beteiligt waren oder zumindest „Zeuge“ derselben wurden, birgt gleichermaßen Chancen und Risiken.⁶⁹ In dem Maße, wie die Aussagen authentisch sind, weil es sich um Erlebnisberichte handelt, sind sie auch subjektiv geprägt, was bei der Analyse berücksichtigt werden muss.

Wichtigster Zeitzeuge ist Theo Koenig, der selbst Auskunft über seine Motivation und Vorgehensweise, seine Eindrücke von den Briefpartnern und seinen Umgang mit der Reaktion in West und Ost gab.⁷⁰ Darüber hinaus wurden sechs ehemalige Briefpartner zu ihrer Sicht der Aktion befragt.⁷¹ Um die Reaktionen im Westen beschreiben und erklären zu können, wurden mehrere Personen aus Koenings privatem und beruflichem Umfeld befragt: drei Lehrer des Kardinal-von-Galen-Gymnasiums⁷², zwei Mitbrüder⁷³ aus dem Orden der „Hiltruper Missionare zum Heiligsten Herzen Jesu“, zwei Verwandte Koenings⁷⁴, die seine Aktion tatkräftig un-

69 Zu Oral-History-Methoden in der DDR-Forschung vgl. GIESEKE, Jens: Oral History und DDR-Geschichte, in: Deutsche Studien 29 (1991/92), S. 280–289.

70 Am 1., 2. und 3. 3., am 12. 7., 22. und 23. 8. in Münster, sowie am 20. 8. und 16. 9. 2002 am Telefon. Außerdem wurden für die Untersuchung auch die Interviews vom 1. und 2. 9. sowie 4. 10. 1994 einbezogen, die im Rahmen der Arbeit für den Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1994/95 entstanden sind, KÜHN, Dorothee / SCHEMANN, Anne / SILIES, Eva-Maria: „Feindzentrale‘ Onkel Theo. 600 Kontakte in die DDR – ein Ordensbruder mit außergewöhnlichem Hobby“.

71 Hans-Georg, Ingrid und Marcus Schulz am 16. 3. 2002 in Reute, Eva Falkenstein am 6. 4. 2002 in Berlin, Anita Reitmann am 4. 5. 2002 in Adelebsen und Gerhard Hiob am 14. 5. 2002 am Telefon.

72 Franz-Josef Lütke Schelhowe, Hans-Joachim Paesler und Fritz Vorspel am 26. 4. 2002 in Münster.

73 Pater Manfred Simmich am 11. 7. und Bruder Herbert Spellmeier am 22. 8. 2002 in Münster.

74 Elisabeth Köning am 15. 9. und Mechthild Köning am 27. 9. 2002 am Telefon.

terstützten, sowie der Vorsitzende und die Sekretärin des Vereins HILFERUFE VON DRÜBEN⁷⁵. Die Interviews waren jeweils aufgeteilt in zwei größere Fragenkomplexe, wobei der erste eher auf den Ablauf der Unterstützung, der zweite eher auf die Wahrnehmung derselben abzielte.

1.2.2. „Überreste“ der Hilfsaktion: Briefwechsel und Büroakten

Neben den Interviews standen für die Arbeit umfangreiche Quellenbestände aus Koenings Büro zur Verfügung. Von 1978 bis 1987 legte der Ordensbruder für jeden Briefpartner in der DDR eine eigene Akte an, in der er den Schriftwechsel archivierte.⁷⁶ Nach der Wende und dem damit verbundenen Ende seiner Hilfsaktion lagerte er die Briefe in großen Pappkartons im Keller des Klosters. Um eine größtmögliche Übersichtlichkeit und Nachprüfbarkeit zu gewährleisten, wurden die Briefkontakte für die vorliegende Arbeit alphabetisch sortiert und in insgesamt 39 Aktenordnern abgelegt. Die Ordner wurden durchnummeriert und werden im folgenden als Briefakten bezeichnet.

Um den großen Datenbestand von über 700 Briefwechseln bearbeiten zu können, wurden die Briefpartner in drei Kategorien eingeteilt, die anhand von sieben Fallbeispielen vorgestellt werden.⁷⁷ Die Fallbeispiele einer Kategorie wurden jeweils mit einer einheitlichen Signatur versehen und alle Quellenbestände (Briefwechsel, Interviews und Stasiakten) in so genannten Fallakten zusammengefasst.⁷⁸

Neben dem Schriftverkehr mit den DDR-Bürgern korrespondierte Theo Koenig auch mit politischen und öffentlichen Institutionen in West- und Ostdeutschland, mit seinem Spenderkreis und anderen Menschenrechtsorganisationen. Diese Briefe wurden ebenfalls sortiert und sind als Büroakten in die Analyse eingegangen. In den Büroakten wurden auch die über Koenig erschienenen Zeitungsartikel abgelegt.⁷⁹

Durch die umfangreichen Aktenbestände ist es möglich, die Aussagen aus den Zeitzeugeninterviews anhand dieser Quellen zu überprüfen und zu ergänzen. Als Standort der unterschiedlichen Aktenordner wird das „Privatarchiv Koenig“ angegeben.

75 Claus P. Clausen und Gisela Reeker am 30. 5. 2002 in Lippstadt.

76 Nach 1987 war der Verwaltungsaufwand nach Koenings Angaben zu hoch, so dass er nur noch einzelne Briefe aufbewahrte, vgl. Kap. IV.

77 Vgl. Kap. III.

78 Für die Kategorie I (Ausreiseantragsteller) gibt es die Fallakten A-1 bis A-7, für die Kategorie II („DDR-treue“ Fälle) die Fallakten D-1 bis D-3, für die Kategorie III („Stasi-Fälle“) die Fallakten S-1 bis S-3.

79 Büroakten BK-1 bis BK-15.

1.2.3. Aktenbestände des Ministeriums für Staatssicherheit

Über die Wahrnehmung der Hilfsaktion in der DDR können die Aktenbestände des Ministeriums für Staatssicherheit Auskunft geben.⁸⁰ In der Literatur wurde nach der Wende eine heftige Debatte über den historischen Wert dieser Quellenbestände geführt.⁸¹ Diese kann hier nicht wiedergegeben werden, zwei Aspekte sollen aber kurz angesprochen werden. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Aktenbestände des MfS keinem Selbstzweck, sondern dem Funktionieren dieses Sicherheitsorgans dienten. Die Qualität der Informationen war Voraussetzung für eine effiziente Arbeit und wurde durch systeminterne Kontrollen sichergestellt.⁸² Eine kritische Betrachtung dieser Quellen wird dagegen notwendig durch die ideologische Verzerrung, die nicht zuletzt im eigenen Sprachgebrauch des Ministeriums⁸³ und ausdifferenzierten Feindbildern zum Ausdruck kommt.

Für diese Arbeit standen verschiedene Stasiakten zur Verfügung. Theo Koenig selbst verschaffte sich bei zwei längeren Besuchen in der Außenstelle der BStU in Leipzig Überblick über die bisher erschlossenen Akten zu seiner Person. Demnach wurde über ihn ein Operativer Vorgang (OV) „Gast“ angelegt, der vier Bände mit insgesamt 1205 Seiten umfasst, von denen allerdings noch nicht alle aufgefunden wurden.⁸⁴

Ab 1984 übernahm die Zentrale Koordinierungsstelle des MfS in Berlin die Verantwortung und legte für die weitere „politisch-operative“ Bearbeitung des Ordensbruders den Teilvorgang (TV) 2 „Gast“ zum Zentralen Operativ-Vorgang (ZOV) „Kontra“ an.⁸⁵ In diesem ZOV wurde die Lippstädter Organisation HILFERUFE VON DRÜBEN bearbeitet. Von den zugehörigen 25 Aktenbänden wurden bisher 16 gefunden, die insgesamt 3.553 Seiten stark sind.⁸⁶ Ab 1989 legte die KD Wismar noch einen neuen Teilvorgang zu Koenig an, den TV 3 „Netz“.⁸⁷

80 Die Aktenbestände werden von der Behörde des/der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik (BStU) verwaltet (erster Bundesbeauftragter: J. Gauck, seit 2000 M. Birtler).

81 Vgl. HENKE, Klaus-Dietmar / ENGELMANN, Roger (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995.

82 Ebd., S. 11.

83 Vgl. SUCKUT, a. a. O.

84 BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I-IV (OV „Gast“). Dem Deckblatt des OV „Gast“ lässt sich entnehmen, dass die BKG Cottbus den Vorgang am 28. 8. 1987 archivierte und er zu diesem Zeitpunkt vier Bände und 1205 Blatt umfasste, BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 8.

85 BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. I-XXV (ZOV „Kontra“)

86 Vgl. CLAUSEN / KAMPHAUSEN / LÖWENTHAL, a. a. O., S. 249.

87 Ebd.

Eine von Koenig zusammengestellte Auswahl der seiner Meinung nach interessantesten Quellen aus diesen beiden Vorgängen umfasst vier Aktenordner und konnte für diese Arbeit ausgewertet werden. Hinzu kommen verschiedene Aktenbestände aus Operativen Vorgängen und Operativen Personenkontrollen (OPK)⁸⁸, in denen Briefpartner von der Stasi bearbeitet wurden – und in denen Koenig ebenfalls eine wichtige Rolle spielte. Aus Koenigs eigenem Besitz und dem mehrerer Briefpartner konnten auch Teile dieser Akten in die Analyse mit einbezogen werden.⁸⁹

I.3. Vorgehensweise

Die vorliegende Arbeit gliedert sich inhaltlich in fünf Kapitel, wobei sich die ersten drei mit der Hilfsaktion selbst, die folgenden zwei mit der Wahrnehmung von außen beschäftigen.

Zunächst steht Theo Koenig selbst im Mittelpunkt der Untersuchung (Kap. II). Es gilt die Frage zu beantworten, was ihn motivierte, für die Menschen in der DDR tätig zu werden und eine eigene Hilfsaktion zu initiieren.

Das nächste Kapitel (Kap. III) ist der Empfänger-Seite, den Briefpartnern, gewidmet. Es wird gefragt, wer diese Menschen waren und wann, wo, wie und warum sie in Kontakt mit dem Westbürger Koenig traten.

Die Hilfsaktion wird im darauffolgenden Kapitel (Kap. IV) untersucht. Ein chronologischer Abriss ist an den Anfang des Kapitels gestellt, um einen Überblick zur zeitlichen Entwicklung zu geben. Es wird dann versucht, die Hilfsaktion in ihrer Funktionsweise zu durchleuchten und ihre einzelnen Elemente aufzuschlüsseln. Am Ende des Kapitels können darauf aufbauend Leistungen und Grenzen von Koenigs Unterstützung beurteilt werden.

Da die Hilfsaktion – wie erläutert – nicht ohne den Kontext des Ost-West-Konfliktes verständlich ist, wird anschließend zum einen die Reaktion im

88 Die so genannten „Opfer-Akten“ des MfS gliedern sich in Operative Vorgänge und Operative Personenkontrollen, wobei letztere meist der Vorläufer eines OV waren.

89 Aus den bisher vorhandenen Akten geht hervor, dass Koenig in 135 OV bzw. OPK eine Rolle spielt. Für diese Arbeit wurden schwerpunktmäßig untersucht: der OV „Polyp“ (BStU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85), in dem die Familien Hans-Georg und Ingrid Schulz bearbeitet wurden; der OV „Ratte“ (BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AOP 1843/80), der OV „Laus“ (BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AOP 310/81) und der OV „Botschaft“ (BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AOV 1893/81), in denen Familie Krüger bearbeitet wurde sowie der Untersuchungsvorgang zu Anita Reitmann, geb. Krüger (BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AU 1121/81); der OV „Kontakt“ (BStU, Ast. Halle, MfS, AOP 2322/81), in dem Günter Zille bearbeitet wurde, der OV „Kontakt II“ (BStU, Ast. Halle, MfS, AOP 2764/85), in dem seine Frau Brigitte Zille bearbeitet wurde sowie der Untersuchungsvorgang zu Brigitte Zille (BStU, Ast. Halle, MfS, AU 1753/84).

Westen (Kap. V.) und zum anderen die Reaktion im Osten (Kap. VI.) untersucht. Im Schlusskapitel soll eine zusammenfassende Antwort auf die Fragen nach der Funktionsweise der Hilfsaktion und den politischen Dimensionen dieser privaten Initiative gegeben werden.

II. Zur Person Theo Koenig

II.1. Biographische Daten

Theodor Koenig wurde am 20. April 1926 als ältestes von sieben Kindern im westfälischen Horstmar geboren.⁹⁰ Sein Vater arbeitete als Weber in einer Fabrik und betrieb nebenbei eine kleine Landwirtschaft. Koenig erinnert sich gern an diese Zeit – er habe *eine sehr glückliche Kindheit* gehabt.⁹¹ Nach dem Besuch der Volksschule in Horstmar begann er 1940 eine Lehre als Industriekaufmann im nahe gelegenen Burgsteinfurt. Von dieser Ausbildung, so sein Eindruck, habe er während seiner Hilfsaktion – bei der Planung und Organisation der zahlreichen Verbindungen in die DDR – sehr profitiert.⁹²

Im Frühjahr 1943 erkrankte Koenig an einer schweren Lungenentzündung, von der er sich erst nach langem Krankenhausaufenthalt mit anschließender Kur erholte. Aus diesem Grund wurde er erst wenige Monate vor Ende des Zweiten Weltkrieges, im Januar 1945, zur Deutschen Wehrmacht eingezogen. Noch vor dem Einmarsch der Engländer konnte er in seine Heimatstadt zurückkehren und so der Kriegsgefangenschaft entgehen.⁹³

Die letzten Kriegsjahre und die Nachkriegszeit haben bei Koenig einen sehr tiefen Eindruck hinterlassen. Er war fasziniert von der *immer wieder praktizierten gegenseitigen Hilfsbereitschaft*, die er in seiner Nachbarschaft und Verwandtschaft erlebte.⁹⁴ Nur durch diese *Solidargemeinschaft* sei es möglich gewesen, die schwere Zeit zu überstehen.⁹⁵ Mit 21 Jahren entschloss er sich aufgrund dieser Erfahrung, *auf eine eigene Familie zu verzichten und mich einer religiösen Gemeinschaft anzuschließen, die nur zum Wohl der anderen Menschen tätig war und ist.*⁹⁶ Mitverantwortlich für

90 Interviews mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994 und vom 1. 3. 2002.

91 Interview mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994.

92 Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002.

93 Er konnte rechtzeitig alle Papiere bis auf den Entlassungsschein aus dem Reichsarbeitsdienst verbrennen; Interview mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994.

94 Ebd.

95 Ebd.

96 So schreibt Koenig im Brief an Günter Zille vom 16. 12. 1980, in: Fallakte A-3.

die Entscheidung, sein Leben ganz in den Dienst der Nächstenliebe zu stellen, war nach Koenings Einschätzung auch seine sehr christliche Erziehung.⁹⁷ Am 2. Januar 1948 trat er dem katholischen Orden der „Missionare vom Heiligsten Herzen Jesu“ in Münster-Hiltrup bei – fest entschlossen, in die Mission zu gehen. Zur Vorbereitung auf diese Aufgabe absolvierte er vom 1. April 1948 bis zum 31. März 1951 eine Gärtnerlehre, dann brach er am 2. Oktober 1952 nach Papua-Neuguinea auf, um dort eine Plantage mit 150 Arbeitern zu leiten.⁹⁸

Beim Zwischenstopp im australischen Coogee diskutierte Koenig mit einem Freund der dortigen Ordens-Niederlassung über den Nationalsozialismus und die Frage einer deutschen Kollektivschuld.⁹⁹ In diesem Streitgespräch sieht Koenig die eigentliche Ursache seiner Hilfsaktion für DDR-Bürger. Der Australier habe ihm vorgeworfen: *Ihr seid schuldig geworden, weil ihr geschwiegen habt.*¹⁰⁰ Dieser Satz habe ihn daran erinnert, *wie in unserer unmittelbaren Nachbarschaft das jüdische Gotteshaus von fanatischen Nazis zerstört wurde. Die ganze katholische Bevölkerung hat dazu geschwiegen ...*¹⁰¹ Am Ende einer gründlichen Auseinandersetzung mit diesen Erlebnissen stand für Koenig ein wegweisender Entschluss: *Wenn du mal jemals wieder in die Lage kommst, dass du solches Unrecht erlebst, dann hältst du den Mund nicht.*¹⁰²

Erste Kontakte in die DDR

Die Anfangsjahre der deutsch-deutschen Teilung und ihre Manifestierung im Mauerbau 1961 erlebte der Ordensbruder nur aus der Ferne mit. Dennoch knüpfte er schon zu dieser Zeit einen ersten persönlichen Kontakt in die DDR. Auf Wunsch seiner Verwandten schickte er regelmäßig Briefmarken aus Papua-Neuguinea.¹⁰³ Um die große Nachfrage zu decken, animierte er auch die Arbeiter auf seiner Plantage zum Briefmarkensammeln – und die baten im Gegenzug um Marken aus West- und Ostdeutschland. Ein deutscher Entwicklungshelfer mit Verwandtschaft in der DDR sorgte dafür, dass Koenings Adresse 1968 zu einem dortigen Philatelisten-Verein gelangte. Einige Wochen später schrieb Eva Falkenstein

97 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger vom 16. 2. 1980, in: Fallakte A-4.

98 Auf der Insel New Britain, in der Nähe der Hauptstadt Rabaul.

99 Interview mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994.

100 Ebd.

101 Vortragskonzept von Koenig, in: Ordnungsakte BK-4.

102 Interview mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994.

103 Ebd.

aus Herzberg¹⁰⁴ ihren ersten Brief an Koenig.¹⁰⁵ Neben dem Briefmarkenaustausch entwickelte sich zwischen der Germanistik-Studentin und dem Missionar im Laufe der Zeit ein regelmäßiger und intensiver Gedankenaustausch.

1972 kehrte Theo Koenig nach Münster zurück. Er habe gesundheitliche Probleme gehabt und die seiner Meinung nach ungerechten Löhne für die Plantagenarbeiter nicht länger mitverantworten wollen, begründet er diesen Schritt.¹⁰⁶ Bis zu seiner Pensionierung 1991 leitete er das Sekretariat des Kardinal-von-Galen-Gymnasiums in Hiltrup. Seitdem kümmert er sich um den Pfortendienst und die Verwaltung des Klosters.

An dem Kontakt zu Eva Falkenstein änderte sich durch Koenings Rückkehr nichts – abgesehen von den Briefmarken, die nun aus Westdeutschland kamen.¹⁰⁷ 1974 reiste der Ordensbruder zum ersten Mal in die DDR, um seine langjährige Briefpartnerin persönlich kennen zu lernen. Vier Jahre später verbrachte er weitere drei Wochen bei Falkenstein. Einige seiner Urlaubserlebnisse waren laut Koenig ausschlaggebend für sein sehr negatives Bild vom Lebensalltag in der DDR. Bei einer Bootsfahrt durch den Spreewald habe beispielsweise der Bootsführer gesagt: *Ein guter Kommunist stirbt, bevor er Rentner ist.*¹⁰⁸ Dieser Satz ist wohl als zynische Anspielung auf die marxistische Ideologie zu verstehen, die den Menschen in erster Linie über seine Arbeit definiert. Gleichzeitig könnte er eine Kritik an der schlechten finanziellen Situation vieler Rentner in der DDR ausdrücken. Koenig wertete diesen Ausspruch als Beleg für die Unmenschlichkeit des kommunistischen Systems, dem er aufgrund seiner konservativen Einstellung ohnehin sehr kritisch gegenüberstand.¹⁰⁹

Eine andere Szene führt Koenig oft als Beispiel an, um die wirtschaftlich schlechte Situation zu beschreiben, die er auf seiner DDR-Reise erlebt habe: In einem Dresdner Museum *hat mich eine Frau um eine Westmark*

104 Auf Wunsch der Zeitzeugin wurde der Name geändert; aus Datenschutzgründen wird im Folgenden anstelle des sehr kleinen Wohnortes der Zeitzeugin die nächst größere Stadt Herzberg genannt.

105 Ihr Vater war Mitglied im Philatelistenverein, durfte aber aufgrund seiner beruflichen Stellung selbst keine Kontakte ins sogenannte „Nichtsozialistische Ausland“ (NSA) unterhalten, vgl. das Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002 und das Interview mit Eva Falkenstein vom 6. 4. 2002.

106 Interview mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994.

107 Die DDR-Gesetze für den innerdeutschen Postverkehr verboten es, Briefmarken im Brief zu versenden. Koenig und Falkenstein schickten daher bisweilen auch leere Umschläge, Interview mit Koenig v. 23. 8. 2002.

108 Interview mit Koenig vom 1. 9. 1994.

109 Ebd.

angebettelt, weil sie ihren Enkelkindern eine Tafel Schokolade kaufen wollte.¹¹⁰ Am schlimmsten habe er aber die Angst der Menschen empfunden, die auch im Alltag spürbar gewesen sei: *Wenn man zu zweit war, sprachen die alles sehr offen an. Aber wenn ein Dritter dazu kam, war Schluss. Dann traute sich keiner mehr was zu sagen.*¹¹¹ Diese Eindrücke erinnerten Koenig an die Atmosphäre im Nationalsozialismus – und daran, was ich 1952 in Australien gelobt hatte.¹¹²

Zurück in Münster fand er auf seinem Schreibtisch die zweite Ausgabe der Zeitschrift HILFERUFE VON DRÜBEN vor¹¹³, herausgegeben von dem gleichnamigen Verein in Lippstadt, der Koenigs Adresse von einem christlichen Verlag übernommen hatte. Die in der Zeitschrift abgedruckten Adressen von Ausreisewilligen und politischen Häftlingen verstand der Ordensbruder als Aufforderung: *Bitte, jetzt tu was. Das ist ja das, was du gesucht hast.*¹¹⁴

II.2. Beweggründe für die Hilfsaktion

Schon ein Blick auf Koenigs Vita zeigt, dass es mehrere Faktoren waren, die ihn motivierten, sich für die Belange der DDR-Bürger einzusetzen. Es kann zwischen allgemeinen Beweggründen für ein humanitäres Engagement und besonderen Beweggründen für die DDR-Aktion unterschieden werden.

Allgemeine Beweggründe

Die Entscheidung, sein Leben in den Dienst am Nächsten zu stellen, liegt zum einen in Koenigs persönlichen Erfahrungen während der Kriegs- und Nachkriegszeit begründet. Das erlebte Unrecht im Nationalsozialismus und die Auseinandersetzung mit dem Australier über Kollektivschuld führten zu seinem Schwur, sich nie wieder durch Schweigen mitschuldig zu machen. Nicht ohne Grund machte Koenig einen Spruch von Georg de Santayana zu seinem persönlichen „Lebensmotto“: *Wer nicht bereit ist, aus der Geschichte zu lernen, der ist verdammt, die Geschichte zu wiederholen.*¹¹⁵ Alle befragten Zeitzeugen – seine Verwandten und Arbeitskollegen im Westen wie seine Briefpartner im Osten – sehen Koenigs

karitatives Engagement in diesem Sinnzusammenhang. *Er hat immer gesagt, lieber soll einer was tun als keiner. Er wollte einfach zeigen, dass auch ein Einzelner was bewegen kann*¹¹⁶, erinnert sich seine Schwägerin Elisabeth Köning. Und Ingrid Schulz¹¹⁷ bestätigt, dass sie als Briefpartnerin in der DDR Koenigs Hilfsangebot so verstanden habe: *Der wollte wirklich nur helfen, sonst nichts. Der wollte den Menschen helfen, die in Not waren, die einfach das Gottvertrauen verloren hatten.*¹¹⁸

Abgesehen von den Kriegserfahrungen waren es Koenigs tiefer Glaube und sein christliches Weltverständnis, die ihn zu einem humanitären Engagement motivierten: Sein Wunsch, in die Mission zu gehen, entsprang ebenso einer praktischen Nächstenliebe, wie seine Hilfsaktion für DDR-Bürger.¹¹⁹ Folgerichtig ist Koenigs Definition von „Mission“ auch keineswegs auf einen Einsatz in fernen Ländern beschränkt: *Mission fängt hier zuhause an.*¹²⁰ Und damit verbindet sich für ihn ein Lebenskonzept: *Was die Menschen sehen, ist das, was man tut. Das gute Beispiel geben. ... Das ist Mission. ... Wenn wir unseren Glauben nicht leben, dann sollten wir auch aufhören damit.*¹²¹

Was dieses „Beispiel geben“ für ihn konkret bedeutete, erklärte Koenig einer Briefpartnerin mit folgenden Worten: *Jeder hat die Pflicht, sich um den Nächsten zu kümmern, und das ganz besonders, wenn dieser in Not und Bedrängnis ist. Da braucht man nicht nach Religion, nach politischer Zugehörigkeit, nach Rasse usw. zu fragen; Menschen in Not muß immer und zu jeder Zeit geholfen werden.*¹²² Die logische Konsequenz aus dieser prinzipiellen Hilfsbereitschaft war, dass Koenig seine Hilfe für DDR-Bürger nicht auf politisch Verfolgte oder Systemgegner beschränkte.¹²³ Er habe immer nur *den Menschen gesehen, der um Hilfe bittet.*¹²⁴ Sein christliches Weltbild war auch der Grund dafür, dass Koenig keine Angst hatte, bei seiner Hilfsaktion ausgenutzt oder hintergangen zu werden. Die Sonne scheine für jeden Menschen, so seine Erklärung, *der Herrgott macht kei-*

110 Ebd.

111 Ebd.

112 Interview mit Theo Koenig am 1. 3. 2002.

113 HILFERUFE VON DRÜBEN e. V. (Hrsg.): Hilferufe von drüben, Zeitschrift für die Bürgerrechtsbewegung in der „DDR“; alle Ausgaben dieser Zeitschrift sind gesammelt in: Büroakte BK-9.

114 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

115 Interview mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994.

116 Telefoninterview mit Elisabeth Köning vom 15. 9. 2002.

117 Fallbeispiel Familie Schulz, vgl. Kap. III.2.1.

118 Interview mit Ingrid Schulz vom 16. 3. 2002, vgl. Fallakte A-1; alle anderen befragten Briefpartner aus der DDR äußerten sich ähnlich.

119 Interview mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994.

120 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

121 Ebd.

122 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger vom 16. 2. 1980, in: Fallakte A-4.

123 Von 727 Briefpartnern, mit denen Theo Koenig zwischen 1978 und 1990 in Kontakt stand, waren 99 DDR-Bürger, die weder politisch verfolgt wurden, noch einen Ausreisewunsch hatten; vgl. Kap. III.2.2.

124 Interview mit Theo Koenig vom 12. 7. 2002.

nen Unterschied zwischen Gut und Böse.¹²⁵ Es habe ihn gar nicht interessiert, *aus welchem Grund die Menschen um Hilfe bitten ... Das müssen die schon selbst vor sich verantworten.*¹²⁶

Dass dies keine leere Phrase, sondern Ausdruck einer selbstlosen, christlichen Grundeinstellung war, bescheinigen Briefpartner, Freunde und Arbeitskollegen Koenings übereinstimmend. Franz-Josef Lütke Schelhowe, Deutsch- und Religionslehrer am Kardinal-von-Galen-Gymnasium, bezeichnet Koenig als einen *Ordensmann, der noch voll und ganz hinter seinen Idealen steht*¹²⁷. Und Claus P. Clausen vom Verein HILFERUFE VON DRÜBEN füllt diese Beschreibung mit konkreten Eigenschaften: *Geradlinig, aufrecht, treu, pflichtbewusst, gottesgläubig und eisern.*¹²⁸ Auch Briefpartnerin Anita Reitmann¹²⁹ ist überzeugt, dass Koenings Glaube *eine ganz, ganz große Rolle* bei seiner Motivation gespielt hat.¹³⁰ Und für Mechthild Köning¹³¹ lässt sich die Hilfsaktion ihres Verwandten am besten mit dem alten Sprichwort „Glaube versetzt Berge“ erklären.¹³² Bruder Koenig habe nach der Auffassung gehandelt, *mein Glaube bedeutet mir, dass ich irgendetwas tun muss, und dann sehen wir weiter – der Herrgott wird's schon richten.*¹³³

Zusammenfassend können als allgemeine Beweggründe für Koenings humanitäres Engagement seine Erfahrungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit sowie eine christlich motivierte Nächstenliebe genannt werden. Nach seiner Rückkehr aus der Mission suchte er möglicherweise „vor Ort“ nach einer neuen karitativen Aufgabe.

Besondere Beweggründe

Wie lässt sich aber erklären, dass Koenig sich ausgerechnet für DDR-Bürger einsetzte, dass er die Hilfe für diese Menschen von seiner Rückkehr nach Deutschland bis zur Wende 1990 zu seiner Lebensaufgabe

125 Ebd.; dieses Bild benutzte Koenig 1987, um einem Vertreter der INTERNATIONALEN GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE zu erklären, weshalb er keine Angst habe, bei seiner Hilfsaktion für DDR-Bürger ausgenutzt zu werden.

126 Interview mit Theo Koenig vom 12. 7. 2002.

127 Interview mit Franz-Josef Lütke Schelhowe vom 26. 4. 2002.

128 Interview mit Claus P. Clausen vom 30. 5. 2002.

129 Fallbeispiel Familie Krüger, vgl. Kap. III.2.1.

130 Interview mit Anita Reitmann vom 4. 5. 2002.

131 Mechthild Köning ist mit dem Sohn einer Cousine Koenings verheiratet, wohnhaft in Metelen und sehr aktiv an der Hilfsaktion beteiligt gewesen.

132 Telefoninterview mit Mechthild Köning vom 27. 9. 2002.

133 Ebd.

machte? Ein Grund – wenn nicht sogar die Voraussetzung für diese Entscheidung – war seine persönliche Betroffenheit, sein Bezug zur DDR, der durch die Brieffreundschaft mit Eva Falkenstein schon seit Ende der 60er Jahre gegeben war. Was wie ein biographischer Zufall erscheint, interpretiert Koenig aus seinem christlichen Verständnis heraus als *göttliche Fügung*.¹³⁴ Bei seinen Besuchen in der DDR 1974 und 1978 habe er gewisse Parallelen zu seinen Erfahrungen im Nationalsozialismus entdeckt. Dadurch fühlte er sich an sein Versprechen erinnert, nicht zu schweigen, wenn er noch mal ein solches Unrecht wie im Dritten Reich erleben sollte. Mechthild Köning vermutet, dass dies für Koenig den Ausschlag gegeben habe, sich für die Menschen in der DDR einzusetzen: *Er konnte es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, von der Not der Menschen zu wissen und nichts dagegen zu tun, wie ... seinerzeit bei der Judenverfolgung.*¹³⁵

Neben der politischen sah Koenig eine weitere Parallelität: Die wirtschaftlich schlechte Situation der Menschen in Ostdeutschland erinnerte ihn an die Nachkriegszeit. Von der damals erlebten Hilfsbereitschaft und Solidarität habe er etwas zurückgeben wollen: *Wir waren ja auch nicht mehr politisch verfolgt, aber was haben sich die Leute gefreut über ein Carepaket aus Amerika.*¹³⁶ Man könne natürlich auch ohne Kaffee, Kaugummi und Schokolade auskommen. Aus eigener Erfahrung wisse er aber, *wie sehr sich der Mensch darüber freut.*¹³⁷

Ein weiterer Grund, warum Koenig sich den Menschen in der DDR in besonderem Maße verbunden fühlte, liegt in seiner politischen Einstellung. Den Glauben an die deutsche Wiedervereinigung hatte er nach eigenem Bekunden nie aufgegeben¹³⁸ – und auch in seinen Briefen signalisierte er, dass er sich für seine *Freunde im anderen Teil unseres Vaterlandes*¹³⁹ verantwortlich fühlte. Die Frage, ob Koenings Hilfsaktion auch politisch motiviert war, lässt sich nicht so einfach beantworten. Aufgrund seiner

134 Interview mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994.

135 Telefoninterview mit Mechthild Köning vom 27. 9. 2002.

136 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002; Koenings Idee, an die Tradition der Carepakete anzuknüpfen, war nicht untypisch für seine Generation. KABUS sieht in der Tatsache, dass die Westdeutschen in den 40er und 50er Jahren *selbst kollektiv eine Welle der Unterstützung erfahren* hatten, die Erklärung dafür, dass zu DDR-Zeiten viele BRD-Bürger *organisiert oder aus eigener Initiative Geld für fremde Leute ausgaben, den Aufwand des Paketpackens und -versendens auf sich nahmen*, KABUS, a. a. O., S. 21.

137 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

138 Interview mit Theo Koenig vom 12. 7. 2002.

139 Diese Formulierung benutzte Koenig sehr häufig, vgl. beispielsweise den Brief an Claus P. Clausen vom 17. 2. 1987, in: Büroakte BK-9.

christlich-konservativen Weltanschauung stand er dem atheistischen Sozialismus in Theorie und Praxis äußerst kritisch gegenüber, was ihn vermutlich besonders empfänglich machte für bestimmte „Missstände“ und für die Probleme der Menschen in der DDR.¹⁴⁰

Hans-Joachim Paesler, Mathematiklehrer am Kardinal-von-Galen-Gymnasium, führt an, dass der Ordensbruder in Diskussionen eine *klare Position in diesem ideologischen Ost-West-Konflikt* vertreten habe.¹⁴¹ Er sei sich daher nicht sicher, ob sich Koenings Engagement für die DDR-Bürger allein durch die *karitative, an Nächstenliebe orientierte Grundhaltung* erkläre – oder auch durch die Tatsache, dass dieser „Hilferuf“ aus einer Zelle in der DDR kam oder jedenfalls aus einer Familienstruktur, die Probleme dort vor Ort hatte.¹⁴² Dass Letzteres bei Koenings Motivation eine Rolle gespielt hat, ist gut möglich. Claus P. Clausen vom Verein HILFERUFE VON DRÜBEN, der die politische Einstellung des Ordensbruders teilt, findet es jedenfalls nachvollziehbar, dass Koenig als *ein guter Patriot ... mit der Diktatur im anderen Teil Deutschlands Probleme hatte*.¹⁴³

Pater Manfred Simmich, Mitbruder im Hiltruper Kloster, glaubt dagegen, dass sich die Ablehnung des kommunistischen Staatssystems der DDR aus Koenings religiöser Überzeugung ergab: *Das war ein atheistischer Staat, der also inhuman war*.¹⁴⁴ Koenig teilte zwar diese Ansicht, weist aber eine konkrete politische Motivation von sich: *Ich hab überhaupt nicht an Politik gedacht zu der Zeit. Und ich hätte auch nicht gedacht, dass ein kleiner Schreiberling, mehr war ich ja nicht, soviel Einfluss haben könnte, da überhaupt was zu bewirken*.¹⁴⁵ Er räumt aber ein, dass die Auswirkungen seiner Hilfsaktion durchaus eine politische Dimension hatten: *Ich wusste natürlich, wenn ich den Menschen helfe, die sich gegen das System gestellt hatten, durch einen Ausreiseantrag, dass ich auch was gegen das System tat. Das war logisch*.¹⁴⁶ Koenig machte aber – im Gegensatz

140 Über das Tagesgeschehen informierte sich Koenig hauptsächlich in der konservativ ausgerichteten FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG (FAZ).

141 Interview mit Hans-Joachim Paesler vom 26. 4. 2002.

142 Ebd.

143 Interview mit Claus P. Clausen vom 30. 5. 2002.

144 Interview mit Pater Manfred Simmich vom 11. 7. 2002.

145 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002. Koenig machte auch gegenüber seinen Briefpartnern deutlich, dass er keine politischen Ziele verfolge. An Walther M. in Markkleeberg schrieb er in einem seiner ersten Briefe: *Gern höre ich von Ihnen, und ich gebe Ihnen gern die Versicherung, daß ich nur auf rein menschlicher Basis (ohne jedweden politischen Hintergrund) mit Ihnen in Verbindung kommen möchte ...*, Brief von Theo Koenig an Walter M. vom 15. 11. 1981, in: Briefakte L3-M1.

146 Interview mit Theo Koenig vom 12. 7. 2002.

zu HILFERUFE VON DRÜBEN – eine bestimmte weltanschauliche oder politische Einstellung nicht zur Voraussetzung für seine Unterstützung.¹⁴⁷ Dies spricht dafür, dass es nicht sein Ziel war, systematisch gegen die DDR vorzugehen.

Die Aussagen der Briefpartner stützen diese Einschätzung: Sie sehen übereinstimmend keine politische Motivation hinter Koenings Hilfe. Ausreiseantragstellerin Anita Reitmann ist sich sicher: *Onkel Theo hat das nicht aus politischen Gründen gemacht, sondern aus Nächstenliebe ... Das ist so mehr privat, und es kommt von Herzen, aber es hat nichts mit dem Politischen zu tun*.¹⁴⁸ Und Gerhard Hiob¹⁴⁹, der langjährige Briefpartner von Koenig war, ohne einen Ausreisewunsch zu haben, fällt ebenfalls ein klares Urteil: *Das war nicht gegen das System der DDR gerichtet*.¹⁵⁰ Auch wenn Koenings politische Einstellung sicher entscheidend dazu beigetragen hat, dass er die Not der DDR-Bürger als dringlich empfand, wäre es also falsch, ihm ein zielgerichtetes Vorgehen gegen den DDR-Staat zu unterstellen. In der Ausgestaltung seiner Hilfsaktion waren humanitäre und religiöse Beweggründe ausschlaggebend.

Im Laufe der Zeit entwickelte die Aktion darüber hinaus eine gewisse Eigendynamik. Das positive Feedback der Briefpartner, so Koenig, habe ihn angespornt, *noch mehr als bisher zu schreiben und mich für alle einzusetzen*.¹⁵¹ Er selbst sieht hierin auch ein egoistisches Moment, das er seiner Briefpartnerin Waltraud Krüger¹⁵² mit folgenden Worten erklärte: *Wenn ich ... anderen helfen und ihnen Freude bereiten kann, dann bewahrheitet sich immer wieder der Spruch auf meinem Schreibtisch: Freude kann man nur haben, indem man Freude gibt. Merkt Ihr's also. Ich bin ein ganz großer Egoist*.¹⁵³ Dass Koenig durch den Austausch mit den DDR-Bürgern zusätzlich motiviert wurde, lässt sich auch daran festmachen, dass er seine Hilfsaktion ursprünglich nie so groß anlegen wollte: *Man wächst mit der Zeit in Aufgaben hinein. Das kann man nicht von heute auf morgen. Hätte ich geahnt, 1978, dass ich keinen Sonntag mehr frei haben würde, ganz ehrlich, ich hätte die Finger davon gelassen*.¹⁵⁴

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Koenig durch seine persönlichen Erfahrungen, seine Eindrücke bei Besuchen in der DDR und

147 Gleiches galt auch für die religiöse Einstellung, vgl. Kap. III.

148 Interview mit Anita Reitmann vom 4. 5. 2002.

149 Fallbeispiel Familie Hiob, vgl. Kap. III.2.2.

150 Telefoninterview mit Gerhard Hiob vom 14. 5. 2002.

151 Brief an Waltraud Krüger vom 7. 3. 1980, in: Fallakte A-4.

152 Fallbeispiel Familie Krüger, vgl. Kap. III.2.1.

153 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger am 18. 2. 1981, in: Fallakte A-4.

154 Interview mit Theo Koenig vom 3. 3. 2002.

seine politisch-weltanschauliche Einstellung eine besondere Verbundenheit mit den Menschen in der DDR verspürte. Bei einem allgemeinen Bestreben, aus christlicher Nächstenliebe heraus notleidenden Menschen zu helfen, entschied er sich daher zu einer Hilfsaktion für DDR-Bürger. Im Verlauf seines Engagements wurde er dann zusätzlich durch die positive Rückmeldung der Briefpartner motiviert, so dass seine Aktion ein sehr großes Ausmaß annahm.

III. Die Briefpartner von Theo Koenig

Von 1978 bis zur Wiedervereinigung 1990 baute Theo Koenig insgesamt 727 Kontakte zu DDR-Bürgern auf.¹⁵⁵ Zeitweise hatte er bis zu 250 Verbindungen gleichzeitig. Was waren das für Menschen? Wo, wie, wann und warum wurden sie Empfänger von seiner Hilfsaktion?

Betrachtet man zunächst die biographischen Daten, so finden sich die unterschiedlichsten Alters- und Berufsgruppen, Bildungsgrade und familiären Verhältnisse. Die Wohnorte verteilen sich über alle 15 Bezirke der DDR auf insgesamt 199 Orte, wobei die meisten Briefpartner¹⁵⁶ in Ost-Berlin lebten (55), gefolgt von Leipzig (51), Dresden (41), Halle und Wismar (je 28) sowie Cottbus (26).

Untersucht man, wie der Kontakt zustande kam, so lassen sich drei größere Gruppen unterscheiden: Insgesamt 319 Briefpartner schrieb Koenig an, nachdem ihre Adresse in der Zeitschrift HILFERUFE VON DRÜBEN veröffentlicht worden war.¹⁵⁷ Zur zweiten Gruppe gehören die Menschen, die mit den Briefpartnern aus der ersten Gruppe verwandt oder bekannt waren und diese in irgendeiner Form unterstützten (indem sie beispielsweise als Deckadresse fungierten). Hier kann von einem „Schneeballsystem“ gesprochen werden – über jeden Briefpartner kam Koenig mit einer Reihe weiterer in Verbindung. Bleiben für die dritte Gruppe die Menschen, die sich selbst an den Ordensbruder wandten und um materielle Unterstützung oder einen Briefwechsel baten.¹⁵⁸

155 In vielen Fällen handelte es sich um Familien. Insgesamt stand Koenig mit 1875 Personen in Kontakt (meist war aber ein Familienmitglied „federführend“). Vgl. Adresslisten, in: Büroakten BK-0 und BK-6.

156 Unter dem Begriff Briefpartner sind im Folgenden Familien und Einzelpersonen zusammengefasst.

157 Insgesamt wurden dort 478 Schicksale veröffentlicht, bekam aber nicht von allen eine Antwort.

158 Der Briefkontakt mit Eva Falkenstein stellt eine Ausnahme dar, die hier nicht berücksichtigt ist.

Von 1978 (zwei Kontakte) nahm die Zahl der Briefpartner beständig zu, überschritt 1981 die Marke 100 und 1987 die Marke 200. Es gab Verbindungen, die nur wenige Monate hielten, andere reichten über mehrere Jahre, und 88 Brieffreundschaften dauern bis heute an.

Die Beweggründe, mit dem Ordensbruder in einen Schriftverkehr zu treten, waren dabei keinesfalls einheitlich. Es gab DDR-Bürger, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten und sich von einer Westverbindung moralische Unterstützung versprachen. Andere wollten nicht ausreisen und verfolgten möglicherweise eher materielle Interessen. Schließlich gab es Briefpartner, die mit dem Ministerium für Staatssicherheit in der DDR kooperierten und aus diesem Grund eine Verbindung zu Koenig unterhielten.

Die Konsequenzen der Westverbindung variierten ebenfalls sehr stark: Viele Briefpartner wurden vom Staatssicherheitsdienst zu ihrem Schriftverkehr mit Koenig verhört, einige wurden gezwungen, den Kontakt abzubauen, für andere hatte die Verbindung sogar strafrechtliche Folgen.¹⁵⁹

Die Gruppe der Briefpartner war also in jeder Hinsicht sehr heterogen. Daher lassen sich kaum allgemeingültige Aussagen zu diesen Menschen und den Hintergründen ihrer Verbindung zu Koenig treffen. Gleichzeitig ist die Datenmenge mit 727 Briefkontakten aber zu groß, um jeden Fall einzeln untersuchen zu können. Es gilt daher, ein Kriterium zu finden, nach dem sich die Briefpartner sinnvoll in Kategorien zusammenfassen und so bearbeiten lassen.

III.1. Prüfung von Kriterien und Kategorisierung der Briefkontakte

Der biographische Hintergrund, Wohnort und Zeitpunkt des Briefwechsels eignen sich nicht als Kriterien, weil sie für den Ablauf der Hilfsaktion von sekundärer Bedeutung waren. Die Art der Kontaktaufnahme beschreibt zwar den Beginn der Unterstützung, ist aber ein einmaliges Ereignis und für die weitere Gestaltung der Verbindung nebensächlich. Die Konsequenzen des Briefkontaktes sind ebenfalls kein vielversprechendes Kriterium, weil diese als Folgeerscheinung der Hilfsaktion auftraten, für den Ablauf aber unwichtig (da nicht voraussehbar) waren.

Eine Kategorisierung nach den Beweggründen der Briefpartner ist dagegen sinnvoll: Erwartungen und Motive der Briefpartner haben in entscheidender Weise Inhalt und Form von Koenigs Hilfe beeinflusst. Denn Koenigs Ziel war es, so gut wie möglich – also den Erwartungen entsprechend – zu helfen. Nimmt man die Beweggründe als Kriterium, so lassen sich drei Kategorien von Briefpartnern unterscheiden:

159 Vgl. Kap. VI.2.2.

Die erste Kategorie umfasst die Briefpartner, die die DDR verlassen wollten und daher einen Ausreiseantrag¹⁶⁰ gestellt oder einen Fluchtversuch unternommen hatten. Das sozialistische Staatssystem verstand ein solches Ansinnen als Provokation und reagierte mit scharfen Repressionen.¹⁶¹ Verantwortlich für die „aktiven Maßnahmen“ gegen „rechtswidrig Übersiedlungersuchende“ war das Ministerium für Staatssicherheit. Durch das so genannte „System der politisch-operativen Zusammenarbeit“ waren aber nahezu alle gesellschaftlichen Kräfte in die Diskriminierung der Ausreiseantragsteller eingebunden.¹⁶²

In der Ära Honecker schreckte das MfS aufgrund außenpolitischer und wirtschaftlicher Zwänge zunehmend vor einer strafrechtlichen Verfolgung zurück. Die Ausreiseantragsteller sollten stattdessen durch „zersetzende Maßnahmen“ und ein System des „leisen Terrors“ zermürbt werden.¹⁶³ Sie mussten berufliche Verschlechterungen bis zur Kündigung hinnehmen, waren einer dauernden Überwachung und sehr subtilen Diskriminierung bis in die Intimsphäre ausgesetzt. Form und Intensität der politischen Verfolgung waren von Fall zu Fall sehr unterschiedlich, und auch die Dauer des Antragsverfahrens schwankte zwischen wenigen Tagen und mehreren Jahren.¹⁶⁴ Für die Betroffenen war das Vorgehen des Staatssicherheitsdienstes höchst undurchsichtig, die Konsequenzen ihrer Entscheidung daher kaum abzuschätzen.

In den seltensten Fällen waren die Antragsteller nach ihrem „Outing“ in der Lage, ein „normales“ Leben weiterzuführen. Abgesehen von beruflichen Schwierigkeiten und der ständig drohenden Verhaftungsgefahr, waren sie oft gesellschaftlich isoliert. Die Ausreiseantragsteller befanden sich also in einer physisch wie psychisch äußerst belastenden Situation. Ihre Erwartungen an Koenig waren klar definiert: Sie erhofften sich eine moralische

160 Die Möglichkeit einer solchen Eingabe an die DDR-Behörden wurde in den späten 70er Jahren öffentlich bekannt, WOLLE, Stefan (Hrsg.): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, 2., durchges. Aufl., Bonn 1999 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 349), S. 285.

161 Vgl. Kap. VI.2.2. und WANITSCHKE, Matthias: Methoden und Menschenbild des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Köln, Weimar, Wien, Böhlau 2001. Die Frage, ob die Ausreiseantragsteller zur politischen Opposition in der DDR zu zählen sind, ist in der Forschung umstritten.

162 Die „Partner des politisch-operativen Zusammenwirkens“ (POZW) waren beispielsweise das Ministerium des Inneren, aber auch Betriebs- und Universitätsleitungen; vgl. Kap. VI.2.2.

163 Vgl. Kap. VI.2.2.

164 WOLLE, a. a. O., S. 285.

und praktische Unterstützung ihres Ausreisevorhabens sowie materielle Hilfe in einer schwierigen Lebenssituation.¹⁶⁵

Zur zweiten Kategorie von Koenigs Briefpartnern gehören die DDR-Bürger, die keinen Ausreisewunsch verfolgten, trotzdem mit ihm in Kontakt kamen und sein Hilfsangebot annahmen. Der materielle Aspekt stand bei der Motivation der „DDR-treuen“¹⁶⁶ Briefpartner oft im Vordergrund, die weitergehenden Erwartungen waren diffuser als bei den Ausreiseantragstellern.¹⁶⁷ Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, dass einige dieser Personen zufällig mit Koenig in Kontakt kamen, also zum Zeitpunkt der Verbindungsaufnahme keinerlei Zielvorstellungen oder Erwartungen hatten.

Die Briefpartner in der dritten Kategorie arbeiteten mit dem Ministerium für Staatssicherheit in der DDR zusammen und sollen aus diesem Grund als „Stasi-Fälle“ bezeichnet werden.¹⁶⁸ Vordergründig ließen sich diese DDR-Bürger auch einer der anderen beiden Kategorien zuordnen: Einige waren Ausreiseantragsteller, andere wollten in der DDR bleiben. Der entscheidende Unterschied liegt in einer zusätzlichen Motivation für den Briefkontakt mit Koenig. Die „Stasi-Fälle“ waren nicht nur Empfänger der Hilfsaktion und Briefpartner, sie erfüllten gleichzeitig Aufträge des MfS, das somit den Briefwechsel (allerdings in unterschiedlichem Maße) fernsteuerte. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass viele dieser Briefpartner eher Erwartungen an das MfS als an Koenig hatten.¹⁶⁹ So hofften sie möglicherweise, mit einer Ausreisegenehmigung oder finanziellen Vergünstigungen für ihre Tätigkeit als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) „belohnt“ zu werden.

165 Vgl. Kap. IV.

166 Die Bezeichnung „DDR-treu“ soll hierbei nicht die politische Einstellung dieser Bürger zur DDR ausdrücken. Entscheidend (in Abgrenzung zur ersten Kategorie) ist aber, dass sie nicht ausreisen wollten.

167 Ein materielles Interesse allein kann die Motivation dieser Briefpartner aber nicht erklären, da von den 88 Personen, die bis heute den Schriftverkehr mit Koenig weiterführen, 33 „DDR-treue“ Fälle sind.

168 Auf die Beweggründe dieser Briefpartner, mit dem MfS zu kooperieren, soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Vgl. aber MÜLLER-ENBERGS, der drei Motive für die IM-Tätigkeit unterscheidet (Überzeugung, materielle Interessen und Erpressung), MÜLLER-ENBERGS, Helmut (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998 (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 10), S. 134–138.

169 Dies trifft insbesondere auf die Inoffiziellen Mitarbeiter zu, die vom MfS auf Koenig „angesetzt“ wurden.

III. 2. Vorstellung der einzelnen Kategorien anhand von Fallbeispielen

Die drei Kategorien sollen anhand von sieben Fallbeispielen vorgestellt werden.¹⁷⁰ Die Auswahl der einzelnen Fälle wird jeweils kurz begründet. Da sie die Grundlage für die weitere Analyse bilden, ist es außerdem sinnvoll, einige Informationen zum biographischen Hintergrund dieser Briefpartner und ihrer Verbindung zu Koenig zu geben.

III. 2.1. Kategorie I – Ausreiseantragsteller

Was die 619 Briefpartner in dieser Kategorie eint, ist der Wunsch, die DDR zu verlassen. Was sie unterscheidet, ist vor allem die Härte der Konsequenzen, die der Ausreiseantrag für sie bedeutete. Wie oben erwähnt, erstreckten sich diese über ein breites Spektrum, reichten von „normalen“ Einschüchterungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes, beruflichen Nachteilen und gesellschaftlichem Druck über Jobverlust und Untersuchungshaft bis hin zu langjährigen Gefängnisstrafen.¹⁷¹

Familie Hans-Georg Schulz¹⁷² aus Gera kann stellvertretend für die Briefpartner stehen, deren Ausreiseverfahren eher unproblematisch verlief. Familie Krüger aus Magdeburg soll dagegen die Fälle repräsentieren, die sehr harte Konsequenzen ertragen mussten. Alle drei Familienmitglieder mussten in Untersuchungshaft, die Bespitzelung durch das MfS war sichtbar und massiv. Der Fall Krüger steht darüber hinaus stellvertretend für die Briefpartner, die Bruder Koenings Hilfe auch nach der Übersiedlung noch dringend benötigten. Der dritte Fall, Familie Zille aus Dessau, wurde ausgewählt, da Koenings Engagement hier ein Maximum erreichte.

Familie Hans-Georg Schulz aus Gera

Der Ausreisewunsch reifte bei Hans-Georg Schulz nach eigenen Aussagen im Laufe vieler Jahre, als Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit mit dem Leben in der DDR.¹⁷³ Bei einem Russland-Urlaub verfestigte sich sein Unbehagen gegenüber dem sozialistischen Staatssystem. Die Eindrücke dieser Reise sieht er noch heute als ausschlaggebendes Mo-

170 Die Repräsentativität dieser Fallbeispiele bleibt aufgrund der geringen Zahl (weniger als ein Prozent der Gesamtheit) fragwürdig. Es wurden aber jeweils Fälle ausgewählt, die stellvertretend untersucht werden können.

171 Vgl. Kap. VI.2.2.

172 Da im Kap. III.2.2. auch die Familie Manfred Schulz (Hans-Georg und Manfred sind Brüder) aus Gera als Fallbeispiel dargestellt wird, soll die Nennung des Vornamens Verwechslungen bei dieser Familie vorbeugen.

173 Vgl. zum Folgenden das Interview mit Hans-Georg und Ingrid Schulz am 16. 3. 2002 in Reute.

ment für seinen Wunsch, die DDR zu verlassen. Am 4. September 1976 stellte Hans-Georg Schulz für sich, seine Frau Ingrid und die beiden Kinder Andreas und Marcus einen Ausreiseantrag beim Rat der Stadt Gera.

In der Begründung führte er seine ablehnende Haltung gegenüber dem Sozialismus, insbesondere dem atheistischen System, an.¹⁷⁴ Er habe seine Kinder im katholischen Glauben erziehen wollen und für sie keine Zukunft in der DDR gesehen, erklärt Schulz.¹⁷⁵ Andreas und Marcus Schulz gingen nicht zur Jugendweihe und waren nicht in der FDJ. Innerhalb von drei Jahren stellte der Taxi-Fahrer insgesamt 25 Anträge auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR.¹⁷⁶ Seit dem ersten Antrag habe es betriebliche Repressionen gegen ihn gegeben, berichtet Schulz. Schließlich habe er beim Arbeitsgericht in der DDR eine Klage eingereicht, um gegen diese Behandlung zu protestieren.¹⁷⁷ Seine berufliche Situation habe sich daraufhin zwar weitgehend normalisiert, man habe ihn aber immer wieder zu Gesprächen beim Betriebsrat, der Gewerkschaft oder der Firmenleitung zitiert. In einer staatsanwaltschaftlichen Belehrung sei er über die strafrechtliche Bedeutung seiner West-Kontakte und den entsprechenden Paragraphen zur *staatsfeindlichen Hetze*¹⁷⁸ informiert worden.¹⁷⁹

Als die Ausreiseanträge ohne Erfolg blieben, stellte schließlich ein Bekannter der Familie in der BRD den Kontakt zum ZDF-Magazin mit dem Moderator Gerhard Löwenthal her. In dieser Sendung wurden damals wöchentlich sogenannte „Hilferufe“ von Ausreiseantragstellern in der DDR ausgestrahlt. Das Schicksal der Familie aus Gera wurde aber nicht nur in diesem Fernsehmagazin, sondern auch in der Zeitschrift *HILFERUFE VON DRÜBEN* vorgestellt. Unter einem Foto hieß es dort: *Herr Schulz ist Kfz-Schlosser und hat für seine Familie bereits 15 Ausreiseanträge gestellt.*¹⁸⁰

Auf diesen Aufruf in der zweiten Ausgabe der Lippstädter Zeitschrift hin wandte sich Bruder Koenig mit einem ersten Brief an die Familie. Im folgenden Jahr entwickelte sich ein regelmäßiger und ausführlicher Briefaustausch, außerdem schickte der Ordensbruder seiner ersten „DDR-Familie“ regelmäßige Pakete. Trotz der Freude über die Westkontakte war

174 Zwei Ausreiseanträge finden sich in den Stasiakten der Familie Hans-Georg Schulz, im Anhang zu einem Schreiben der KD Gera an die Berliner Zentrale des MfS vom 19. 8. 1981, in: BSTU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85, Bd. I, Bl. 132/133.

175 Interview mit Hans-Georg Schulz vom 16. 3. 2002.

176 Persönliche Unterlagen der Familie Hans-Georg Schulz, in: Fallakte A-1.

177 Interview mit Hans-Georg Schulz vom 16. 3. 2002.

178 § 106, STRAFGESETZBUCH DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK – StGB –, hrsg. vom MINISTERIUM DER JUSTIZ, Berlin 1986, S. 35f.

179 Interview mit Hans-Georg Schulz vom 16. 3. 2002.

180 *HILFERUFE VON DRÜBEN*, Nr. 2, 1978.

sich Familie Schulz der gleichzeitigen Gefahr durchaus bewusst und empfand die damalige Situation als sehr bedrückend. Ingrid Schulz erinnert sich, dass sie bei der Ausstrahlung des Hilferufes im ZDF *Freude und Trauer* zugleich gespürt habe.¹⁸¹ Ihr erster Gedanke sei sogar gewesen, dass dies ihr *Todesurteil* in der DDR sei.¹⁸² Sie habe immer mit einer Verhaftung gerechnet. Auch ihrem Mann ist die *Angst*, die Frage *Was passiert jetzt mit uns?*, noch gut in Erinnerung. Sie hätten viel Glück gehabt, dass *alles gut ausgegangen* sei, ist er überzeugt.¹⁸³

Am 17. Januar 1979 stellte Familie Schulz den letzten Antrag, ohne zu wissen, dass die Abteilung für innere Angelegenheiten beim Rat der Stadt Gera bereits drei Monate zuvor unter *Berücksichtigung des Persönlichkeitsbildes, des erreichten Standes der Hartnäckigkeit und möglicher Auswirkungen bei Demonstrativhandlungen ... die Übersiedlung in die BRD*¹⁸⁴ befürwortet hatte. Nachdem Familie Schulz den positiven Bescheid Ende Januar erhalten hatte, konnte sie am 1. Februar in die Bundesrepublik ausreisen und in Biberach ein neues Leben beginnen.¹⁸⁵ Mit dem Brieffreund in Münster verbindet sie noch heute ein regelmäßiger Schriftverkehr.¹⁸⁶

Familie Krüger aus Magdeburg

Familie Krüger geriet fast zufällig in Konflikt mit dem System der DDR. Waltraud Krüger war anfangs sogar fest integriert in das gesellschaftliche Leben des Landes, sie gehörte beispielsweise verschiedenen Jugendorganisationen der SED an und wurde mit 18 Jahren „Leiterin eines Kollektivs der sozialistischen Arbeit“ beim Magdeburger Fernmeldeamt.¹⁸⁷

181 Interview mit Ingrid Schulz vom 16. 3. 2002.

182 Ebd.

183 Interview mit Hans-Georg Schulz vom 16. 3. 2002.

184 Vorschlag auf Übersiedlung in die BRD für Familie Schulz vom 25. 9. 1978, in: BStU, ASt. Gera, MfS, AOP 32/85, Bd. I, Bl. 45. Die Befürwortung erfolgte *gemäß der Ordnung 0118/77 des Mdl, Teil A, Abschnitt II, Ziffer 1* (ebd.). In der Ordnung ist festgelegt, dass die *Unterbreitung eines Vorschlages zur Übersiedlung im Ausnahmefall* erfolgen kann, *wenn nachweisbar alle Möglichkeiten der Einflussnahme zur Erreichung der Abstandnahme ausgeschöpft wurden und die Übersiedlung den staatlichen und gesellschaftlichen Interessen nicht widerspricht*, zit. nach: LOCHEN / MEYER-SEITZ, a. a. O., S. 391.

185 Die Ausreiseformalitäten sind dokumentiert in persönlichen Unterlagen der Familie Hans-Georg Schulz, in: Fallakte A-3.

186 Interview mit Hans-Georg und Ingrid Schulz vom 16. 3. 2002 und Interview mit Theo Koenig vom 3. 3. 2002.

187 Vgl. die Autobiographie KRÜGER, Waltraud: *Ausreiseantrag*. Sie nannten mich Nervensäge, Köln 1989.

Einen Bruch erhielt dieser linientreue Lebenslauf, als das Ehepaar Krüger 1962 vor seinem Haus einen Autounfall beobachtete, an dem eine Familie aus Westdeutschland beteiligt war. Waltraud KRÜGER berichtet in ihrer Autobiographie „*Ausreiseantrag*“. Sie nannten mich Nervensäge“¹⁸⁸, dass die Familie den BRD-Bürgern ihre Hilfe angeboten und ihr Telefon zur Verfügung gestellt habe. Diese spontane Hilfeleistung habe für Klaus Krüger ein stundenlanges Verhör beim Staatssicherheitsdienst nach sich gezogen. Den eigentlichen Wendepunkt in ihrer Einstellung zur DDR sieht Waltraud Krüger dann 1973. Bei ihrer Arbeit am Bezirks-Hygiene-Institut in Magdeburg sei sie in große Schwierigkeiten gekommen, weil sie gegen verschiedene Regelungen¹⁸⁹ protestiert habe. Sie habe das System der DDR zunehmend in Frage gestellt und schließlich in diesem Staat keine Perspektive mehr gesehen. Noch im gleichen Jahr beantragten Krügers für sich und ihre elfjährige Tochter Anita die Ausreise aus der DDR.¹⁹⁰

Nach dem ablehnenden Bescheid schrieb Waltraud Krüger in regelmäßigen Abständen neue Anträge, machte außerdem Eingaben an verschiedene öffentliche Stellen.¹⁹¹ Die Konsequenzen, die sich für Familie Krüger aufgrund ihrer Ausreisebemühungen ergaben, gingen viel weiter als bei Familie Schulz. In ihrer Autobiographie berichtet Waltraud KRÜGER, ihr Mann habe bei seiner Arbeit erhebliche Repressionen hinnehmen müssen, ihr selbst sei fristlos gekündigt worden.¹⁹² Schließlich wurde sie sogar vom Kreisrat der Stadt Magdeburg für drei Wochen in eine Nervenklinik eingewiesen. Die Begründung für die Zwangsmaßnahme lautete, ihre *auffällige Verhaltensweise* deute auf eine *seelische Störung* hin.¹⁹³

Über das ZDF-Magazin erfuhr die Familie vom neugegründeten Verein HILFERUFE VON DRÜBEN und wandte sich 1978 mit der Bitte um Unterstützung dorthin. In der dritten Ausgabe der gleichnamigen Zeitschrift wurde die Magdeburger Familie vorgestellt. Frau Krüger wurde mit den Worten zitiert: *Wir wurden beschimpft, gedemütigt und haben alle Nachteile*.¹⁹⁴ In den darauffolgenden Monaten berichtete der Lippstädter Verein regelmäßig über das Schicksal der Krügers.¹⁹⁵

188 Ebd., S. 60ff.

189 Sie kritisierte unter anderem die Anordnung des Ministeriums für Gesundheitswesen, bestimmte Medikamente nur an Ausländer abzugeben. Für KRÜGER bedeutete diese Bestimmung eine Benachteiligung der DDR-Bevölkerung, ebd. S. 74ff.

190 Ebd., S. 79.

191 An den Staats- u. Ministerrat sowie den Innenminister der DDR, das Zentralkomitee der SED, ebd., S. 80ff.

192 Ebd., S. 123.

193 Der „Einweisungsbefehl“ ist abgedruckt in: ebd., S. 81.

194 HILFERUFE VON DRÜBEN, Nr. 3, 1978.

195 Ebd., Nr. 4, 1979; Nr. 5, 1979; Nr. 7, 1979; Nr. 8, 1980 und Nr. 11, 1980.

Im Dezember 1979 schrieb Bruder Koenig seinen ersten Brief an Familie Krüger und legte so den Grundstein für einen intensiven Gedankenaustausch mit Waltraud Krüger. Ab März 1980 schickte er auch Pakete an die Magdeburger Familie, woraufhin sich ein eigenständiger Schriftverkehr mit der Tochter Anita entwickelte.¹⁹⁶ Da sehr viele Briefe verschwanden, versuchten die Krügers ab April 1980, den Kontakt über verschiedene Deckadressen in Magdeburg aufrechtzuerhalten.¹⁹⁷ Ständige Verhöre beim Rat der Stadt, Abteilung Inneres, hätten ihren Ausreisewillen nur noch verstärkt, fast täglich habe sie neue Ausreiseanträge geschrieben, berichtet Waltraud Krüger.¹⁹⁸ Die Überwachung durch das MfS sei für die Familie deutlich zu spüren gewesen – Gewissheit habe beispielsweise das Geständnis von Anitas erstem Freund gebracht, er sei von der Stasi auf sie angesetzt worden.¹⁹⁹

Am 30. Mai 1980 wurden Klaus, Waltraud und Anita Krüger vom Staatssicherheitsdienst der DDR verhaftet und gut sechs Wochen in Untersuchungshaft festgehalten.²⁰⁰ Waltraud Krüger versuchte mit einem Hungerstreik ab dem 4. Juni gegen ihre Behandlung zu protestieren. Daraufhin wurde sie in die psychiatrische Abteilung des MfS in Berlin verlegt und dort über Infusionen zwangsernährt.²⁰¹ Erst als sie den Hungerstreik aufgab, wurde die Familie unter speziellen Auflagen, zu denen auch eine totale Postsperrung gehörte, am 14. Juli 1980 aus der Untersuchungshaft entlassen.²⁰²

Als die Postsperrung Mitte November aufgehoben wurde, stellten die Krügers unverzüglich neue Ausreiseanträge. Anfang Februar 1981 erhielten sie schließlich einen positiven Bescheid, am 6. Februar 1981 durften sie nach Westdeutschland übersiedeln. Die erste Zeit in der BRD gestaltete sich sehr problematisch, auch in dieser Zeit fand die Familie in Koenig eine wichtige Unterstützung, der Kontakt zu ihm besteht bis heute.

196 Der Briefwechsel mit Familie Krüger und Anita Krüger ist bis 1987 dokumentiert, in: Fallakte A-4.

197 Zuletzt ließen sie ihren Schriftverkehr fast ausschließlich über die Adresse des Predigers der Gemeinde der Siebenten-Tags-Adventisten, Gerhard Hiob (Fallbeispiel, vgl. Kap. III.2.2) laufen.

198 KRÜGER, a. a. O., S. 130ff.

199 Ebd., S. 115ff. und Interview mit Anita Reitmann (geb. Krüger) vom 4. 5. 2002.

200 Gegen Anita Krüger wurde ein Ermittlungsverfahren wegen *Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit* gemäß § 214 (Abs. 1, 3) StGB der DDR eingeleitet, vgl. BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AU 1121/81. Gegen Waltraud KRÜGER ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen *staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme, staatsfeindlicher Hetze und Beleidigung von staatlichen Organen*, KRÜGER, a. a. O., S. 141. Zum Straftatbestand vgl. STRAFGESETZBUCH DER DDR, a. a. O., S. 57/58.

201 KRÜGER, a. a. O., S. 157ff.

202 Ebd., S. 173.

Münster, den 1.6.1980

Ihr Lieben!

Gleich nach Ankunft Eures Briefes habe ich telefonieren müssen, und ich kann wohl annehmen, daß Euch meine Grüße übermittelt wurden. Ich bin einfach erschüttert, daß Ihr so wenig Post von mir in der letzten Zeit bekommen habt. Auch ich war schon in großer Sorge, während einiger Wochen nichts von Euch zu hören, und so habe ich am 25.5.80 einen längeren Brief geschrieben. Ist dieser außer meinen Schreiben vom 30.4., 4.5., 11.5., dazu Postkarte vom 15.5. und Brief vom 17.5. an Anita bei Euch angekommen? Dann schrieb ich am 25.5. eine Karte und weiter am 30.5. als Antwort auf Eure Mitteilung, daß mein Einschreibe-Päckchen gut bei Euch angekommen ist. – Die Briefe von Euch vom 29.4., 10./12.5.80 sind nicht bei mir angekommen; deswegen ja auch meine besorgte Anfrage vom 25.5.80. So bleibt denn wohl nichts anderes übrig, als Briefe per Einschreiben zu schicken. Dieser geht dann sogar mit Rückschein, damit ich auch die Gewissheit bekomme, daß er Euch ausgehändigt wird. Es ist sehr bedauerlich, daß man einen verwandtschaftlichen Briefverkehr so einzuschränken versucht, und ich frage mich, warum? Ob es wohl Zweck hat, mich da an bestimmte Stellen bzw. Personen in Magdeburg zu wenden? Sie alle treten doch entsprechend der abgeschlossenen Verträge für humane und menschliche Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten ein; sollte es da in der Praxis so ganz anders aussehen? Wenn ja und wenn das noch weiter so geht, dann werde ich mich an höhere Dienststellen und auch an die Öffentlichkeit wenden, um dieses Treiben abzustellen, was ja direkt im Gegensatz zu den "gut-nachbarschaftlichen Beziehungen" steht, die der Generalsekretär Konecker anstrebt. Doch genug davon; ich freue mich, daß außer Euren Brief auch 3 Karten bei mir angekommen sind; ganz herzlichen Dank dafür. Daß Ihr unter dieser Ungewissheit immer mehr leidet, ist mir nur zu verständlich. Und wenn es mir möglich wäre, dann würde ich Euch helfen und Euch auf meinen Händen über diese Grenze tragen, die Euch von Euren Ziel trennt. Und Du, meine liebe Nichte, willst aus dieser Verzweiflung heraus sogar einen Schritt tun, von dem Du meinst, daß ich ihn nicht billigen werde? Ja, liebe Waltraud, unter normalen Umständen würde ich sagen: laß das sein, so etwas ziemt sich nicht für zivilisierte Menschen und erst recht nicht für einen Christen. Aber kann man Menschen, die an Hand der Verzweiflung leben, so einen Rat geben? Nein, das kann ich nicht, und darum will ich Dich auch nicht davon abreden, diesen äußersten Schritt, zu dem Du fest entschlossen bist, zu tun. Mit Dir werde ich an diesem Tag beten und bitten, daß nun endlich bei den Verantwortlichen die Einsicht dämmert, daß Ihr alle unter keinen Umständen dort mehr sein könnt. Es ist sicher gut, daß Du die entsprechenden Stellen vorher schon über Deinen Schritt informiert hast. Aber ob diese dann noch zulassen, daß Du so etwas öffentlich unternimmst? Ich kann es bald nicht annehmen, aber wenn es trotzdem geschieht, dann werde ich sicher aus anderen Kanälen auch davon erfahren. Unseren Freunden in Lippstadt habe ich von dem Vorhaben Kenntnis gegeben. Ich bin über-

Dokument 1: Brief von Theo Koenig an Familie Krüger vom 1. 6. 1980 (Privatarchiv Koenig)

zeugt, daß sie von dort alles unternehmen werden, Euch zu helfen und Euer Anliegen zu unterstützen.

Und wißt Ihr was, was ich Euch jetzt einfach schreiben muß? Trotz Eurer großen augenblicklichen Bedrängnis werde ich das Gefühl nicht los, daß das alles nun bald überstanden ist. Ich bin kein Mensch, der sich unnötiger Gefühlsduselei hingibt, aber irgendwie verapüre ich, daß in aller Kürze sich etwas zum Guten wenden wird. Wie und warum ist mir natürlich verborgen, und ich kann nur sagen, daß ich mir nichts sehnlicheres wünsche, als daß meine Gefühle mich nicht getrogen haben.

Mit der nochmaligen Versicherung, daß ich in Gedanken jeden Tag bei Euch bin, will ich schließen. Sei gewiß, liebe Waltraud, daß Du am 17.6. nicht allein bist, wenn Du Dein Vorhaben wirklich durchführen willst. Mit mir denken alle meine Freunde an Euch – es wird bestimmt alles gut!

In dieser frohen Hoffnung grüßt Euch recht herzlich

Euer Onkel

Habe ich schon erwähnt, daß noch ein weiteres Paket an Euch unterwegs ist? Es ist am 21.5.80 abgegangen. Ob Euch der Inhalt gefallen wird, vor allem auch Dir, liebe Waltraud? Im letzten Paket war ja mehr für Anita; diesmal sind es – so glaube ich wenigstens – Sachen, die wohl für Dich passend sind. Stimmt es?

Familie Zille aus Dessau

Günter Zille hatte – ähnlich wie Waltraud Krüger – bis Ende der 60er Jahre eine durchaus positive Einstellung zum sozialistischen System und dem Leben in der DDR. Er war aktives FDJ-Mitglied, Angehöriger der kasernierten Volkspolizei, der DDR-Volksarmee und bis zu seinem 30. Lebensjahr auch Mitglied der SED.²⁰³ In seinen Briefen an Bruder Koenig deutete der Arbeiter in einem Chemiewerk an, für seinen Sinneswandel sei der sowjetische Überfall auf die Tschechoslowakei 1968 verantwortlich gewesen.²⁰⁴

Nach Verabschiedung der KSZE-Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975 sah Zille eine Möglichkeit, die DDR zu verlassen und berief sich in seinem ersten Ausreiseantrag vom 25. Dezember des gleichen Jahres auf dieses Dokument.²⁰⁵ Nach einem negativen Bescheid wandte sich Zille mit seinem Ausreisewunsch für sich, seine Frau Brigitte sowie die drei Kinder auch an den damaligen SED-Vorsitzenden Erich Honecker, den Staatsratsvorsitzenden Willy Stoph und das Innenministerium der DDR.

Statt eines positiven Bescheides wurde ihm aber am 21. Januar 1977 vom Staatssicherheitsdienst ein Haftbefehl vorgelegt. Zille protestierte gegen seine Festnahme mit einem Hungerstreik und einem Selbstmordversuch. Am 17. Oktober 1977 verurteilte ihn das Bezirksgericht Halle wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu drei Jahren und vier Monaten Zuchthaus.²⁰⁶

Im Rahmen einer Amnestie zum 30. Jahrestag der DDR wurde Günter Zille am 6. Dezember 1979 vorzeitig aus der Haft in die DDR entlassen.²⁰⁷ Im Westen war sein Schicksal zu dieser Zeit längst bekannt – schon in der ersten Ausgabe der Zeitschrift HILFERUFE VON DRÜBEN erschien ein Bericht über Familie Zille. Unter der laufenden Nummer 32 wurde der Fall in den folgenden Ausgaben regelmäßig publiziert, teilweise sehr ausführlich dargestellt.²⁰⁸ Auf diesem Wege kam auch die Verbindung mit Koenig zustande, in den folgenden Jahren korrespondierte der Ordensbruder regelmäßig, in manchen Phasen mehrmals pro Woche, mit Günter Zille.

203 Vgl. Ernst L. LEVY: Drohungen, Verhöre, Zuchthaus – statt der Ausreisegenehmigung aus der DDR. Nach fünf Jahren Kampf hofft Günter Zille noch immer / „Wir wollen uns diesen Verhältnissen nur entziehen“, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. 10. 1980, S. 6.

204 In einem Brief vom 28. 1. 1980 schreibt er: *Es war für eine Umkehr noch nicht zu spät, und 1968 (!) habe ich die „Nabelschnur“ durchgeschnitten.*; in: Fallakte A-6.

205 LEVY, und Brief von Günter Zille an Theo Koenig vom 22. 5. 1980, in: Fallakte A-6.

206 LEVY. Zum Strafbestand vgl. § 106, in: STRAFGESETZBUCH DER DDR, a. a. O., S. 35/36.

207 Ebd.

208 HILFERUFE VON DRÜBEN, Nr. 1, 1978 (Dok. I); Nr. 7, 1979; Nr. 10, 1980; Nr. 12, 1981; Nr. 13, 1981.

Jener verschärfte den Kampf um die Ausreise, malte zum Beispiel in Anlehnung an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die KSZE-Schlussakte von Helsinki in riesengroßen Lettern folgenden Satz an seine Hauswand: *Jeder Mensch hat das Recht sein Land zu verlassen.*²⁰⁹ Mit solchen spektakulären Aktionen erregte Günter Zille auch in westlichen Medien und bei internationalen Menschenrechtsorganisationen Aufsehen.²¹⁰ Das MfS verschärfte die Überwachungsmaßnahmen, kontrollierte die Familie fast rund um die Uhr.²¹¹

Nur wenige Monate nach seiner Haftentlassung wurde bei Günter Zille Lungenkrebs diagnostiziert.²¹² Er wurde für arbeitsunfähig erklärt und widmete sich nun ganz dem verzweiferten Kampf um seine Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR. Im März 1981 wurde Zille erneut vom Staatssicherheitsdienst verhaftet und für einige Tage in die Psychiatrische Heilanstalt in Bernburg eingewiesen.²¹³ Am 14. Juli 1981 erlag er schließlich seiner schweren Krankheit.²¹⁴

Nach dem Tod ihres Mannes kämpfte Brigitte Zille weiter um eine Ausreisegenehmigung in die BRD – mit dem Ergebnis, dass sie im August 1982 ebenfalls inhaftiert und zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt wurde.²¹⁵ Erst am 23. 6. 1984 wurde Brigitte Zille von der Bundesregierung freigekauft, einige Wochen später konnten auch ihre drei Kinder ausreisen.²¹⁶ Während der Haftzeit hielt Koenig den Kontakt noch so gut wie möglich über die Kinder aufrecht. Nachdem Familie Zille im Westen wieder vereint war, brach die Briefverbindung allerdings recht schnell ab.²¹⁷

209 Vgl. BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): MENSCHENRECHTE. Dokumente und Deklarationen, 2., aktual. und erw. Ausgabe, Bonn 1995, S. 40 und S. 314. Der Schriftzug wurde von MfS-Mitarbeitern unkenntlich gemacht, am 28. 11. 1980 schickte Zille ein Foto der übermalten Wand an Koenig, in: Fallakte A-6.

210 Vgl. z. B. INTERNATIONALE GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE (Hrsg.): Günter Zille. Ein deutscher Bürgerrechtler in der DDR. Dokumentation, Frankfurt am Main, 1981 (eine 33-seitige Dokumentation).

211 Vgl. OV „Kontakt“, BStU, Ast. Halle, MfS, AOP 2322/81 und Kap. VI.2.2.

212 Brief von Günter Zille an Theo Koenig vom 2. 5. 1980, in: Fallakte A-6.

213 Telegramm von Brigitte Zille an Theo Koenig vom 9. 3. 1981, in: ebd.

214 Telegramm von Brigitte Zille vom 15. 7. 1981 (*Günter am 14. 7. 81 verstorben Brigitte*), in: ebd.

215 Brief einer Frau aus Dessau an Koenig vom 31. 8. 1982, in: ebd., Vernehmungsprotokolle von Brigitte Zille, in: BStU, Ast. Halle, MfS, AOP 2764/85.

216 HILFERUFE VON DRÜBEN, Nr. 26, 1984; Nr. 27, 1984.

217 Die Gründe Zilles für den Kontaktabbruch sind Koenig nicht bekannt, Interview vom 22. 8. 2002.

III.2.2. Kategorie II – „DDR-treue“ Fälle

Unter den insgesamt 99 Briefpartnern in der zweiten Kategorie gibt es zum einen Briefpartner, die mit Koenig in Verbindung kamen, weil sie als Deckadresse für Ausreiseantragsteller fungierten und diese somit – wenn gleich ohne eigenen Ausreisewunsch – in irgendeiner Form unterstützten. Ein Beispiel hierfür ist Familie Hiob aus Magdeburg. Zum zweiten gibt es Briefpartner, die zufällig mit Koenig in Kontakt kamen – oder sich direkt mit der Bitte um materielle Unterstützung an ihn wandten. Stellvertretend für diese Fälle kann Familie Manfred Schulz aus Gera stehen.²¹⁸

Familie Hiob aus Magdeburg

Familie Hiob aus Magdeburg kam über Familie Krüger²¹⁹ mit Koenig in Verbindung. Gerhard Hiob war seit 1953 als Prediger in der „Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten“ in Magdeburg tätig. Über die Gemeindearbeit lernte er 1976 Waltraud Krüger kennen und erfuhr von dem Ausreisewunsch der Familie und den damit verbundenen Problemen.²²⁰ Im Bibel-Unterricht, so erinnert sich der Geistliche, habe er auch die Ausreise-Thematik angesprochen. Er habe versucht, Familie Krüger davon zu überzeugen, den Antrag zurückzunehmen, um den *Strapazen* zu entgehen.²²¹

Als er aber gesehen habe, wie sehr Krügers unter der ständigen Überwachung durch den Staatssicherheitsdienst zu leiden hatten, habe er sich bereit erklärt, ihr Ausreiseprovhaben zu unterstützen und seine Anschrift als Deckadresse für die Westkontakte zur Verfügung gestellt. Die durch das MfS weitgehend unterbrochene Verbindung zu Bruder Koenig konnte auf diese Weise wiederbelebt werden, bei den Hiobs hatte Waltraud Krüger auch die Möglichkeit, einige Telefonate nach Münster zu führen.²²²

Dem MfS blieb das alles nicht lange verborgen, auch Hiob geriet ins Visier der Sicherheitsorgane. Am 27. November 1980 stellte die Bezirksverwaltung des MfS in Magdeburg fest: *Inoffiziell wurde aufgeklärt, daß Hiob an Koenig Informationen über die Situation der Antragsteller Krüger ... übermittelt und der Familie Krüger sein Telefon für direkte Gespräche mit Koe-*

218 Koenig stand zwar auch mit der Familie der Bruders, Hans-Georg Schulz, in Verbindung. Der Kontakt zur Familie Manfred Schulz kam aber nur zufällig durch ein verspätetes Paket zustande.

219 Vgl. Kap. III.2.1.

220 KRÜGER, S. 119ff. und Telefoninterview mit Gerhard Hiob vom 14. 5. 2002.

221 Telefoninterview mit Gerhard Hiob vom 14. 5. 2002.

222 Die Telefonate von Krügers und Hiobs mit Koenig, sind dokumentiert in BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AOV 1893/81 (OV „Botschaft“), Bd. III und IV.

ning zur Verfügung stellt. ... Für diese Hilfeleistungen erhält Hiob von Koenig Paketsendungen.²²³

Im Zuge der Unterstützung für die Krügers entwickelte sich ein eigenständiger Briefwechsel zwischen Koenig und Gerhard Hiob, dessen Frau Waltraud und der Tochter Andrea. Dieser Kontakt ging schnell sehr weit über einen Informationsaustausch hinaus und blieb auch nach der Ausreise der Krügers bestehen.²²⁴

Im Rückblick sagt Gerhard Hiob heute, er habe – trotz seines Einsatzes für das Ausreisevorhaben der Krügers und seiner Zusammenarbeit mit Koenig – nie daran gedacht, einen eigenen Ausreiseantrag zu stellen. Der Gedanke, selbst die DDR zu verlassen, sei ihm *fahnenflüchtig* erschienen, er habe seinen Platz in der DDR gesehen und *das ... durchstehen* wollen.²²⁵ Dennoch hatten die Verbindungen zur Familie Krüger und Koenig für Gerhard Hiob weitreichende Folgen. Kurz nach der Übersiedlung der Krügers in die BRD Anfang 1981 wurde er von Magdeburg nach Potsdam versetzt – eine Strafmaßnahme, wie der Geistliche aus seinen Stasiakten erfuhr.²²⁶ Der Briefkontakt mit Theo Koenig besteht bis heute.²²⁷

Familie Manfred Schulz aus Gera

Manfred Schulz kam durch das Ausreiseverfahren seines Bruders Hans-Georg zwar in Kontakt mit Ausreisewilligen, hatte selbst aber nicht den Wunsch, die DDR zu verlassen. Laut Auskunft seines Bruders war er auch kaum über dessen konkrete Bemühungen oder die Westkontakte informiert.²²⁸ Nach der Übersiedlung der Familie Hans-Georg Schulz in die BRD kam Manfred in Besitz eines verspäteten Pakets von Koenig, da der Nachsendeauftrag des Bruders auf seinen Namen lief.

Schulz bedankte sich bei dem unbekannten BRD-Bürger, einige Zeit später schickte Theo Koenig ein weiteres Paket, und nach und nach entwickelte sich ein regelmäßiger Briefkontakt.²²⁹ Der Lkw-Fahrer Manfred

223 Sachstandsbericht vom 27. 11. 1980, in: ebd., Bd. I, Bl. 110/111.

224 Vgl. die Fallakten D-1 und D-2.

225 Telefoninterview mit Gerhard Hiob vom 14. 5. 2002.

226 Ebd.

227 Ebd. und Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

228 Interview mit Hans-Georg Schulz vom 16. 3. 2002.

229 Vgl. Fallakte D-3. Vgl. zum Aspekt der Kontaktaufnahme auch den Bericht zur Aussprache mit dem AIM „Werner“ vom 21. 12. 1982, in: BStU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85, Bd. I, ohne Blattangabe.

Schulz und seine Angehörigen gerieten über diesen Westkontakt in den Verdacht, ein „Stützpunkt“ Koenings in der DDR zu sein, weshalb mehrere IM des Staatssicherheitsdienstes auf sie angesetzt wurden. Im Operativen Vorgang „Polyp“ der Bezirksverwaltung des MfS in Gera wurde die Familie Manfred Schulz als Beispiel für *Verbindungen des Koenig zu Personen aufgeklärt, die keine Antragsteller auf ÜS* [Übersiedlung, Anm. d. Verf.] *sind. Dabei besteht der dringende Verdacht, daß durch Koenig diese Personen als Stützpunkte genutzt werden.*²³⁰

Auch wenn sich dieser Verdacht nicht erhärtete, machte die Kreisdienststelle des MfS in Gera am 8. Dezember 1984 darauf aufmerksam, dass *der Schulz, Manfred in der Folge eine dahingehende Beachtung finden muß, daß sich für ihn im Zusammenhang der Annahme materieller Zuwendungen von Koenig nicht mögliche Verbindlichkeiten diesem gegenüber ergeben.*²³¹

Manfred Schulz wusste anfangs nichts von diesen Überlegungen des Staatssicherheitsdienstes. Die Inoffiziellen Mitarbeiter, mit denen er in Kontakt kam, waren Freunde der Familie, so dass er keinen Verdacht schöpfte.²³² Erst in einer so genannten „Aussprache“, einem Verhör durch das MfS in Gera, erfuhr er 1986 von den Ermittlungen gegen ihn. Aus Angst vor einer Verhaftung beugte er sich dem Willen des Staatssicherheitsdienstes und teilte dem Brieffreund in Münster mit, *dass eine weitere Verbindung zwischen uns ... für unsere Perspektiven nicht förderlich ist.*²³³

III. 2.3. Kategorie III – „Stasi-Fälle“

In den Stasiakten werden 28 Inoffizielle Mitarbeiter genannt, die auf Koenig angesetzt waren – 14 konnten bisher namentlich identifiziert werden. Sechs IMs besuchten Koenig im Westen, ein weiterer wohnte sogar vor Ort.²³⁴

230 Bericht der Bezirksverwaltung Gera vom 29. 4. 1982, in: BStU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85, Bd. I, Bl. 28. Vgl. auch Kap. VI.2.2.

231 KD Gera, Abschlußbericht zum OV „Polyp“ vom 8. 12. 1984, in: BStU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85, Bl. 264.

232 Manfred Schulz konnte hierzu nicht selbst befragt werden, da er auf eine entsprechende Anfrage nicht antwortete. Hans-Georg Schulz gab aber im Interview vom 16. 3. 2002 zu diesem Thema Auskunft.

233 Brief von Manfred Schulz an Theo Koenig vom 10. 8. 1986, in: Fallakte D-3.

234 IM „Herold“ aus Hilstrup. Da der Klarnamen nicht bekannt ist und sich den Stasiakten nur wenig über den biographischen Hintergrund dieses IMs entnehmen lässt, kann nicht geklärt werden, ob es sich hierbei um einen ehemaligen DDR-Bürger und einen Briefpartner Koenings handelte. Der IM „Herold“ wird daher im Folgenden nicht zur Kategorie III gezählt.

Neun Inoffizielle Mitarbeiter waren zugleich Briefpartner von Bruder Koenig und gehören damit zur dritten Kategorie.²³⁵

Es kann unterschieden werden zwischen Personen, die schon Briefpartner von Koenig waren, als sie vom MfS angeworben wurden, und Inoffiziellen Mitarbeitern, die gezielt ins Blickfeld von Koenig gebracht wurden. Im ersten Fall dürfte die Zusammenarbeit mit dem MfS die Briefpartner in eine prekäre Lage versetzt haben, im zweiten Fall stellte die IM-Tätigkeit die vordergründige Motivation für den Briefaustausch dar.

Familie Falkenstein aus Herzberg kann die Briefpartner repräsentieren, die nachträglich vom Staatssicherheitsdienst angeworben wurden. Abgesehen von der Kooperation mit dem MfS ließe sie sich der Kategorie „DDR-treue“ Fälle zuordnen. Familie Schmidt aus Leipzig²³⁶ wollte dagegen in die BRD übersiedeln. Sie steht stellvertretend für die Personen, die den Briefkontakt zu Theo Koenig von Beginn an im Auftrag des MfS führten.

Familie Falkenstein aus Herzberg

Schon zu seiner Zeit in der Mission lernte Theo Koenig Eva Falkenstein über einen Briefmarkenaustausch kennen. Es war wohl nicht zuletzt das lange Bestehen dieser Brieffreundschaft, das Falkenstein als Informationsquelle für das MfS interessant machte. Der intensive Schriftverkehr gab dem Staatssicherheitsdienst zunächst einige Rätsel auf, was sich an den diversen Theorien über die Hintergründe dieser Ost-West-Beziehung ablesen lässt. Mal glaubte das MfS, *ein vermutliches Liebesverhältnis*²³⁷ erkannt zu haben, dann wurde die Version aufgestellt, Falkenstein diene Koenigs *staatsfeindlicher Organisation* als Stützpunkt in der DDR.²³⁸ Koenig benutze sie als *Deckadresse und Verteiler, ... damit ein direkter Brief- und Paketverkehr von Antragstellern vermieden wird und die Tätigkeit der Feindorganisation konspiriert wird*.²³⁹

Wie es dem MfS schließlich gelang, Eva Falkenstein als Inoffizielle Mitarbeiterin zu gewinnen und im Operativen Vorgang „Gast“ einzusetzen, geht

235 Die Fälle, in denen nur der Deckname bekannt ist, werden nicht zur Kategorie III gezählt, da sich aus den Stasiakten nicht eindeutig klären lässt, ob es sich um Briefpartner von Koenig handelte.

236 Da S. 1983 den Kontakt zu Bruder Koenig abgebrochen hat, war es nicht möglich, mit ihm Verbindung aufzunehmen. Der Name wurde aus Datenschutzgründen geändert, die Initialen wurden beibehalten.

237 Zwischenbericht der KD Herzberg vom 30. 3. 1981, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 36.

238 Eröffnungsbericht der KD Herzberg vom 25. 9. 1980, in: ebd., Bl. 22.

239 Ebd.

aus den Akten nicht genau hervor. In einem Bericht der Bezirkskoordinierungsgruppe Cottbus vom 21. September 1982 findet sich nur die Bemerkung, dass *das Ehepaar H. J. F. und E. F. auf der Basis der Wiedergutmachung für die inoffizielle Zusammenarbeit gewonnen wurde*.²⁴⁰ Die näheren Umstände und Hintergründe dieser „Wiedergutmachung“²⁴¹ und der daraus entspringenden Kooperation zwischen Falkenstein und dem MfS werden in den Akten nicht weiter ausgeführt. Eva Falkenstein selbst gibt an, sie habe gar nicht gewusst, dass sie unter dem Decknamen „Ingrid Schreiber“ als Inoffizielle Mitarbeiterin beim MfS registriert war.²⁴² Hin und wieder seien zwar Leute vom Staatssicherheitsdienst zu einem ungewollten *Gespräch* gekommen, dabei habe sie sich aber *nichts weiter gedacht*.²⁴³

In den Stasiakten ist dagegen eine jahrelange, regelmäßige Zusammenarbeit dokumentiert. Am 5. Dezember 1983 notierte die Bezirksverwaltung des MfS in Cottbus, dass *in regelmäßigen Abständen von 14 Tagen bzw. maximal 3 Wochen ... Treffs durchgeführt werden*.²⁴⁴ Neun dieser Aussprachen mit dem IM-Ehepaar „Schreiber“ zwischen 1983 und 1986 sind in den Akten schriftlich festgehalten, wenn auch nicht von Eva Falkenstein selbst unterschrieben.²⁴⁵

Aus Sicht des MfS war Falkenstein eine wertvolle Informationsquelle. Durch die Zusammenarbeit mit dem IM „Ingrid Schreiber“ hatte der Staatssicherheitsdienst die Möglichkeit, Koenig gezielt auf bestimmte Sachverhalte anzusprechen, seine Meinungen und Reaktionen zu testen und das

240 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 21. 9. 1982, in: ebd., Bl. 102.

241 Die Bezeichnung „auf der Basis der Wiedergutmachung“ deutet auf eine Werbung mit erpresserischen Methoden hin. In der IM-RICHTLINIE 1/59 des MfS wird die „Werbung auf der Grundlage kompromittierenden Materials“ folgendermaßen beschrieben: *Darunter versteht man die Ausnutzung uns bekanntgewordener, der Öffentlichkeit, Vorgesetzten, Verwandten aber unbekannter Umstände aus dem Leben der Personen, deren Bekanntwerden die berufliche oder gesellschaftliche Stellung dieser Menschen schwer schädigen oder unmöglich machen kann ...*, BStU, ZA, SdM 1872, Bl. 60–145 (zit. nach MÜLLER-ENBERGS, S. 302).

242 Interview mit Eva Falkenstein vom 6. 4. 2002. Die Zuordnung des Decknamens IM „Ingrid Schreiber“ zum Klarnamen Eva Falkenstein wurde von der BStU bestätigt, vgl. Büroakte BK-6.

243 Interview mit Eva Falkenstein vom 6. 4. 2002. Diese Aussage könnte ein Hinweis sein, dass als kompromittierendes Material *die bereits unbewusst ausgeübte oder unterschobene Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit* verwendet wurde, vgl. IM-RICHTLINIE 1/59, in: MÜLLER-ENBERGS, S. 302.

244 Vorschlag der BV Cottbus zur Umregistrierung des IMS „Schreiber“ zum IMB vom 5. 12. 1983, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 72.

245 Vgl. BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87 und BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX.

Bild der „Feindzentrale“ so zu vervollständigen. Die Auftragserteilung an Falkenstein war bisweilen sehr konkret, im Treffbericht der BKG Cottbus vom 25. Februar 1983 heißt es beispielsweise: *Zur Beantwortung des in diesem Jahr ersten ausführlichen Briefes des K. [Koenig, Anm. d. Verf.] erhielt Ingrid drei Themenkomplexe gedanklich unterbreitet.*²⁴⁶

Falkenstein gibt zu, bestimmte Fragen des Staatssicherheitsdienstes an Koenig weitergegeben zu haben, die seien aber *nie nach Personen* gewesen, sie habe allenfalls nach seiner Meinung zu bestimmten Themen gefragt.²⁴⁷ Und darin habe sie *überhaupt kein Problem gesehen*, sondern vielmehr die Chance, *denen zu zeigen, dass er [Koenig, Anm. d. Verf.] nicht so ist, wie sie [die Leute vom MfS, Anm. d. Verf.] ihn sehen wollten oder wie er für sie gewesen ist.*²⁴⁸

Im April 1984 äußerte die Zentrale Koordinierungsgruppe in Berlin erste Zweifel an der weiteren *Nutzbarkeit* des IM-Ehepaares „Schreiber“, da ein *Eindringen der IM in die Konspiration des KOENING [sic!] ... nicht zu erwarten ist, da bereits Verdacht auf eine Verbindung zum MfS besteht.*²⁴⁹ 1986 kam die ZKG dann zu dem Schluss, dass *dieses IM-Ehepaar ... für die weitere Bearbeitung des KOENING nicht mehr genutzt werden könne.*²⁵⁰ Eva Falkenstein wurde daraufhin vom MfS instruiert, den Kontakt zu Koenig abubrechen.²⁵¹ Über eine Deckadresse nahm sie aber nach einer kurzen Unterbrechung die Verbindung wieder auf. Auch die Zusammenarbeit mit dem MfS endete offenbar nicht wie geplant 1986. In Koenigs Stasiakten findet sich ein sehr ausführlicher Bericht über Falkensteins ersten Besuch im Westen – bei ihrem langjährigen Briefpartner Theo Koenig im Mai 1989.²⁵² Nachdem der Ordensbruder 1995 seine

246 Treffbericht der BKG Cottbus vom 25. 2. 1983, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 79.

247 Interview mit Eva Falkenstein vom 6. 4. 2002.

248 Ebd. Falkenstein hielt auch gegenüber Koenig an dieser Version fest. Da sich in den Stasiakten aber mehrere Hinweise auf eine aktive Mitarbeit Falkensteins finden (vgl. Kap. VI.1.), zudem ihre *Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit* (Absprache der ZKG, Abteilung 1, mit der BKG Cottbus vom 15. 3. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 24) lobend erwähnt wird, könnte es sich bei dieser Aussage um eine Schutzbehauptung handeln.

249 Absprache der ZKG, Abteilung 5, mit der BKG Cottbus vom 5. 4. 1984, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. IV, Bl. 118.

250 Absprache der ZKG, Abteilung 5, mit der BKG Cottbus vom 23. 1. 1986, in: ebd., Bl. 135.

251 Interview mit Eva Falkenstein vom 6. 4. 2002.

252 Bericht des IMB „Schreiber“ vom 7. 7. 1989, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 3, Bd. VI, Bl. 235–237.

Stasiakten eingesehen hatte, versuchte er, diese schwierige Thematik mit Falkenstein aufzuarbeiten.²⁵³ Der Kontakt zwischen beiden brach nicht ab.

Familie Schmidt aus Leipzig

Familie Schmidt ist ein Beispiel für die Fälle, die vom MfS gezielt ins Blickfeld von Bruder Koenig gebracht wurden. Seit Februar 1978 bemühte sich Robert Schmidt für sich, seine Ehefrau Beate und seinen neunjährigen Sohn Heiko um Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR.²⁵⁴ Bis März 1979 stellte er insgesamt 27 Anträge auf Ausreise und Familienzusammenführung mit seinen Angehörigen in Wiesbaden.

1979 wurde das Schicksal der Familie in der Zeitschrift HILFERUFE VON DRÜBEN publiziert und Robert Schmidt mit folgenden Worten zitiert: *Selbst Gefängnisstrafen können unseren Willen nicht brechen, um zu meinen Angehörigen zu gelangen. Wir werden jedes Opfer aufbringen, jede Qual auf uns nehmen, um diesen Staat verlassen zu können.*²⁵⁵ Am 6. März 1979 wurde diese Befürchtung für Robert Schmidt sehr realistisch, aufgrund seiner Ausreisebemühungen wurde er nach den Paragraphen 100 und 214 des DDR-Strafgesetzbuches²⁵⁶ zu einem Freiheitsentzug von drei Jahren verurteilt.²⁵⁷ Durch eine Amnestie wurde Schmidt am 20. November 1979 vorzeitig aus der Haft entlassen.

Noch während der Zeit in der Strafvollzugsanstalt Cottbus sei *die inoffizielle Verbindung durch das MfS hergestellt, und ab März 1980 kontinuierlich gestaltet* worden, heißt es in einem zusammenfassenden Bericht der ZKG in Berlin.²⁵⁸ Über die genauen Umstände dieser Verbindung lässt sich den Akten nichts entnehmen, ab Mitte 1980 finden sich aber regelmäßige

253 Zur „Stasi-Vergangenheit“ einiger Briefpartner erklärt Koenig: *Ich will darüber nicht urteilen und nicht verurteilen. ... Ich hab immer zu den Leuten gesagt, ich weiß nicht, unter welchen Umständen das alles zustande gekommen ist und wie ich eventuell gehandelt hätte, wenn man mich dermaßen unter Druck setzt. ... Ich bin immer bereit zuzuhören und auch zu sagen: Schwamm drüber ...*, Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

254 Vgl. zum Folgenden den Briefwechsel zwischen Schmidt und Koenig in der Fallakte S-3.

255 HILFERUFE VON DRÜBEN, Nr. 5, 1979 (laufende Nummer 137).

256 § 100 „Landesverräterische Agententätigkeit“, § 214 „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“, STRAFGESETZBUCH DER DDR, a. a. O., S. 34 und 57.

257 Brief von Schmidt an Koenig vom 22. 3. 1980, in: Fallakte S-3; Bericht der Bezirksverwaltung Leipzig vom 24. 11. 1981, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. XV, Bl. 261.

258 Bericht der ZKG, Abteilung 5 vom 11. 3. 1985, in: ebd., Bl. 141. Dort ist auch vermerkt, dass *im September 1982 ... die Ehefrau ebenfalls zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet* wurde.

Berichte des IM-Vorlauf „Bauer“, hinter dem sich Robert Schmidt verbirgt.²⁵⁹ Die KD Leipzig-Land des MfS notierte ferner, der neue Mitarbeiter habe *in unserem Auftrag briefliche Verbindung zu Theo Koenig ... gehalten*.²⁶⁰

Der in Koenings Privatarchiv erhaltene Schriftverkehr ist vordergründig von gegenseitigem Verständnis geprägt. Schmidt führte dort beispielsweise als Ausreisegrund an: *All unsere Erfahrungen und negativen Erlebnisse, sei es auf persönlicher oder gesellschaftlicher Basis, lassen uns das sozialistische System grundweg ablehnen*.²⁶¹ Deshalb könne es für ihn *keinen anderen Weg geben, als den, die DDR ordnungsgemäß für immer zu verlassen*.²⁶² Es muss natürlich berücksichtigt werden, dass Schmidt diesen Brief schon im Auftrag des MfS geschrieben hat, es daher nicht eindeutig bestimmt werden kann, ob er hier die authentischen Antragsgründe nannte.

In Abstimmung mit dem Staatssicherheitsdienst – *mittels eines Vorschla- ges zur Übersiedlung aus politisch-operativen Gründen gemäß Befehl Nr. 6/77 des Genossen Minister*²⁶³ – reiste die Familie Schmidt am 30. Mai 1981 in die Bundesrepublik aus.²⁶⁴ Der Auftrag des MfS lautete, den persönlichen Kontakt zu Koenig auszubauen, *um echt in das Privatleben der Person einzudringen*.²⁶⁵ Gelegenheit dazu erhielt Schmidt bei einem Besuch im Kloster in Münster im Juni 1982. Am 13. September 1982 berichtete der IM der Kreisdienststelle Leipzig-Land ausführlich über seine Erkenntnisse.²⁶⁶ Am Ende dieser Aussprache mit dem Staatssicherheitsdienst in Berlin unterschrieb er eine neue Verpflichtungserklärung und

259 Die Zuordnung des Decknamens IM-Vorlauf (IM-V) „Bauer“ wurde durch die BStU bestätigt, in: Büroakte BK-2.

260 Einsatzkonzeption der KD Leipzig-Land vom 24. 11. 1981, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. XV, Bl. 261.

261 Brief von Robert Schmidt an Theo Koenig vom 2. 5. 1980, in: ebd.

262 Ebd.

263 Bericht der ZKG, Abt. 1, zum weiteren Einsatz des IM-Vorlauf (IM-V) „Bauer“ vom 7. 12. 1981, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. XV, Bl. 21. Im BEFEHL NR. 6/77 des Generaloberst Erich Mielke vom 18. 3. 1977 heißt es: *Zur zielgerichteten Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen der feindlichen Organisationen, zum Erkennen bisher nicht bekannter Mittel und Methoden zur Inspirierung von Bürgern der DDR ist die vorgangsbezogene Arbeit im und nach dem Operationsgebiet weiter zu verstärken*, zit. nach: LOCHEN / MEYER-SEITZ, a. a. O., S. 23–40, hier S. 25.

264 Telegramm von Schmidt an Koenig vom 28. 5. 1981, in: Fallakte S-3.

265 Bericht der ZKG, Abt. 1, zum Einsatz des IM-V „Bauer“ v. 7. 12. 1981, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. XV, Bl. 22.

266 Bericht der KD Leipzig-Land über eine Aussprache mit IM-V „Bauer“ vom 13. 9. 1982, in: ebd., Bl. 52–58.

arbeitete fortan unter dem Decknamen IMB „Sonntag“.²⁶⁷ Bis 1984 finden sich regelmäßig Berichte des IMBs, in denen er gewonnene Informationen über Theo Koenig weitergibt.²⁶⁸ Der Briefkontakt zu dem münsterischen Klosterbruder war schon 1983 versiegt.²⁶⁹

IV. Die Hilfsaktion

In diesem Kapitel wird die Hilfsaktion im Mittelpunkt stehen: Was war das für ein Hilfsprojekt, wie organisierte Koenig seine Unterstützung und wie reagierten die DDR-Bürger auf die angebotene Hilfe? Zur Beantwortung dieser Fragen werden im ersten Abschnitt (Kap. IV.1.) die Rahmenbedingungen und im zweiten Abschnitt (Kap. IV.2.) der Aufbau dieser Hilfsaktion untersucht. Vor diesem Hintergrund können im dritten Abschnitt (Kap. IV.3.) Leistungen und Grenzen der Hilfsaktion nachvollzogen werden.

IV.1. Die Rahmenbedingungen der Hilfsaktion

Umfang der Hilfsaktion – wachsende Korrespondenz

Als Theo Koenig im Sommer 1978 von seinem zweiten DDR-Besuch zurückkehrte – mit dem diffusen Gefühl, etwas für die Menschen im anderen Teil Deutschlands tun zu wollen –, fand er auf seinem Schreibtisch die zweite Ausgabe der Zeitschrift HILFERUFE VON DRÜBEN vor.²⁷⁰ Der Vorsitzende des Vereins, Claus P. Clausen, forderte darin in einem offenen Brief die *Bürger in Freiheit auf, den verfolgten und inhaftierten Mitbürgern* [in der DDR, Anm. d. Verf.] *Briefe der Solidarität zu schreiben*.²⁷¹ Von diesem Appell habe er sich *angesprochen gefühlt*, so Koenig, aus den 45 vorgestellten Fällen drei ausgewählt und an diese sofort einen ersten Brief ge-

267 Dass Schmidt in der BRD als IMB fungierte, zeigt, dass er als *IM zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen* ... eingesetzt war, ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit (BF informiert), 2., erw. Auflage Berlin 1996, der BStU. Die genauen Motive Schmidts, nach seiner Übersiedlung noch weiter mit dem MfS zusammenzuarbeiten, gehen aus den Akten nicht hervor. Zur Vergütung findet sich nur an einer Stelle der Hinweis, dass Schmidt 900 Mark erhalten habe, Bericht der KD Leipzig-Land vom 30. 4. 1984, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. XV, Bl. 100.

268 Zur Aufgabenstellung für „Übersiedlungs-IM“ vgl. MÜLLER-ENBERGS, S. 142–149.

269 Vgl. Fallakte S-3. Über gemeinsame Bekannte erfuhr Koenig aber, dass das Ehepaar Schmidt Ende der 80er Jahre wieder in die DDR zurück ging, Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

270 HILFERUFE VON DRÜBEN, Nr. 2, 1978.

271 Ebd.

schickt.²⁷² Eine Familie antwortete nicht, die anderen beiden nahmen das Hilfsangebot des unbekannten Westbürgers dankbar an: Familie Schwarzer aus Dresden²⁷³ und Familie Hans-Georg Schulz aus Gera²⁷⁴. Besonders mit Familie Schulz entwickelte sich in den folgenden Monaten ein reger Briefwechsel, der auch nicht abbrach, als diese am 1. Februar 1979 in die BRD übersiedelte.

Als die vierköpfige Familie ein Dreivierteljahr später von HILFERUFE VON DRÜBEN zu einem Treffen der politischen Häftlinge und Übersiedler nach Bad Waldliesborn eingeladen wurde, überredete sie den Brieffreund, diese Gelegenheit zum persönlichen kennen lernen zu nutzen. HVD machte für den Ordensbruder aus Münster eine Ausnahme²⁷⁵ – und so konnte Koenig nicht nur seine Briefpartner vis-à-vis begrüßen, sondern auch die Berichte und Diskussionen der anderen ehemaligen DDR-Bürger verfolgen. Die Geschichten, die er dort zu hören bekam, seien für ihn *dermaßen erschreckend* gewesen, dass er sich gedacht habe, *jetzt musst du helfen*.²⁷⁶ Briefe zu schreiben, sei ihm schon immer leicht gefallen. Er habe also die bisherigen Ausgaben der Zeitschrift HILFERUFE VON DRÜBEN genommen – und an alle veröffentlichten Fälle geschrieben.

1980 stand Koenig nach eigener Schätzung schon mit *40 oder 50 Familien* in Kontakt. Mit jeder Ausgabe von HILFERUFE VON DRÜBEN, also alle drei Monate, wurden bis zu 30 neue Anschriften in seinen Verteiler aufgenommen. Bei dem jährlichen Häftlingstreffen von HVD habe er weitere Adressen bekommen, berichtet Koenig – Anschriften von DDR-Bürgern, die *sich nicht trauten, sich veröffentlichen zu lassen, die aber um Hilfe von Privatpersonen baten*.²⁷⁷ Die Hilfsaktion wuchs schnell auf 80 Familien an. Zu diesem Zeitpunkt habe er *fast keine Freizeit mehr* gehabt und den Ent-

272 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002. Die Fälle wurden jeweils in wenigen kurzen Sätzen (biographische Angaben und Anschrift), hin und wieder mit einem Foto, vorgestellt. Laut C. P. Clausen ist die Veröffentlichung nie *ohne schriftliche Einwilligung*, ... *nie ... ohne direkte Zustimmung dieser Menschen* erfolgt, Interview mit C. P. Clausen vom 30. 5. 2002. Vgl. auch: CLAUSEN / KAMPHAUSEN / LÖWENTHAL, a. a. O., S. 42ff.

273 Fall Nr. 59, in: HILFERUFE VON DRÜBEN, Nr. 2, 1978.

274 Vgl. Kap. III.2.1.; Koenig beschränkte sich zunächst aus finanziellen Gründen auf diese zwei Kontakte, Interview vom 1. 9. 1994.

275 Eigentlich waren die jährlich am 1. Adventswochenende stattfindenden Häftlingstreffen von HVD in Bad Waldliesborn geschlossene Gesellschaften, zu denen nur die Neuankömmlinge des letzten Jahres eingeladen wurden. Nach seiner ersten Teilnahme wurde Koenig aber jedes Jahr eingeladen.

276 Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994.

277 Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994. Zu den verschiedenen Formen der Kontaktaufnahme vgl. Kap. III.1.

schluss gefasst: *Bei hundert machst du Schluss*.²⁷⁸ Auf dem Adventstreffen 1981 habe er es aber nicht übers Herz gebracht, von den 40 neuen Adressen die Hälfte abzulehnen. Von da an habe er *gar nicht mehr gezählt*.²⁷⁹ Zu vielen Familien brach der Kontakt zwar nach der Ausreise oder dem Freikauf in den Westen wieder ab – dennoch pendelte die Zahl von Koenigs Briefpartnern bis 1986 zwischen 160 und 190 und überschritt 1987 sogar die 200er-Marke. Bei der Grenzöffnung 1989 hatte der Ordensbruder noch 228 Briefkontakte in die DDR.

Finanzierung des Projekts

Da Koenig als Ordensbruder nur über 40 DM Taschengeld im Monat verfügte, war er auf Spenden angewiesen, um seine Hilfsaktion zu finanzieren. Er sammelte daher in seiner Verwandtschaft Geld und später zusätzlich gebrauchte Kleidung.²⁸⁰ Anfang der 80er Jahre wurde Koenigs DDR-Aktion auch am Kardinal-von-Galen-Gymnasium bekannt. Er habe daraufhin sehr viele Spenden von Eltern und Lehrern bekommen, berichtet er.²⁸¹ Bei Abiturfeiern und Klassenfeten wurde für seine Aktion gesammelt, und auch die lokale Presse rührte für den Ordensbruder die Spendentrommel. Die Münsterische Zeitung berichtete am 11. Oktober 1984 erstmals von Koenigs Hilfsprojekt.²⁸² In der Folgezeit waren besonders Benefiz-Konzerte der Schüler ein Anlass für die beiden Tageszeitungen in der Stadt, über diese Aktion zu berichten. Da der Ordensbruder seine Einnahmen nicht verbuchte, sondern direkt in die Hilfsaktion investierte, kann er für das Spendenaufkommen nur einen Schätzwert von 30.000 DM pro Jahr angeben.²⁸³

Auch der Verein HILFERUFE VON DRÜBEN beteiligte sich an der Finanzierung und übernahm ab 1980 Koenigs Portokosten.²⁸⁴ Vierteljährlich schickte

278 Ebd.

279 Ebd.

280 Interview mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994; Telefoninterview mit Mechthild Köning vom 27. 9. 2002.

281 Koenig hatte in der Vorweihnachtszeit 1980 den Schulflur zum Pakete packen genutzt und war dort von dem Deutschlehrer Fritz Vorspel überrascht worden. Am nächsten Tag half dieser mit einer Schulklasse beim Packen – und so wurde die Aktion in der ganzen Schule bekannt, Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994.

282 SCHÄFER, Ulrich: Bruder Koenig engagiert sich seit Jahren für Ausreisewillige in der DDR. Materielle Hilfe und besonderer Trost, in: Münstersche Zeitung vom 11. 10. 1984.

283 Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002. Dieser Wert bezieht sich auf die letzten Jahre seiner Aktion.

284 Interview mit C. P. Clausen vom 30. 5. 2002; Büroakten BK-9, BK-10 und BK-11.

Br. Theo Koenig

Zusammenstellung der Auslagen seit meiner letzten Abrechnung
vom 01.04.1989 - 30.06.1989

Briefmarken	Anlage 1	DM 1.180,00
Paketgebühren	" 2	" 256,40
"	" 3	" 256,40
"	" 4	" 245,10
"	" 5	" 259,40
"	" 6	" 254,80
"	" 7	" 243,20
"	" 8	" 244,60
"	" 9	" 245,50
"	" 10	" 309,60
"	" 11	" 310,80
"	" 12	" 286,40
"	" 13	" 325,90
"	" 14	" 281,70
"	" 15	" 302,90
"	" 16	" 309,80
"	" 17	" 298,20
"	" 18	" 272,10
"	" 19	" 250,00
"	" 20	" 245,00
"	" 21	" 259,80
"	" 22	" 289,20
"	" 23	" 265,80
"	" 24	" 234,90
1.180,00		
256,40		
256,40		
245,10		
259,40		
254,80		
243,20		
244,60		
245,50		
309,60		
310,80		
286,40		
325,90		
281,70		
302,90		
309,80		
298,20		
272,10		
250,00		
245,00		
259,80		
289,20		
265,80		
234,90		
7.427,50		
		DM 7.427,50

Für die Richtigkeit:

Br. Theo Koenig

der Ordensbruder daraufhin eine Abrechnung und Kopien sämtlicher Paketscheine nach Lippstadt. Diese Kostenaufstellungen sind auch ein Beleg für die schnell wachsende Korrespondenz des Ordensbruders. Im ersten Quartal 1980 betrugen seine Portokosten 556,70 DM – bei seiner letzten Abrechnung, im ersten Quartal 1990, waren es 7.705,90 DM. Insgesamt erhielt er von Hvd 96.425,51 DM.²⁸⁵

Als dritte Finanzquelle kamen schließlich die Schadensersatzzahlungen der Bundespost für verschwundene Pakete hinzu. Anfang der 80er Jahre war es laut Koenig ein großes Problem, dass viele seiner Pakete ihren Empfänger in der DDR nicht erreichten. Deshalb sei er dazu übergegangen, alle Pakete mit Rückschein zu verschicken. Das bedeutete zwar einen gewissen bürokratischen und finanziellen Mehraufwand, hatte aber den Vorteil, dass die Pakete bis zu 500 DM versichert waren.²⁸⁶

Koenig sammelte bei seinen Verwandten Belege für die gespendeten Kleidungsstücke²⁸⁷ und reichte für die verschwundenen Pakete Nachforschungsanträge bei der Bundespost ein, was sich zumindest in finanzieller Hinsicht rentierte: *Jetzt musste die Post die Beträge erstatten, und so kriegte ich nun relativ viel Geld.*²⁸⁸ Welche Summen die Bundespost an den Ordensbruder zahlen musste, lässt sich seinen Büroakten entnehmen. Für die Jahre 1980 bis 1982 sind die Nachforschungsanträge vollständig erhalten und die Entschädigungen der Post jeweils quittiert. Daraus geht hervor, dass im Jahr 1980 elf Pakete verschwanden, für die Koenig 3.239,69 DM Schadensersatz bei der Post einforderte.²⁸⁹ Ein Jahr später erreichten 28 Pakete ihren Empfänger nicht, was die Post 11.061,68 DM kostete.²⁹⁰ Und 1982 verdreifachte sich die finanzielle Belastung für die Bundespost noch einmal auf 36.927,77 DM für 145 Pakete, was einem durchschnittlichen Wert von 253,16 DM pro Paket entspricht.²⁹¹ Für die späteren Jahre sind die Nachforschungsanträge nicht erhalten, nach Koenigs Aussage sind ab 1983 aber nicht mehr so viele Pakete verschwunden.²⁹²

285 Büroakte BK-11.

286 Vgl. GESAMTDEUTSCHES INSTITUT, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (Hrsg.): Hinweise für Geschenksendungen in die DDR und nach Berlin (Ost). Ausgabe November 1987, Bonn 1987.

287 Soweit diese noch vorhanden waren, Telefoninterview mit Mechthild Köning vom 27. 9. 2002.

288 Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994.

289 Auswertung der Nachforschungsanträge und der Quittungen für das Jahr 1980, in: Büroakte BK-11.

290 Büroakte BK-12.

291 Büroakte BK-13.

292 Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002.

Dokument 2: Abrechnung der Portoauslagen von Theo Koenig für HILFERUFE VON DRÜBEN für das zweite Quartal 1989 (Privatarchiv Koenig)

Für die Bundespost war Koenings Hilfsaktion augenscheinlich eine hohe finanzielle Belastung, was dazu führte, dass ein leitender Beamter der Oberpostdirektion Münster bei dem Ordensbruder vorstellig wurde. Dieser habe ihn überzeugen wollen, seine Hilfsaktion einzuschränken, erinnert sich Koenig. Er habe auf sein Recht hingewiesen, *als freier Mann in einem freien Teil Deutschlands Pakete schicken zu können, an wen und wohin ich möchte*.²⁹³ Die Tatsache, dass Koenig aus der Notlage – den vielen verschwundenen Paketen – eine zusätzliche Einnahmequelle machte, lässt auch seine unternehmerischen Fähigkeiten sichtbar werden.

Logistische Mittel und Zeitaufwand

Als Ort für sein Hilfsprojekt wählte Koenig nicht etwa seinen Wohnsitz im Hiltruper Kloster, sondern verlegte diese Aktivitäten an seinen Arbeitsplatz am Kardinal-von-Galen-Gymnasium. Von Beginn an ließ er die gesamte Korrespondenz mit DDR-Bürgern über die Adresse der Schule laufen. Eine Vorsichtsmaßnahme, erklärt er, da ihm schon 1978 *vollkommen klar* gewesen sei, *dass die Stasi auch hier im Westen tätig werden würde*.²⁹⁴ Mit dem Einverständnis des damaligen Schulleiters, Alfons Borgmann, habe er durch diesen Trick *die Stasi etwas hinters Licht ... führen wollen*.²⁹⁵

Borgmann stellte Koenig auch einen kleinen Raum im Keller des Hiltruper Gymnasiums zur Verfügung. Auf einer mechanischen Schreibmaschine erledigte Koenig dort nach Schulschluss seinen umfangreichen Schriftverkehr. Den langen Flur nutzte er, um die vielen Pakete zu packen. Er habe alle nebeneinander *aufgestellt, und je nach Größe der Familie ... Süßigkeiten, Kaffee und alles Mögliche reingetan*.²⁹⁶ Als die Schule den Raum 1984 für andere Zwecke benötigte, zog er in den Keller des Klosters um und richtete sich dort ein kleines Büro ein: zwei hohe Regale, ein Tisch, ein Stuhl und seine Schreibmaschine, vielleicht sechs Quadratmeter standen ihm dort zur Verfügung.²⁹⁷

Um den Überblick über seine wachsende Korrespondenz nicht zu verlieren, legte Koenig für jeden Briefpartner eine eigene Handakte an. Dort heftete er die eingehenden Briefe und seine Antworten ab – und hatte so die Möglichkeit, *immer noch mal nachzugucken, was hast du denen ge-*

293 Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994.

294 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

295 Ebd.

296 Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994.

297 Ebd.

*schrieben?*²⁹⁸ 1987 musste er sein System allerdings umstellen, da er inzwischen über 200 Briefpartner betreute. Die Archivierung aller Schriftwechsel habe dadurch einen großen bürokratischen Aufwand bedeutet. Er habe also vor der Frage gestanden: *Sollst du nun schreiben oder Post einsortieren?*²⁹⁹ Von diesem Zeitpunkt an führte der Ordensbruder nur noch einen Adressordner, in dem er die wichtigsten Daten zu jeder Familie notierte.³⁰⁰

Da er voll berufstätig war, konnte Koenig seine Hilfsaktion nur als „Hobby“³⁰¹ betreiben: *Jeden Sonntag bin ich um halb sechs aufgestanden und in den Keller gestiegen und habe vor dem Frühstück schon zehn Briefe geschrieben. ... Dann nach der Messe wieder zehn bis zum Mittagessen, dann bis zum Kaffee wieder zehn und so weiter*.³⁰² Anfangs seien es meist 30 bis 40 Briefe an einem Wochenende gewesen, später 50 bis 60 – da habe er noch den Samstagnachmittag dazu genommen. Um mit der Beantwortung der Briefe nicht zu sehr in Verzug zu geraten, forderte er sich ein hohes Maß an Disziplin ab: *Einmal war ich Sonntag abends um halb elf fertig. Da hatte ich 90 Briefe geschafft. 90, das war das Höchste. Da war ich aber auch ein bisschen fertig mit den Nerven*.³⁰³ Manchmal habe er auch *keine Lust*³⁰⁴ gehabt, aber der Rückstand eines freien Sonntags sei kaum aufzuholen gewesen, erklärt Koenig: *Und wenn man da einmal anfängt, dann ist man verkauft*.³⁰⁵

In besonders dringenden Fällen – wie dem der Familie Zille in Dessau – setzte sich der Ordensbruder auch unter der Woche in sein Büro und antwortete sehr viel ausführlicher als bei einem gewöhnlichen Brief. Er habe im Laufe der Zeit *ein Gespür dafür* gekriegt, *wer wohl öfters was haben muss ...*, erläutert er.³⁰⁶ Insofern lag es vor allem an den Briefpartnern, wie groß der Zeitaufwand für Koenig wurde.

298 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002; vgl. Kap. IV.2.2.

299 Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994.

300 Er vermerkte dort auch wichtige Hintergrundinformationen wie *Frau in der BRD geblieben* (Familie H. in Cottbus) oder *Verlobter hier* (Ruth O. in Cottbus), in: Büroakte BK-6.

301 Koenig bezeichnete seine Hilfsaktion meist als Hobby. Der Familie T. in Leipzig erklärte er in einem seiner ersten Briefe, er habe es sich zu seinem *Freizeit-Hobby gemacht, ... mit möglichst vielen Menschen den brieflichen Kontakt zu pflegen ...*, Brief vom 11. 1. 1981, in: Briefakte K5-L1.

302 Interview mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994.

303 Ebd.

304 Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994.

305 Interview mit Theo Koenig vom 3. 3. 2002.

306 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

IV.2. Der Aufbau der Hilfsaktion – drei Säulen der Unterstützung

Um zu erklären, wie Koenig bei der Hilfsaktion genau vorgeht, ist es sinnvoll, drei Formen der Unterstützung zu unterscheiden. Zum einen half er seinen Briefpartnern materiell durch Päckchen und Pakete, zum zweiten ideell in persönlichen Briefen und in Rundbriefen. Drittens unterstützte er den Kampf der Ausreiseantragsteller „praktisch-politisch“³⁰⁷, indem er mit anderen Hilfsorganisationen zusammenarbeitete und sich bei west- wie ostdeutschen Behörden für das Anliegen seiner Briefpartner einsetzte.

IV.2.1. Die materielle Unterstützung

Eine materielle Komponente hatten Koenigs Briefkontakte von Beginn an. Da er bei seinen Besuchen in der DDR die wirtschaftlich schlechte Lage dort erlebt habe, sei es ihm wichtig gewesen, schon den ersten beiden Familien auch *materiell zu helfen, mit dem wenigen, was ich hatte*.³⁰⁸ In späteren Jahren schickte er an jede Adresse in seinem Verteiler einmal monatlich ein Paket, zu Geburts- und Feiertagen eins extra.³⁰⁹

Standardpakete

Bei der Bestückung der Pakete habe er versucht, so gut wie möglich auf die individuellen Bedürfnisse und Notlagen zu reagieren, erklärt Koenig. Die Motivation seiner Briefpartner habe für ihn dabei keine Rolle gespielt, er habe sich lediglich *erkundigt, wie viele Familienangehörige das waren, und dementsprechend kriegten die drei, vier oder fünf Tafeln Schokolade, ob's politisch Verfolgte waren oder nicht*.³¹⁰

In den Stasiakten findet sich die gegenläufige Behauptung, *daß AstA [Antragsteller auf Ausreise, Anm. der Verf.], die regelmäßig und umfassend berichten, wesentlich stärkere Zuwendungen in Form von Paketen und Erfüllung gestellter Wünsche erhalten, als der Rest der Kontakte*.³¹¹ Durch die Nachforschungsanträge, die Koenig für verschwundene Pakete stellte, lassen sich die Paketinhalte für die einzelnen Familien jedoch gut rekonstruieren. Die Theorie der Staatssicherheit bestätigte sich nicht. Aus den Paketinhalten lässt sich keine Hierarchie oder eine Bevorzugung ein-

307 Dieser Begriff soll andeuten, dass es sich um aktive Maßnahmen Koenigs handelte, die im weitesten Sinne als politische Aktivitäten verstanden werden können.

308 Interview mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994.

309 Interview mit Theo Koenig vom 12. 7. 2002.

310 Ebd. Vgl. Kap. II.2.

311 Quartalsbericht III/89 der ZGK/5 in Berlin vom 7. 10. 1989, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. V, Bl. 233/34.

zelner Briefpartner erkennen. Die Zahl der Pakete liegt bei einigen Ausreiseantragstellern zwar über dem Durchschnitt, was sich aber dadurch erklären lässt, dass aufgrund der stärkeren Kontrollen weniger Pakete die Empfänger erreichten.³¹² Dieser Tendenz versuchte Koenig offenbar durch eine höhere „Paket-Frequenz“ entgegenzuwirken.

Auch wenn von vorneherein klar war, dass die Briefpartner rein materielle Interessen verfolgten, nahm Koenig sie bereitwillig in seinen Verteiler auf. Dies lässt sich beispielsweise am Briefwechsel mit Silvina L. in Kakerbeck³¹³ belegen, die über das ZDF-Magazin von dem Verein HILFERUFE VON DRÜBEN erfahren hatte. Silvina L. schickte daraufhin einen Brief nach Lippstadt – mit der Bitte um materielle Unterstützung für ihre fünfköpfige Familie. Da sich HVD aber nur um ausreisewillige DDR-Bürger kümmerte, leitete der Vorsitzende den Brief an Koenig weiter. Dieser versicherte seiner neuen Schreibpartnerin, er finde es *ganz selbstverständlich*, dass durch *die ganze Werbung im Westfernsehen bei Ihnen ... der Wunsch nach diesen Dingen kommt, und soweit es meine finanziellen Möglichkeiten gestatten, will ich Ihnen da gerne helfen*.³¹⁴ Die Beweggründe seiner Briefpartner waren für Koenig demnach nebensächlich.

Bei der Bestückung der Pakete konnte der Ordensbruder auf seine „DDR-Erfahrung“ zurückgreifen. Durch die Besuche bei Falkenstein hatte er eine Vorstellung davon, was die Familien gebrauchen konnten: *Zum Beispiel Kaffee – ... guter Kaffee kostete dort 70 Mark. ... Oder Strumpfhosen, die man bei Aldi damals für 89 Pfennig bekam, dafür bezahlten die in der DDR 15 Mark*.³¹⁵ Allerdings konnte er nur bedingt selbst bestimmen, womit er die monatlichen Pakete füllte. Die DDR war bemüht, Form und Inhalt der West-Pakete genau vorzuschreiben. Die „Verordnung über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland“³¹⁶ erklärte nur private Geschenksendungen für zulässig.³¹⁷ Um die Zollfahndung der DDR passieren zu können, mussten alle Päckchen und Pakete daher mit dem Aufdruck „Geschenksendung, keine Handelsware“ versehen sein, der den privaten

312 Vgl. die Nachforschungsanträge in den Büroakten BK-11 bis BK-14.

313 Briefwechsel zwischen Theo Koenig und Silvina L., in: Briefakte L2a.

314 Brief von Theo Koenig an Silvina L. vom 22. 3. 1980, in: ebd.

315 Interview mit Theo Koenig vom 1. 9. 1994.

316 GESETZBLATT DER DDR, Teil I, 74/1954, Berlin vom 20. 8. 1954.

317 *Geschenksendungen im Sinne dieser Verordnung* waren definiert als *unentgeltliche Zuwendungen, die unmittelbar von einem privaten Absender (natürliche Person) an einen privaten Empfänger (natürliche Person) auf Grund persönlicher Beziehungen zum persönlichen Verbrauch oder Gebrauch zum Versand gebracht werden*, GESETZBLATT DER DDR, Teil I, 74/1954, S. 727.

Charakter der Sendungen sichtbar machen sollte.³¹⁸ Was die Bezeichnung „keine Handelsware“ zu bedeuten hatte, übersetzte die Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben in folgende Hinweise: *Keine größeren Mengen oder Stückzahlen eines Produktes in einer Sendung verschicken und nicht mehrere Sendungen am selben Tag ab...schicken, auch nicht nach verschiedenen Bestimmungsorten.*³¹⁹

Koenig hielt sich streng an diese Richtlinien, zumindest so weit das möglich war. Er habe nie mehr als „Familienbedarf“ an eine Adresse versandt und in der Anfangszeit seinen Mitbruder Herbert Spellmeyer gebeten, die Pakete in kleinen Portionen zur Post zu bringen³²⁰: *Immer je fünf Pakete ... jeden zweiten, dritten Tag.*³²¹ Als die Zahl der Briefpartner zunahm, sei er in diesem Punkt allerdings unvorsichtiger geworden, um jede Familie regelmäßig mit einem Paket versorgen zu können. *Bis zu 60 Pakete haben wir montags zur Post gebracht,* bestätigt Spellmeyer.³²²

Neben der äußeren Form reglementierte die DDR über die „Geschenke-Verordnung“ auch den Inhalt der Westpakete.³²³ Da Koenig verhindern wollte, dass seine Pakete rechtmäßig beschlagnahmt werden konnten, hielt er sich in der Regel sehr genau an diese Vorgaben. Ein vorschriftsmäßiges Packverhalten bescheinigte ihm auch die Abteilung 5 der Zentralen Koordinierungsgruppe der Staatssicherheit in Berlin – in einem zusammenfassenden Bericht von 1988 heißt es: *K. tritt als Privatperson im internationalen Postverkehr auf und verstößt nicht gegen bestehende Einfuhrverbote.*³²⁴

Eine Ausnahme machte Koenig beispielsweise für Walter M. aus Markkleeberg, dem er mit einem beigelegten Schein aus einer finanziellen Not-situation helfen wollte.³²⁵ Dies war ein riskanter Versuch, da es die geltenden Einfuhrbestimmungen der DDR nicht erlaubten, Zahlungsmittel zu schicken. In den meisten Fällen beschränkte der Ordensbruder Geld-

geschenke daher auf bereits ausgestellte DDR-Bürger.³²⁶ Seine Pakete verbesserten indirekt aber auch die finanzielle Situation seiner Briefpartner, wie folgender Satz von Maria Schulz bestätigt: *Das Geld wird schon reichen, denn nicht zuletzt hilfst Du uns ja auch immer wieder. Denn die Sachen, welche Du uns schickst, brauchen wir ja nicht zu kaufen.*³²⁷

Den Einkauf für seine DDR-Pakete erledigte Koenig während der Woche, meist beim Aldi-Markt in Hilstrup. An der Kasse gab er eine Liste mit seinen Bestellungen ab – überwiegend Genussmittel und Kosmetikartikel sowie Waschmittel.³²⁸ *Donnerstags in der Mittagszeit sind wir dann hingefahren und haben ein bis zwei Kombiwagen voll ... geholt,* beschreibt Bruder Spellmeyer die wöchentliche Einkaufstour.³²⁹ Koenig habe immer auf spezielle Angebote geachtet, erinnert sich Mechthild Koenig: *Er war über alles informiert, über Preise bis zum letzten Pfennig und was wo günstiger war. Er wusste auch Bescheid über neueste Renner auf dem Markt, neue Lebensmittel oder kleinen Krimskrams für Kinder, womit er eine Freude machen konnte.*³³⁰

Ab 1980 füllte der Ordensbruder seine Pakete auch mit gebrauchter Kleidung auf, die er bei Freunden und Verwandten gesammelt hatte. In einem Rundbrief zu Ostern 1980 kündigte er dies zunächst mit vorsichtigen Worten an: *Vermerken möchte ich dabei noch, daß ich gelegentlich als „Füllmaterial“ etwas Kleidung beigelegt habe. Falls Sie diese Sachen nicht verwenden können, gibt es dafür sicher auch bei Ihnen einen Lumpensack.*³³¹ Die feinfühligste Formulierung und eine sorgfältige Auswahl der Kleidungsstücke erleichterten es den Briefpartnern vermutlich, dieses Angebot anzunehmen. Erst als das Echo positiv ausfiel³³², bestückte Koenig

318 Ebd.

319 HINWEISE FÜR GESCHENKSENDUNGEN.

320 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

321 Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994.

322 Interview mit Bruder Herbert Spellmeyer vom 22. 8. 2002.

323 Generell verboten waren unter anderem: *Zahlungsmittel jeder Art, Wertpapiere, Briefmarken, schriftliche und gedruckte Mitteilungen, ..., Kinderspielzeug militaristischen Charakters, Schallplatten, Bilder und Landkarten ...*, GESETZBLATT DER DDR, Teil I, 74/1954, S. 727.

324 Auskunftsbereich der ZKG, Abteilung 5, vom 2. 6. 1988, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. VIII, Bl. 7.

325 Brief von Koenig an Walter M. (Kategorie III) in Markkleeberg vom 30. 11. 1983, in: Briefakte L3-M1.

326 Dieter W. (Kategorie III, ausgesteuert) bedankte sich am 28. 4. 1983 für eine solche Unterstützung: *Lieber Theo, mit Deiner Finanzhilfe konnte ich einige Sachen lösen. Recht herzlichen Dank dafür ...*, in: Briefakte W3.

327 Brief von Maria Schulz an Theo Koenig vom 26. 2. 1984, in: Fallakte D-3.

328 Über diese Bestellungen führte er gewissenhaft Buch, als Beispiel kann hier die Bestellung bei Aldi-Markt, Hilstrup, für Donnerstag, 20. 10. 88, 9.00 Uhr angeführt werden: 168 x Kakaogetränk à 2,75 DM; 168 x Ananas in Scheiben à 1,29 DM; 168 x Griech. Pfirsiche à 0,99 DM, des Weiteren Erbsen, Erdbeeren, Champions, Mandarinen, Ölsardinen und Fleischbrühe, in: Büroakte BK-1.

329 Interview mit Bruder Herbert Spellmeyer vom 22. 8. 2002.

330 Telefoninterview mit Mechthild Koenig vom 27. 9. 2002.

331 Rundbrief von Theo Koenig an seine Briefpartner in der DDR vom 15. 3. 1980, in: Büroakte BK-1.

332 So schrieb etwa Gerhard Hiob: *Du kannst Dir unsere Freude gar nicht vorstellen! Die schicken Mäntel, Blusen, Sandalen, Pantoffeln – die sind ja wunderschön! – und Handschuhe! ... Ich staune, wie gut Du das alles aussuchst ...*, Brief an Theo Koenig vom 5. 4. 1981, in: Fallakte D-1.

die Pakete regelmäßig mit gebrauchten Kleidungsstücken und forderte seine Briefpartner im nächsten Rundbrief auf: *Teilt mir bitte Eure Konfektionsgrößen, auch Schuhgrößen, bei Männern Kragenweite usw. mit. ... Ich möchte nämlich dann auch Sachen schicken, die wirklich passen, sonst ist Euch ja nicht geholfen.*³³³ Die Konfektionsgrößen notierte er zusammen mit den Geburtsdaten in den jeweiligen Briefakten, meistens ergänzt durch ein Foto.

Individuelle Unterstützung

Auch über persönliche Vorlieben seiner Schreibpartner führte Koenig gewissenhaft Buch. Von besonderen Kleidungswünschen wie *liebt Röcke*³³⁴, *flache Absätze*³³⁵ oder auch *keine Kleidung*³³⁶ über Hinweise für die richtige Zusammenstellung der Nahrungsmittel wie *Diabetiker*³³⁷, *kein Schweinefleisch*³³⁸ oder *Käse*³³⁹ bis hin zu Bemerkungen über Hobbys und Interessen wie *Tierliebhaber*³⁴⁰ oder *FC Bayern-Fan*³⁴¹ hielt er in den Briefakten alles sorgfältig fest.

Die Notizen hätten es ihm erleichtert, seinen Paketen eine persönliche Note zu geben und an Geburtstagen passende Geschenke auszusuchen, erläutert Koenig. Die entsprechenden Informationen erhielt er meist nebenbei. Robert Schmidt erwähnte beispielsweise in einem seiner Briefe: *In meiner Freizeit repariere ich gelegentlich Motorräder oder hiesige Autos, tapeziere ab und zu und bin ein Hobbyelektriker.*³⁴² Koenig machte daraufhin in seiner Briefakte den Vermerk *Hobbywerker*. Zu Schmidts Geburtstag schrieb er dann: *Ich meine mich erinnern zu können, daß Robert*³⁴³ *gerne bastelt und werkt, wenn es ihm möglich ist. Darum habe ich ihm am 8. 8. per Einschreiben ein Buch geschickt für den „Heimwerker“, aus dem er sicher viele Tipps entnehmen kann.*³⁴⁴

333 Rundbrief von Koenig vom 29. 7. 1980, in: Büroakte BK-1.

334 Christa H. in Meerane, Briefakte H2.

335 Familie P. in Wismar, Briefakte N-O-P1.

336 Richard R. in Finsterwalde, Büroakte BK-6.

337 Familie C. in Weimar, ebd.

338 Familie Hiob in Potsdam, Fallakte D-1.

339 Familie L. in Groitzsch, Briefakte K5.

340 Familie P. in Zwickau, Büroakte BK-6.

341 Familie W. in Magdeburg, Briefakte W3.

342 Brief von Robert Schmidt an Theo Koenig vom 5. 6. 1980, in: Fallakte S-3.

343 Name geändert.

344 Brief von Theo Koenig an Robert Schmidt vom 12. 8. 1980, in: Fallakte S-3.

Gerade die sorgfältig zusammengestellten Pakete zu Geburtstagen und besonderen Gelegenheiten waren augenscheinlich förderlich für das Vertrauensverhältnis. Durch die individuellen Aufmerksamkeiten – das bestätigen viele Briefe – fühlten sich die Einzelnen (trotz der großen Zahl an Briefpartnern) sehr persönlich von Koenig betreut.³⁴⁵ So schrieb beispielsweise Andrea Hiob: *Habe mich riesig gefreut. Du kannst Dir gar nicht vorstellen, wie ich geguckt habe, als ich den Parka sah. So ein Ding suche ich schon seit 'nem halben Jahr! Meine Augen sind mir bald rausgefallen!*³⁴⁶

Koenig forderte seine Briefpartner des öfteren auf, eigene Wünsche auch zu artikulieren – die Resonanz sei aber sehr verhalten gewesen, erinnert er sich.³⁴⁷ Die Briefpartner wollten wohl nicht unverschämte erscheinen. Aus vielen Briefen spricht die *Sorge ... daß wir vielleicht zu unbescheiden wirken.*³⁴⁸ Dennoch gibt es Beispiele dafür, dass die DDR-Bürger um elektronische Geräte (wie Quarzuhren und Taschenrechner) oder bestimmte Kleidungsstücke baten. *Sag, lieber O. Theo gibt es auch in Eurem Lager chice Jeans-Hosen!? Vielleicht so: nicht unten zu weit, im ganzen nicht so eng anliegend, im legeren Schnitt?*, fragte beispielsweise Mireille Sch. aus Dresden.³⁵⁰

Hindernisse der materiellen Unterstützung und Koenigs Auswege

Stark behindert wurde Koenigs Paketversand durch die Postkontrollen der DDR-weit zuständigen Abteilung M des Ministeriums für Staatssicherheit. Von Beginn seiner Hilfsaktion an hatte Koenig seine Briefpartner gebeten: *Lassen Sie sich bitte bei einer evtl. Beschädigung dieses von der Post bescheinigen und teilen Sie mir sofort mit, wann ein Paket bei Ihnen angekommen ist ..., denn wenn man nicht die Kontrolle behält, verschwindet einfach vieles.*³⁵¹ Ab 1981 merkte der Ordensbruder aber, dass er keinerlei Kontrolle über die Pakete hatte, sobald diese die deutsch-deutsche

345 Auch dem MfS entging die persönliche Betreuung nicht, die Abteilung Zollfahndung der Berliner Stasi-Zentrale vermerkte zu Koenigs Paketen, die *Art des Versandes ließe auf intensive briefliche Kontakte und die Realisierung der von den Empfängern geäußerten Wünsche schließen ...*, Sachstandsbericht der Hauptverwaltung, Abteilung Zollfahndung, vom 29. 3. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. IV, Bl. 58.

346 Brief von Andrea Hiob an Theo Koenig vom 8. 12. 1982, in: Briefakte D-1.

347 Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002.

348 Brief von Robert Schmidt an Theo Koenig vom 10. 9. 1980, in: Fallakte S-3.

349 Die Formulierung *in Eurem Lager* ist wohl dadurch zu erklären, dass Koenig oft von seinen Freunden und Unterstützern schrieb.

350 Brief von Mireille Sch. (Kategorie I) an Theo Koenig vom 6. 6. 1989, in: Briefakte S3.

351 Rundbrief von Theo Koenig vom 15. 3. 1980, in: Büroakte BK-1.

Grenze passiert hatten: *Das war so, dass von 40, 50 Paketen wenigstens die Hälfte verschwand.*³⁵²

Diese Einschätzung lässt sich durch die Stasiakten bestätigen. In einem Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 21. 9. 1982 heißt es: *In allen Zollämtern der DDR erfolgt die Fahndung nach Paketsendungen des Koenig. ... Der überwiegende Teil der Sendungen wird von einer Weiterbeförderung ausgeschlossen ...*³⁵³ Die Beschwerden beim Bundespostministerium und beim Ministerium der Post in der DDR brachten laut Koenig nichts.³⁵⁴ Die Bundespost ging allerdings ab 1982 dazu über, seine DDR-Pakete im Postamt Hilstrup in große Säcke zu packen und versiegelt an der deutsch-deutschen Grenze abzugeben. Koenig vermutet, dass die Post auf diese Weise klarstellen wollte, dass die Pakete nicht im Bundesgebiet verschwanden.³⁵⁵

Koenig suchte ebenfalls nach einer neuen Versandform, da die verlorenen Pakete ihm zwar viel Geld einbrachten, aber die Empfänger nicht erreichten: *Und damit war den Leuten ja nicht gedient.*³⁵⁶ Er habe gehofft, dass kleinere Sendungen weniger intensiv kontrolliert würden und daher nur noch Päckchen geschickt. Beim MfS blieb diese Umstellung nicht unbemerkt, 1982 stellte die BKG Cottbus fest: *Gegenwärtig ist Koenig bemüht, die Maßnahmen der Postzollämter der DDR zur Beschlagnahme seiner Paketsendungen zu unterlaufen.*³⁵⁷ Mit Erfolg, wie Koenig sich erinnert – die Päckchen seien in der Regel problemlos zu ihren Empfängern gelangt.³⁵⁸ Die Erklärung hierfür findet sich ebenfalls in den Stasiakten. Die Abteilung Zollfahndung des MfS berichtete 1983, Koenigs *Einschreibpäckchen würden aufgrund innerdienstlicher Weisungen an die Empfänger weitergeleitet.*³⁵⁹ Bis Mitte der 80er Jahre setzte Koenig auf diese sichere Methode. Danach seien in der Regel auch Pakete wieder bei den Briefpartnern angekommen, berichtet er.³⁶⁰

352 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

353 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 21. 9. 1982, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 97.

354 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

355 Ebd. Auch wenn sich in den offiziellen Postverträgen keine entsprechende Vereinbarung findet, hoffte die Bundespost möglicherweise, die Schadensersatzzahlungen so von der DDR-Post zurückfordern zu können.

356 Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994.

357 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 21. 9. 1982, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 106.

358 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

359 Bericht der Abteilung Zollfahndung vom 29. 3. 1983, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, OV „Gast“ (BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87), Bd. IV, Bl. 62.

360 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

Eine weitere Möglichkeit, die Kontrollmaßnahmen des MfS zu umgehen, entdeckte Koenig 1981 mit den sogenannten Genex-Paketen. Genex war die gängige Abkürzung für die Geschenkdienst und Kleinexport GmbH, die dem Finanzministerium der DDR unterstand. Dieser Geschenkdienst bot Ausländern die Möglichkeit, über eine Katalogbestellung Geschenke vom Schokoladen-Nikolaus bis zum Fertighaus an DDR-Bürger liefern zu lassen.³⁶¹ Genex garantierte dabei sogar für die sichere Übergabe. Koenig nutzte dieses Angebot und bestellte 1983 beispielsweise 45 Mal das Festpaket „Kinderfreuden“.³⁶²

Eine genaue Aufstellung seiner Genex-Aufträge findet sich in den Stasiakten. Die Zentrale Koordinierungsgruppe konstatierte 1983: *Seit 1981 ist K. verstärkt dazu übergegangen, die Genex-Geschenkdienst GmbH Berlin in seine subversive Tätigkeit einzubeziehen. Über die Einrichtung brachte er 1981 und 1982 130 Geschenksendungen mit einem Wert von ca. 7000 DM zum Versand.*³⁶³ Als ihm der Genex-Katalog in die Hände fiel, so Koenig, habe er darin einen Ausweg gesehen, um seine materielle Unterstützung im wahrsten Sinne des Wortes wieder an den Mann zu bringen. Gleichzeitig habe er aber auch daran gedacht, *der Stasi einen Streich zu spielen.*³⁶⁴ Ihm habe die Idee gefallen, dass *der Staat seine eigenen Staatsfeinde beliefern müsse.*³⁶⁵

Die Briefpartner freuten sich, dass auf diesem Umweg wieder Pakete ankamen, einige äußerten sich aber auch kritisch zu Genex. So gab etwa Manfred Schulz zu bedenken: *Maria schrieb Dir ja schon, dass wir über Genex ein Paket bekamen. ... Wir freuen uns sehr darüber und möchten Dir recht, recht herzlich danken. Aber Du solltest nicht so viel Geld ausgeben für uns. Wir wissen, dass bei der Genex die Preise stark übertrieben sind. Die Firma ist ja von uns, und die wollen ja auch noch mitverdienen.*³⁶⁶

361 Für Kundenwerbung und Auftragseinholung in der BRD waren hauptsächlich das Kopenhagener Unternehmen Jauerfood und die Firma Moos in Luzern zuständig, vgl. SCHNEIDER, Franka: Ein Loch im Zaun. Schenken über die Genex Geschenkdienst GmbH, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 193–209, hier S. 199.

362 Bestellbescheinigung in der Büroakte BK-7.

363 Bericht der ZKG, Abteilung 5, vom 22. 9. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 313.

364 Interview mit Theo Koenig vom 12. 7. 2002.

365 Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002.

366 Brief von Manfred Schulz an Theo Koenig vom 5. 12. 1982, in: Fallakte D-3. Die übersteuerten Preise waren auch ein Grund, warum das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in Bonn die Nutzung des Geschenkdienstes nur in Notfällen empfahl, SCHNEIDER, S. 207.

Gegengeschenke und die Reaktion der Briefpartner auf die materielle Unterstützung

Die materielle Unterstützung brachte die klassische Rollenaufteilung einer Hilfsaktion mit sich: Koenig war der Gebende, die DDR-Bürger waren die Nehmenden. Die Briefwechsel zeigen aber, dass der Ordensbruder sich bemühte, dieses Ungleichgewicht aufzufangen, die DDR-Bürger nicht auf die Rolle als Hilfsempfänger festzulegen. Sichtbar wird dies an seinem Umgang mit Gegengeschenken. In erster Linie versuchte er zwar, den Briefpartnern das Gefühl zu geben, dass keinerlei Gegenleistung notwendig sei, da er *gern einen Teil von seinem Überfluß*³⁶⁷ ab- und nur das weitergebe, was er selbst geschenkt bekomme. In einem Brief an Familie Schmidt versicherte er: *Und wenn Ihr nun in Eurem Schreiben fragt, womit Ihr mir eine Freude machen könnt, dann schreibe ich ehrlichen Herzens, daß ich (wahrscheinlich bedingt durch meine 20-jährige Tätigkeit in der Südsee) ein ganz anspruchsloser Mensch bin, der mehr als genug zum Leben hat.*³⁶⁸

Wenn die Briefpartner aber das Bedürfnis signalisierten, sich erkenntlich zu zeigen, so gab Koenig ihnen auch die Möglichkeit dazu. Robert Schmidt hatte etwa in dieser Hinsicht nicht locker gelassen und mehrmals erklärt: *Wir möchten auch Dir eine Freude bereiten. Bitte teile uns mit, was es sein könnte. Wir hätten ein schlechtes Gewissen, nur zu nehmen und nichts zu geben.*³⁶⁹ Koenig bat daher um eine DDR-Ausgabe von Karl Marx und Friedrich Engels „Das Kapital“ für seinen Neffen.³⁷⁰

Besonders zu Weihnachten nutzten viele Briefpartner die Gelegenheit, sich mit einem Gegengeschenk zu revanchieren. Koenig bedankte sich stets überschwänglich, wie beispielsweise für das Weihnachtsgeschenk der Familie Manfred Schulz: *Mit großer Spannung habe ich es am Heiligabend geöffnet und darin ein wunderbares Buch gefunden. Wie habt Ihr das nur besorgen können? Ich nehme es an als Ausdruck Eurer Liebe und Verbundenheit und ich danke Euch ganz herzlich dafür.*³⁷¹ Hier zeigt sich Koenings Bemühen, die DDR-Bürger in dem Gefühl zu bestärken, gleich-

berechtigte Schreibpartner zu sein. Dies kann als ein stabilisierender Faktor für das Vertrauensverhältnis betrachtet werden. Die Briefpartner standen keiner unüberschaubaren Organisation gegenüber, sondern einer natürlichen Person – was ihnen die Möglichkeit gab, aus der Rolle der Nehmenden hervorzutreten und sich für die Hilfeleistung zu revanchieren. Und dadurch, dass Koenig Freund und „Hilfsorganisation“ in einer Person war, konnte er individuell auf die Bedürfnisse der DDR-Bürger eingehen und trotzdem eine umfangreiche materielle Unterstützung anbieten.

Die Kombination aus freundschaftlicher und professioneller Hilfe wurde von den Briefpartnern dankend honoriert. Aus vielen Briefen lässt sich echte Freude über die erhaltenen Pakete herauslesen. Waltraud Krüger schrieb beispielsweise: *Wir schrieben auf der letzten Karte an Dich, daß keiner von uns das, was er empfunden hat, im schriftlichen Satz ausdrücken kann. Das ist unmöglich. Nicht wegen der Größe des Pakets, sondern wegen dem Inhalt. Als hätte ein perfekter Fachmann zu einer Zauberei gegriffen. Wir sagen Dir „Danke“!!!!.*³⁷²

Besonders für die Ausreiseantragsteller war auch die indirekte Botschaft „ich Sorge für euch“ wichtig, die der Ordensbruder mit seinen Paketen vermittelte. So schrieb beispielsweise Waltraud Krüger über Koenings Pakete: *Er hatte ein Gespür dafür, womit man Bedrängten helfen kann.*³⁷³ Bei den „DDR-treuen“ Briefpartnern hatten die Westpakete offenbar zwei gegenläufige Effekte. Zum einen beugte die regelmäßige Versorgung mit Mangelware einer Unzufriedenheit vor. Carolin Hartwig³⁷⁴ erklärte, Koenings Pakete hätten schließlich auch *davon abgehalten, irgendwas im Laden kaufen zu wollen, was vielleicht gerade nicht da war.*³⁷⁵ Gleichzeitig – so ihre Analyse – habe die Westware aber auch zu vielen Fragen über die DDR geführt, beispielsweise: *Warum ist Hochmodisches immer erst im Westen und nicht bei uns?*³⁷⁶ Geht man nach den Briefen der „DDR-treuen“ Kontaktpartner, so überwog jedoch die Freude, ein bisschen zusätzlicher Luxus zu bekommen.

367 Brief von Koenig an Familie G. in Jena (Kategorie II) vom 12. 10. 1980, in: Briefakte G1.

368 Brief von Theo Koenig an Robert Schmidt vom 12. 8. 1980, in: Fallakte S-3.

369 Brief von Robert Schmidt an Theo Koenig vom 27. 7. 1980, in: ebd.

370 Brief von Theo Koenig an Robert Schmidt vom 12. 8. 1980, in: ebd.

371 Brief von Theo Koenig an Familie Manfred Schulz vom 10. 1. 1982, in: Fallakte D-3.

372 Brief von Waltraud Krüger an Theo Koenig vom 27. 4. 1980, in: Fallakte A-4.

373 Brief an Eva-Maria Silies (im Rahmen der Schülerarbeit 1994/95) vom 17. 9. 1994.

374 Name auf Wunsch der Zeitzeugin geändert.

375 Interview mit Carolin Hartwig vom 6. 4. 2002. Hartwig ist eine Freundin von Eva Falkenstein, kennt Koenig von seinen Besuchen in der DDR und war beim Interview mit Falkenstein dabei.

376 Ebd.

IV.2.2. Die ideelle Unterstützung

Die zweite Säule von Koenings Hilfsaktion bildeten die persönlichen Briefwechsel mit DDR-Bürgern. Es gilt die Frage zu beantworten, wie sich sein „Briefprojekt“ formal und inhaltlich beschreiben lässt und wie die Briefpartner darauf reagierten.

Anders als bei der materiellen Unterstützung spielten die Erwartungen und Motive der Briefpartner für die Ausgestaltung der ideellen Hilfe – die auf einem Austausch basierte – eine prägende Rolle. Daher ist es sinnvoll, die Briefwechsel mit Ausreiseantragstellern und die mit DDR-treuen Schreibpartnern getrennt zu untersuchen. Der Schwerpunkt der Analyse liegt dabei auf der ersten Kategorie, da diese Menschen in besonderem Maße auf den Briefwechsel mit Koenig angewiesen waren. Die Stasi-Fälle werden nicht eigens dargestellt. Da Koenig nichts vom doppelten Spiel dieser Briefpartner wusste, unterschied sich seine Unterstützung für sie nicht von der für Ausreiseantragsteller oder DDR-treue Familien.³⁷⁷

IV.2.2.1. Briefwechsel mit Ausreiseantragstellern und politischen Häftlingen

Die meisten ausreisewilligen Briefpartner empfanden die psychische Belastung des Antragsverfahrens bedrückender als die materielle Not. Anita Reitmann berichtet beispielsweise: *Man hat sich gefreut, wenn man ein Paket bekommen hat, man hat ja drüben nicht viel gehabt. ... Aber als ... es mir nachher persönlich an den Kragen ging, mit Untersuchungshaft und so, da habe ich an solche Sachen eigentlich gar nicht mehr gedacht. Da habe ich nur jemanden gesucht, mit dem ich darüber schreiben kann.*³⁷⁸

Die Situation während des Antragsverfahrens, das nervenaufreibende Warten und die ständige Bedrohung durch das MfS empfand Hans-Georg Schulz als *eine Gratwanderung zwischen Sein und Nichtsein*.³⁷⁹ Da sich die Ausreiseantragsteller der behördlichen Willkür in der DDR hilflos ausgeliefert fühlten, suchten einige Unterstützung auf westdeutscher Seite.

Ein Westkontakt bedeutete aber auch ein zusätzliches Risiko. Das MfS nahm einen solchen Schritt zum Anlass, strafrechtliche Ermittlungen einzuleiten, und auch ein unpolitischer Gedankenaustausch konnte nach geltendem DDR-Recht als *Landesverräterische Nachrichtenübermittlung*³⁸⁰ ausgelegt und mit Freiheitsentzug bestraft werden. Den Ausreisean-

377 Vgl. aber Kapitel VI.1.

378 Interview mit Anita Reitmann vom 4. 5. 2002.

379 Interview mit Hans-Georg Schulz vom 16. 3. 2002.

380 § 99, in: STRAFGESETZBUCH DER DDR, a. a. O., S. 34.

tragstellern war diese Gefahr deutlich bewusst. Hans-Georg Schulz erklärt: *Das hätten die dir gleich unterjubeln können, Verbindungsaufnahme zu fremden Mächten, ... das war natürlich auch eine Sache, die gefährlich war.*³⁸¹

Die Ausgangssituation für eine Brieffreundschaft mit Bruder Koenig war also kompliziert und widersprüchlich. Einem starken Hilfsbedürfnis auf der einen stand eine große Angst vor weiteren Tiefschlägen auf der anderen Seite entgegen. Besonders den jeweils ersten Briefen ist dieser Zwiespalt der Verfasser oft deutlich anzumerken. So schrieb beispielsweise Peter H. aus Wismar am 2. September 1987 an den unbekannten BRD-Bürger, er habe Koenings Adresse *durch ein Gespräch mit netten Menschen erhalten*, und er schloss mit den Worten: *Bitte verbleiben Sie mit uns in einem Briefwechsel ..., wir sind sehr interessiert.*³⁸² Trotz dieser eindringlichen Bitte ist seine Unsicherheit spürbar, die Formulierungen sind sehr vorsichtig und verhalten. Wohl aus Angst, dass der Brief doch in die falschen Hände geraten könnte, gibt Peter H. nicht mal seine Informationsquelle – die *netten Menschen* – preis.

Ein anderer Ausreiseantragsteller reflektierte die eigenen Zweifel ganz offen. Seine Bemerkung, dass er nicht einmal wisse, *ob all die Dinge, die mir von Ihnen erzählt wurden, den Tatsachen entsprechen*, lässt die Angst vor der eigenen Courage erkennen.³⁸³ Trotzdem stellte er klar, dass er bereit sei, die möglichen Konsequenzen dieser Kontaktaufnahme zu akzeptieren: *Ich weiß, daß dies bedeuten kann, ins Gefängnis zu müssen, aber in meiner Verzweiflung würde ich auch dies in Kauf nehmen. Vielleicht gibt es nur diesen Weg.*³⁸⁴ Mit diesem Statement signalisierte der Briefschreiber Koenig, dass er wusste, worauf er sich einließ.

Die empfundene Ausweglosigkeit rechtfertigte augenscheinlich jedes Risiko. Man habe sich in seiner Verzweiflung *an jeden Strohalm* geklammert, beschreibt Ingrid Schulz ihr Gefühl während des Antragsverfahrens.³⁸⁵ Aber auch wenn die Briefpartner sich selbst bewusst für eine Kontaktaufnahme entschieden, machte ihre Angst einen vertraulichen Briefwechsel gleichzeitig schwierig. Koenig musste das anfängliche Misstrauen erst überwinden und die Antragsteller davon überzeugen, dass er der richtige Ansprechpartner für ihre Probleme war – und bereit zu helfen.

381 Interview mit Hans-Georg Schulz vom 16. 3. 2002.

382 Brief von Peter H. an Theo Koenig vom 2. 9. 1987, in: Briefakte H2.

383 Brief an Theo Koenig vom 21. 9. 1987, in: Büroakte BK-10.

384 Ebd.

385 Interview mit Ingrid Schulz vom 16. 4. 2002 in Reute.

Aufbau eines Vertrauensverhältnisses

Verhältnismäßig einfach war der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses noch, wenn die DDR-Bürger, wie in den obigen Beispielen, den ersten Schritt machten. Sie hatten die Konsequenzen eines Westkontaktes bereits für sich abgewogen und sich zudem bei Freunden und Bekannten über den fremden Ordensbruder informiert. Sie wussten daher, worauf bzw. auf wen sie sich einließen. Weitaus häufiger war aber der Fall, dass Koenig den Kontakt aufnahm, nachdem er die Adresse entweder von Freunden oder Bekannten der Ausreiseantragsteller bekommen³⁸⁶ oder der Zeitschrift HILFERUFE VON DRÜBEN entnommen hatte. Die potentiellen Briefpartner waren mehr oder weniger unvorbereitet, hatten keine Vorstellung, wer sich hinter dem unbekannten Absender verbarg. Obwohl sie ein großes Hilfsbedürfnis hatten und dieses beispielsweise durch eine Veröffentlichung in HILFERUFE VON DRÜBEN auch artikuliert hatten, erzeugte die Post aus Westdeutschland gleichzeitig Misstrauen.

Koenig fand dies sehr nachvollziehbar: *Die Leute ... vermuteten, dass die Stasi dahinter sitzt.*³⁸⁷ Einige DDR-Bürger sprachen ihre Ängste auch ganz offen an, so beispielsweise Hermann und Renate S. aus Riesa: *Sie werden entschuldigen, aber es ist für uns sehr ungewöhnlich, daß sich ein wildfremder BRD-Bürger für die Belange eines kleinen unbekannten DDR-Bürgers interessiert. ... Wenn Sie unsere Lage so gut kennen*³⁸⁸, *werden Sie auch verstehen, daß wir erst einmal skeptisch sind. ... Es hängt für uns und für unsere Zukunft zu viel ab, als daß wir irgend etwas aufs Spiel setzen möchten.*³⁸⁹ Koenig stand vor der schwierigen Aufgabe, sich einerseits vorzustellen und sein Hilfsangebot zu formulieren – gleichzeitig aber auf konkrete Hinweise und lange Erklärungen zu verzichten, um die DDR-Bürger nicht zu gefährden.

Um die Bedenken seiner neuen Briefpartner möglichst schnell auszuräumen, versuchte er beispielsweise, den ängstlichen Fragen vorzugreifen, indem er schrieb: *Ihre Überraschung, von einem Ihnen bisher Unbekann-*

³⁸⁶ Joachim T. sorgte sich beispielsweise nach seiner Ausreise in den Westen um zurückgebliebene Freunde in der DDR und schrieb 1981 an seinen Brieffreund Koenig: *Du bist einer der Menschen, die sich zur Aufgabe gemacht haben, anderen Leuten zu helfen. Es wäre schön, wenn Du auch Dir [sic!] diese Familie annehmen würdest.* (Brief von Joachim T. an Theo Koenig vom 4. 7. 1981, in: Briefakte T2).

³⁸⁷ Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002.

³⁸⁸ Der Fall S. war unter der Nummer 448 in der Zeitschrift HILFERUFE VON DRÜBEN publiziert worden. Koenig hatte daher in seinem Brief signalisiert, er wisse über das Schicksal der Familie Bescheid, in: Briefakte S1.

³⁸⁹ Brief von Hermann und Renate S. aus Riesa an Theo Koenig vom 28. 3. 1989, in: ebd.

*ten einen Brief zu erhalten, kann ich mir gut vorstellen. Und Sie werden sich natürlich fragen, woher ich Ihre Anschrift habe, und weswegen ich Ihnen schreibe. ... Unter den augenblicklichen Verhältnissen ist es aber manchmal besser, wenn einiges nicht so geschrieben wird, wie man es gerne möchte. ... Sie können versichert sein, daß ich Ihr Schreiben ganz vertraulich behandeln werde und daß mein Tun ganz selbstlos ist.*³⁹⁰

Koenig verwendete zwar keinen Standardbrief für den Erstkontakt, diese Briefe ähnelten sich aber darin, dass sie relativ kurz waren (oft benutzte er für die Kontaktaufnahme auch Postkarten) und meist nur einige aufmunternde, Anteil nehmende Sätze enthielten. Exemplarisch ist etwa der folgende Briefanfang: *Ich weiß zwar nicht, ob Ihnen mein Name etwas sagt, doch das spielt ja auch keine Rolle. Mein Gruß soll Ihnen zeigen, daß ich mich mit Ihnen verbunden fühle ...*³⁹¹ Koenig ging nicht ins Detail, seine Mitleidsbekundungen blieben sehr allgemein: *Ich will Ihnen aber sagen, daß es hier Menschen gibt, die an Sie alle denken, die versuchen, Sie zu verstehen und die auch alles tun, um Ihnen zu helfen. Ob Ihnen das ein wenig Trost und Freude gibt?*³⁹² Sein Schreibstil signalisierte Verbindlichkeit, für sein Hilfsangebot wählte Koenig aber sehr vorsichtige Formulierungen. Er erwähnte beispielsweise nie den Verein HILFERUFE VON DRÜBEN, sondern sprach immer von seinen „Freunden in Lippstadt“. Durch diese Umschreibung hoffte er, das Vertrauen der Antragsteller zu gewinnen, ohne die „Feindorganisation“³⁹³ namentlich zu benennen.

Ob die Adressaten in der DDR Koenigs Hilfsangebot annahmen, lag ganz bei ihnen. Koenig stellte zu Beginn der Brieffreundschaften klar: *Nichts liegt mir ferner, als mich ... aufdrängen zu wollen.*³⁹⁴ Da der Kontaktaufnahme in der Regel entweder eine Anzeige in HVD oder die Vermittlung durch einen gemeinsamen Bekannten vorangegangen war, waren die meisten Briefpartner einem Kontakt mit Koenig aber prinzipiell nicht abgeneigt. Dennoch gab es Ausnahmen, wie diese verärgerte Reaktion eines DDR-Bürgers: *Von uns wurden Sie nicht aufgefordert, uns in irgendeiner Weise zu unterstützen. Wir kommen allein mit unseren Problemen zurecht.*³⁹⁵ Der Ordensbruder nahm die neuen Briefpartner daher erst nach einem positiven Antwortschreiben in seinen Verteiler auf.

³⁹⁰ Brief von Koenig an Werner K. in Ost-Berlin vom 14. 8. 1982, in: Briefakte K5.

³⁹¹ Brief von Koenig an Ilse K. in Leipzig vom 23. 3. 1984, in: Briefakte K4.

³⁹² Brief von Koenig an Waltraud K. in Ost-Berlin vom 16. 2. 1980, in: Briefakte K5.

³⁹³ In den Augen des MfS war HVD eine „Feindorganisation“. Koenig wusste dies von Briefpartnern, die über Verhöre durch den Staatssicherheitsdienst berichtet hatten, vgl. Kap. VI.

³⁹⁴ Brief an Waltraud K. vom 16. 2. 1980, in: Briefakte K5.

³⁹⁵ Dieser Brief fand sich in Koenigs Akten, allerdings ohne Orts- und Datumsangabe, in: Büroakte BK-7.

Ein Sonderfall waren hier die politischen Häftlinge. Koenig wusste, dass sie keine Möglichkeit hatten, ihm aus dem Gefängnis zu antworten und ihre Zustimmung zu einen Briefwechsel zu geben.³⁹⁶ Daher schickte er in regelmäßigen Abständen, meist einmal im Monat, einen offenen Kartengruß – ohne jemals eine Rückmeldung zu bekommen.³⁹⁷ Diese Karten enthielten allgemeine, tröstende Sätze, wie die folgenden: *In 10 Tagen feiern wir Weihnachten – eine Zeit, in der sich Verwandte und Freunde auf besondere Weise begrüßen und beschenken. Ich kann es für Dich nur mit dieser Karte tun, und ich hoffe sehr, daß sie Dich erreichen und auch ein wenig Freude zu Dir bringen wird.*³⁹⁸ Typisch für diese Kartengrüße, bei denen Koenig meist die Anrede „Lieber Freund!“ verwandte, waren auch Bemerkungen über das Wetter und die Natur, wie beispielsweise: *Der Sommer neigt sich dem Ende zu; er hat uns in diesem Jahr nicht viel Sonnenschein gebracht. ... Ich wünsche Dir von Herzen, daß Du im kommenden Jahr den Sommer wieder als freier Mensch genießen kannst.*³⁹⁹

Auch wenn die Häftlinge solche Kartengrüße wohl in den seltensten Fällen ausgehändigt bekamen⁴⁰⁰, erfuhren sie beispielsweise über ihre Angehörigen von der Unterstützung aus Westdeutschland. Die Ehefrau eines Inhaftierten versicherte Koenig: *Auch dankt er Euch von ganzem Herzen für Eure so selbstlose Unterstützung, die Ihr uns angedeihen lasst. Es ist eine große Beruhigung für ihn, daß Ihr Euch um uns kümmert.*⁴⁰¹ Insofern profitierten die politischen Häftlinge indirekt von der Hilfe für ihre Familien, um die sie sich weniger Sorgen machen mussten.⁴⁰² Seine Intention, so Koe-

396 Dies erfuhr Koenig von ehemaligen politischen Häftlingen. Bei 166 Briefpartner war jeweils mindestens ein Familienmitglied vorübergehend in Haft, Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002.

397 Einige Beispiele: Steffen Fillsack (1982 wegen „Landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“ gemäß § 99 StGB der DDR zu 3 ½ Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, Hvd-Nr. 317) im Zuchthaus Brandenburg, vgl. Briefakte F1; Jens Foerster (nach einem Fluchtversuch zu 3 Jahren und 2 Monaten Haft verurteilt, Hvd-Nr. 332) in der Strafvollzugseinrichtung Cottbus, vgl. Briefakte F2.

398 Karte von Theo Koenig an Walter M. im Zuchthaus Brandenburg vom 15. 12. 1981, in: Briefakte L3-M1.

399 Postkarte von Theo Koenig an Otto K. im Zuchthaus Brandenburg vom 14. 9. 1985, in: Briefakte K5.

400 Vgl. FRICKE, Karl Wilhelm / KLEWIN, Silke: Bautzen II. Sonderhaftanstalt unter MfS-Kontrolle 1956 bis 1989, Leipzig 2001 (Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Bd. 8).

401 Brief von Ilse K. an Theo Koenig vom 4. 5. 1983, in: Briefakte K4. Ihr Mann, Otto K., war mehrere Jahre in der Strafvollzugsanstalt in Brandenburg inhaftiert.

402 In vielen Fällen wurde das Familienoberhaupt für den Ausreisewunsch verantwortlich gemacht und inhaftiert, womit für die betroffenen Familien die wichtigste Einnahmequelle wegfiel.

ning, sei aber auch gewesen, den Gefängnisleitungen zu signalisieren, dass das Schicksal dieser Menschen im Westen verfolgt wurde.⁴⁰³

Das Besondere an seiner Hilfsaktion war, dass er keine allgemeinen Standardbriefe als Zeichen seiner Anteilnahme verschickte.⁴⁰⁴ Die Briefwechsel belegen vielmehr eine sehr individuelle Betreuung. Voraussetzung dafür war allerdings, dass Koenig auch erfuhr, wo genau die Probleme lagen. Neben der grundsätzlichen Angst der Briefpartner vor einer schärferen Verfolgung durch das MfS, wurde ein vertrauensvoller Schriftverkehr auch durch die räumliche Distanz erschwert. Die Briefpartner kannten von Koenig nur ein Foto, und das, was er in seinen Briefen, selten auch am Telefon, von sich erzählte.

Koenigs Möglichkeiten, die DDR-Bürger von seiner Vertrauenswürdigkeit zu überzeugen, waren sehr begrenzt – aber diese wusste er zu nutzen.⁴⁰⁵ Es entsteht sogar der Eindruck, dass die Briefpartner – sobald das anfängliche Misstrauen überwunden war – praktisch im Zeitraffer eine sehr enge Bindung zu Koenig aufbauten. Innerhalb von wenigen Briefen veränderte sich der Schreibstil, wurde die distanzierte Höflichkeit von einer vertraulichen Nähe abgelöst.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel dafür ist der Briefwechsel mit Günter Zille. Der erste Brief des Dessauers am 22. Dezember 1979 drückte zwar schon eine verhaltene Freude über das Hilfsangebot aus, zeugte aber gleichzeitig noch von großer Vorsicht: *Sie bieten mir Ihre Unterstützung bei der Durchsetzung unseres Vorhabens an. Dafür sage ich Ihnen meinen aufrichtigen Dank! Jedoch kann ich Ihnen keine Empfehlungen geben, in welcher Form Sie das tun können.*⁴⁰⁶ Vier Briefe und fünf Monate später war das Vertrauensverhältnis sichtbar stabilisiert. Günter Zille schrieb am 22. Mai 1980 nach Münster: *Ganz besonders freue ich mich über Dein Angebot zum vertraulichen Du überzugehen und mache sehr gern davon Gebrauch. Lass uns Freunde sein!* Wie wichtig dieser Freund im Westen dann für Zille wurde, belegt auch die Quantität des Briefwechsels. Bis zu seinem Tod am 14. Juli 1981 schrieb er 14-täglich,

403 Vgl. auch Kap. IV.2.3.

404 Im Gegensatz dazu war die Korrespondenz der anderen Hilfsorganisationen wie HILFERUFE VON DRÜBEN eher geschäftlich, laut C. P. Clausen darauf ausgerichtet, *das Wesentliche und Wichtige zu erreichen, nämlich die Freiheit*, Interview mit C. P. Clausen vom 30. 5. 2002.

405 Zu diesem Urteil gelangte auch die BKG Cottbus: *Insbesondere durch seine feinfühlig und persönliche Beachtsamkeit [sic!] erreicht er in kurzer Zeit ein großes Vertrauensverhältnis zu seinen Kontaktpartnern ...*, Sachstandsbericht vom 21. 9. 1982, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 102.

406 Brief von Günter Zille an Theo Koenig vom 20. 12. 1979, in: Fallakte A-6.

später wöchentlich, in manchen Phasen sogar alle zwei bis drei Tage. Innerhalb weniger Monate wurde Koenig zum ersten Ansprechpartner und zur wichtigsten Vertrauensperson des todkranken Mannes. Deutlich wird das beispielsweise in dessen Feststellung: *Deine Briefe sind für uns alle immer wie Botschaften der Freundschaft, der Herzlichkeit und der Übereinstimmung der Gedanken!*⁴⁰⁷

Dass es Koenig in vielen Fällen so schnell gelang, eine Vertrauensbasis zu schaffen, lässt sich durch die formale und inhaltliche Gestaltung seines Briefprojekts erklären.

Die formale Gestaltung der Briefwechsel

Koenigs wichtigstes formales Gestaltungsprinzip bezog sich auf die Form des Briefwechsels und lautete: Kontinuität. Die Briefe, die innerhalb einer Woche eingingen – so seine persönliche Planvorgabe –, wurden am darauffolgenden Wochenende beantwortet.⁴⁰⁸ Sofern seine Briefe nicht vom MfS zurückgehalten oder beschlagnahmt wurden, erhielten die Briefpartner somit immer eine schnelle Rückmeldung. Er habe erkannt, so der Ordensbruder, dass es nicht ausreiche, *diesen Menschen nur zu Weihnachten mal 'nen Häppchen zu geben*.⁴⁰⁹ Daher habe er sich vorgenommen: *Wenn du hilfst, dann musst du das auch kontinuierlich machen. ... Und wenn du eine Verbindung anfängst, dann musst du die auch durchhalten*.⁴¹⁰

Die Umsetzung dieses Prinzips sei angesichts der großen Masse an Briefen nur durch eine strikte Zeiteinteilung möglich gewesen: *Ich hatte mir zur Regel gemacht, in 15 Minuten ein Brief*.⁴¹¹ Das hieß etwa eine maschinengeschriebene Seite, und in diesem Takt habe er den sonntäglichen Stapel abgearbeitet. Selbst im Urlaub ließ Koenig den Kontakt nicht abreißen: *Ich habe ... allen immer einen Gruß geschickt. Ich weiß noch einmal, da habe ich über 400 Karten verschickt. Mein erster Gang war immer in die Geschäfte – wo gibt es die billigsten Postkarten?*⁴¹² Sein Mitbruder Pater Manfred Simmich bestätigt, dass Koenig nie ohne *seine Reiseschreibmaschine* in den Urlaub fuhr.⁴¹³

407 Brief von Günter Zille an Theo Koenig vom 8. 9. 1980, in: ebd.

408 Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002.

409 Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994.

410 Ebd.

411 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

412 Interview mit Theo Koenig vom 3. 3. 2002.

413 Interview mit Manfred Simmich vom 11. 7. 2002.

Durch die Kontinuität signalisierte Koenig Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit. Diese Eigenschaften hob er auch in seinen Briefen hervor, versicherte den Briefpartnern beispielsweise: *Ich werde täglich an Sie denken und Sie nicht vergessen!*⁴¹⁴ Dass diese Botschaft bei den Briefpartnern ankam und positiv bewertet wurde, bestätigten die befragten Zeitzeugen übereinstimmend. Ingrid Schulz erinnert sich: *Theo war der einzige, der immer geschrieben hat. ... Da hast du sofort das Vertrauen gefunden. Und wenn du mal wieder ganz am Boden warst, dann kam ein Brief von Theo – und dann ging das schon wieder*.⁴¹⁵ Und Anita Reitmann betont, es sei für sie sehr wichtig gewesen, dass Koenig *nicht* einer war, *der einfach nur dreimal schreibt, und dann verläuft das im Sande*.⁴¹⁶

Kontinuität zählt zwar zu den Grundvoraussetzungen der meisten zwischenmenschlichen Beziehungen, aber aufgrund der unsicheren Lebensbedingungen der Ausreiseantragsteller war sie in diesen Brieffreundschaften von besonderer Bedeutung. Gerade weil das MfS mit allen Mitteln versuchte, die Westkontakte zu unterbinden, war es für die Briefpartner wichtig zu wissen, dass Koenig alles daran setzte, die Verbindung zu erhalten. Anita Reitmann erklärt: *Man wurde nicht vergessen, obwohl sie damals bei den Vernehmungen immer gesagt haben: Sie sind sowieso schon drüben im Westen total vergessen. ... An Sie denkt doch keiner mehr*.⁴¹⁷ Da viele Schreiben ihre Empfänger nie erreichten, bestätigten sich Koenig und seine Kontaktpartner jeweils den Eingang eines Briefes. So konnten sie den Überblick über „verlorengegangene“ Briefe behalten und sich gegenseitig zeigen, dass nicht sie die Schuld an den Unregelmäßigkeiten trugen.

Neben der Kontinuität fällt ein anderes formales Prinzip bei Koenigs Briefwechseln ins Auge: sein freundschaftlicher und zurückhaltender Schreibstil. Der Ordensbruder bemühte sich, Verbundenheit zu signalisieren, ohne aufdringlich zu klingen. Festmachen lässt sich dies beispielsweise an der häufigen Verwendung von Interrogativsätzen wie „Ob ich da wohl raten darf ...?“ oder „Ob es da wohl helfen kann, dass ...?“. Seine Stellungnahmen sind vorsichtig formuliert, häufig eingeleitet mit Sätzen wie „Ich habe den Eindruck ...“ oder „Mir scheint es fast, als ob ...“ und enden meist mit einschränkenden Floskeln wie „Oder täusche ich mich da?“ und „Oder liege ich da falsch?“. Es kann davon ausgegangen wer-

414 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger vom 1. 4. 1980, in: Fallakte A-4.

415 Interview mit Ingrid Schulz vom 16. 3. 2002.

416 Interview mit Anita Reitmann vom 4. 5. 2002.

417 Ebd.; Die Protokolle der Verhöre von Anita Reitmann während ihrer Untersuchungshaft bestätigen ihre Aussagen zur Strategie der MfS-Mitarbeiter, in: BStU, ASt. Magdeburg, MfS, AU 1121/81, Bl. 146ff. und 265ff.

den, dass es den Briefpartnern dadurch leichter fiel, sich Koenig anzuvertrauen, da sie keine Angst haben mussten, bevormundet oder beurteilt zu werden.

Koenigs zurückhaltender Schreibstil beinhaltete auch, dass er von sich aus nur sehr offene Fragen stellte. Dadurch überließ er es den Briefpartnern, wie ausführlich oder persönlich sie antworten wollten. *Nie neugierig zu sein*, sei einer seiner Grundsätze für den Schriftverkehr gewesen, erläutert Koenig die eigene Vorgehensweise. Er habe bewusst keine direkten Fragen gestellt, um seine Briefpartner nicht misstrauisch zu machen: *Ich war ja nicht dazu da, die Menschen auszuforschen, rumzuhorchen, ich wollte den Menschen nur ... helfen, vielleicht ein bisschen Mut machen, das war alles.*⁴¹⁸

Eine Abweichung von dieser Regel stellen seine ersten Briefe an neue Kontaktpartner in der DDR dar. Darin erkundigte er sich meist nach dem biographischen Hintergrund und der aktuellen Lebenssituation. Diese Fragen dienten aber laut Koenig dem Zweck, sich ein möglichst reelles Bild des jeweiligen Gesprächspartners zu machen, um den richtigen Zugang zu ihm zu finden. Darüber hinaus erfragte er Geburtsdaten und Konfektionsgrößen, um seine materielle Unterstützung organisieren zu können.

Einen zurückhaltenden und vorsichtigen Stil hielt Koenig auch aufgrund der Postkontrollen für notwendig und angemessen. Er sei davon ausgegangen, dass der Staatssicherheitsdienst der DDR die *Post ... durchsucht* und *die Leute ... dauernd unter Druck* stehen.⁴¹⁹ Deshalb habe er von Anfang an darauf geachtet, *grundsätzlich nichts Politisches* zu schreiben.⁴²⁰ Er habe es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren können, Leute in Gefahr zu bringen, *die sowieso in höchster Gefahr sind.*⁴²¹

Trotz aller Vorsicht schaffte Koenig es aber, formal und stilistisch eine hohe Verbindlichkeit zu signalisieren. Schon im zweiten oder dritten Brief bezeichnete er sich meist als „Freund“ und bot den neuen Briefpartnern das „Du“ an. Er begründete dies damit, dass der Gedankenaustausch so leichter falle. Durch diese Erklärung wirkte das Angebot nicht verfrüht und aufdringlich, sondern zweckreich – zumal Koenig zurückhaltend und höflich anfragte: *Unter Freunden ist es nun üblich, daß man sich mit Vornamen und mit dem vertrauten „Du“ anredet. Darf ich wohl darum bitten?*⁴²²

418 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

419 Ebd.

420 Ebd.

421 Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002.

422 Brief von Theo Koenig an Ilse K. in Leipzig vom 27. 5. 1984, in: Briefakte K5.

Darüber hinaus ermunterte Koenig seine Briefpartner, ihn „Onkel Theo“ zu nennen. Auf diese Idee hatte ihn eine Mutter gebracht, die ihm einige Ratschläge gab, wie der Briefverkehr mit ihrem in der DDR lebenden Sohn zu verbessern sei: *Ich möchte Sie aus meiner gewonnenen Erfahrung bitten, sprechen Sie meinen Jungen einfach mit „Du“ an und als „Onkel Theo“. Dann wird er alle Post erhalten, und auch für ihn wird das Antworten leichter sein ...*⁴²³ Koenig fand den Gedanken einleuchtend, dass ein Briefwechsel unter Verwandten für die Stasi-Kontrolleure weniger verdächtig war.⁴²⁴ Daher machte er in einem Rundbrief zu Ostern 1980 allen Briefpartnern in der DDR das Angebot, künftig an „Onkel Theo“ zu schreiben – in seiner typischen, vorsichtigen Art: *Ich überlasse es natürlich Ihnen, liebe Freunde, ob Sie mich als „Onkel“ anschreiben wollen und wenn dies – rein biologisch gesehen – nicht klappen könnte ..., könnte ich auch die Rolle des Schwagers oder Vetters übernehmen. Wir müssen eben sehen, daß wir in Verbindung bleiben.*⁴²⁵ Das Echo der Briefpartner war sehr positiv, so dass der Ordensbruder für Schreibpartner jeden Alters zum Onkel wurde.

Die inhaltliche Gestaltung der Briefwechsel

Inhaltlich fallen bei Koenigs Briefen vor allem die Genauigkeit seiner Antworten und sein sichtbares Einfühlungsvermögen auf. Trotz der umfangreichen Korrespondenz ging er bei der Beantwortung der Briefe sehr exakt vor, nahezu jede Frage und jeder angesprochene Punkt wurden berücksichtigt. Voraussetzung dafür war eine sorgfältige Verwaltung und Organisation: die Archivierung aller Schriftwechsel in Briefakten habe es ihm erleichtert, den Überblick zu behalten, Wiederholungen zu vermeiden und längere Prozesse zu verfolgen.⁴²⁶ Viele Briefe belegen, dass Koenig auf ältere Schreiben Bezug nahm, sich beispielsweise nach einer Krankheit erkundigte, wie die Genesung voranging. So schrieb er am 18. Juli 1982 an Familie Krüger: *In ihrem Brief erwähnt Waltraud nichts von Ihrer Gesundheit. Kann ich daraus schließen, daß es jetzt bergauf geht?*⁴²⁷

423 Brief von Margarete D. an Theo Koenig, 1980 (ohne genaue Datumsangabe), in: Briefakte D.

424 Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994. Das MfS ließ sich durch diesen Trick allerdings nicht täuschen. Schon 1980 bemerkte die ZKG in Berlin: *Er [Koenig, Anm. d. Verf.] bietet seinen Kontaktpartnern an, sie als „Onkel“ anzureden. Damit konspiziert er diese Verbindungen und lässt sie als verwandtschaftliche Kontakte erscheinen ...*, Auskunftsbericht der ZKG zu Koenig vom 12. 11. 1980, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 35.

425 Oster-Rundbrief von Theo Koenig an seine Briefpartner in der DDR vom 15. 3. 1980, in: Büroakte BK-1.

426 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

427 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger vom 18. 7. 1982, in: Briefakte A-4.

Durch diese inhaltliche Genauigkeit fühlten sich die Ausreiseantragsteller individuell betreut und ernst genommen, was sich positiv auf das Vertrauensverhältnis auswirkte. Anita Reitmann betont beispielsweise, es sei für sie sehr wichtig gewesen, dass Koenig *keinen Nato-Einheitsbrief* geschrieben habe. Sie habe gespürt: *Er setzt sich mit der Situation auseinander, und er antwortet direkt, auf jeden Brief einzeln. ... Durch seine Art ..., auf diese Briefe einzugehen, hatte man das Gefühl beim Lesen, dass er sich irgendwie daran beteiligt, dass er weiß, was los ist.*⁴²⁸

Auch das MfS, das Koenigs Briefwechsel genau analysierte, kam zu der Einschätzung, dass *in der Beantwortung seiner Korrespondenz ... äußerste terminliche und inhaltliche Exaktheit* besteht.⁴²⁹ Einschränkung sei bemerkt, dass Koenig nach eigenen Angaben ab 1987 hinsichtlich der inhaltlichen Exaktheit einige Abstriche machen musste, um die wöchentliche Briefflut bewältigen zu können. Er habe nur noch ein oder zwei Punkte aus jedem Brief herausgegriffen und außerdem bisweilen ein kleineres Format verwendet.⁴³⁰

Koenig war nicht nur bemüht, möglichst genau auf die Briefe einzugehen, sondern auch, den richtigen Ton für die jeweiligen Gesprächspartner zu treffen. Für ihn selbst war das eine Selbstverständlichkeit: *Das musste ich ja. Ich kann doch einem Arzt oder Akademiker nicht das gleiche schreiben wie einer ganz gewöhnlichen Putzfrau, das geht ja nicht. ... Ich habe immer versucht, auf die Sachen einzugehen, die die geschrieben haben.*⁴³¹

Wie genau sich Koenig auf die einzelnen Briefpartner einstellte, zeigt der Briefwechsel mit Waltraud Krüger. Aus früheren Briefen wusste der Ordensbruder, dass Krügers größtes Hobby die Gartenarbeit war⁴³² – und daran knüpfte er an, um ihr Mut zu machen: *Darf ich Euch als gelernter Gärtner auch noch etwas zu allem sagen, zumal Ihr ja auch große Gartenfreunde seid? Auf den trostlosen Winter kommt immer wieder der Frühling – dann die Ernte im Spätsommer, bis dann der Herbst mit aller Pracht wieder aufräumt! So auch im Menschenleben: ein ständiges Auf und Ab von Freud und Leid, von Enttäuschung und Erfüllung!*⁴³³

428 Interview mit Anita Reitmann vom 4. 5. 2002.

429 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 21. 9. 1982, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 102.

430 Telefoninterview mit Theo Koenig vom 20. 8. 2002.

431 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

432 Brief von Waltraud Krüger an Theo Koenig vom 15. 3. 1980, in: Fallakte A-4.

433 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger vom 2. 7. 1981, in: Fallakte A-4; Waltraud Krüger hatte in den Briefen zuvor berichtet, dass der Familie der Neuanfang in der BRD sehr schwer falle, vgl. ebd.

Durch die Wahl der Metaphern und Themen sowie durch seinen Schreibstil schuf Koenig eine Gesprächsatmosphäre, in der sich offenbar die unterschiedlichsten Menschen verstanden und aufgehoben fühlten. Sie habe sehr schnell Vertrauen zu Koenig gefasst, bestätigt Ingrid Schulz: *Das war, als wenn wir den schon immer gekannt hätten, das war ganz eigenartig. Der hat so natürlich geschrieben, und der hat sich für alles interessiert.*⁴³⁴ Ilse K. vertraute dem Ordensbruder in einem ihrer ersten Briefe sogar an: *Ich war so gerührt über Ihre lieben Zeilen, daß mir die Tränen in die Augen stiegen.*⁴³⁵

Auffallend ist, dass die Themen und Inhalte der Briefwechsel stark variieren, was belegt, dass sich Koenig auf die speziellen Bedürfnisse seiner Schreibpartner einstellte. Der Briefwechsel mit Familie Hans-Georg Schulz lässt sich beispielsweise als einfacher, freundschaftlicher Gedankenaustausch beschreiben. Die Themen waren rein privater Natur, betrafen etwa das Wetter, die Kinder und die Gesundheit. Ingrid Schulz wusste gerade diese unverfänglichen Schriftgespräche sehr zu schätzen: *Das war auch das Schöne, der Theo, der hat einen da nie provoziert, dass man auf den Staat schimpfen muss oder so. ... Der hat immer so schön geschrieben und nur persönliche Sachen wissen wollen.*⁴³⁶ Und trotz der scheinbaren Oberflächlichkeit schaffte Koenig es, Ingrid Schulz während des Ausreiseantragsverfahrens zu ermutigen und aufzurichten. Noch heute spricht sie voller Dankbarkeit über seine Briefe: *Wenn Theo geschrieben hat ..., dann hast du eben erst ein bisschen da gesessen und hast vor dich hin geflennt und hast gedacht, Mensch, einer wenigstens, ... der dir immer wieder hilft.*⁴³⁷

Charakteristisch am Schriftverkehr mit Waltraud Krüger ist eine starke religiöse Ausrichtung. Die Briefe der Magdeburgerin waren von Beginn an von einer tiefen Gläubigkeit geprägt. Deutlich wurde diese in Sätzen wie: *Aber der uns hier gebietet, ist nicht ein Mensch, sondern Gott. ... Ein gläubiger Christ kann auch in dunklen Stunden zuversichtlich und freudig sein.*⁴³⁸ Oder in der Aufforderung: *Bitte, lieber Onkel Theo, bete für uns.*⁴³⁹

Koenig griff Krügers Bedürfnis nach religiöser Begleitung auf und fand immer wieder biblische Gleichnisse, um sie in ihrem Glauben zu bestärken. Er versuchte ihr auf diesem Weg die Kraft zu geben, das nervenaufreibende Antragsverfahren durchzustehen, und schrieb beispielsweise:

434 Interview mit Ingrid Schulz vom 16. 3. 2002.

435 Brief von Ilse K. an Theo Koenig vom 17. 6. 1984, in: Briefakte K-4.

436 Interview mit Ingrid Schulz vom 16. 3. 2002.

437 Ebd.

438 Brief von Waltraud Krüger an Theo Koenig vom 25. 5. 1980, in: Fallakte A-4.

439 Brief von Waltraud Krüger an Theo Koenig vom 26. 7. 1980, in: ebd.

Wenn Ihr Euch bemüht, hinter all dem Geschehenen auch noch irgendwie Gottes Zulassung zu sehen, wird es bestimmt leichter gehen. Die Worte Jesu „Kein Haar fällt von Eurem Haupt ohne den Willen meines Vaters“ gelten auch für unsere Zeit⁴⁴⁰

Und als Waltraud Krüger ihm von einer neuen Vorladung beim Rat der Stadt und ihrer Angst vor einer Verhaftung berichtete, antwortete Koenig: *Vielleicht bleibt auch Ihnen, wie unserem Herrn Jesus Christus der Weg nach Golgatha nicht erspart, aber es kommt der Tag, wo Sie triumphieren werden!*⁴⁴¹ Dieses Beispiel zeigt, dass der gemeinsame Glaube Koenig auch eine „Code“-Sprache an die Hand gab. Durch die Benutzung biblischer Gleichnisse konnte er zu der Situation in der DDR Stellung nehmen und Mut machen – obwohl anscheinend von etwas völlig anderem die Rede war. Verständlich waren die Anspielungen auf „Golgatha“ und den Tag des Triumphes nur mit entsprechenden Bibel-Kenntnissen.⁴⁴²

Im Briefwechsel mit Waltraud Krüger übernahm Koenig also die Funktion eines Seelsorgers, was auch in seinen Ratschlägen deutlich wird. Als die Magdeburgerin ihm in einem Brief ihre Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit schilderte, hielt er sie an, über den berühmten Satz des evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer (*Von guten Mächten wunderbar geborgen, erwarten wir getrost, was kommen mag ...*⁴⁴³) zu meditieren. Dies sei auch für ihn eine Kraftquelle.⁴⁴⁴ Es ist aber einleuchtend, dass die Ausreiseantragsteller aus solchen Ratschlägen nur dann Kraft und Hoffnung schöpfen konnten, wenn sie zumindest an Gott glaubten. Koenig wartete daher ab, ob die Briefpartner ein Bedürfnis nach geistlicher Begleitung signalisierten.⁴⁴⁵

440 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger am 18. 11. 1980, in: ebd.

441 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger vom 1. 4. 1980, in: ebd.

442 Der Gang nach Golgatha war Jesu Weg zu seiner Kreuzigung (Vgl. DIE BIBEL, Matthäus, 27, 31–57), mit dem Tag des Triumphes ist die Auferstehung Jesu Christi gemeint (Vgl. DIE BIBEL, Lukas 24, 36–53).

443 Zit. nach dem Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger vom 19. 7. 1981, in: Fallakte A-4.

444 Ebd.

445 Was nicht heißen soll, dass er seine religiöse Einstellung verleugnete, er sprach solche Themen aber selten von sich aus an. Eine Ausnahme waren die Rundbriefe, vgl. Kap. IV.2.2.3. Koenigs Zurückhaltung in religiösen Dingen wurde auch vom Staatssicherheitsdienst vermerkt: *So ist im Widerspruch zu den sonstigen Gepflogenheiten, Schreibweisen und Formulierungen von Geistlichen der Katholischen Kirche in den von Koenig zum Versand gebrachten Briefen und Mitteilungen ... nicht ein Wort enthalten, das auf den Glauben, die Kirche und ähnliches Bezug nimmt ...*, Sachstandsbericht der Hauptverwaltung, Abteilung Zollfahndung, vom 29. 3. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. IV, Bl. 58.

Noch tiefgehender war Koenigs Briefwechsel mit Günter Zille. Möglicherweise auch aufgrund seiner schweren Erkrankung breitete der Dessauer seine Gedanken und Ängste anscheinend vorbehaltlos aus. Er hatte offenbar auch das Bedürfnis, mit Koenig theologische und philosophische Fragen zu erörtern. Seine Frage: *Darf ich hassen und trotzdem den christlichen Grundwerten verbunden sein?* belegt, dass der Ordensbruder hier zu einer moralischen Instanz geworden war. Koenigs Antwort bezeugt, wie ernst er die Sorgen seines Briefpartners und die eigene Verantwortung ihm gegenüber nahm: *Bei dieser Frage muß man unterscheiden zwischen der Sache und der Person. Die Lehre Christi verbietet uns, den Menschen [sic!] zu hassen und damit auch zu verurteilen – das bedeutet aber keinesfalls, daß wir das Tun – also die Sache – lieben sollen. An einer Stelle der Bibel heißt es daher ganz treffend: Hasse die Sünde – aber liebe den Sünder, und besser kann man auch das, was ich darüber denke, nicht sagen. ... Ich bin mir durchaus bewusst, wie schwer es für uns im Einzelfall ist, hier die Sache von den Personen zu trennen. Denn es sind ja die Menschen, die das Böse, das Schlechte, das Gemeine zu uns bringen! Da immer noch dieser Person Liebe entgegenbringen – nun meine Lieben – das kann ich nicht, und das können wir alle nicht mit unserer menschlichen Kraft. Dazu braucht es der Hilfe Gottes ...*⁴⁴⁶

Hier zeigt sich, dass Koenig den Leidensdruck seiner Briefpartner zu mindern versuchte, indem er sich ihre Sorgen zu eigen machte. In dem obigen Beispiel deklarierte er Zilles Frage durch den Einschub *das kann ich nicht, und das können wir alle nicht*⁴⁴⁷ als zutiefst menschliches Problem. Über die Verwendung der „Wir“-Form signalisierte er, dass er die Sorgen und Gefühle seiner Briefpartner nachvollziehen und verstehen konnte.

In seiner Antwort macht Zille deutlich, dass ihm Koenigs religiöser Exkurs eine wirkliche Hilfe war: *Ich glaube, daß mir niemand, auch kein Theologe oder Philosoph, meine Frage wegen meines Hasses besser hätte beantworten können als Du es getan hast!! Wenn ich Deinen Brief lese, und ich habe ihn wie jeden Deiner Briefe schon sehr oft gelesen, dann bekomme ich Minderwertigkeitskomplexe. Nicht wegen des behandelten Themas, sondern wegen der zwingenden Logik, der Gründlichkeit und hohen Bildung, die Dein Brief ausstrahlt.*⁴⁴⁷

Der Briefwechsel mit Günter Zille ist einer der wenigen Fälle, in denen Koenig seinen Vorsatz, „grundsätzlich nichts Politisches“ zu schreiben, fallen ließ. Er habe gespürt, dass er hier eine Ausnahme machen müsse, weil für Günter Zille gegolten habe: *Entweder, ich komme raus oder ich sterbe hier.*⁴⁴⁸ Vor diese Alternative gestellt, habe Zille *alles gewagt, alles*

446 Brief von Theo Koenig an Günter Zille vom 21. 9. 1980, in: Fallakte A-6.

447 Brief von Günter Zille an Theo Koenig vom 28. 9. 1980, in: Fallakte A-6.

448 Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002.

auf eine Karte gesetzt und den Mut gehabt, gegen das System anzugehen.⁴⁴⁹ Deshalb habe er ihn so gut wie möglich in diesem Kampf unterstützen wollen und auch eine klare politische Position bezogen, so Koenig.⁴⁵⁰

Die Bedeutung eines Ansprechpartners und Mitsreiters im Westen

Es konnte gezeigt werden, dass Koenig zu einer wichtigen Stütze für die Ausreiseantragsteller wurde, seine Briefe offenbar für viele eine große Hilfe waren. Es bleibt die Frage, warum sie ihre Probleme einem unbekannten BRD-Bürger anvertrauten und nicht einem Freund oder Bekannten in der DDR.

Zur Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, sich noch einmal die Situation der Antragsteller zu vergegenwärtigen. Aufgrund des starken psychischen und physischen Drucks während des Antragsverfahrens hatten die Betroffenen ein großes Mitteilungsbedürfnis und hohe Erwartungen an einen Gesprächspartner. Gleichzeitig waren sie mit der eigenen Situation so überfordert, dass sie vermutlich nicht viel zurückgeben konnten. Dadurch ergab sich eine Schieflage, die zudem oft über Jahre andauerte und die Beziehung zu Freunden und Bekannten sehr strapazierte.⁴⁵¹ Günter Zille erkannte: *Lieber Theo! Bei Dir kann ich mir mein Herz ausschütten, kann ich mir meine Sorgen und Bedenken von der Seele runterschreiben, mein Bruder hätte mich längst wissen lassen, daß er nicht soviel Zeit zum Lesen hätte.*⁴⁵²

Die Beziehung zu Koenig war belastbarer, da der Ordensbruder seine Hilfe zwar freundschaftlich aber gleichzeitig professionell verstand. Er machte daher in den Briefwechseln keine eigenen Ansprüche geltend. Die Einseitigkeit der Briefwechsel ergab sich für ihn aus der besonderen Situation seiner Briefpartner: *Wenn Menschen im Leid sind, das ist meine Erfahrung, dann kreisen die so ein bisschen um sich selbst. ... Und so ist es ungeheuer wichtig, dass sie sich mal aussprechen können.*⁴⁵³

Dabei zu helfen betrachtete Koenig als seine Aufgabe – und störte sich daher nicht daran, dass nur wenige Briefpartner sich im Gegenzug nach

449 Interview mit Theo Koenig vom 3. 3. 2002.

450 Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002. Im Brief vom 9. 3. 1981 bezeichnete Koenig beispielsweise die Behandlung der Familie in der DDR als *himmelschreiendes Unrecht*, in: Fallakte A-6.

451 Eine Familie aus Leipzig erklärte Koenig, *daß wir uns doch etwas zurückgezogen haben, denn man möchte nicht immer von seinen Problemen reden ...*, Brief an Theo Koenig vom 21. 11. 1988, in: Büroakte BK-2.

452 Brief von Günter Zille an Theo Koenig vom 20. 6. 1980, in: Fallakte A-6.

453 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

mehr als seiner Gesundheit erkundigten. Er signalisierte nicht, dass ihm die Sorgen und Nöte zu viel wurden, sondern bot bereitwillig an: *Ihr könnt mir soviel schreiben, wie Ihr wollt, ich verfolge Euer Schicksal mit Aufmerksamkeit!*⁴⁵⁴ Und anstatt auf Distanz zu gehen, ermunterte er seine Briefpartner, sich alles von der Seele zu schreiben: *Schreiben lenkt ... ab und es tröstet ungemein, wenn man seine Gedanken mal zu Papier bringen und vertrauenswürdigen Menschen mitteilen kann.*⁴⁵⁵

Freunde und Bekannte in der DDR brachten offenbar in vielen Fällen nicht so viel Verständnis für die Situation der Antragsteller auf.⁴⁵⁶ Oft waren es aber auch die Briefpartner selbst, die sich von alten Bezugspersonen distanzieren. Außerhalb des engsten Familienkreises wurde die Ausreiseproblematik meist ausgespart, um sich und andere nicht zu gefährden. Gleichzeitig betrachteten sie das „angepasste“ Leben der anderen DDR-Bürger teilweise auch mit großer Abneigung.⁴⁵⁷ Günter Zille übte deutliche Kritik: *Am schlimmsten ist diese stumpfsinnige graue Menschenmasse, die ohne aufzumucken, ohne eigene Meinung durch den „sozialistischen Alltag“ trottet.*⁴⁵⁸ Hier trennte Antragsteller und „DDR-treue“ Bürger offenbar ein tiefer Graben: Überspitzt ausgedrückt betrachteten sie sich gegenseitig als „Störenfriede“ bzw. „Duckmäuser“. Der Staatssicherheitsdienst war zusätzlich bemüht, die Antragsteller offen oder subtil in eine gesellschaftliche Außenseiterposition zu drängen.

Koenig zeigte dagegen nicht nur Verständnis für die Nöte der ausreisewilligen DDR-Bürger, er bestätigte ihnen auch, die richtige Entscheidung getroffen zu haben. Gisela Mauritz⁴⁵⁹ erklärt so die Bedeutung, die der Kontakt mit Koenig für sie hatte: *Seine Zeilen vermittelten mir, daß er mit mir und meinen Problemen sympathisierte. Da ich in der DDR sonst keine*

454 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger vom 30. 4. 1980, in: Fallakte A-4.

455 Brief von Theo Koenig an Waltraud K. vom 23. 4. 1980, in: Briefakte K-5.

456 Dies geschah möglicherweise auch aus einem „Selbstschutz“ heraus. WOLLE vertritt beispielsweise die These, dass Ausreiseantragsteller und Oppositionelle bei der übrigen DDR-Bevölkerung deswegen auf wenig Verständnis stießen, weil sie nicht nur die Staatsmacht ..., sondern ungewollt auch das Spießerdasein des Durchschnittsbürgers in Frage stellten, WOLLE, a. a. O., S. 265.

457 Vgl. das Interview mit Hans-Georg Schulz vom 16. 3. 2002.

458 Brief von Günter Zille an Theo Koenig vom 22. 5. 1980, in: Fallakte A-6.

459 Gisela Mauritz wurde 1974 aufgrund eines gescheiterten Fluchtversuches zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, ihr damals vierjähriger Sohn Alexander wurde zur Zwangsadoption freigegeben. Nach ihrer Entlassung in die DDR kämpfte die Diplomchemikerin verzweifelt um das Sorgerecht, woraufhin sie erneut inhaftiert wurde. 1988 erhielt sie schließlich die Ausreisegenehmigung, ihren Sohn konnte sie erstmals kurz vor der Wende wiedersehen. Seit 1980 stand sie mit Koenig in Kontakt, die Verbindung dauert bis heute an.

Anhänger für meine Anliegen und Erschwernisse hatte, griff ich begierig die Korrespondenz mit ihm auf, um mich etwas freizuschreiben. Es entwickelte sich in der Folge eine wunderschöne Korrespondenz, die mir Ersatz für fehlende Gespräche in der DDR wurde. Unser Briefwechsel gab mir Geborgenheit, das Gefühl für Verstandenwerden und Aufgenommenensein, er bestärkte mich in meinem Kampf um das Weiterleben, er war rundherum eine moralische Stütze in meinem jämmerlichen Dasein. ... So hat Onkel Theo mittels seiner Möglichkeiten sehr dazu beigetragen, mich als Menschen zu erhalten, mir das Licht des Lebens zu bewahren.⁴⁶⁰

Abgesehen davon, dass er als BRD-Bürger möglicherweise mehr Verständnis für die Probleme der Ausreiseantragsteller aufbrachte, war ein bestimmter Bereich seiner Hilfe nur möglich, weil Koenig nicht in der DDR lebte. Besonders deutlich wird dies im Briefwechsel mit Günter Zille. Der Dessauer berichtete nicht nur in allen Einzelheiten von seinem verzweifelten Kampf um die Ausreise aus der DDR, sondern bezog Koenig in seine Aktivitäten mit ein. Am 29. Juni 1980 schrieb er: *Seltsamer Weise bin ich ganz ruhig, obwohl ich weiß, daß „sie“ mich jeden Augenblick holen können, aber diesmal habe ich auf meiner Seite die „stärkeren Bataillone“! Eins davon bist Du! Ich weiß, daß ich mich in jeder Situation auf Dich verlassen kann! Darum an dieser Stelle gleich der Hinweis: Sollte ich inhaftiert werden, dann erhältst Du von Brigitte ein Telegramm. Text: „Günter um xx Uhr abgereist.“ Du weißt dann, was Du zu tun hast?*⁴⁶¹ Die Tatsache, dass er den Ordensbruder zu seinen „Bataillonen“ zählte, beweist, dass Zille eine gewisse Sicherheit aus der Tatsache gewann, im Westen einen Mitstreiter zu haben, der notfalls weitere Schritte einleiten konnte.

Auf Umwegen und über Deckadressen, aber auch auf dem normalen Postweg, versuchte er, möglichst viele Informationen über seine Protestaktionen und die Schikanen durch das MfS an Koenig zu übermitteln. Ein Brief vom 10. August 1980 zeigt, wieso dies für den Bürgerrechtler von Bedeutung war und wie die Aufforderung *Du weißt dann, was Du zu tun hast* zu verstehen ist: *Der besagte „wichtige“ Teil soll gewissermaßen ein Pfand sein, das ich bei Dir hinterlege. Wenn es zu meiner Verhaftung kommen sollte (Telegramm) oder ich die Anklageschrift erhalte, dann gib diesen Brief bitte weiter! Ich denke dabei besonders an die Gesellschaft für Menschenrechte und interessierte CDU-Politiker ...*⁴⁶² Aus diesen Anweisungen wird deutlich, dass Koenigs Unterstützung im Bedarfsfall auch übers Zuhören und Ratschläge geben hinaus ging.

460 Brief von Gisela Mauritz an die Verfasserin (im Rahmen der Schülerarbeit „Feindzentrale Onkel Theo“ 1994, ohne genaue Datumsangabe).

461 Brief von Günter Zille an Theo Koenig vom 29. 6. 1980, in: Fallakte A-6.

462 Brief von Günter Zille an Theo Koenig vom 10. 8. 1980, in: Fallakte A-6. Vgl. Kap. IV.2.3.

Auch in weniger spektakulären Fällen legten Briefpartner viel Wert darauf, einen Mitstreiter in der BRD zu haben. Hans-Georg Schulz sagt sogar, dies sei für ihn das Wichtigste an der Verbindung zu Koenig gewesen, dass man eine Stütze von da hatte, wo Freiheit herrschte. ... Das haben die [Leute vom MfS, Anm. der Verf.] gefürchtet, dass das im Westen spruchreif wurde. Es gab nichts Schlimmeres für die.⁴⁶³ Auch Koenig machte die Erfahrung, dass die DDR-Bürger es als einen gewissen Schutz empfanden, zu wissen, da kümmert sich jemand um uns.⁴⁶⁴ Nicht zuletzt wohl deshalb, weil sie dadurch einen kompetenten Gesprächspartner in der BRD hatten. Schließlich versuchten die Stasioffiziere, die Ausreiseantragsteller in den Vernehmungen zu verunsichern und den kapitalistischen Westen in den schwärzesten Farben zu malen.⁴⁶⁵ Glaubhaft entkräften konnte solche Feindbilder nur ein Ansprechpartner, der wusste, wovon er sprach, und deshalb ein Gegenbild entwerfen konnte.

Als Ansprechpartner im Westen war Koenig auch nach der Ausreise bzw. dem Freikauf seiner Briefpartner in die BRD gefordert. Viele ehemalige DDR-Bürger reagierten enttäuscht und verzweifelt, wenn das hart erkämpfte Leben im Westen nicht ihren Träumen und Vorstellungen entsprach.⁴⁶⁶ Er habe auch bei diesen Anfangsschwierigkeiten helfen wollen, berichtet Koenig.⁴⁶⁷ An Familie Krüger schrieb er: *Wenn Ihr mich weiter als „Onkel“ akzeptiert, will ich das gerne sein, und ich will mich bemühen, auch weiterhin Freude und Leid mit Euch zu teilen.*⁴⁶⁸ Familie Krüger nahm dieses Angebot an – und ihre Briefe zeigen, wie sehr sie anfangs auf einen vertrauten Ansprechpartner angewiesen waren. Berufliche Schwierigkeiten, Drohanrufe⁴⁶⁹ und die Enttäuschung über die schlechte Aufnahme

463 Interview mit Hans-Georg Schulz vom 16. 3. 2002.

464 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

465 Vgl. Kap. VI.2.2.

466 Einige DDR-Bürger nahmen sogar erst nach ihrer Übersiedlung in die BRD Kontakt zu Koenig auf. Am 10. 11. 1982 schrieb die Ausreiseantragstellerin Steffi W. an Koenig: *Am 26. 8. 82 kam ich mit einem Transport ehemaliger politischer Häftlinge in die BRD. Seitdem wohne ich in einem Flüchtlingswohnheim. Es gelingt mir einfach nicht, hier Fuß zu fassen ... Vielleicht können Sie mir helfen, von ehemaligen Mitgefangenen habe ich Ihre Adresse und Kenntnis von Ihnen erhalten,* in: Briefakte W3.

467 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

468 Brief von Theo Koenig an Familie Krüger vom 15. 2. 1981 (eine Woche nach der Ausreise der Krügers), in: Fallakte A-4.

469 Im Brief an Theo Koenig vom 12. 6. 1981 berichtete Waltraud Krüger: *Ganz schlimm war ein Anruf in der Praxis von dem Arzt, bei dem Anita tätig war. Eine Sprechstundenhilfe nahm diesen Anruf entgegen und sagte es uns dann. Eine männliche Stimme sagte am Telefon: „Wenn die Krügers nicht bald wieder in die ‚DDR‘ zurück gehen, lässt einer sein Leben.“*, in: Fallakte A-4.

belasteten die Familie so stark, dass Mutter und Tochter beide an einen Punkt kamen, an dem sie den Entschluss fassten, *zurück in die verhasste „DDR“ zu gehen*⁴⁷⁰. Koenig bemühte sich, auch in dieser Situation Ratgeber und Freund zu sein. Er versicherte Waltraud Krüger, dass sie mit ihrem *Redetalent ... gebraucht werde, um die Wahrheit von drüben zu berichten*⁴⁷¹, und schlug der Tochter vor, in einen Sportverein oder Chor zu gehen, um sich einen *Freundeskreis aufzubauen ... in dem Du später Halt und Rückhalt findest*⁴⁷². Anita Reitmann betont, dass es für sie viel bedeutet habe, Koenig in dieser Zeit als Ansprechpartner zu haben: *Es ist oft vorgekommen, ... dass ich Onkel Theo geschrieben und ihm meine Probleme dargelegt habe, und er war immer wie ein Freund, wie ein Vater, wie jemand, der seinen Mantel um einen schweift und sagt, komm' her*.⁴⁷³

Andere Briefpartner fanden sich im Westen schneller zurecht. Hans-Georg Schulz berichtet beispielsweise, dass er sehr bald Arbeit und eine Wohnung gefunden habe. Insofern sei er *autark* gewesen. Trotzdem war ihm der Kontakt zu Theo Koenig weiter wichtig: *Eine Stütze war's schon, man konnte mit dem Theo auch über alles reden*.⁴⁷⁴ DDR-Bürger, die in den Westen ausgereist waren, konnten dies auch persönlich tun – fast jedes Wochenende hatte Koenig in seinem Kloster Besuch von Briefpartnern oder reiste selbst durch Deutschland.⁴⁷⁵ Koenig blieb vermutlich auch deshalb für viele ein wichtiger Ansprechpartner, weil er die Hintergründe der Menschen kannte und so Verständnis für ihre Schwierigkeiten beim Neuanfang in der BRD aufbrachte.

IV.2.2.2. Briefwechsel mit „DDR-treuen“ Fällen

Koenigs Kontakt mit „DDR-treuen“ Briefpartnern fand unter völlig anderen Voraussetzungen statt. Diese Gruppe war zunächst durch eine Negativ-Definition bestimmt: Sie wollten nicht ausreisen. Diesbezüglich bezogen die meisten „DDR-treuen“ Schreibpartner auch eine klare Position. Gerhard Hiob erklärte in einem Brief: *Wir ermutigen jeden, hier zu bleiben und hier seinen Platz zum Besten seiner Mitmenschen auszufüllen. Ich hoffe, daß Du mich darin verstehst. Wenn wir hier weggingen, nur weil es sich anderswo leichter leben lässt, so wäre das für viele eine große Enttäu-*

470 Brief von Waltraud Krüger an Theo Koenig vom 12. 6. 1981, in: ebd.

471 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger vom 23. 9. 1981, in: ebd.

472 Brief von Theo Koenig an Anita Reitmann vom 8. 11. 1981, in: ebd.

473 Interview mit Anita Reitmann vom 4. 5. 2002.

474 Interview mit Hans-Georg Schulz vom 16. 3. 2002.

475 Von diesen Reisen berichtete Koenig ausführlich in seinen Rundbriefen, vgl. Büroakte BK-1.

*schung ...*⁴⁷⁶ Und Manfred Schulz versicherte Koenig: *Wir bleiben hier, auch wenn's manchmal sauer ist*.⁴⁷⁷

Aus diesem kleinsten gemeinsamen Nenner lässt sich auf den ersten Blick noch keine Erwartungshaltung gegenüber Bruder Koenig ableiten. Eine Untersuchung der Briefwechsel führt aber zu der These, dass die „DDR-treuen“ Briefpartner ebenfalls von Koenig ideell unterstützt wurden – in ihrer Entscheidung, die DDR nicht zu verlassen. Durch den Briefwechsel mit einem Außenstehenden konnten sie ihrer Frustration über bestimmte Zustände in ihrem Heimatland freien Lauf zu lassen. Koenigs Briefe haben es diesen Briefpartnern dadurch möglicherweise erleichtert, in der DDR ein zufriedenes Leben zu führen.

Der Ordensbruder selbst hat für das Interesse dieser Menschen an einem Kontakt mit ihm eine ähnliche Erklärung parat: *Ich gehe da von mir selbst aus. Man ist ja froh, wenn man jemanden hat, mit dem man sich mal so ein bisschen unterhalten kann*.⁴⁷⁸ Und auch wenn diese Briefpartner auf den ersten Blick kein gravierendes Problem hatten, habe er gewusst: *Wenn du mal hinter die Kulissen guckst, dann hat schon jeder sein Päckchen zu tragen*.⁴⁷⁹ Das Lob von Gerhard Hiob für Koenig belegt, dass auch die „DDR-treuen“ Briefpartner seine Unterstützung sehr zu schätzen wussten: *Wir freuen uns immer, wenn von Dir Post kommt, ob sie nun ausführlich oder nur kurz ist. Du stehst uns mit Deinem Verständnis und Deiner Hilfsbereitschaft, mit Deinem echten Christsein am nächsten von allen, die wir kennen*.⁴⁸⁰

Dass ein politisches Einverständnis als Basis und Motivation für den Briefverkehr fehlte, war für Koenig nachweislich kein Problem, er fand jeweils einen anderen Rahmen für die Brieffreundschaft. Nachdem Familie Krüger beispielsweise in die BRD übergesiedelt war, schrieb Koenig an Gerhard Hiob, wie sehr er sich freue, *daß unsere Freundschaft auch dann nicht zum Stillstand gekommen ist, als der eigentliche Grund unserer Verbindung nicht mehr vorhanden war*.⁴⁸¹ Der spätere Briefwechsel ist geprägt von einem tiefen Einverständnis im Glauben, da auch Hiob als Prediger einer christlichen Gemeinschaft angehörte. Am 2. Mai 1981 schrieb Koenig: *„Gottes-Geleit“ brauchen wir Menschen alle – nur wie viele denken und halten sich daran? Umso mehr weiß ich es zu schätzen, daß ich auch*

476 Brief von Gerhard Hiob an Theo Koenig vom 28. 7. 1986, in: Fallakte D-1.

477 Brief von Manfred Schulz an Theo Koenig vom 4. 6. 1984, in: Fallakte D-3.

478 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

479 Ebd.

480 Brief von Gerhard Hiob an Theo Koenig vom 15. 6. 1985, in: Fallakte D-1.

481 Brief von Theo Koenig an Gerhard Hiob vom 3. 7. 1982, in: ebd.; vgl. Kap. III.2.2.

bei Euch mit Menschen in Verbindung stehe, die sich unter Gottes Schutz gestellt wissen und aus dieser Überzeugung für andere tätig sind.⁴⁸²

Bei den „DDR-treuen“ Briefpartnern fiel es Koenig augenscheinlich oft leichter, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Dies lag im Wesentlichen darin begründet, dass diese Menschen sich nicht bedroht fühlten und daher weniger misstrauisch an den Kontakt herangingen als die Ausreiseantragsteller. So klingt die Freude, mit der sich beispielsweise Maria Schulz aus Gera für den ersten Brief samt Paket bedankte, ganz unbeschwert: *Von Herzen ein Dankeschön. Dass Sie uns nicht kennen und trotzdem an uns denken, finden wir großartig in der heutigen Anonymität.*⁴⁸³ Die anfängliche Angst vieler Ausreiseantragsteller, hinter dem unbekannten Briefschreiber könnte sich das MfS verbergen, ist bei den „DDR-treuen“ Briefpartnern nicht zu erkennen.

Im Verlauf dieser Briefwechsel übernahm Koenig ähnliche Funktionen wie bei den Ausreiseantragstellern, versuchte bei Problemen als Freund oder Seelsorger zu helfen. Dass er auch die Sorgen der „DDR-treuen“ Briefpartner ernst nahm, beweist die Regelmäßigkeit und Qualität seiner Antworten. Es stellt sich nun die Frage, inwieweit diese Briefwechsel überhaupt als eine Hilfsaktion betrachtet werden können. Die Tatsache, dass sie auch ein „Päckchen zu tragen“ hatten und sich über freundschaftliche Ratschläge freuten, unterschied Koenigs Briefpartner noch nicht von jedem beliebigen Menschen in der BRD. Betrachtet man allerdings die Art der Probleme, an denen sich ihr Hilfsbedürfnis festmachen lässt, so lagen diese wesentlich im System der DDR begründet.

Hierbei handelte es sich zwar nicht um existentielle Konflikte, die Briefpartner litten aber unter einzelnen Aspekten des Lebensalltags in der DDR: die wirtschaftlich schlechte Lage, das Reiseverbot oder die Einschränkung ihrer Berufswahl. Maria Schulz bedauerte beispielsweise: *Schade, dass wir uns nicht mal sehen können, manchmal kann man das einfach nicht verstehen und verkraften. Diese und viele andere Probleme des Alltags belasten uns sehr.*⁴⁸⁴

Und die damals 16-jährige Andrea Hiob beklagte sich im Februar 1986 bei ihrem Brieffreund in Münster: *Hier in der goldenen DDR wird es mir wohl kaum möglich sein, dieses „Talent“ [Kunst, Anm. der Verf.] noch weiter auszubauen. Es wird mächtig ausgesiebt und nach Gesichtspunkten wie z. B.: pol. Einstellung, Westverwandtschaft und ... Tja, und da sieht's bei*

482 Brief von Theo Koenig an Gerhard Hiob vom 2. 5. 1981, in: Fallakte D-1.

483 Brief von Maria Schulz an Theo Koenig vom 5. 4. 1981, in: Fallakte D-3.

484 Brief von Maria Schulz an Theo Koenig vom 11. 9. 1981, in: ebd.

*mir nicht so rosig aus. ... Außerdem wird es uns immer noch spürbar nachgetragen, dieser persönliche Einsatz für Krügers aus Magdeburg.*⁴⁸⁵

Die Beispiele zeigen, dass auch diese Briefpartner ein Hilfsbedürfnis artikulierten, das unmittelbar mit ihrem Lebensalltag in der DDR zusammenhing. Westdeutsche Organisationen beschränkten ihre Hilfe aber meist auf politisch Verfolgte. Koenig gab auch den „DDR-treuen“ Briefpartnern Gelegenheit, ein Hilfsbedürfnis zu artikulieren.

Interessant ist, dass diese Briefwechsel – ohne ein entsprechendes Hintergrundwissen – kaum von denen mit Ausreiseantragstellern zu unterscheiden sind.⁴⁸⁶ Letztere empfanden zwar eine größere Distanz zum System der DDR, zensierten ihre Kritik aber teilweise aus Angst vor strafrechtlichen Folgen. Auch die Kommunikationsmuster sind bei allen Briefpartnern ähnlich. So bediente sich Gerhard Hiob – wie Waltraud Krüger – eines „religiösen Codes“, um Kritik an der DDR zu verschlüsseln. Im April 1986 schrieb er: *Wenn Waltraud 60 ist, d. h. ab 15. 4. 88, darf sie ja reisen, dann allerdings noch 7 Jahre allein. ... Und in 40 Jahren (!) kommt dann auch Andrea. Es ist doch gut, daß wir noch bessere Aussichten als diese haben vgl. 2. Petrus, 3, 13.*⁴⁸⁷ Nur ein bibelfester Leser erkannte sofort, dass dieser Verweis auf den zweiten Petrus-Brief eine deutliche Kritik am Status quo in der DDR war.⁴⁸⁸

Koenigs Hilfeleistung für die „DDR-treuen“ Briefpartner bestand hauptsächlich darin, Verständnis zu signalisieren. Er griff die Probleme auf und formulierte selbst eine vorsichtige Kritik an den Lebensbedingungen in der DDR und der deutsch-deutschen Teilung. So schrieb er etwa an Andrea Hiob: *Es ist ganz betrüblich, wenn bei der Berufswahl bestimmte Kriterien als „Hindernis“ angesehen werden, wie Du es zu berichten hast. Ob man da noch von einem „freien Land“, in dem „freie Menschen“ wohnen, reden kann?*⁴⁸⁹

Seine Kritik richtete sich jedoch ausschließlich gegen die Umstände, nicht gegen die Haltung seiner Briefpartner. Es gibt keine Beispiele dafür, dass Koenig versucht hätte, bei ihnen einen Ausreisewunsch zu wecken oder sie zum Aufbegehren gegen das politische System zu bewegen. Dies be-

485 Brief von Andrea Hiob an Theo Koenig vom 19. 2. 1986, in: Fallakte D-1.

486 Dies lag auch daran, dass der entscheidende Unterschied, der Ausreisewunsch, in den Briefen mit Ausreiseantragstellern nur selten direkt angesprochen wurde.

487 Brief von Gerhard Hiob an Theo Koenig vom 8. 4. 1986, in: Fallakte D-1.

488 An der angegebenen Stelle heißt es: *Wir erwarten aber nach seiner Verheißung neue Himmel und eine neue Erde, in denen Gerechtigkeit wohnt,* DIE BIBEL, 2. Petrusbrief, 3, 13.

489 Brief von Theo Koenig an Andrea Hiob vom 9. 3. 1986, in: Fallakte D-1.

legt auch die Tatsache, dass keiner der 99 „DDR-treuen“ Briefpartner später einen Ausreiseantrag stellte. Vielmehr dokumentieren die Briefwechsel Koenings Bemühen, durch tröstende und verständnisvolle Worte kritische Äußerungen seiner Briefpartner aufzufangen. Als zum Beispiel Manfred Schulz keine Einreisegenehmigung für die Familie seines Bruders aus Biberach erhielt und das gemeinsame Osterfest 1983 dadurch ins Wasser fiel, tröstete Koenig: *An gewissen Dingen können wir aber nichts ändern, und wir müssen das alles als innerdeutsche Abgrenzung wohl hinnehmen. Gerade deswegen wollen wir auch miteinander in Verbindung bleiben und versuchen, uns trotz aller Abgrenzung zu verstehen und „gute nachbarschaftliche Verbindungen“ zu unterhalten.*⁴⁹⁰

Der Verweis auf die gut-nachbarschaftlichen Verbindungen⁴⁹¹ belegt einen fast humorvollen Umgang mit der deutsch-deutschen Teilung. Ein ähnliches Verhalten lässt sich bei der Debatte über die Postkontrollen des MfS beobachten. Manfred Schulz bezeichnete die Kontrolleure des MfS beispielsweise als *unsere Jungs*⁴⁹². Als Mitte 1982 fast alle Pakete verschwanden, riet er seinem Briefpartner, diese *nicht mehr durchzufüttern*.⁴⁹³ Koenig griff die Wortwahl auf und schrieb ein paar Monate später im gelassenen Plauderton: *Na ja, mit den Kontrollen der „Jungs“ werden wir wohl immer wieder rechnen müssen. Dadurch lasse ich mich aber nicht entmutigen ...*⁴⁹⁴

Und als Andrea Hiob fragte: *Hast Du Deinen Brief mit schmutzigen, gelben Klebestreifen liederlich zugeklebt? Entschuldige die Frage. Er kam so an.*⁴⁹⁵, verneinte Koenig und konterte in seinem Antwortschreiben: *Ebenfalls kann ich von Dir nicht annehmen, daß Du Deinen Brief „ganz saumäßig verklebt“ an mich abgeschickt hast. Was mag da passiert sein? Wir wollen es gelassen hinnehmen, da wir ja keine Staatsgeheimnisse im Briefverkehr austauschen; ein gewöhnlicher Gedankenaustausch dürfte ja wohl noch gestattet sein.*⁴⁹⁶

Das vorrangige Bedürfnis der „DDR-treuen“ Briefpartner war aber wohl nicht ein kritischer Gedankenaustausch, sondern eine positive Sicht auf die eigene Lebenssituation zu bewahren. Und Koenig bemühte sich, trotz

490 Brief von Theo Koenig an Familie Schulz vom 16. 4. 1983, in: Fallakte D-3.

491 DDR-Staatschef Erich Honecker und Bundeskanzler Helmut Kohl versicherten Mitte der 80er Jahre mehrmals, eine „Gutnachbarschaft“ zwischen beiden deutschen Staaten anzustreben.

492 Brief von Manfred Schulz an Theo Koenig vom 4. 7. 1982, in: Fallakte D-3.

493 Ebd.

494 Brief von Theo Koenig an Familie Schulz vom 1. 11. 1983, in: ebd.

495 Brief von Andrea Hiob an Theo Koenig vom 1. 7. 1981, in: Fallakte D-1.

496 Brief von Theo Koenig an Andrea Hiob vom 12. 7. 1981, in: ebd.

Münster, den 02.06.1983

Ihr Lieben!

Wir feiern heute das Fronleichnamfest, haben deswegen schul- und arbeitsfrei. Was wir in diesem Geheimnis als Christen feiern, ist wirklich ein Wunder und für mich und für alle Menschen wohl unfaßbar bis es uns einmal im ewigen Leben offenbar werden wird. Ihr könnt mir in Euren Brief vom 20.05.83, für den ich Euch recht herzlich danke, auch von einem "Wunder" berichten, jedenfalls seht Ihr es so an. Nach langer Zeit ist mal wieder ein Paket bei Euch angekommen was sicher auch bedeuten kann, daß man gewissen Langfingern das Handwerk gestoppt hat. Ob das aber von Dauer sein wird? Wir können es nur hoffen, und bei passender Gelegenheit werde ich mal wieder einen entsprechenden Versuch wagen.

Ich weiß, wie Besucher denken und fühlen, und wenn Ihr mir in Euren Schreiben eine kleine Kostprobe davon gebt, dann kann ich das aus eigenem Erleben bestätigen. Umgekehrt ist es allerdings genauso, dann aber nur mit einem großen Stauen, daß so etwas wohl möglich ist. Ich würde mir sehr wünschen, daß noch viel mehr Menschen die "Errungenschaften der beiden deutschen Staaten" kennenlernen würden bzw. könnten - das würde sicher manches Licht in den oft trüben Alltag d.h. Ansichten bringen. Und so würden hier auch manche Hirnverbrannte das erkennen, was hier im Handumdrehen geschieht, wozu Ihr aber sehr viele unnütze Zeit verplempern müßt. Daß Ihr trotz allem aus allem Geschehen immer wieder das Beste macht - dazu, Ihr Lieben, kann ich Euch und den vielen anderen dort nur Bewunderung entgegenbringen. Hier würden wohl viele sehr hilflos sein, wenn sie vor einer derartigen, von Euch so lebhaft und interessant geschilderten Situation stehen würden.

An einer solchen "Fertigstellungs-Party", wie sie dann weiter geschildert wird, würde ich gern einmal teilnehmen. Es muß dabei sehr fröhlich und lebhaft zugehen, und ich nehme an, daß Ihr dort viel besser die "Feste" zu feiern versteht, als wir hier in unseren übersatteten Westen. Gott erhalte Euch die Fröhlichkeit, das hilft über manches hinweg.

Nun haben wir endlich den erhofften Sonnenschein, nachdem wir in den Monaten April und Mai fast nur Regen kannten. Die Folgen habt Ihr sicher im Fernsehen verfolgen können; sogar zu dieser Jahreszeit traten die großen Flüsse über die Ufer! Das hat großen Schaden angerichtet und es wird wohl mehrere Jahre dauern, bis sich manche Menschen von diesem Unglück erholt haben. Um so staunenswerter fand ich es gestern bei einer Rundfahrt mit Engländern, die hier zu Besuch waren, wie gut das Korn auf den Feldern steht. Demnach können wir hier eine gute Ernte erwarten. Bei Euch auch? Herzl. Grüße

Euer Theo

Dokument 3: Brief von Theo Koenig an Familie Schulz vom 2. 6. 1983 (Privatarchiv Koenig)

seiner klaren weltanschaulichen Position, gegenüber diesen DDR-Bürgern keine Schwarz-Weiß-Malerei zu betreiben. An Familie Manfred Schulz in Gera schrieb er: *An einer solchen „Fertigstellungs-Party“, wie sie dann weiter geschildert wird, würde ich gern einmal teilnehmen. Es muß dabei sehr fröhlich und lebhaft zugehen, und ich nehme an, daß Ihr dort viel besser die „Feste“ zu feiern versteht, als wir hier in unserem übersatten Westen.*⁴⁹⁷ Es ist leicht vorstellbar, dass etwa die Bemerkung vom „übersatten Westen“ den Briefpartnern geholfen haben dürfte, die eigene Situation differenziert zu betrachten und auch mögliche Vorteile am Leben in der DDR zu sehen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Koenig durch sein Verständnis und Einfühlungsvermögen auch den „DDR-treuen“ Briefpartnern half, mit ihrer Lebenssituation in der DDR besser zurecht zu kommen. Andrea Hiob brachte dies mit folgendem Satz auf den Punkt: *Was gibt's Neues zwischen Ost und West? Na ja, Hauptsache wir verstehen uns. Oder?*⁴⁹⁸ Der Unterschied zu den Ausreiseartragstellern lag darin, dass die Probleme der „DDR-treuen“ weniger existentiell waren – und das Hilfsbedürfnis möglicherweise geringer.

IV.2.2.3. Rundbriefe

In Koenigs Rundbriefen an seine „Gemeinde“ in der DDR und in Westdeutschland wurden die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Briefpartnern aufgehoben. Am 15. März 1980 verfasste der Ordensbruder seinen ersten Rundbrief, den er fast entschuldigend einleitete: *In den letzten Monaten hat sich mein Briefverkehr von Woche zu Woche gesteigert, und ich sehe mich außerstande, allen Briefpartnern zu Ostern einen gesonderten Gruß zu schicken.*⁴⁹⁹ In den folgenden Jahren bediente er sich dieser Briefvariante mindestens dreimal jährlich: Zu Weihnachten, zu Ostern und während der Sommerferien bewältigte Koenig so die enorme Briefflut, die ihn zu diesen „Stoßzeiten“ erreichte.

In den Rundbriefen nahm Koenig die Gelegenheit wahr, den DDR-Bürgern allgemein interessante Informationen zu geben oder – speziell an Weihnachten – eine besinnliche „Ansprache“ zu halten. Die Weihnachtsbriefe erinnern stark an Predigten – sowohl im Aufbau, als auch im Stil. Sie beginnen stets mit ein paar einleitenden Worten, dann folgt eine Geschichte oder ein Märchen, das abschließend interpretiert wird. Indirekte

497 Brief von Theo Koenig an Familie Schulz vom 2. 6. 1983, in: Fallakte D-3 (Dokument 3, S. 93).

498 Brief von Andrea Hiob an Theo Koenig vom 1. 8. 1984, in: Fallakte D-1.

499 Oster-Rundbrief von Theo Koenig vom 15. 3. 1980, in: Büroakte BK-1.

Münster, Dezember 1983

Wie schnell das Jahr vergangen ist! Mir kommt es vor, als wenn wir Weihnachten erst vor einigen Wochen gefeiert hätten, doch sind seitdem schon bald 12 Monate vergangen. Auch in diesem Jahr habe ich mir überlegt, wie ich selbst zum Geschehen des Weihnachtsfestes stehe, ist doch Gottes Sohn in die Welt gekommen, um „unsere Finsternis zu erhellen“. Dieses Licht, das vor bald 2000 Jahren im fernen Judäa angezündet wurde, sollen auch wir weitertragen. Aber können wir das überhaupt? Als Antwort darauf möchte ich hier ein Gleichnis wiedergeben, das ich vor kurzen entdeckte. Ob es auch Euch etwas zu sagen hat? Es lautet:

Ansprache einer Kerze

Ihr habt mich angezündet und schaut – nachdenklich oder versonnen – in mein Licht. Vielleicht freut Ihr euch auch ein bißchen dabei. Ich jedenfalls freue mich, daß ich brenne. Wenn ich nicht brennen würde, läge ich in einem Karton mit anderen, die auch nicht brennen. In so einem Karton haben wir überhaupt keinen Sinn. Da liegen wir nur herum. Einen Sinn habe ich nur, wenn ich brenne. Und jetzt brenne ich.

Aber seitdem ich brenne, bin ich schon ein kleines bißchen kürzer geworden. Das ist schade, denn ich kann mir ausrechnen, wann ich so kurz bin, daß ich nur noch ein kleines Stüpfchen bin. Aber so ist das: es gibt nur zwei Möglichkeiten – entweder ich bleibe ganz und unverändert im Karton, dann werde ich nicht kürzer, dann geht mir überhaupt nichts ab – aber dann weiß ich nicht, was ich eigentlich soll – oder ich gebe Licht und Wärme, dann weiß ich, wofür ich da bin, dann muß ich aber etwas geben dafür: von mir selbst, mich selber. Das ist schöner als kalt und sinnlos im Karton.

So ist das auch bei Euch Menschen, genauso.

Entweder Ihr bleibt für euch, dann passiert euch nichts, dann geht euch nichts ab – aber dann wißt Ihr auch eigentlich nicht so recht: warum. Dann seid Ihr wie Kerzen im Karton. – Oder Ihr gebt Licht und Wärme. Dann habt Ihr einen Sinn. Dann freuen sich die Menschen, daß es euch gibt. Dann seid Ihr nicht vergebens da. Aber dafür müßt Ihr etwas geben: von euch selber, vor allem, was in euch lebendig ist: von eurer Freude, eurer Herzlichkeit, von eurer Treue, eurem Lachen, eurer Traurigkeit, von euren Ängsten, von euren Sehnsüchten, von allem, was in euch ist.

Ihr braucht keine Angst zu haben, wenn Ihr dabei kürzer werdet. Das ist nur äußerlich. Innen werdet Ihr immer heller. Denkt ruhig daran, wenn Ihr in eine brennende Kerze seht, denn so eine Kerze seid Ihr selber.

Ich bin nur eine kleine, einzelne Kerze. Wenn ich allein brenne, ist mein Licht nicht groß und die Wärme, die ich gebe, ist gering. Ich allein – das ist nicht viel. Aber mit anderen zusammen ist das Licht groß und die Wärme stark.

Bei euch Menschen ist das genauso. Einzeln, für euch genommen, ist euer Licht nicht gewaltig und die Wärme klein. Aber zusammen mit anderen, da seid Ihr viel. Licht ist ansteckend!

Als der Krieg zu Ende war, fand in Los Angeles eine Feier der Bürger statt. Man feierte den Frieden. Bei seiner Ansprache sagte der Bürgermeister: „Ich möchte Ihnen etwas zeigen. In wenigen Augenblicken werden die Scheinwerfer im Stadion gelöscht. Es wird hier ganz finster werden. Ich werde dann das winzige Licht eines einzigen brennenden Streichholzes hochhalten. Sie werden es alle sehen. Dann bitte ich Sie alle, auch ein Streichholz anzuzünden und das Licht hochzuhalten.“

Das Licht ging aus. Es wurde stockfinster im Stadion. Dann schauten alle auf das kleine flackernde Licht in der Hand des Bürgermeisters: Rührend aber winzig.

Und dann hörte man das Rascheln der Streichholzscheitelteln. Und mehr als achtzigtausend kleine Lichter gingen an – und das Stadion wurde wieder hell von all dem Licht.

„Vergessen Sie dieses Bild nicht“, rief der Bürgermeister: „Ein Licht ist wenig, aber das Licht ist ansteckend; viele Lichter sind hell.“

Und noch etwas: Manchmal geschieht es, daß im Haushalt plötzlich das Licht ausgeht. Dann ist es unerwartet finster, und alle rufen nach einer Kerze. Dann werden Schubladen gezogen, ein Streichholz wird angemacht, und mit dem Anzünden der Kerze ist die Dunkelheit überwunden: mit einem einzigen Licht.

So ist es auch wieder unter euch Menschen. Es ist nicht alles gut in dieser Welt. Vieles ist finster und kalt. Viele klagen und schimpfen darüber. Manche hören überhaupt nicht auf, sich und anderen vorzu-jammern, wie miserabel es allen geht.

Aber ein einziges Licht, das brennt, ist mehr als alle Dunkelheit. Laßt euch deshalb Mut machen und wartet nicht auf die anderen. Laßt euch anzünden, brennt und leuchtet und wärmt.

Das ist der Sinn eures Lebens, wie es der Sinn der einfachen Kerze ist.

Und wenn Ihr Zweifel habt, ob das auch stimmt, denn zündet eine Kerze an – und schaut in die lebendige Flamme und begreift das Gleichnis.

Was müßt also alles Klagen über den Unfrieden, die Dunkelheit in dieser Welt! Räumen wir unsere Zweifel aus dem Weg und folgen wir dem Rat des Gleichnisses. Dann wird auch durch unser Tun die Botschaft des Weihnachtsfestes wahr: „Friede den Menschen auf Erden, die guten Willens sind.“

In diesem Sinne wünsche ich Euch allen ein frohes und gesundes Weihnachtsfest sowie ein gesegnetes neues Jahr

Dokument 4: Rundbrief von Theo Koenig vom Dez. 1983 (Privatarchiv Koenig)

Fragen und viele Ausrufesätze unterstreichen die für Predigten typische „Appell-Funktion“⁵⁰⁰. Weihnachten 1986 verschickte Koenig beispielsweise ein Märchen von Franz Gypkens. Erzählt wird die Geschichte von Ben Sadok, der aus reiner Böswilligkeit in einer Wüstenoase einer jungen Palme einen schweren Stein in die Krone legt. Sein finsterner Plan geht allerdings nicht auf: Durch die Last wird die Palme nur stärker und ihre Wurzeln erreichen eine verborgene Wasserader. Am Ende der Geschichte heißt es dann: *Nach Jahren kam Ben Sadok wieder, um sich an dem Krüppelbaum zu freuen, den er verdorben. Er suchte vergebens. Da senkte die stolzeste Palme ihre Krone, zeigte den Stein und sagte: „Ben Sadok, ich muß dir danken, deine Last hat mich stark gemacht“*.⁵⁰¹

Wie dieses Märchen handeln die Geschichten in Koenings Weihnachtsbriefen oft von dem Schicksal, ein Kreuz tragen zu müssen, im Dunkeln zu stehen – aber auch von der Hoffnung, etwas Positives aus der Situation ziehen zu können. Koenig versuchte damit, die oft auswegslose Situation der politischen Häftlinge und Ausreiseantragsteller aufzugreifen, ihnen Hoffnung und Halt zu geben. In diesem Sinne ist auch seine Interpretation der Geschichte von Ben Sadok zu verstehen: *Ob uns da dieses Märchen nicht zeigen kann, wie wir mit dem Leid, das wir nun mal nicht aus der Welt schaffen können, fertig werden, sogar daran wachsen können, wenn wir es einmal hinnehmen und uns nicht „revanchieren“? Versuchen wir es doch einmal und geben wir uns nach einem Jahr Rechenschaft, ob auch wir „Grund zum Danken haben, weil uns diese Last stark gemacht hat“!*⁵⁰²

Dass Koenig mit diesen Predigten ein wichtiges Bedürfnis seiner Briefpartner – nach Sinngebung und Geborgenheit – befriedigen konnte, zeigt das positive Echo auf seine Rundbriefe. So bedankt sich beispielsweise Eberhard K. aus Cottbus für die *wunderschöne Geschichte von Ben Sadok, die soviel Hilfreiches und Tröstliches in sich birgt, dass man sich ihrer Aussage einfach nicht entziehen kann*.⁵⁰³ Gerade für die Ausreiseantragsteller waren die Rundbriefe vor allem auch deshalb wichtig, weil sie ihnen das Gefühl vermittelten, nicht alleine mit ihren Problemen zu sein. Aufgrund der ständigen Überwachung durch das MfS hatten die meisten wenig Gelegenheit, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen, wenn sich diese nicht im eigenen Freundeskreis fanden. Koenings Rundbriefe bestätigten ihnen indirekt, dass es gab offenbar andere, die bei der gleichen Adresse Unterstützung suchten.

500 BRINKER, Klaus: Linguistische Textanalyse. Eine Einführung in Grundbegriffe und Methoden, 3., durchges. und erw. Aufl., Berlin 1992, S. 107f.

501 Zit. nach: Weihnachts-Rundbrief von Theo Koenig 1986, in: Büroakte BK-1.

502 Ebd.

503 Brief von Eberhard K. an Theo Koenig vom 22. 11. 1987, in: Briefakte K4.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die individuellen Schriftwechsel in erster Linie die humanitäre Motivation Koenings belegen, den jeweiligen Menschen mit ihren Bedürfnissen und Erwartungen so gut wie möglich gerecht zu werden. Die Rundbriefe zeugen dagegen von der christlichen Motivation Koenings, von dem Versuch, etwas von seinem Glauben und seinen Überzeugungen an seine „Briefpartner-Gemeinde“ weiterzugeben.

IV.2.3. Die praktisch-politische Unterstützung

Pakete und Briefe sollten den Ausreiseantragstellern das Leben in der DDR erleichtern. In einigen Fällen versuchte Koenig darüber hinaus, den Kampf seiner Briefpartner um Ausreise praktisch-politisch zu unterstützen. Durch die repressiven Maßnahmen des Staatssicherheitsdienstes hatten die Antragsteller in der DDR kaum Handlungsspielraum. Obwohl sie in den 80er Jahren zur „Massenbewegung“ anwuchsen, war es ihnen nicht möglich, ihre Interessen wirksam zu vertreten. Verhielten sie sich ruhig, sahen die Behörden in der Regel keine Veranlassung, dem „rechtswidrigen Übersiedlungersuchen“ stattzugeben. Auf entsprechende Eingaben oder Beschwerden reagierten sie meist gar nicht. Planten die Antragsteller dagegen, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen Druck auszuüben, so versuchte das MfS, dies vorbeugend oder durch eine schnelle Verhaftung zu unterbinden.⁵⁰⁴

Um auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen, waren die Ausreiseantragsteller daher auf Hilfe von außen angewiesen. Sie hofften, durch die Unterstützung westlicher Medien und Regierungsinstitutionen ihrem Anliegen auch innenpolitisch ein größeres Gewicht verleihen zu können. In der BRD machte es sich eine Reihe von Hilfsorganisationen zur Aufgabe, die Interessenvertretung für politisch Verfolgte und Ausreisewillige zu übernehmen. Sie thematisierten die allgemeine Menschenrechtssituation in der DDR und machten auf einzelne Schicksale aufmerksam. Mit der Reichweite dieser Hilfsorganisationen – wie AI, GFM, HVD oder BRÜSEWITZ-ZENTRUM – konnte Koenig nicht konkurrieren. Er hatte weder die finanziellen Mittel, noch die strukturellen Voraussetzungen, um eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit betreiben zu können. Und als einzelner Bürger hatte sein Protest bei den Regierungsvertretern beider Seiten bedeutend weniger Gewicht als der einer national oder sogar international bekannten Organisation.

Dennoch versuchte Koenig, die ausreisewilligen Briefpartner im Rahmen seiner Möglichkeiten auch praktisch-politisch zu unterstützen. Zum einen

504 Vgl. Kap. VI.2.2.

wandte er sich an die zuständigen Institutionen auf westdeutscher Seite, korrespondierte mit dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und machte von seinem Recht Gebrauch, Eingaben beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu machen. Auf der Suche nach einflussreichen Verbündeten schrieb er auch einzelne Politiker bis hinauf zum Bundeskanzler an. Besonders vor Reisen in die DDR oder zu internationalen Konferenzen nutzte Koenig die Chance, den bundesdeutschen Politikern die Schicksale seiner Briefpartner vorzutragen. Vor dem geplanten Treffen zwischen Helmut Schmidt und Erich Honecker am Werbellinsee⁵⁰⁵ im August 1980 bat Koenig den damaligen Kanzler beispielsweise, sich besonders für die Ausreise der Familie Krüger stark zu machen.⁵⁰⁶ Ansonsten schrieb er vor allem dann nach Bonn, wenn sich die Situation seiner Briefpartner – beispielsweise durch Verlust des Arbeitsplatzes oder Verhaftung – dramatisch verschlechtert hatte.

Mitte 1981 erfuhr Koenig von Brigitte Zille, dass ihr Mann nur noch drei Monate zu leben habe und keinen Ausweg mehr wisse. Er sandte eine Kopie des verzweiferten Briefes an den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl, den Bundestagspräsidenten Richard Stücklen, den bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Die Antwortschreiben ähnelten sich sehr, versprachen in kurzer Form Unterstützung, warnten aber gleichzeitig vor allzu großen Erwartungen.⁵⁰⁷ Sollten einzelne Politiker sich noch persönlich für Zille eingesetzt haben, so kamen ihre Bemühungen für ihn selbst zu spät.

Um sich nach dem Tod Zilles weiter für die Dessauer Familie einsetzen zu können, so teilte das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen mit, benötige es eine *deutliche Willensäußerung von Frau Zille zu dieser Frage der Übersiedlung*.⁵⁰⁸ Durch den intensiven Schriftverkehr mit Brigitte Zille konnte Koenig einen Brief weiterleiten⁵⁰⁹, in dem diese klarstellte, *daß wir hier weg wollen, und ich erneut Anträge stellen werde. Für mich gibt es kein Zurück!*⁵¹⁰. In diesem wie in anderen Fällen konnte der Or-

505 Aufgrund der Entwicklungen in Polen sagte Helmut Schmidt das Treffen kurzfristig ab.

506 Brief von Theo Koenig an Helmut Schmidt vom 16. 8. 1980.

507 Vgl. Büroakte BK-2.

508 Koenig erfuhr dies durch den Petitionsausschuss des Bundestages, der in seinem Auftrag beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen nachgehakt hatte, Brief vom 7. 10. 1981, in: Büroakte BK-7.

509 Brief von Theo Koenig an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen vom 5. 12. 1981, in: ebd.

510 Brief von Brigitte Zille an Theo Koenig vom 14. 10. 1981, in: Fallakte A-6.

densbruder als Mittler zwischen den DDR-Bürgern und bundesdeutschen Stellen fungieren. Ein direkter Kontakt mit BRD-Behörden wäre für die Briefpartner noch riskanter gewesen und die Wahrscheinlichkeit, dass ein solcher Brief die Postkontrolle passiert hätte, geringer.

In einigen Fällen hielt der Ordensbruder auch Kontakt zum Anwaltsbüro Näumann und Salm, das im Auftrag der Bundesregierung als Rechtsschutzstelle für politische Häftlinge in der DDR arbeitete. Als Koenig durch Gerhard Hiob von der Verhaftung der Familie Krüger erfuhr, wandte er sich zum Beispiel sofort an die Berliner Rechtsanwälte.⁵¹¹ Diese waren bereits mit dem Fall beschäftigt und berichteten ihm in der Folgezeit regelmäßig über neue Entwicklungen, so dass er über den jeweiligen Stand des Ermittlungsverfahrens gut informiert war.⁵¹²

Inwieweit Koenigs Eingaben bei westdeutschen Behörden erfolgreich waren, lässt sich erst sagen, wenn die entsprechenden Akten auf westdeutscher Seite für die Forschung zugänglich gemacht werden. Es kann aber angenommen werden, dass Koenig durch seine Eingaben beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen dafür sorgte, dass inhaftierte Briefpartner auf die „Freikaufliste“ der Bundesregierung kamen.⁵¹³ In den Schreiben des innerdeutschen Ministeriums und des Petitionsausschusses wurde ihm jedenfalls versichert, dass die von ihm genannten Namen in die *besonderen Bemühungen* der Bundesregierung um politische Häftlinge oder um Familienzusammenführungen einbezogen würden.⁵¹⁴

In besonders aussichtslosen Fällen insistierte Koenig auch bei Regierungsinstitutionen und Behörden auf ostdeutscher Seite. Nachdem etwa die Briefverbindung zu Günter Zille seit mehreren Monaten fast vollständig unterbrochen war, beschwerte er sich in höflicher Form beim Rat der Stadt Dessau.⁵¹⁵ Als der Kontakt zur Familie H. in Gardelegen 1980 ohne Erklärung abbrach, vermutete Koenig eine Verhaftung der Ausreiseantragsteller. Umgehend erkundigte er sich beim Rat der Stadt, *ob der Familie H. evtl. ein Unfall zugestoßen ist, ob sie an einen anderen Ort*

511 Brief von Koenig an die Anwälte Näumann und Salm vom 3. 6. 1980, in: Büroakte BK-2.

512 Vgl. Koenigs Schriftwechsel mit den Rechtsanwälten, in: Büroakte BK-7.

513 Die sogenannte Haftliste (H-Liste) wurde vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen erstellt, gelangte über die von der Bundesregierung beauftragten Rechtsanwälte zum Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, der auf ostdeutscher Seite die Freikaufverhandlungen führte.

514 Vgl. Koenigs Schriftwechsel mit diesen Institutionen, in: Büroakte BK-2.

515 Brief von Koenig an den Rat der Stadt Dessau vom 8. 6. 1981, in: Fallakte A-6.

verzogen ist, oder was auch immer geschehen sein mag.⁵¹⁶ Er könne versichern, daß die Familie H. von sich aus den Briefverkehr niemals unterbrechen würde und wisse keinen anderen Weg, um Nachricht von seinen Freunden zu bekommen.⁵¹⁷ Die gespielte Naivität des Schreibens diene wohl dem Zweck, seine Briefpartner nicht durch einen provokanten Stil zu gefährden.

Eine ähnliche Taktik verfolgte Koenig offenbar, als er sich auf Wunsch einer Familie an Erich Honecker persönlich wandte. Der Ordensbruder erklärte dem DDR-Staatsoberhaupt, die Familie S. sei sehr unglücklich über die abgelehnten Ausreiseanträge: *Sie meint, daß solche Entscheide auf unterer Ebene gefällt werden, da sie ja dem Geist der abgeschlossenen Verträge widersprechen.*⁵¹⁸ Er bitte Honecker daher, *im Geist der guten Zusammenarbeit die entsprechenden Dienststellen zu veranlassen, der Familie S. die Ausreise zu gestatten.*⁵¹⁹

In regelmäßigen Abständen schrieb Koenig auch an die ostdeutschen Strafvollzugsanstalten. So verfasste er 1984 eine Art Begleitschreiben zu seinen Weihnachtspostkarten für die politischen Häftlinge. Auch hier wählte er einen höflich-naiven Stil, hakte freundlich nach, warum seine Postkarten bisher nicht ausgeliefert wurden: *Dürfte es nicht auch in Ihrem Interesse liegen, wenn Sie in Ihrem Haus Menschen haben, die durch den ungewollten Aufenthalt nicht verbittern, sondern auf eine bessere Zukunft hoffen?*⁵²⁰ Ganz im Sinne christlicher Nächstenliebe schloss er auch die Gefängnisleitungen in seine frommen Wünsche zum Weihnachts- und Neujahrsfest mit ein.

Ein Jahr später setzte er einen weiteren Brief auf, beschwerte sich diesmal in schärferem Ton, dass seine Weihnachtskarten im letzten Jahr offenbar wieder nicht ausgehändigt worden seien, er zudem von *schweren Schikanen* erfahren habe.⁵²¹ Der Gefängnisleitung in Cottbus nannte der Ordensbruder auch die von den Häftlingen gebrauchten Spitznamen für das Wachpersonal wie „Roter Terror“ oder „Arafat“.⁵²² Insgesamt umfasste

516 Brief von Koenig an den Rat der Stadt Gardelegen vom 27. 6. 1980, in: Büroakte BK-7.

517 Koenig erhielt allerdings keine Antwort auf diese Anfragen.

518 Brief von Theo Koenig an Erich Honecker vom 1. 6. 1980, in: Büroakte BK-7.

519 Ebd. Auch auf diesen Brief erhielt Koenig keine Antwort.

520 Brief von Theo Koenig an die Leitungen der Strafvollzugsanstalten (StVA) in Brandenburg, Bautzen, Naumburg und Cottbus vom 8. 12. 1985, in: Büroakte BK-7.

521 Brief von Theo Koenig an die Leitungen der StVA in Brandenburg, Bautzen, Naumburg und Cottbus vom 7. 12. 1986, in: ebd.

522 Brief von Theo Koenig an die Leitung der StVA Cottbus, in: ebd.

diese Liste 14 Namen von Aufsichtsbeamten, die laut Aussagen ehemaliger politischer Häftlinge bekannt für eine besonders unmenschliche Behandlung waren. Für die Gefängnisleitungen wurde durch dieses Insiderwissen sichtbar, dass Koenig tatsächlich gut informiert war – eine Tatsache, die sich durchaus positiv auf die Haftbedingungen auswirken konnte.

Der Weihnachtsbrief im darauffolgenden Jahr liest sich fast wie eine Predigt, eine vorweihnachtliche Ansprache an die Gefängnisleitungen. Zum Einstieg wählte Koenig eine Geschichte aus, die sich mit den Worten Jesu Christi *Was ihr dem Geringsten meiner Brüder habt getan, das habt ihr mir getan* befasste.⁵²³ Im Anschluss daran appellierte er an das Gefängnispersonal, seine Weihnachtskarten auszuhändigen und damit im Sinn dieser Geschichte tätig zu werden, *was Sie dann an dem Tag, wo Sie von dieser Erde scheiden müssen, als großen Trost empfinden werden.*⁵²⁴

Es kann davon ausgegangen werden, dass alle diese Briefe beim Ministerium für Staatssicherheit landeten, das Koenigs Tätigkeit genau verfolgte. Schon 1982 hielt die Abteilung 1 der Zentralen Koordinierungsgruppe in einer Information fest: *Einerseits versucht K. seine subversiven Aktivitäten zu konspirieren, andererseits tritt er aber auch durch Schreiben an staatliche Organe der DDR auf und fordert in provokativer Form Auskunft über den Verbleib seiner Kontaktpartner.*⁵²⁵ Dieser Notiz lässt sich entnehmen, dass das MfS Koenigs Briefe als Provokation wertete, ansonsten aber nicht recht wusste, wie diese Appelle an DDR-Behörden einzuordnen seien.

Eine Antwort erhielt der Ordensbruder auf seine Anfragen nie, er übte aber in indirekter Form Druck auf die DDR-Behörden aus. Für AMNESTY INTERNATIONAL stellen solche Briefaktionen einen wichtigen Bereich der Menschenrechtsarbeit dar.⁵²⁶ In sogenannten „urgent actions“ (Eilaktionen) setzen sich Schreiber aus aller Welt für politisch Verfolgte ein, indem sie bei den Behörden der betroffenen Länder protestieren und an völkerrechtliche Verträge erinnern. Die „Briefe gegen das Vergessen“ sollen ein deutliches Signal sein, dass das Schicksal der politisch Verfolgten im Ausland aufmerksam beobachtet wird. Dadurch hofft AMNESTY, behördlicher Willkür und weiteren Menschenrechtsverletzungen entgegen wirken zu können.

523 Brief von Theo Koenig an die Gefängnisleitungen der StVA in Cottbus, Brandenburg, Naumburg und Bautzen vom 20. 12. 1987, in: Büroakte BK-7.

524 Ebd.

525 Information der ZKG, Abteilung 1, vom 12. 2. 1982, in: BStU, Ast. Rostock, MfS, AOP 2071/84 (OV „Bruder“), Bd. I, Bl. 139.

526 Vgl. zum Folgenden: AMNESTY INTERNATIONAL: Eine Information.

Laut AI sind solche Aktionen generell sehr erfolgreich und haben in vielen Fällen zu Hafterleichterungen, fairen Gerichtsverfahren oder sogar Freilassungen von politisch Verfolgten geführt.

Auch der Verein HILFERUFE VON DRÜBEN hielt die Briefe an Behörden in beiden deutschen Staaten für *die wichtigsten* und forderte die Leser seiner Zeitschrift auf, *sachlich und höflich* die Ausreise für die in den Veröffentlichungen genannten DDR-Bürger zu fordern.⁵²⁷ Inwieweit Koenings Fürsprache bei Gefängnisleitungen und DDR-Behörden erfolgreich war, lässt sich aber nicht eindeutig klären. Einerseits reagierten die ostdeutschen Behörden und insbesondere das MfS sehr empfindlich auf jede Einmischung von außen. Insofern war mit solchen Eingaben auch die Gefahr verbunden, dass der Staatssicherheitsdienst die Verfolgung verschärfte – aus Angst vor demonstrativen Aktionen im eigenen Land und einem damit verbundenen Imageverlust im Westen.⁵²⁸

Andererseits ist es gut möglich, dass das MfS aus der gleichen Angst heraus vor einer willkürlichen Behandlung zurückschreckte. Dieser Überzeugung war etwa Waltraud Krüger, die in einem Brief an Koenig erklärte: *Wenn wir nicht Freunde in der Bundesrepublik hätten, die an uns denken und uns stärken, hätten die Behörden schon längst noch härter reagiert. ... Uns wird gesagt, wir dürfen nichts in die Bundesrepublik schreiben. Warum nicht?*⁵²⁹ Immer wieder forderte die Magdeburgerin ihren Brieffreund auf: *Ihr in der Bundesrepublik dürft einfach zu dem, was hier geschieht, nicht schweigen.*⁵³⁰ Und sie machte deutlich, dass sie unter dieser Aufforderung nicht nur Protestbriefe an die DDR-Behörden verstand: *Wir wären sehr dankbar, wenn die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik von den neuen Schikanen erfährt. Uns möchte man tot schweigen, damit wir ganz schnell vergessen werden.*⁵³¹

Die westdeutschen Behörden reagierten jedoch ähnlich empfindlich auf Veröffentlichungen über politische Häftlinge in der DDR wie die ostdeutsche Seite. So schrieben die Rechtsanwälte Näumann und Salm auf Koenings Anfrage nach dem Verbleib der Familie Krüger: *Ärgerlicherweise haben die „Berliner Morgenpost“ und die „BZ“, jeweils vom 4. Juni 1980,*

527 Aufruf in HILFERUFE VON DRÜBEN, Nr. 1, 1978 (in den folgenden Jahren wiederholt abgedruckt).

528 Vgl. Kap. VI.2.2.

529 Brief von Waltraud Krüger an Theo Koenig vom 15. 4. 1980, in: Fallakte A-4.

530 Brief von Waltraud Krüger an Theo Koenig vom 24. 5. 1980, in: ebd.

531 Brief von Waltraud Krüger an Theo Koenig vom 27. 3. 1980, in: ebd. Diesen Brief schrieb Waltraud Krüger nach ihrer Entlassung aus der Untersuchungshaft unter falschem Namen (aufgrund der verhängten Postsperr).

*einen Artikel über die Festnahme der Familie Krüger gebracht. ... Wir wissen nicht, ob Sie die Veröffentlichung initiiert haben. Wir können nur dringend im Interesse der Familie Krüger darum bitten, jegliche Publikation dieses Falles zu vermeiden. Sonst wird er nicht lösbar sein. Die DDR reagiert höchst unfreundlich und lässt nicht mehr mit sich reden. Es ist völlig illusorisch anzunehmen, daß man sich drüben durch Veröffentlichungen hier sozusagen moralisch unter Druck setzen läßt.*⁵³²

Die Auffassung der Rechtsanwälte war, dass *die vertraulichen Bemühungen der Bundesregierung der einzig erfolgversprechende Weg* seien, die Freilassung politischer Häftlinge in der DDR zu erreichen.⁵³³ Koenig war zwar nicht für die beiden Zeitungsartikel verantwortlich, vertrat aber gegenüber den Anwälten eine klare Gegenposition: *Ich weiß von der Familie Krüger, daß sie sich erst an die westdeutsche Öffentlichkeit gewandt hat, nachdem alle legalen Mittel, die Ausreise in den Westen auf Grund der abgeschlossenen Verträge zu erhalten, aussichtslos waren. Ich frage mich wirklich, in welcher Welt wir leben, wenn wir nicht mehr die Wahrheit sagen und entsprechend auch berichten dürfen.*⁵³⁴

In diesem Briefwechsel sind beide Positionen des Diskurses abgesteckt, den bundesdeutsche Hilfsorganisationen mit den Regierungsinstitutionen des eigenen Landes führten. Der teilweise sehr heftig und auch öffentlich ausgetragene Streit ging um die Frage, ob Publikationen in westdeutschen Medien und öffentlichkeitswirksame Aktionen den politisch Verfolgten in der DDR schaden oder nutzen.⁵³⁵ Der Vorwurf der Regierungsseite lautete, die Arbeit der Hilfsorganisationen gefährde die betroffenen DDR-Bürger, führe zu einer verhärteten Haltung der DDR-Seite, die Verhandlungen unmöglich mache, und sei letztlich eine Sensationsmache, die auf dem Rücken der Opfer ausgetragen werde.

Die Menschenrechtsorganisationen konterten, die BRD-Regierung mache sich mit dieser Argumentation zum Erfüllungsgehilfen der DDR, indem sie die Opfer des SED-Regimes totschweige und ihnen die Unterstützung der westlichen Öffentlichkeit bei der Durchsetzung ihrer Rechte verweigern wolle. Zudem sei es die typische und nachvollziehbare Reaktion jeder Diktatur, Menschenrechtsverletzungen zu vertuschen und geheim zu halten. Eine demokratische Regierung dürfe sich aber nicht erpressen lassen.

532 Brief der Anwälte Näumann und Salm an Theo Koenig vom 23. 6. 1980, in: Fallakte A-4.

533 Ebd.

534 Brief von Koenig an die Anwälte Näumann und Salm vom 28. 6. 1980, in: Fallakte A-4.

535 Vgl. zum Folgenden WÜST, a. a. O., S. 132ff. und CLAUSEN / KAMPHAUSEN / LÖWENTHAL, a. a. O., S. 51–76.

Im Grunde lässt sich dieser Streit dem zentralen Konflikt zwischen zwei unterschiedlichen Konzepten zum Umgang mit der deutschen Teilung – Entspannung oder Konfrontation – unterordnen. In der Frage der Menschenrechtspolitik entbehrten beide Argumentationen nicht einer gewissen Logik. Für die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen ist die Öffentlichkeit unerlässlich, nur auf diesem Weg können sie Druck auf Regierungsinstitutionen ausüben. Zudem stützten sie ihre Forderungen gegenüber der DDR-Regierung auf abgeschlossene zwischen- und völkerstaatliche Verträge: Bereits im Grundlagenvertrag von 1972 hatte die DDR zugesagt, *sich von den Zielen und Prinzipien leiten zu lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind*.⁵³⁶ Und in der KSZE-Schlussakte verpflichtete sich auch die DDR explizit zur Einhaltung der *Menschenrechte und Grundfreiheiten*.⁵³⁷

Aus Sicht der Bundesregierung war es aber effektiver, die DDR nicht öffentlich zu düpieren, sondern ihr in diplomatischen Verhandlungen Zugeständnisse abzurufen.⁵³⁸ Publikationen in westdeutschen Medien führten meist zu einer Verschlechterung des Gesprächsklimas – auch wenn die BRD-Regierung kaum einen Einfluss darauf hatte. Die Überzeugung, den DDR-Bürgern nur durch geheime Diplomatie helfen zu können, gründete allerdings auf der zweifelhaften Annahme, die politisch Verfolgten täten gut daran, die ihnen vorenthaltenen Grundrechte nicht (öffentlich) einzufordern. Gegen diese Argumentation lässt sich einwenden, dass die meisten DDR-Bürger den Schritt in die westdeutsche Öffentlichkeit als ultima ratio betrachteten – nach einem jahrelangen und vergeblichen Kampf um Ausreise.⁵³⁹ Die Position der Bundesregierung stellte zumindest eine gewisse Entmündigung der politisch Verfolgten dar, indem sie ihnen vorzuschreiben versuchte, welchen Weg sie einzuschlagen hätten.⁵⁴⁰

Ob eine Veröffentlichung den Betroffenen half oder schadete, hing letztlich von der Reaktion des Staatssicherheitsdienstes ab. Und dieser verfolgte keineswegs eine einheitliche Strategie: Mal nahm er Westkontakte zum Anlass, die Ausreiseantragsteller zu langjährigen Haftstrafen zu verurteilen. In anderen Fällen konnte eine Veröffentlichung das Ausreiseverfahren

536 WEBER, Hermann (Hrsg.): DDR. Dokumente zur Geschichte der Demokratischen Republik 1945–1985, München 1986, S. 329.

537 KSZE-Schlussakte, in: SCHWEISFURTH / OELLERS-FRAHM, a. a. O., S. 10.

538 Im Rahmen der „besonderen Bemühungen“ der Bundesregierung konnten von 1963 bis 1989 über 33.755 Häftlinge vorzeitig aus dem DDR-Strafvollzug entlassen, über 250.000 Familienzusammenführungen geregelt werden. Die BRD erbrachte dafür Gegenleistungen im Wert von 3,5 Milliarden DM, REHLINGER, S. 247.

539 Vgl. beispielsweise KRÜGER, a. a. O., S. 161.

540 Hinzu kommt, dass das Bundesministerium von vielen Ausreiseantragstellern erst erfuhr, nachdem sich beispielsweise Koenig für das Anliegen seiner Briefpartner eingesetzt hatte.

beschleunigen, weil sich das MfS der sogenannten *hartnäckig Übersiedlungersuchenden* schnell entledigen wollte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es kein „Patentrezept“ gab: Einige DDR-Bürger profitierten von der praktisch-politischen Unterstützung der Hilfsorganisationen, andere wurden aufgrund solcher Bemühungen verhaftet. Gerade weil die Konsequenzen nicht absehbar waren, überließ Koenig die Entscheidung jeweils den Betroffenen und stellte nur auf ausdrücklichen Wunsch seiner Briefpartner einen Kontakt zu den Medien her.⁵⁴¹

Der Ordensbruder arbeitete dabei jeweils sehr eng mit HILFERUFE VON DRÜBEN und der GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE zusammen. Die beiden Organisationen hatten die Möglichkeit, die Schicksale politisch Verfolgter zu publizieren, während die Informationen oft von Koenig stammten. Durch seine intensiven Briefkontakte konnte er die notwendigen Materialien für einen Zeitungsartikel bereitstellen. So erschienen auf der Grundlage seiner Briefe 1981 mehrere Veröffentlichungen über die Familie Zille in HILFERUFE VON DRÜBEN und der Zeitschrift MENSCHENRECHTE.⁵⁴² Koenigs Name tauchte dort jedoch nicht auf, da er andere Briefpartner in der DDR nicht gefährden wollte.⁵⁴³

Abschließend bleibt festzuhalten, dass der Ordensbruder bemüht war, die Gefährdung für die Ausreiseantragsteller möglichst gering zu halten. Der Vorwurf der Sensationsmache ist zumindest gegenüber seinem Engagement unhaltbar. Für Koenig und viele seiner ausreisewilligen Briefpartner war die praktisch-politische Unterstützung ein wichtiger Bestandteil der Hilfsaktion – mit dem Ziel, nichts unversucht zu lassen. Bei ost- und westdeutschen Behörden wurden Koenigs Versuche, den Kampf der Ausreiseantragsteller zu unterstützen, dagegen sehr kritisch beobachtet.⁵⁴⁴

IV.3. Grenzen der Hilfsaktion

Koenigs Hilfsaktion bestand also darin, dass er eine unbürokratische und persönliche Unterstützung für seine Briefpartner organisierte. Auf den ersten Blick wirken seine Aktivitäten widersprüchlich: Zeitgleich unterstützte er Menschen mit gegensätzlichen Zielen, half den einen, die DDR zu verlassen, und den anderen, sich in ihr einzurichten. Dennoch belegt gerade dieser scheinbare Widerspruch, dass Koenigs Motivation in erster Linie humanitär war.

541 Interview mit Theo Koenig vom 22. 8. 2002.

542 Vgl. Kap. III.2.1.

543 Brief von Theo Koenig an C. P. Clausen vom 5. 10. 1980, in: Büroakte BK-9.

544 Vgl. Kap. V und Kap. VI.1.

Um den Erfolg seiner Bemühungen beurteilen zu können, ist es hilfreich, die Grenzen aufzuzeigen, die Koenings Aktion in vielfacher Hinsicht beschränkten: Zunächst mal trennte ihn, geographisch betrachtet, die deutsch-deutsche Grenze mit der Mauer und den Hochsicherheitsanlagen von seinen Briefpartnern. Bei aller Verbundenheit, die er in seinen Briefen transportierte, war er gleichzeitig weit entfernt. Er konnte nicht persönlich eingreifen, seine Anteilnahme nur telefonisch oder per Post übermitteln. Dass Koenig es als belastend empfand, in seinen Einflussmöglichkeiten so begrenzt zu sein, kann man aus folgendem Satz (an Familie Krüger gerichtet) erahnen: *Daß ihr unter dieser Ungewißheit immer mehr leidet, ist mir nur zu verständlich. Und wenn es mir möglich wäre, dann würde ich Euch auf meinen Händen über diese Grenze tragen, die Euch von Eurem Ziel trennt.*⁵⁴⁵

Auch Koenings Briefe und Pakete blieben oft an der Grenze hängen. Letztendlich entschied das Ministerium für Staatssicherheit, welche Hilfsgüter die vorgesehenen Empfänger erreichten. Die DDR-Bürger ließen ihrer Enttäuschung über diese Begrenzung ihres Westkontaktes teilweise freien Lauf. Waltraud Krüger schrieb: *Jetzt sind wir gespannt, ob dieser „harmlose“ Brief Sie erreicht, oder ob er unterschlagen wird. Bei aller Papierknappheit, als Toilettenpapier ist meine Schreiberei zu schade. Wenn es doch geschieht, müssten diese Menschen Verdauungsstörungen bekommen.*⁵⁴⁶ Koenig selbst hielt sich mit offener Kritik meist zurück. In besonders schweren Fällen – wie Zille und Krüger – gab er jedoch seinem Unmut Ausdruck. Nachdem der Briefverkehr zu Günter Zille über ein halbes Jahr beinahe vollständig unterbrochen wurde⁵⁴⁷, schrieb Koenig: *Dann werde ich auch die mir bekannten Namen in Dessau, die sicher auch die Post in Gewahrsam nehmen, der Öffentlichkeit preisgeben. Und diese Herrschaften sollten wissen, daß auch für sie einmal die Stunde der Gerechtigkeit kommen wird, dessen bin ich mir gewiß.*⁵⁴⁸ Sein Protest scheint sogar direkt an die Mitarbeiter des MfS adressiert zu sein. Solche klaren Worte waren aber die Ausnahme.⁵⁴⁹ Sie können als Ausdruck von Koe-

545 Brief von Theo Koenig an Familie Krüger vom 1. 6. 1980, in: Fallakte A-4 (Dokument 1, S. 41/42).

546 Brief von Waltraud Krüger an Theo Koenig vom 16. 4. 1980, in: Fallakte A-4.

547 Von Oktober 1980 bis Mitte 1981, vgl. Fallakte A-6.

548 Brief von Theo Koenig an Günter Zille vom 9. 11. 1980, in: ebd.

549 In den meisten Fällen formulierte Koenig seine Kritik an den Postkontrollen sehr viel vorsichtiger. An Walter M. schrieb er am 9. 1. 1982: *Es scheint, daß in der letzten Zeit allerhand Post abhanden gekommen ist. Woran das liegt, kann ich nicht sagen, ob da das „Wetter“ wohl schuld daran ist?*, in: Briefakte L3-M1.

nings Verzweiflung gewertet werden, dass einige Briefpartner für ihn nicht erreichbar waren.

Selbst wenn Koenings Briefe die innerdeutsche Grenze passierten, blieben sie noch in einem anderen Sinn – inhaltlich – begrenzt. Bei aller Vertrautheit und Intimität, die in manchen Briefen zum Ausdruck kommt, ist zu erkennen, dass sie in dem Bewusstsein geschrieben wurden, dass die Kontrolleure des MfS mitlasen. Diese Selbstzensur, die „Schere im Kopf“⁵⁵⁰, führte zu Umschreibungen und Andeutungen, teilweise zu einem verschlüsselten Text – aber auch dazu, dass viele Dinge nicht geschrieben wurden.

Diese Schwierigkeiten stellten aber nicht nur eine Begrenzung von Koenings Hilfsmöglichkeiten dar, sie schweißten ihn und seine Briefpartner auch zusammen. Der Druck von außen trug insofern dazu bei, dass sie sich schnell als Verbündete fühlten. Rolf K. schrieb beispielsweise an Koenig: *Man muß annehmen, daß diese innerdeutschen Kontakte von Mensch zu Mensch absichtlich gestört werden, weil sie einigen Unverbesserlichen nicht in ihre Linie passen. Trotzdem darf man sich davon nicht entmutigen lassen; wir sind und bleiben eine deutsche Nation, und gerade in schweren Zeiten müssen wir umso fester zusammenstehen. Man kann zwar eine Grenze mit Schlagbäumen etc. ziehen, aber ihre inneren und familiären Bindungen, ihre gemeinsame Geschichte, ihre Kultur, ihr Denken und Fühlen kann man nicht mit Mauern und Schlagbäumen auslöschen.*⁵⁵¹

Koenig stieß bei seiner Hilfsaktion aber nicht nur auf äußere, sondern auch an seine persönlichen Grenzen. Er konnte sich der Lebenswelt seiner Briefpartner zwar annähern, sie aber nicht vollständig nachempfinden. Der Ordensbruder gab offen zu, dass die Berichte der Ausreiseantragsteller seine Vorstellungskraft manchmal überstiegen. Waltraud Krüger erklärte er: *Wenn ich bedenke, daß Sie in diesem Augenblick eine Ihrer schwersten Stunden erleben müssen, kann ich nur sagen, daß ich in Gedanken dieses alles miterlebe. Aber kann ich das auch wirklich? Ich glaube es nicht, da das, was Sie durch Ihre tapfere Haltung mitmachen müssen, für mich und uns alle einfach unvorstellbar ist.*⁵⁵²

Gerade in den Briefwechseln mit Krüger und Zille ist Koenings eigene Hilf- und Ratlosigkeit zu erkennen. Auf Waltraud Krügers Mitteilung, sie wolle in

550 WANITSCHKE, a. a. O., S. 42.

551 Brief von Rolf K. an Theo Koenig vom 9. 11. 1980, in: Briefakte K5-L1.

552 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger vom 1. 4. 1980, in: Fallakte A-4.

einen Hungerstreik treten, schrieb er⁵⁵³: *Ja, liebe Waltraud, unter normalen Umständen würde ich sagen: laß das sein, so etwas ziemt sich nicht für zivilisierte Menschen und erst recht nicht für einen Christen. Aber kann man Menschen, die am Rand der Verzweiflung leben, so einen Rat geben? Nein, das kann ich nicht, und darum ... werde ich an diesem Tag beten und bitten, daß nun endlich bei den Verantwortlichen die Einsicht dämmert, daß Ihr alle unter keinen Umständen dort mehr sein könnt.*⁵⁵⁴

Über die Belastung, der die Ausreiseantragsteller ausgesetzt waren, und die Verzweiflung, die daraus resultierte, wollte sich Koenig offenbar kein Urteil erlauben. Aus einigen Antwortbriefen lassen sich sogar generelle Zweifel am Wert seiner moralischen Unterstützung, an seiner Berechtigung, Ratschläge aus einem „geborgenen Unterstand“⁵⁵⁵ zu erteilen, herauslesen. Solche Bedenken lassen erahnen, welchen Verantwortungsdruck der Ordensbruder als Ansprechpartner so vieler Menschen aushalten musste.

Gefragt, wie es ihm möglich war, das an ihn herangetragene Leid zu verarbeiten, gab Koenig zur Antwort: *Man soll mitfühlen, vielleicht auch manchmal mitleiden. ... Aber nicht so, dass man selbst zugrunde geht. ... Das geht nicht.*⁵⁵⁶ Er sei schließlich *nicht nur für die einzelne Familie* da gewesen, sondern *musste versuchen, allen zu helfen.*⁵⁵⁷ Aus dem Bestreben, seine Kräfte aufzuteilen und den Briefpartnern seine Belastungsgrenze aufzuzeigen, lässt sich wohl erklären, warum Koenig so oft auf seine große „Verwandtschaft“ in der DDR verwies. Er habe vielleicht verhindern wollen, dass die Erwartungen beim Einzelnen zu groß wurden, ist seine Erklärung.⁵⁵⁸

Bemerkenswert ist aber, dass die Bewertung dieser Hilfsaktion keine Privatangelegenheit blieb. Auf ostdeutscher Seite – und in eingeschränkter Weise auch in Westdeutschland – wurden die Briefwechsel zwischen den DDR-Bürgern und dem münsterischen Ordensbruder zum Politikum. In den folgenden Kapiteln soll untersucht werden, warum das so war, wie die Aktion in Ost- wie Westdeutschland wahrgenommen und bewertet wurde und welche Konsequenzen dies für Koenig und seine Briefpartner hatte.

553 Krüger wollte so auf ihre Lage in der DDR aufmerksam machen, vgl. Kap. III.2.1. und die Briefe von Waltraud Krüger an Theo Koenig vom 24. und 25. 5. 1980, in: Fallakte A-4.

554 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger vom 1. 6. 1980, in: ebd. (Dokument 1, S. 41/42).

555 Brief von Theo Koenig an Waltraud Krüger vom 18. 11. 1980, in: ebd.

556 Interview mit Theo Koenig 22. 8. 2002.

557 Interview mit Theo Koenig vom 3. 3. 2002.

558 Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002.

V. Umgang mit der Hilfsaktion im Westen

Koenings umfangreiche Korrespondenz mit DDR-Bürgern blieb in seinem privaten und beruflichen Umfeld nicht unbemerkt, zumal der Ordensbruder auf Unterstützung angewiesen war. Aus diesem Grund nahm er auch Verbindung zu anderen Hilfsorganisationen, politischen Institutionen und Medien auf. In diesem Kapitel soll untersucht werden, wie Koenings Aktion im Westen wahrgenommen wurde und welche Reaktionen es darauf gab.

Die Reaktion bei Freunden und Verwandten war durchweg positiv und wesentlich durch die Wahrnehmung seiner Person bestimmt. *Theo ist ja glaubwürdig*, erklärt Elisabeth Köning ihre schnelle Bereitschaft, den Schwager bei seiner Aktion zu unterstützen.⁵⁵⁹ Ähnlich reagierte auch Mechthild Köning: *Wenn Theo hilft, wird es schon nötig sein – und, na gut, dann machen wir auch mit.*⁵⁶⁰ Koenings persönliche Integrität war also dafür verantwortlich, dass er in seinem privaten Umfeld viele Helfer fand. Sie sammelten Kleidung, spendeten Geld – und die meisten von ihnen übernahmen auch einen eigenen „Fall“ in der DDR, den sie direkt unterstützten.⁵⁶¹

Koenig habe sie immer wieder neu von der Dringlichkeit seiner Hilfe überzeugt, erinnert sich Mechthild Köning: *Er hat nie jemanden gedrängt, aber er hat das auch nicht ganz ruhen lassen.*⁵⁶² Beispielsweise habe er sie regelmäßig mit Briefkopien versorgt, die sie dann in ihrem eigenen Bekanntenkreis verteilt habe: *Das war wirklich wie ein Schneeballsystem.*⁵⁶³ Auch seinen Weihnachtsbriefen legte Koenig anonymisierte Briefe aus der DDR bei, um über die aktuelle Situation zu informieren oder seinem Unterstützerkreis ein Feedback zu geben.⁵⁶⁴ Ab Mitte der 80er Jahre wurde der Ordensbruder auch bei den umfangreichen Büroarbeiten etwas entlastet: Mechthild Köning tippte für ihn die Paketanschriften ab.⁵⁶⁵

Ähnlich positiv wie seine Verwandtschaft reagierte die Klostersgemeinschaft auf Koenings Großprojekt. Pater Manfred Simmich, heute Superior der Hiltruper Missionare, erinnert sich: *Das wurde einfach mitgetragen von*

559 Telefoninterview mit Elisabeth Köning vom 15. 9. 2002.

560 Telefoninterview mit Mechthild Köning vom 27. 9. 2002.

561 Telefoninterview mit Elisabeth Köning vom 15. 9. 2002.

562 Telefoninterview mit Mechthild Köning vom 27. 9. 2002.

563 Ebd.

564 Diese Weihnachtsbriefe waren speziell für den Unterstützerkreis in der BRD, in: Büroakte BK-1.

565 Telefoninterview mit Mechthild Köning vom 27. 9. 2002.

der *Kommunität*.⁵⁶⁶ Wobei Koenig seine Mitbrüder nicht bedrängte, sich an der Aktion zu beteiligen. Bruder Herbert Spellmeyer erklärt: *Wenn da einer freiwillig mithelfen wollte, dann war es gut. Aber er hat nicht groß Leute darauf angesprochen.*⁵⁶⁷ Spellmeyer selbst war dabei Koenigs größte Stütze. Er half beim Einkauf und brachte die fertigen Pakete zur Post. Darüber hinaus stellte er seinem Mitbruder auch seinen Namen als Deckadresse zur Verfügung.⁵⁶⁸

Koenigs humanitäres Engagement wurde auch in seinem beruflichen Umfeld am Kardinal-von-Galen-Gymnasium begrüßt. Der Schuldirektor Alfons Borgmann befand die Aktion offensichtlich für gut, er stellte dem Ordensbruder jahrelang einen Raum zum Packen und die Schuladresse zur Verfügung. Lehrer und Schüler organisierten eine Reihe von Benefizveranstaltungen, deren Erlös für Koenigs Aktion bestimmt war. Ab und zu wurde auch eine Unterrichtsstunde verwendet – entweder um dem Ordensbruder beim Packen zu helfen oder um die Thematik mit Koenigs Beteiligung theoretisch zu besprechen. Im Anschluss daran nahmen einige Schulklassen auch Kontakt zu einer DDR-Familie auf, wodurch es laut Koenig *immer wieder neue Anknüpfungspunkte für ein Gespräch* gegeben habe.⁵⁶⁹

Insgesamt bekam der Ordensbruder nach eigenen Angaben von rund 200 Leuten Geld- und Sachspenden für seine DDR-Pakete. Mehrere Tausend Mark, so Koenig, habe er jedes Jahr allein zu Weihnachten erhalten. Auf den ersten Blick scheint dieses Spendenaufkommen für eine private Initiative recht groß zu sein. Aber das relativiert sich aufgrund einer Beobachtung, die der Ordensbruder nach der Wende machte. Er wurde von einem Bekannten gefragt, ob er nicht bereit sei, seine restlichen Kleidervorräte einem Hilfstransport für Königsberg zur Verfügung zu stellen. Aus der einmaligen Aktion wurde eine neues Langzeitprojekt, in das Koenig bis heute einen Großteil seiner Freizeit investiert. Bemerkenswert ist, dass sich das Spendenaufkommen mehr als verdoppelte.⁵⁷⁰ Obwohl man annehmen könnte, dass der persönliche Bezug zur DDR größer gewesen sein müsste, sind viele Leute offenbar eher bereit, für Hilfsbedürftige in Russland zu spenden. Koenig führt dies auf den Einfluss des Fernsehens zurück, das den Leuten zu Zeiten der deutsch-deutschen Teilung *die DDR ... immer als ein Land gepriesen habe, das uns vergleichbar ist. Dass es*

566 Interview mit Manfred Simmich vom 11. 7. 2002.

567 Interview mit Herbert Spellmeyer vom 22. 8. 2002.

568 Ebd. und Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

569 Interview mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994.

570 Für die Königsberg-Aktion spenden regelmäßig 500 Leute, Interview mit Theo Koenig vom 12. 7. 2002.

*denen gut geht.*⁵⁷¹ Er sei der Überzeugung, dass *ein Normalverbraucher ..., der sich nur über die Medien informieren konnte, ... nichts über die wirklichen Zustände in der DDR gewusst habe.*⁵⁷²

Fest steht, dass die öffentliche Meinung zum Umgang mit der deutsch-deutschen Teilung in der BRD in den 70er und 80er Jahren geteilt war. Konservative Vertreter hielten aus einer antikommunistischen Position heraus eine konfrontative Strategie gegenüber der DDR für unvermeidlich. Im linken Spektrum der politischen Landschaft gab es dagegen durchaus Anhänger der sozialistischen Idee. Die Neue Ostpolitik der Regierung Brandt / Scheel verhalf schließlich einer Politik des Dialoges zum Durchbruch, die auf eine vorsichtige Annäherung mit der DDR setzte.

Entsprechend diesen beiden Standpunkten zum Umgang mit der DDR fand Koenigs humanitärer Einsatz zwar Zustimmung, seine Überzeugung, alle DDR-Bürger seien hilfsbedürftig, wurde jedoch nicht unbedingt geteilt. Franz-Josef Lütke Schelhowe, Religionslehrer am Kardinal-von-Galen-Gymnasium, erinnert sich beispielsweise, dass er durchaus Sympathien für sozialistische Ideen gehabt habe.⁵⁷³ Allerdings sei er *hin und her gerissen* gewesen, wenn er von der Verfolgung Andersdenkender im Ostblock gehört habe.⁵⁷⁴ Sein Kollege Hans-Joachim Paesler empfand ebenfalls einen *ideologischen Dissens* zu Koenig, der *etwas Unbewegliches ... in seiner Position* gehabt habe.⁵⁷⁵ Heute gibt der Ordensbruder zu, dass er damals über die Berechtigung seiner Hilfsaktion nicht diskutieren wollte: *In dieser Hinsicht gab's für mich keinen Kompromiss. ... Entweder man tut es ganz oder gar nicht.*⁵⁷⁶

Die ambivalente Reaktion der Lehrer – kritische Distanz bei gleichzeitigem Respekt vor Koenigs Person und seinem Engagement – zeigt gut, wie sehr die Bewertung dieser Hilfsaktion auch in Westdeutschland in einem politischen Kontext gesehen werden muss. KNABE erklärt die verhältnismäßig positive Einstellung zur DDR bei weiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung mit einem allgemeinen Paradigmenwechsel in den 60er Jahren. Die bis dahin vorherrschenden Orientierungen seien radikal in Frage gestellt worden, darunter auch die ideologisch motivierte Ablehnung der DDR.⁵⁷⁷

571 Ebd.

572 Ebd.

573 Interview mit Franz-Josef Lütke Schelhowe vom 26. 4. 2002.

574 Ebd.

575 Interview mit Hans-Joachim Paesler vom 26. 4. 2002.

576 Interview mit Theo Koenig vom 12. 7. 2002.

577 KNABE, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien, Berlin, München 2001, S. 415.

Wahrnehmung der Aktion bei politischen Institutionen in der BRD

Obwohl die westdeutschen Regierungsinstitutionen ein ähnliches Ziel – humanitäre Erleichterungen für die DDR-Bürger – verfolgten, betrachteten sie Koenig offenbar als politischen Gegner. Die Rechtsanwälte Näumann und Salm, mit denen er im Rahmen seiner Hilfsaktion oft korrespondierte, machten ihm gegenüber klar: *Da zu jeder Vereinbarung zwei gehören und der Westen naturgemäß in jedem einzelnen Häftlings-Fall auf das Entgegenkommen der anderen Seite angewiesen ist, liegt es im Interesse der Inhaftierten, wenn Vertraulichkeit der Bemühungen gewahrt bleibt.*⁵⁷⁸ Und auch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen warnte Koenig, *daß jede öffentliche Behandlung von Einzelfällen die Chance für eine positive Regelung praktisch zerstört.*⁵⁷⁹

Interessant ist, dass Koenig trotz seines privaten Ansatzes und ohne Ambitionen, selbst öffentliche Kampagnen zu starten, in gleicher Weise bewertet wurde wie die Organisationen HVD, GFM oder HELFENDE HÄNDE. Offensichtlich wollte etwa das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Koenig nicht nur von einer Zusammenarbeit mit diesen abhalten. Er wurde auch aufgefordert, *eingehend zu überprüfen, ob Ihr Briefwechsel nicht auch die Adressaten in der DDR in erhebliche Schwierigkeiten bringt und bringen könnte.*⁵⁸⁰

1982 riet ihm der zuständige Staatssekretär Klaus Plewa auf eine Anfrage hin von einer Reise in die DDR ab und schloss anstelle einer Begründung mit den Worten, er gehe davon aus, *daß Sie sehr genau wissen, weshalb Sie in der DDR gefährdet sind.*⁵⁸¹ Koenig könne aber zu einem ausführlichen Gespräch nach Berlin kommen. Diese Einladung nahm der Ordensbruder ein gutes Jahr später an. An die Unterhaltung mit den Staatssekretären Plewa und Hoppe hat er sehr schlechte Erinnerungen: Sie hätten ihm vorgeworfen, er sei persönlich dafür verantwortlich, dass ausreisewillige DDR-Bürger inhaftiert würden.⁵⁸² Für Koenig war und ist dieser Vorwurf der Regierungsvertreter unverständlich. Er habe *geschimpft*

578 Brief der Rechtsanwälte Näumann und Salm an Theo Koenig vom 3. 7. 1980, in: Büroakte BK-7.

579 Brief des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen an Theo Koenig vom 19. 6. 1980, in: ebd.

580 Brief des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen an Theo Koenig vom 13. 3. 1981, in: ebd.

581 Brief des Staatssekretärs Klaus Plewa an Theo Koenig vom 2. 6. 1982, in: Büroakte BK-2.

582 Ihm sei auch eine Liste mit Namen vorgelegt worden, um diesen Vorwurf zu stützen. Die meisten der dort genannten DDR-Bürger seien aber schon längst in der BRD gewesen, so Koenig, Interview vom 1. 3. 2002.

und gewettert und schließlich gesagt: *Unter diesen Umständen hat's keinen Zweck mehr, dass wir uns weiter unterhalten. ... Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, Menschen, die sich hilfeschend an mich bzw. an Hilferufe von drüben wenden, werde ich nach besten Kräften ... helfen. Ich dränge meine Hilfe nicht auf. Aber die sind in Not und bitten um Hilfe, und diese Hilfe verweigere ich ihnen nicht.*⁵⁸³ Trotz dieser scharfen Auseinandersetzung korrespondierte der Ordensbruder in dringenden Fällen weiterhin mit dem Bundesministerium. Das Streitgespräch zeigt aber, dass auch private Beziehungen von BRD-Bürgern zu politisch Verfolgten in der DDR seitens der Bundesregierung kritisch gesehen wurden.

Unabhängig davon, ob Westkontakte und Veröffentlichungen im Ausland den ausreisewilligen DDR-Bürgern eher schaden oder nutzen, stellt sich die Frage, welchen Einfluss das MfS auf die Position der Bundesregierung hatte. In den Stasiakten finden sich Anhaltspunkte dafür, dass die Stasi gezielt versuchte, Menschenrechtsorganisationen und einzelne Mitglieder bei den bundesdeutschen Behörden zu diskreditieren. 1987 plante die ZKG die Erarbeitung von Dokumentationen, *in denen der subversive Charakter und die völkerrechtswidrigen Praktiken der Feindorganisation [HILFERUFE VON DRÜBEN, Anm. der Verf.] bewiesen werden solle.*⁵⁸⁴ Die Papiere sollten *offiziell in Verhandlungen mit BRD-Regierungsvertretern Verwendung finden, um diese zu überzeugen, daß es der Feindorganisation nicht um die Verwirklichung der Menschenrechte, sondern um öffentliche Spektakel und um die Vergiftung bzw. Belastung der Beziehungen geht.*⁵⁸⁵

Besonders war der ZKG daran gelegen, *den kriminellen Charakter ... der Feindpersonen*, zu denen sie auch Koenig zählte, herauszustellen.⁵⁸⁶ Es kann nicht eindeutig nachgewiesen werden, ob solche Dossiers tatsächlich zur Anwendung kamen, und wenn ja, ob die westdeutschen Regierungsvertreter sich davon beeinflussen ließen. Auffällig ist jedoch die Parallelität in der Argumentation gegen Menschenrechtsarbeit.⁵⁸⁷

Auch die aus Sicht der Menschenrechtsorganisationen sehr negative Berichterstattung in den Medien⁵⁸⁸ war möglicherweise von der Stasi mitver-

583 Ebd.

584 Bearbeitungskonzeption der ZKG *zur Aufklärung und Bekämpfung der Feindorganisation Hilferufe von drüben* vom 17. 7. 1987, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. I, Bl. 115.

585 Ebd., S. 116.

586 Ebd.

587 Vgl. Kap. VI.1. und Kap. VI.2.1. und CLAUSEN / KAMPHAUSEN / LÖWENTHAL, a. a. O., S. 22–32.

588 Laut C. P. Clausen war die Darstellung von HILFERUFE VON DRÜBEN *in allen linken Medien Deutschlands ... : Spiegel, Stern, Süddeutsche, Frankfurter Rundschau, negativ*, Interview vom 30. 5. 2002.

antwortet. Ein direkter Einfluss des MfS lässt sich zwar bisher nur in einigen Fällen eindeutig belegen. KNABE geht aber davon aus, dass die Stasi mit großer Systematik versuchte, die „realistischen“ Kräfte zu stärken und die „feindlichen“ zurückzudrängen. Die offene Gesellschaft der Bundesrepublik, die von Konkurrenz bestimmten Eigeninteressen der Medien und die innenpolitische Polarisierung zwischen rechts und links boten dafür zahlreiche Ansatzpunkte.⁵⁸⁹

Die Menschenrechtsorganisationen auf westdeutscher Seite waren durch das politische Klima in ihrer Arbeit deutlich eingeschränkt. Die öffentlichen Aufwendungen zur Unterstützung ihrer DDR-Aktivitäten waren gering – und private Spender wurden möglicherweise dadurch abgeschreckt, dass eine finanzielle Hilfe mit einer politischen Positionierung verbunden schien.⁵⁹⁰ Koenig war davon sicher weniger betroffen, da die meisten Spender ihn persönlich kannten. Dennoch zeigen die Reaktion einiger Lehrer und die Tatsache, dass sich das Spendenaufkommen für die „Königsberg-Aktion“ verdoppelte, dass auch hier politische Werturteile zu einer kritischen Distanz gegenüber seiner Aktion führen konnten.

Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen

Die größte Unterstützung fand Koenig folgerichtig auch im eigenen politischen Lager, bei HILFERUFE VON DRÜBEN. Mit der Führungsspitze teilte er nicht nur das Interesse für politisch Verfolgte in der DDR, sondern auch die politische, religiöse und weltanschauliche Überzeugung. Die Zusammenarbeit zwischen HVD und Koenig wurde schnell sehr eng. Der Ordensbruder entnahm nicht nur die meisten seiner Kontaktadressen der Zeitschrift des Vereins, er gab dem Vorsitzenden Clausen auch regelmäßig Rückmeldung über seine wachsende Korrespondenz. Durch Koenigs intensiven Schriftverkehr war Clausen sehr genau über die einzelnen Fälle informiert und konnte weitere Veröffentlichungen danach ausrichten.⁵⁹¹

Das Feedback von dieser Seite war entsprechend positiv. 1982 bedankte sich Clausen bei dem münsterischen Ordensbruder: *Ein ganzes Jahr lang haben Sie sich wieder wie kein anderer um unsere Freunde drüben bemüht. Ihre Arbeit nimmt eine Sonderposition bei „Hilferufe von drüben“ ein und ist mit keiner anderen vergleichbar.*⁵⁹²

589 KNABE: Charme, S. 414.

590 So blieb etwa der Spenderkreis der GfM auf das konservativ-bürgerliche Milieu beschränkt, WÜST, S. 25/26.

591 Interview mit Claus P. Clausen vom 30. 5. 2002.

592 Brief von Claus P. Clausen an Theo Koenig vom 2. 12. 1982, in: Büroakte BK-9.

Schon zwei Jahre zuvor hatte der Verein entschieden, Koenig auch finanziell zu unterstützen. Dies gab Koenig die Möglichkeit, seine Korrespondenz weiter auszubauen, da zumindest seine Portokosten damit gedeckt waren. Die Zusammenarbeit hatte für beiden Seiten aber noch weitere Vorteile. Koenig hatte in Clausen einen Ansprechpartner, mit dem er sich über die einzelnen Fälle austauschen, den er in schwierigen Situationen um Rat fragen und an den er seine Brieffreunde nach der Ankunft im Westen verweisen konnte. HILFERUFE VON DRÜBEN zahlte nicht nur ein Startgeld an die Neuankömmlinge, sondern organisierte für die erste Zeit eine Betreuung, die Koenig selbst nicht hätte leisten können.⁵⁹³ Durch die Zusammenarbeit mit den Lippstädtern, die als gemeinnütziger Verein registriert waren, hatte er darüber hinaus die Möglichkeit, Spendenquittungen auszustellen. Und schließlich sammelten die HVD-Mitglieder auch Kleidung und Spielzeug für Koenigs Pakete.⁵⁹⁴

Clausen delegierte dagegen bestimmte Aufgaben an den Ordensbruder, bat ihn beispielsweise, als Privatperson an DDR-Bürger zu schreiben, zu denen der Kontakt abgerissen war oder bei denen HILFERUFE VON DRÜBEN nicht als Organisation in Erscheinung treten wollte. Er leitete auch die Fälle an Koenig weiter, die nicht in die Zielgruppe des Vereins passten, weil sie beispielsweise „nur“ an materieller Unterstützung interessiert waren.

Eine gewisse Distanz hielt der Ordensbruder jedoch ein, um seine eigenen Möglichkeiten als Privatperson nicht zu beschränken. Es sei anfangs bewusst kein Mitglied von HVD geworden, erklärt er, da es *Organisationen ... ja grundsätzlich verboten war, Verbindungen mit diesen Leuten* [in der DDR, Anm. d. Verf.] *aufzunehmen*.⁵⁹⁵ Erst 1987 wurde er Ehrenmitglied⁵⁹⁶, ein Jahr später schließlich auch Vollmitglied von HILFERUFE VON DRÜBEN. Zu diesem Zeitpunkt sei er aber schon davon ausgegangen, dass die Mitarbeiter des MfS *jetzt mittlerweile alles von mir wissen*.⁵⁹⁷ Die Untersuchung der Stasiakten ergab, dass das MfS sich wenig dafür interessierte, ob Koenig offiziell als Mitglied eingetragen war. Er wurde von Beginn an als *Helfer der Feindorganisation* bearbeitet.⁵⁹⁸

593 Die Sekretärin, Gisela Reeker, erläutert: *Das waren für Familien 1000 Mark und für Einzelpersonen 500 Bis der ganze Bürozirkus quasi überwunden war, standen die ja mittellos da ...*, Interview vom 30. 5. 2002.

594 Interview mit Claus P. Clausen vom 30. 5. 2002.

595 Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002.

596 Auszeichnung für *seine aufopferungsvollen Dienste an unseren Mitbürger in und aus der „DDR“*, HILFERUFE VON DRÜBEN, Nr. 37, 1987.

597 Interview mit Theo Koenig vom 23. 8. 2002.

598 Vgl. Kap. VI.1. und VI.2.1.

Es ist jedoch wichtig, darauf hinzuweisen, dass Koenig – trotz der engen Zusammenarbeit mit HVD – in der Planung und Organisation seiner Aktivitäten unabhängig blieb. Er traf seine Entscheidungen alleine und hatte trotz ähnlicher politischer Überzeugungen seine eigenen Prinzipien. Während HILFERUFE VON DRÜBEN mit ihrer Arbeit auch einen politischen Auftrag verband⁵⁹⁹, war Koenings Engagement religiös motiviert. Daher richtete sich der Ordensbruder bei der Auswahl seiner Briefpartner auch nicht nach HVD, sondern weitete seine Aktion auf alle DDR-Bürger aus, die ihn um Hilfe baten.

Koenig arbeitete auch mit anderen Hilfsorganisationen – wie HELFENDE HÄNDE, IGFM oder AMNESTY INTERNATIONAL – zusammen, dennoch war die Verbindung zu HILFERUFE VON DRÜBEN mit Abstand die engste. Clausen kann sich den Verein ohne Koenings Mitarbeit daher auch nur schwer vorstellen: *Hilferufe von drüben ohne Theo? Eine Verkürzung unserer eigenen ... Wirkungsmöglichkeiten ... Es hätte ein ganz wichtiger Aspekt in der Intensität der Betreuung gefehlt ...*⁶⁰⁰ Clausen war es auch, der Koenig nach der Wiedervereinigung für das Bundesverdienstkreuz vorschlug.⁶⁰¹ Am 1. Juli 1991 wurde der Ordensbruder mit dieser Auszeichnung *für sein langjähriges Engagement zugunsten von politisch Verfolgten in der früheren DDR* geehrt.⁶⁰²

Der persönliche Einsatz Koenings wurde auf westdeutscher Seite also erst offiziell gewürdigt, nachdem die DDR nicht mehr bestand – und der politische Konflikt über den richtigen Weg in den deutsch-deutschen Beziehungen damit gegenstandslos geworden war. Bis zur Wiedervereinigung waren die Reaktionen auf seine Aktion dagegen sehr unterschiedlich. Sie schwankten – je nach politischer Couleur und persönlicher Beziehung zu dem Ordensbruder – von vollkommener Zustimmung über vorsichtige Distanz bis zu deutlicher Kritik.

599 Clausen beschreibt die Führungsspitze als *leidenschaftliche Antikommunisten*, Interview vom 30. 5. 2002.

600 Interview mit Claus P. Clausen vom 30. 5. 2002.

601 Clausen erinnert sich an Koenings Reaktion: *Er war bis zum Tag der Verleihung knatschig. Er wollte das Ding nicht. ... Ich hab gesagt, ... es geht um die Idee, es geht um die Wirkung auf die Bürger ...*, ebd.

602 Die Urkunde findet sich in Koenings Privatarchiv.

VI. Die Reaktion des MfS auf Koenings Hilfsaktion

Koenig und seine Briefpartner wurden in mehreren Bezirksverwaltungen und auch in der Berliner Zentrale des MfS „politisch-operativ bearbeitet“. Per definitionem war darunter zum einen die *Aufklärung*, zum anderen die *vorbeugende Verhinderung und Bekämpfung von subversiven Handlungen feindlich tätiger Personen* zu verstehen.⁶⁰³ Durch die Bespitzelung und Überwachung „feindlicher“ Personen und Organisationen informierte sich das MfS über Schwachstellen des Gegners und entwickelte daraufhin eine entsprechende Angriffsstrategie.

Im folgenden Kapitel soll erstens untersucht werden, wann und wie Koenig ins Visier des Staatssicherheitsdienstes geriet. Es wird zu fragen sein, wie sich das MfS über ihn und seine Hilfsaktion informierte, welches Bild aufgrund dieser Informationen entworfen wurde und wie die gesammelten Daten bewertet wurden (Kap. VI.1.). Zweitens soll analysiert werden, wie das MfS auf die geortete „Feindzentrale“ reagierte – mit welchen Maßnahmen sie gegen Koenig und seine Hilfsaktion (Kap. VI.1.1.) sowie gegen seine Briefpartner in der DDR (VI.1.2.) vorging. Es wird zu prüfen sein, welche Maßnahmen angewendet wurden und in welchen Punkten die „Gegenschläge“ des MfS erfolgreich waren.

VI.1. Koenig und seine Hilfsaktion im Spiegel der Stasiakten

Die erste Notiz, die sich über Koenig in den Aktenbeständen des MfS findet, ist noch vor Beginn seiner Hilfsaktion datiert. Der zweite Besuch bei seiner Brieffreundin Eva Falkenstein im Juli 1978 fiel zufällig mit dem 30-jährigen Bestehen der Gemeinde X in der Nähe von Herzberg⁶⁰⁴ zusammen. Anlässlich dieser Festlichkeiten wurde *besonders der Besuch aus der BRD und Westberlin beachtet*, wie es in einem Bericht der Volkspolizei in X heißt.⁶⁰⁵ Im Rahmen dieser Recherche wurden die Beamten bei der Familie Falkenstein fündig und stellten nach einer routinemäßigen Ermittlung fest, dass der BRD-Bürger Theo Koenig *in keiner Weise verwandtschaftlich in Verbindung zur Familie F steht*.⁶⁰⁶

„Operativ bedeutsam“ wurde diese Information für die Stasi aber erst zwei Jahre später. 1980 stieß die Kreisdienststelle Grevesmühlen bei *der politisch-operativen Bearbeitung rechtswidriger Ersuchen zur Übersiedlung in*

603 SUCKUT, a. a. O., S. 52.

604 Aus Datenschutzgründen wird der Name der Gemeinde nicht genannt, vgl. Kap. II.1.

605 Bericht der Volkspolizei, Gemeinde X, vom 23. 7. 1978, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 5 (später zugefügt).

606 Ebd.

die BRD auf den Namen Koenig und machte in ihm einen *Sympathisanten der staatsfeindlichen Organisation „Hilferufe von drüben e. V.“ Lippstadt* aus.⁶⁰⁷ Durch eine Überprüfung in den Archiven und Datenspeichern des MfS tauchte der Bericht von 1978 wieder auf, und die KD Grevesmühlen informierte die KD Herzberg. Diese Dienststelle sammelte das vorhandene Material zu Koenig und eröffnete am 25. September 1980 gemäß § 99 StGB den Operativen Vorgang „Gast“.⁶⁰⁸

Ziel des OV „Gast“ war laut Eröffnungsbericht die *Beweisführung, daß er [Koenig, Anm. d. Verf.] nicht geheimhaltende [sic!] Nachrichten zum Nachteil der Interessen der DDR sammelt und diese für die im § 97 StGB genannten Stellen oder Personen zugänglich macht*.⁶⁰⁹ Als Übermittler DDR-spezifischer Nachrichten an „feindliche“ Organisationen machte sich Koenig gemäß Paragraph 99 des DDR-Strafgesetzbuches der *Landesverräterischen Nachrichtenübermittlung*⁶¹⁰ schuldig.

Der Strafbestand dieses Paragraphen war dabei schon erfüllt, wenn der *Geheimhaltung nicht unterliegende Nachrichten* – also sämtliche Informationen, auch privater Natur – weitergegeben wurden.⁶¹¹ Mehrere Bezirksgerichte in der DDR hatten Koenig schon 1980 als *Helfer der Feindorganisation „Hilferufe von drüben“ e. V. Lippstadt* charakterisiert.⁶¹² Seine Übermittlungstätigkeit wurde damit als gegeben vorausgesetzt.

Der Staatssicherheitsdienst maß dieser „feindlichen Tätigkeit“ im Laufe der Zeit wachsende Bedeutung bei. Die Bearbeitung des Operativen Vorganges „Gast“ wurde in der Hierarchie des MfS nach oben durchgereicht: Schon im Dezember 1981 übernahm die Bezirkskoordinierungsgruppe in Cottbus das Kommando⁶¹³, ab Mai 1984 trug die Zentrale Koordinierungs-

gruppe (ZKG) in Berlin die Verantwortung.⁶¹⁴ Als Teilvorgang 2 wurde Koenig dem Zentralen Operativen Vorgang „Kontra“ zugeordnet, in dem die Feindorganisation HILFERUFE VON DRÜBEN erfasst war.⁶¹⁵ Mit dieser zentralen Bearbeitung, so die Begründung der BKG Cottbus, werde *der Gefährlichkeit der Feindangriffe Rechnung getragen, die sich mittlerweile in viele Bezirke der DDR erstrecken*.⁶¹⁶

Um den *Täter*⁶¹⁷ dieser feindlichen Aktivitäten begrifflich zu fassen, bediente sich das MfS einer Reihe von Synonymen, die erste Hinweise auf das Bild geben können, das sich der Staatssicherheitsdienst von Theo Koenig machte. In den ersten Berichten ist meist die Rede vom *Helfer der Feindorganisation Hvd*.⁶¹⁸ Ab 1984 wird der Ordensbruder als *aktivster Helfer*⁶¹⁹ der Lippstädter Organisation bezeichnet, woran sich eine größere Bedeutung aus Sicht des MfS ablesen lässt. Synonyme wie *feindlich tätige Person*⁶²⁰ und *Feindperson*⁶²¹ lassen Koenig dabei als eigenständig handelnde Person erscheinen. In der Formulierung FO [Feindorganisation, Anm. d. Verf.] „*Hvd-Koenig*“⁶²² klingt dagegen die Vorstellung einer Doppelorganisation oder eines engen Netzwerkes zwischen Lippstadt und Münster an.

Die Beschreibung K., bzw. *sein Pseudonym*⁶²³ macht die Zweifel des MfS sichtbar, ob es sich bei Koenig überhaupt um eine reale Person handele. Ähnlich lassen sich die Begriffe *Absenderkomplex... Koenig*⁶²⁴ oder *Führungszentrum des Koenig in Münster*⁶²⁵ erklären, die von einer zweiten, unabhängigen „Feindorganisation“ auszugehen scheinen.

607 Brief der KD Grevesmühlen an die KD Herzberg vom 3. 4. 1980, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 9.

608 Eröffnungsbericht der KD Herzberg vom 25. 9. 1980, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 20–25.

609 Eröffnungsbericht der KD Herzberg vom 25. 9. 1980, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 24; § 97 stellte das Sammeln von Nachrichten für *eine fremde Macht ... oder für einen Geheimdienst oder für ausländische Organisationen sowie deren Helfer* unter Strafe, vgl. STRAFGESETZBUCH DER DDR, a. a. O., S. 34.

610 Ebd.

611 Sofern diese *zum Nachteil der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik* reichen konnten. Dies traf aus Sicht des MfS auf die meisten Nachrichten zu, vgl. VI.2.2.

612 Eröffnungsbericht der KD Herzberg vom 25. 9. 1980, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 21.

613 Übernahme des OV „Gast“ durch die BKG Cottbus v. 15. 12. 1981, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 57.

614 Sachstandsbericht der BKG Cottbus zur Überleitung des OV „Gast“ in den TV 2 zum ZOV „Kontra“ der ZKG vom 21. 5. 1984, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 121–133.

615 Ab 1989 wurde Koenig zusätzlich im von der KD Wismar geführten Teilvorgang 3 „Netz“ zum ZOV „Kontra“ bearbeitet.

616 Absprache der BKG Cottbus mit der ZKG vom 15. 3. 1983, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 22.

617 Erster Operativplan der KD Herzberg vom 26. 9. 1980, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 26.

618 Auskunftsbereich zu Theo Koenig vom 12. 11. 1980, in: ebd., Bl. 33.

619 Bericht der ZKG aus dem Jahre 1984 (ohne genaue Datumsangabe), in: ebd., Bl. 81.

620 Sachstandsbericht der KD Herzberg vom 7. 1. 1981, in: ebd., Bl. 36.

621 Absprache der ZKG, Abteilung 1, mit der BKG Cottbus vom 15. 3. 1983, in: BStU, ASt. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 25.

622 Operativinformation der BKG Cottbus vom 9. 12. 1983, in: ebd., Bl. 245.

623 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 30. 3. 1983, in: ebd., Bd. I, Bl. 136.

624 Sachstandsbericht der Abteilung Zollfahndung Berlin vom 29. 3. 1983, in: ebd., Bd. IV, Bl. 60.

625 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 30. 3. 1983, in: ebd., Bd. I, Bl. 137.

Die Bezeichnung *Agent Koenig*⁶²⁶ gibt schließlich der Befürchtung des MfS Ausdruck, dass der Ordensbruder *geheimdienstlich gesteuert...*⁶²⁷ sei, seine Hintermänner also nicht in Lippstadt, sondern beim BND oder sogar beim CIA zu suchen seien. Die unterschiedlichen Synonyme markieren dabei allerdings keine chronologische Entwicklung des Bildes, das sich das MfS von Koenig machte. Sie wurden vielmehr auch parallel verwendet oder verschwanden eine Zeit lang, um in späteren Berichten wieder aufzutauchen. Die einzelnen Begrifflichkeiten können also als Eckpfeiler eines sehr diffusen Bildes betrachtet werden. Sie zeigen das breite Spektrum der Deutungsmuster, die das MfS entwickelte, um Koenigs Aktivitäten zu erklären.

Egal, welcher Version über Koenigs Hintermänner oder seine Arbeitsweise das MfS gerade nachging, am feindlichen Charakter seiner Aktivitäten zweifelte das Ministerium zu keinem Zeitpunkt der operativen Bearbeitung. *Feindtätigkeit*⁶²⁸ war im Sprachgebrauch des Staatssicherheitsdienstes als *Verbrechen gegen die Souveränität der DDR, den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte* definiert.⁶²⁹ Das MfS schloss also nicht nur aus, dass seine Hilfsaktion humanitär motiviert war, sie unterstellte Koenig sogar ein explizit *gegen ... die Menschlichkeit und die Menschenrechte* gerichtetes Handeln.

Um diese Beurteilung der Aktivitäten Koenigs zu erklären, muss untersucht werden, ob das Feindbild des MfS auf der empirischen oder auf der Bewertungsebene anzusiedeln ist.

Wie sich das MfS über Koenig und seine Aktion informierte

Nachdem Koenigs Aktivitäten für die Staatssicherheit „operativ bedeutsam“ geworden waren, holte die KD Herzberg im Rahmen einer allgemeinen Recherche erste Erkundigungen über den Ordensbruder ein. Koenig, sein Wohnsitz sowie sein Arbeitsplatz wurden einer *Personen- und Objektprüfung* unterzogen.⁶³⁰ Konkret bedeutete dies, dass Mitarbeiter des MfS im bundesdeutschen Telefonbuch nach der genauen Anschrift fahndeten und diese Angaben durch anonyme Anrufe verifizierten.⁶³¹

626 Aus dem Urteil des Bezirksgerichtes Dresden vom 13. und 15. 5. 1980 gegen Eleonore Edith S., zitiert nach: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. III, Bl. 34.

627 Eröffnungsbericht der KD Wismar vom 9. 3. 1989, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 3, Bd. VI, Bl. 193.

628 Information der BKG Cottbus zur operativen Bearbeitung des Koenig (Schreiben an die BKG Schwerin) vom 30. 3. 1982, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 255.

629 Suckut, a. a. O., S. 360f.

630 Brief der Postzollfahndung Falkenberg an die BV Cottbus v. 21. 10. 1980, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. IV, Bl. 50.

631 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

1983 markierte die Abteilung Zollfahndung der Berliner Zentrale auf einem Stadtplan von Münster alle für den OV „Gast“ interessanten Punkte⁶³²: das Hiltruper Kloster, das Kardinal-von-Galen-Gymnasium, das örtliche Postamt und die nahe gelegene Polizei-Führungsakademie. Durch umfangreiche Literaturrecherchen beschaffte sich das MfS Hintergrundinformationen zu Münster⁶³³, zur Tätigkeit des Hiltruper Ordens⁶³⁴, zur katholischen Presselandschaft in Münster⁶³⁵ und zum Kardinal-von-Galen-Gymnasium⁶³⁶. Der Staatssicherheitsdienst nutzte auch die eigenen Datenspeicher, um *operative Materialien* ausfindig zu machen, in denen beispielsweise die Stadt Münster oder die Anschrift des Hiltruper Klosters eine Rolle spielten.⁶³⁷ Doch nicht nur Koenigs geographisches Umfeld wurde vom MfS ausgekundschaftet. Der Sicherheitsdienst interessierte sich auch für dessen Freundes- und Verwandtenkreis. Mechthild Köning berichtet beispielsweise, eine *soziale Einrichtung aus der Nähe von Köln* habe sich bei ihrer Nachbarin im westfälischen Metelen nach der *sozialen, politischen und finanziellen Einstellung* der Königs erkundigt, da diese angeblich *einen Adoptionsantrag* gestellt hätten.⁶³⁸

Detaillierte Informationen zu Theo Koenigs Person und seiner Tätigkeit erhielt die Stasi mittels der sogenannten M- und PZF- Kontrolle. Darunter war eine systematische Postkontrolle zu verstehen, für die im Ministerium für Staatssicherheit eine eigene Abteilung (Abteilung M) zuständig war. Mit aufwendiger Technik fahndete diese bei Briefen nach bestimmten äußeren Merkmalen, Adressen und Schrifttypen. Die Unterstützung durch die örtlichen Postzollämter gewährleistete eine fast lückenlose Kontrolle des innerdeutschen Brief- und Paketverkehrs.⁶³⁹

632 Bericht der Hauptverwaltung, Abteilung Zollfahndung, vom 29. 3. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. IV, Bl. 193f.

633 Operativhinweis der BV Cottbus vom 7. 8. 1984, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 163.

634 Schreiben der BV Cottbus an die BV Leipzig vom 6. 9. 1984, in: ebd., Bd. II, Bl. 51.

635 Literaturverzeichnis der BV Leipzig, in: ebd., Bl. 51ff.

636 Bericht des IMB „Klaus Meier“ der BKG Cottbus zum Kardinal-von-Galen-Gymnasium (im Folgenden: K.v.G.) vom 27. 9. 1982, in: ebd., Bd. I, Bl. 249–50.

637 Operativhinweis der Auswertungs- und Kontrollgruppe in Cottbus vom 7. 8. 1984, in: ebd., Bl. 163–166.

638 Telefoninterview mit Mechthild Köning vom 27. 9. 2002. In den Stasi-Akten finden sich z. B. Fotos ihres Wohnhauses in Metelen, vgl. den Bericht der ZKG vom 11. 1. 1985, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. VIII, Bl. 15ff.

639 Vgl. DE PASQUALE, Sylvia: „Ich hoffe, daß die Post auch ankommt“. Die Brief- und Telegrammkontrollen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, in: KALLINICH / DE PASQUALE, a. a. O., S. 57–75.

Schon im ersten Operativplan zum OV „Gast“ legte die KD Herzberg eine *M-Republikkontrolle zu KOENING*⁶⁴⁰ fest. Durch die Überwachung von Koenings Briefverkehr war das MfS zu jedem Zeitpunkt sehr gut über Art, Umfang und Empfänger seiner Hilfe informiert. Die BKG Cottbus und später die ZKG in Berlin verfolgten die Entwicklung seiner Korrespondenz und werteten diese in regelmäßigen Sachstandsberichten aus. Sie führten Buch über die Zahl der Kontakte⁶⁴¹, recherchierten den biographischen Hintergrund der DDR-Bürger, die Art der Kontaktaufnahme sowie Dauer und Umfang der Verbindung⁶⁴². Die Paketinhalte wurden überprüft, wertmäßig eingeschätzt und fotografisch dokumentiert.⁶⁴³ Das Hauptaugenmerk der Stasi lag aber auf den Briefen. Eine große Anzahl von Koenings Schreiben wurde fotokopiert und sowohl nach inhaltsanalytischen⁶⁴⁴ als auch nach linguistischen⁶⁴⁵ Gesichtspunkten ausgewertet.

Das durch die Abteilung M gesammelte Material bildete schließlich die Grundlage für eine Reihe von Sonderrecherchen. So ermittelten beispielsweise zwei Diplomkriminalisten der Technischen Untersuchungsstelle in Berlin aus Schriftproben das Fabrikat von Koenings Schreibmaschine.⁶⁴⁶ Und die Abteilung IX des MfS in Cottbus untersuchte eine Geburtstagskarte *mittels Magnetpulver und Argentorat auf daktyloskopische Spuren*.⁶⁴⁷ Sie blieb damit zwar erfolglos, dafür konnte aber *eine Geruchsspur gefertigt* werden.⁶⁴⁸ Welche Informationen der Staatssicherheitsdienst durch diese kriminalistischen Spitzfindigkeiten zu erhalten hoffte, lässt sich den vorliegenden Akten nicht entnehmen. Die Sonderrecherchen belegen aber, dass sich das MfS für jedes Detail der münsterischen Aktion interessierte und jede Informationsmöglichkeit nutzte.

640 Operativplan der KD Herzberg vom 26. 9. 1980, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. I, Bl. 26.

641 Die letzte Zahl, die sich in Koenings Akten findet, beziffert den Stand im September 1989 auf 270 Kontakte, Zuarbeit der ZKG, Abteilung 5, für den Quartalsbericht III/89 v. 7. 10. 1989, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. V, Bl. 232.

642 Vgl. den Bericht der Abt. Zollfahndung in Berlin vom 28. 3. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. IV, Bl. 55–200.

643 Ebd., Bl. 133–184.

644 Analyse der Abt. Kader und Schulung Cottbus vom 16. 4. 1987, in: ebd., Bd. II, Bl. 381–397.

645 Bericht der Abt. XX in Berlin zur Überprüfung von Maschinenschriften v. 4. 5. 1983, in: ebd., Bd. II, Bl. 153.

646 Bericht der Techn. Untersuchungsstelle v. 6. 2. 1984, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. III, Bl. 197f.

647 Auswertungsbericht der Abteilung IX der BV Cottbus vom 14. 1. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 165.

648 Ebd.

Den direktesten Zugang zu Informationen hatte das MfS über die Briefpartner. Durch weitreichende Kompetenzen in der strafrechtlichen Ermittlungstätigkeit konnte der Staatssicherheitsdienst relativ frei operieren und die Briefpartner in stunden- oder sogar tagelangen Verhören befragen.⁶⁴⁹ Mit Hilfe physischer und psychischer Druckmittel konnte das MfS Aussagen unter Umständen auch erpressen. Da die Briefpartner aber in den Verhören meist eine Abwehrhaltung einnahmen, war diese Methode vermutlich wenig geeignet, um an neue Informationen über Koenig zu gelangen. Die Vernehmungsprotokolle zeigen, dass der Staatssicherheitsdienst in den Verhören eher versuchte, seine vorgefertigte Meinung oder einen recherchierten Strafbestand zu bestätigen.⁶⁵⁰

Eine vielversprechende Quelle waren dagegen die Briefpartner, die als Inoffizielle Mitarbeiter mit dem MfS kooperierten. Durch sie hatte der Staatssicherheitsdienst die Möglichkeit, gezielt Informationslücken zu schließen. Für die Aufklärung der vermeintlichen Feindzentrale in Münster waren insgesamt 28 Inoffizielle Mitarbeiter eingesetzt. Den ersten Kontakt knüpfte die BKG Cottbus zu Eva Falkenstein, die nach erfolgreicher Werbung als IM „Ingrid Schreiber“ einer der wichtigsten Zugänge des MfS zu Koenig wurde. Ab September 1982 bestimmte die BKG Cottbus die inhaltliche Richtung der Korrespondenz zwischen Falkenstein und Koenig. Im Auftrag des MfS vollzog Eva Falkenstein in ihren Briefen eine *schrittweise ... Annäherung an Koenings politisch-ideologische ... Standpunkte*.⁶⁵¹ Die BKG Cottbus hoffte, so das Vertrauensverhältnis zu stärken und neue Informationen über Koenings Persönlichkeit, seine Tätigkeit und seine *Finanzquellen und Auftraggeber* zu bekommen.⁶⁵² Die Bilanz der ZKG in Berlin sechs Monate später fiel äußerst positiv aus: Durch die Strategie der scheinbaren ideologischen Annäherung sei *das IM-Ehepaar für den K. interessanter* geworden.⁶⁵³ Die erarbeiteten Informationen wurden als *politisch-operativ bedeutsam ... eingestuft*.⁶⁵⁴

Besonders zwischen 1983 und 1986 nutzte das MfS die Inoffizielle Mitarbeiterin „Ingrid Schreiber“ auch, um Koenings finanzielle Grenzen auszu-

649 Vgl. RASCHKA, Johannes: Zwischen Überwachung und Repression – Politische Verfolgung in der DDR 1971 bis 1989, Opladen 2001 (Reihe: Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, hrsg. von Eberhard KUERT, Hannsjörg F. BUCK und Gunter HOLZWEISSIG, Bd. 5), bes. S. 5–74. Vgl. auch Kap. VI.2.2.

650 Vgl. Kap. VI.2.2.

651 Operativplanergänzung der BKG Cottbus vom 19. 10. 1982, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. IX, Bl. 79ff.

652 Ebd.

653 Bericht über die Absprache mit der BKG Cottbus vom 15. 3. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 23.

654 Ebd.

testen und seine Meinungen und Reaktionen auf bestimmte Themen abzufragen. Ohne es zu wissen, stand der Ordensbruder also nicht seiner langjährigen Brieffreundin, sondern dem Ministerium für Staatssicherheit Rede und Antwort, wenn er mit Eva Falkenstein beispielsweise über die Stationierung von Mittelstreckenraketen diskutierte. Die Argumente seiner Brieffartnerin waren teilweise wörtlich von der BKG Cottbus vorgegeben.⁶⁵⁵ Dennoch waren die leichten Veränderungen in den Briefen der Lehrerin für Koenig kaum wahrnehmbar. Dass sich etwa hinter Falkensteins harmlos anmutender Frage: *Wie machst Du das eigentlich, so viele Pakete zu packen?* ein Auftrag des MfS verbarg⁶⁵⁶, konnte er damals kaum erkennen. Koenig wurde nicht misstrauisch und lieferte dem Staatssicherheitsdienst in seinen Briefen die gewünschten Informationen. In mehreren Berichten hob die BKG Cottbus hervor, dass Falkensteins Inoffizielle Tätigkeit *entscheidend für das Erkennen der feindlichen Absichten des K. ist*.⁶⁵⁷ Dennoch begnügte sich das MfS nicht damit, sich aus der Ferne ein Bild zu machen.

Klares Ziel war es von Beginn an, *geeignete Quellen ... im Operationsgebiet zu schaffen*, womit in diesem Falle die Bundesrepublik gemeint war.⁶⁵⁸ Zu diesem Zweck fahndete die Hauptabteilung VI in den MfS-Speichern nach Besuchsreisenden aus Münster.⁶⁵⁹ Insgesamt scheint die Aktion aber nicht besonders erfolgreich verlaufen zu sein, lediglich die BKG Cottbus konnte 1982 einen *perspektivvollen Kontakt* vermelden.⁶⁶⁰ Bei einem Aufenthalt in der DDR wurde ein Versicherungsangestellter aus Münster angeworben und als IMV „Herold“ registriert.⁶⁶¹ Da sich im Folgenden keine weiteren Informationen zu, geschweige denn Berichte von diesem IM finden, gestaltete sich die Verbindung aber wahrscheinlich nicht wie vom MfS erhofft.

Auch Schüler und Lehrer des Kardinal-von-Galen-Gymnasiums hatte der Staatssicherheitsdienst als potentielle Mitarbeiter ins Auge gefasst. Die BKG Cottbus plante, eine Übersicht der Schulgemeinde von 1952 bis 1982 *zur Erweiterung der inoffiziellen Basis* zu nutzen.⁶⁶² Inwieweit diese Über-

655 Treffbericht mit IM „Schreiber“ v. 25. 2. 1983; Brief von Koenig v. 28. 3. 1983, in: ebd., Bl. 79f. u. 107.

656 Brief von Falkenstein an Koenig vom 18. 3. 1983, in: ebd., Bl. 97.

657 Treffbericht mit dem IM „Schreiber“ der BKG Cottbus vom 3. 6. 1983, in: ebd., Bl. 87.

658 Operativplan der BKG Cottbus vom 26. 3. 1982, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. IX, Bl. 99.

659 Anfrage der BV Cottbus an die HA VI vom 15. 2. 1982, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 11.

660 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 21. 9. 1982, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 105.

661 Ebd.

662 Ebd., Bl. 106.

legungen in die Tat umgesetzt wurden und es Anwerbungsversuche im Umfeld der Schule gegeben hat, lässt sich den vorliegenden Akten nicht entnehmen.

Beim Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern in Münster kam aus Sicht der Stasi erschwerend hinzu, dass sich Kloster und Schule in *bewachter und unmittelbarer Nähe der Führungsakademie der Polizei* befanden.⁶⁶³ Eine längere Beobachtung Koenings – so die Einschätzung der Abteilung VIII des MfS – sei dadurch kaum zu verwirklichen. Einblick in die *geschlossene ... Einrichtung* des Klosters könnten gefahrlos nur IMs erlangen, die Koenig persönlich kannte und die offiziell zu Besuch kommen könnten.⁶⁶⁴ In diesem Zusammenhang ist wohl die Ausreisegenehmigung *aus politisch-operativen Gründen* für Robert Schmidt zu sehen, der sich zuvor zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet und als IM „Bauer“ eine Briefverbindung zu Koenig aufgebaut hatte.⁶⁶⁵

Am 5. und 6. Juni 1982 besuchte Schmidt seinen Brieffreund im Hiltruper Kloster – mit dem Auftrag des MfS, Koenig für die Unterstützung zu danken und seine Hilfe anzubieten, *um später in die Organisation integriert zu werden*.⁶⁶⁶ Der Staatssicherheitsdienst plante, über Schmidt *echt in das Privatleben dieser Person* [Koenig, Anm. d. Verf.] einzudringen und ließ den IM „Bauer“ wissen, dass *alle Details interessieren*.⁶⁶⁷ Um die eigentliche Motivation für Schmidts Besuch zu verschleiern, beauftragte die KD Leipzig ihren IM sogar, Koenig eine Geldspende anzubieten.⁶⁶⁸ Obwohl Schmidts Informationen für das MfS *teilweise Neuwert*⁶⁶⁹ besaßen, konnte er die hohen Erwartungen jedoch langfristig nicht erfüllen. Ein zweiter Besuch bei Koenig ließ sich nicht arrangieren, ebenso wenig die geplante Mitarbeit in der vermeintlichen Feindzentrale.⁶⁷⁰

Nach Robert Schmidt reiste Dieter W. als IM der KD Wismar nach Münster. Um einer Gefängnisstrafe zu entgehen, hatte sich W. in der DDR zu

663 Bericht der Abt. VIII der ZKG vom 20. 11. 1981, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. VIII, Bl. 13. Die Führungsakademie liegt zwar gegenüber der Schule, es gibt aber keine Verbindung zum Kloster oder zur Schule.

664 Ebd.

665 Bericht der ZKG zum weiteren Einsatz von IM-Vorlauf „Bauer“ vom 7. 12. 1981, in: ebd., Bd. XV, Bl. 21.

666 Bericht der KD Leipzig-Land vom 6. 7. 1981, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. XV, Bl. 15.

667 Bericht der ZKG zum weiteren Einsatz von IM-Vorlauf „Bauer“ vom 7. 12. 1981, in: ebd., Bl. 22.

668 Bericht der KD Leipzig-Land über die Aussprache mit dem IM-V „Bauer“ vom 13. 9. 1982, in: ebd., Bl. 52.

669 Schreiben der ZKG an die BV Leipzig vom 9. 3. 1983, in: ebd., Bl. 47.

670 Zusammenfassender Bericht der KD Leipzig-Land vom 29. 3. 1983, in: ebd., Bl. 83.

einer inoffiziellen Tätigkeit für das MfS verpflichtet und den Auftrag erhalten, sich mit einer Briefpartnerfamilie von Koenig anzufreunden.⁶⁷¹ Anfang 1983 erhielt W. die Genehmigung, zum 80. Geburtstag seiner Mutter nach Bremen zu fahren – unter der Bedingung, dass er einen Besuch bei Koenig mit einplane. Über die befreundete Wismarer Familie wurde der Kontakt hergestellt – und W. gab wie abgesprochen einen telefonischen Bericht zu seinem Besuch im Hiltruper Kloster durch. Danach beendete er allerdings einseitig die Zusammenarbeit mit dem MfS und blieb in der BRD. W. war der einzige Inoffizielle Mitarbeiter, der sich Koenig vor der Wende anvertraute und ihm seine Spitzeltätigkeit beichtete. Spätestens durch ihn war der Ordensbruder aber gewarnt, dass die Stasi alles daran setzte, Einblick in seine Tätigkeit zu erhalten.

1984 berichtete Falkensteins Mutter als IM „Sammler“⁶⁷² über ihren Aufenthalt bei Koenig. Nach ihrer Rückkehr erstellte sie für die KD Schwedt einen Lageplan der Missions- und Schulgebäude und zeichnete eine Innenansicht des Klosters.⁶⁷³ Sie berichtete umfassend über Koenigs Wohnsitz und Arbeitsplatz und fertigte über den Brieffreund selbst eine ausführliche Charakteristik an.⁶⁷⁴ Dem zweiseitigen Fragenkatalog der KD Schwedt lässt sich entnehmen, dass sich das MfS nicht nur für Koenigs Aktivitäten interessierte, sondern beispielsweise auch dafür, wo sich *das Zimmer des K. im Missionshaus* befand.⁶⁷⁵ Diese Frage zeigt, dass das MfS umfassend über die Lage vor Ort informiert sein wollte. Darüber hinaus könnte sie ein Hinweis auf weitere operative Planungen des Ministeriums sein.

Im Mai 1989 fuhr Eva Falkenstein schließlich selbst nach Münster und fertigte einen ausführlichen Bericht zu ihren Eindrücken von Koenig an.⁶⁷⁶ Da die Reise-Bestimmungen für DDR-Bürger zu diesem Zeitpunkt schon gelockert waren, schöpfte der Ordensbruder keinen Verdacht. Nur ein Wochenende später bekam Koenig erneut Besuch von einer Inoffiziellen

671 Vgl. zum Folgenden die Interviews mit Theo Koenig vom 2. 9. 1994 und 1. 3. 2002.

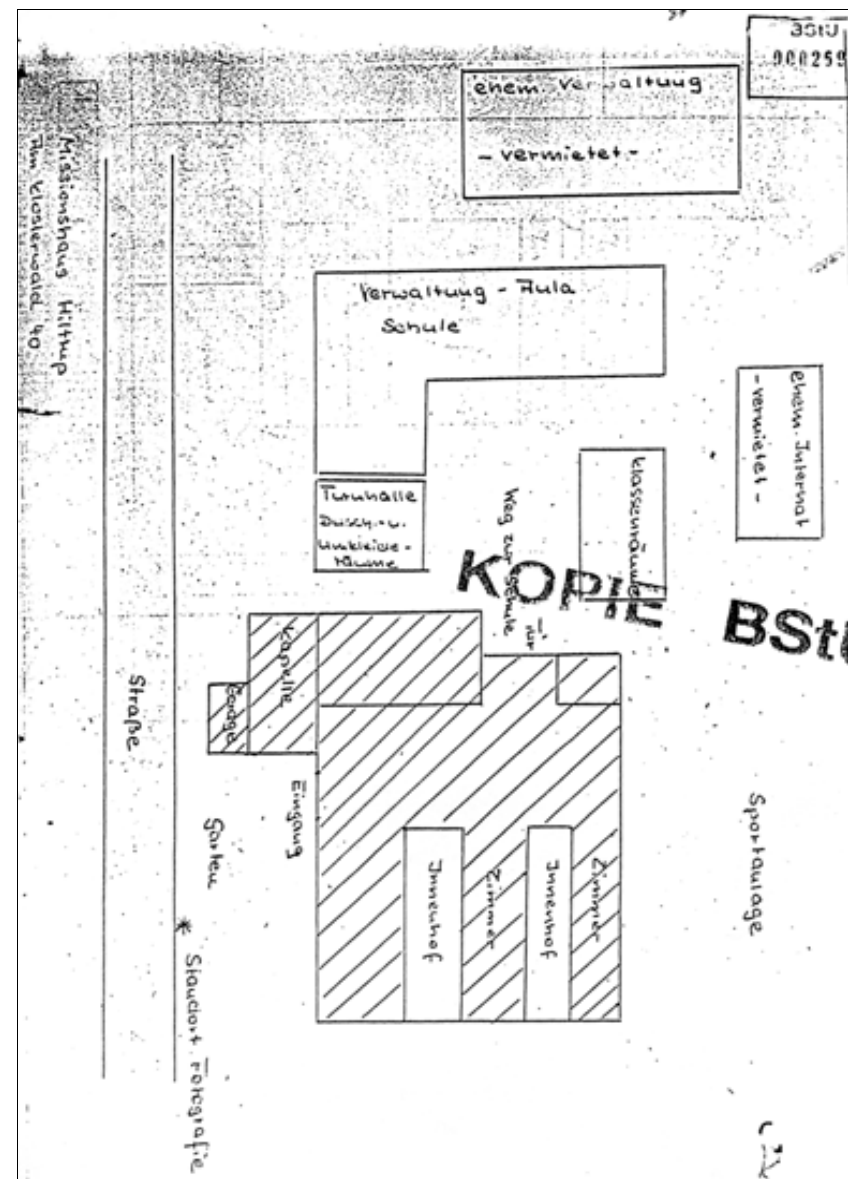
672 Die Zuordnung des Decknamens IM „Sammler“ wurde von der BStU bestätigt, vgl. Büroakte BK-6.

673 Anlage zu einem Bericht der KD Schwedt vom 1. 12. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 269f. (Dokument 5, S. 127).

674 Bericht des IM „Sammler“ für die KD Schwedt vom 1. 12. 1983, in: ebd., Bl. 253 ff. (Dokument 6, S. 129/130).

675 Einschätzung der Informationen des IM „Sammler“ durch die ZKG vom 4. 1. 1984, in: ebd., Bl. 281.

676 Bericht des IMB „Schreiber“ vom 7. 7. 1989, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 3, Bd. VI, Bl. 235–237.



Dokument 5: Lageplan des IM-Vorlauf „Sammler“ vom Missionshaus und dem Kardinal-von-Galen-Gymnasium in Münster-Hiltrup vom 1. 12. 1983 (BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 269)

Mitarbeiterin: Hannelore S. alias IMB „Eva Schneider“⁶⁷⁷ der KD Wismar – gezielt auf Koenig „angesetzt“⁶⁷⁸ – gab später in einem siebenseitigen Bericht Auskunft über ihre Spionagebemühungen im Hiltruper Kloster.⁶⁷⁹

Es wurde gezeigt, dass die Stasi unter hohem Aufwand alle möglichen Informationsquellen nutzte, um sich ein Bild von der georteten „Feindzentrale“ in Münster zu machen. Betrachtet man den Wissensstand des MfS, so lässt sich sagen, dass im Prinzip schon der erste Auskunftsbericht der KD Herzberg alle wesentlichen Informationen enthielt.⁶⁸⁰ Dort ist Koenings Vorgehensweise beschrieben – von der Kontaktaufnahme bis zur Tarnung der Brieffreundschaften als „Verwandtenkreis“ –, und es finden sich erste Angaben zu seiner Korrespondenz mit westlichen Behörden, zu seinen Geldgebern und zur Zusammenarbeit mit HILFERUFE VON DRÜBEN.⁶⁸¹ In den folgenden neun Jahren wurde diese Grobskizze dann noch verfeinert, die Charakterisierung des Ordensbruders und seiner Hilfsaktion durch neue Details ergänzt.

Probleme auf der empirischen Ebene

Trotz des regen Informationsflusses lassen sich aber auf der empirischen Ebene einige Probleme ausmachen. So finden sich in den Stasiakten beispielsweise sachlich falsche Informationen. Im Oktober 1980 meldete etwa die Cottbuser Abteilung für Postzollfahndung, Koenig und das Kardinal-von-Galen-Gymnasium seien im bundesdeutschen Telefonbuch nicht aufgeführt.⁶⁸² Dieser Fehler wurde relativ schnell berichtigt und blieb daher ohne größere Konsequenzen für die Gesamtanalyse des MfS. Ähnlich verhielt es sich mit der Falschaussage des IM „Sammler“, Koenig sei ein versierter Autofahrer.⁶⁸³ Der Ordensbruder besaß nämlich gar keinen deutschen Führerschein. Für die Beurteilung seiner Feindtätigkeit war dies aber wohl ein nebensächliches Detail, das in keinem weiteren Bericht aufgegriffen wurde. Schwerwiegender war die Fehlinformation von Eva Falkenstein,

677 Die Zuordnung des Decknamen IM „Eva Schneider“ wurde von der BStU bestätigt, Büroakte BK-6.

678 Operativinformation vom 16. 9. 1988 der KD Wismar, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 3, Bd. VI, Bl. 209.

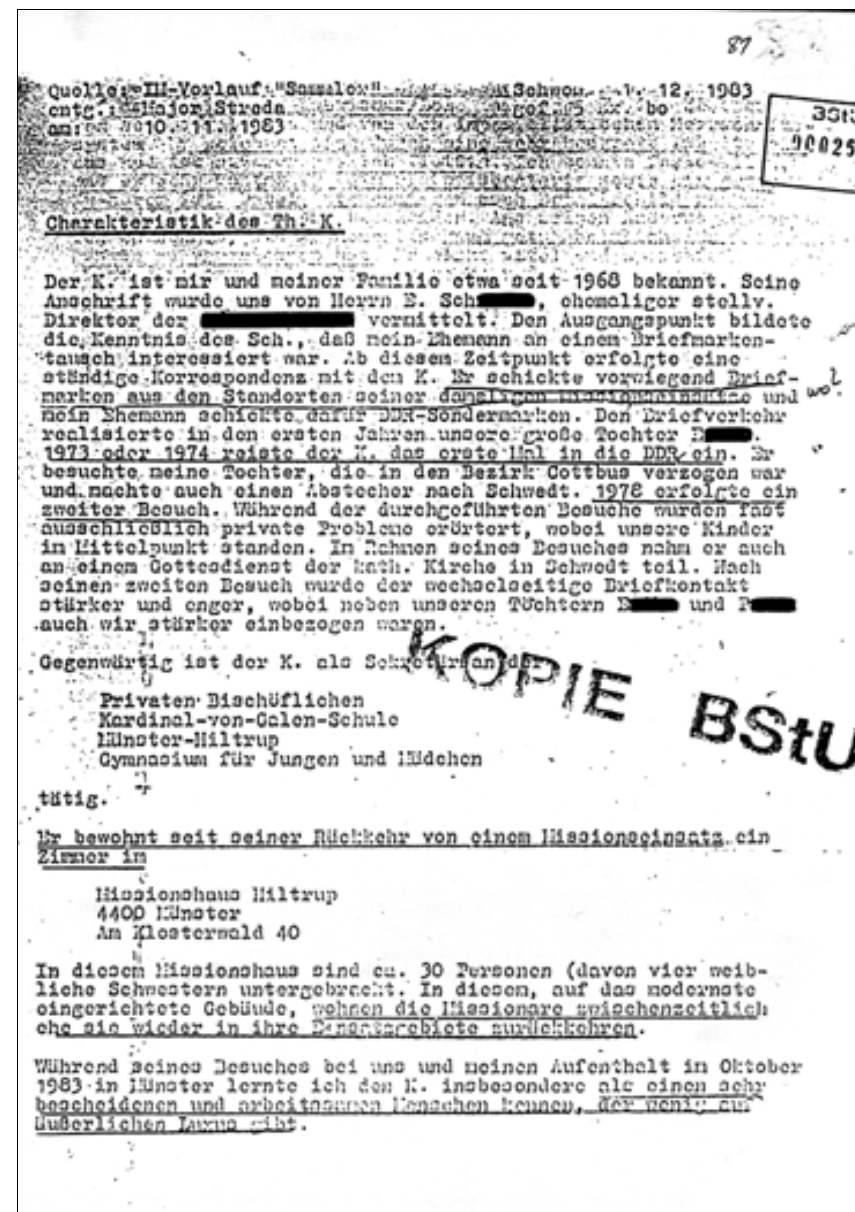
679 Bericht der IMB „Eva Schneider“ vom 25. 5. 1989, in: ebd., Bl. 210–216.

680 Auskunftsbericht der KD Herzberg zu Theo Koenig vom 12. 11. 1980, in: ebd., TV 2, Bd. IX, Bl. 33–35.

681 Ebd., Bl. 34–35.

682 Schreiben der PZF Falkenberg an die KD Herzberg vom 21. 10. 1980, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. IV, Bl. 50.

683 Bericht des IM „Sammler“ zu Koenig vom 1. 12. 1983, in: ebd., Bd. I, Bl. 265.



Dokument 6: Charakteristik des IM-Vorlaufs „Sammler“ zu Theo Koenig vom 1. 12. 1983 (BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 264, 265)

Er besitzt ein sehr großes Allgemeinwissen. Dies trifft auch auf das Gebiet des Marxismus/Leninismus zu. Er ist überzeugt von seiner Religion und von den imperialistischen Herrschaftssystemen. Er zeichnet sich durch eine sehr konkrete Arbeitsweise aus und ist außerordentlich fleißig. Ich konnte feststellen, daß er sehr kontaktfähig und massenorientiert sowie ein guter Zuhörer ist. Dabei interessieren auch Detailschilderungen. Er wird äußerlich sehr bescheiden. Aus seinen Äußerungen konnte ich entnehmen, daß er momentan keine gesundheitliche Beeinträchtigungen zu verzeichnen hat. Er wirkt vital und sportlich. Er besitzt eine artikulierte Aussprache und drückt sich gewöhnt aus.

In seiner beruflichen Tätigkeit wird ihm nachge sagt, daß er in seiner Funktion eines Sekretärs einer Schule unentbehrlich ist. Er ist über seine normale Arbeitszeit hinaus ständig einsatzbereit und absolut zuverlässig. Er hat zu allen Lehrkräften und Angestellten ein sehr gutes Verhältnis. Bei den Schülern ist er sehr beliebt und interessiert sich für ihre Probleme. Er hat umfangreiche Kenntnisse an Spezialgeräten (Ormig, Fotografie, Verfilmungen) und schreibt perfekt auf der Schreibmaschine. Der K. ist in Besitz einer Fahrerlaubnis und führt vereiert und sicher in seinen umfangreichen Unterlagen und Aufzeichnungen herrscht eine peinliche Ordnung. Auf diesem Gebiet arbeitet er besonders exakt. Mir gegenüber brachte er zum Ausdruck, daß er 2400,- DM Gehalt hat. Davon bekommt er nur anteiliges Taschengeld zur persönlichen Verwendung. Der Rest geht auf das Konto der Mission.

Zu ergänzen wäre noch, daß er persönlich sehr anspruchslos ist. Er raucht nicht und trinkt nur bei Gelegenheiten ein Glas Wein. Aus seinen Briefen und aus den persönlichen Gesprächen kann entnommen werden, daß er sehr umfangreiche persönliche und berufliche Kontakte unterhält, er hat noch mehrere Geschwister und eine Vielzahl von Verwandten. Während meines Aufenthaltes im Kloster hatte er wiederholt Besuch von Familienangehörigen. Er war viele Jahre als Missionar eingesetzt. Nach seinen Äußerungen hat er keinen weiteren Einsatz geplant. Er ist der Meinung, daß er dafür zu alt ist (Jahrgang 25).

Während meines Besuchs kam weiterhin zum Ausdruck, daß er auch in Kreise der Mission anerkannt wird. Er ist absolut von seinen Vorstellungen und Wertungen sowie Einschätzungen überzeugt. Er würde dafür durchs Feuer gehen. Er fühlt sich solidarisch mit der sogenannten Friedensbewegung in der BRD. Das kommt insbesondere dadurch zum Ausdruck, daß er während einer solchen Veranstaltung, in meiner Gegenwart, seine Unterschrift gegen die Nachrüstung der NATO gab.

Streda
Major

daß ein Brief des K., obwohl dieser von K. mit „Theo“ unterschrieben war, nicht von ihm selbst gefertigt wurde.⁶⁸⁴ Da Koenig seine Korrespondenz grundsätzlich alleine erledigte, handelte es sich hier um einen Irrtum, der aber nicht aufgedeckt wurde, sondern zu gewagten Schlussfolgerungen führte.⁶⁸⁵

Gerade die Besuchsberichte der Inoffiziellen Mitarbeiter waren oft fehlerhaft. Erstens lag das wohl daran, dass diese ihre subjektive Sicht auf Koenigs Hilfsaktion schilderten. Ein Beispiel ist die Beschreibung des IM „Sammler“, das Hiltruper Kloster sei von einem übertriebenen Luxus gekennzeichnet.⁶⁸⁶ Um zu erkennen, dass es sich bei der Ausstattung des Missionshauses um westdeutschen Standard handelte, fehlten Maria R. die Vergleichsmöglichkeiten. Es kann auch sein, dass sie gegenüber dem Protokollanten des MfS ihre Distanz zur „übertriebenen“ materiellen Lebensweise in der BRD unterstreichen wollte.

Zweitens waren die Briefpartner – angesichts ihres doppelten Spiels – vermutlich sehr angespannt und durch die vielen neuen Eindrücke in der BRD verunsichert. Dies könnte zumindest erklären, warum die IM „Eva Schneider“ sich durch eine Ordensschwester im Hiltruper Kloster bespitzelt fühlte.⁶⁸⁷ Drittens waren die Augenzeugenberichte aus dem Inneren der vermeintlichen „Feindzentrale“ für die hauptamtlichen Stasimitarbeiter schlecht zu überprüfen, so dass sich falsche Informationen hartnäckig hielten.

Ein anderes Problem bei der Auswertungstätigkeit des MfS wird sichtbar, wenn man die bisweilen unkoordiniert wirkende Informationsflut in den Akten betrachtet. Das Interesse der Staatssicherheit an Koenigs Aktion ist an keiner Stelle verbindlich definiert, es finden sich vielmehr unterschiedliche Fragenkataloge, die aber wohl nur zeitlich und räumlich begrenzt Bestand hatten. Ansonsten wurde die Vorgabe der ZKG, dass *alle Details interessieren*⁶⁸⁸, augenscheinlich sehr wörtlich genommen. So lässt

684 Absprache zwischen der ZKG und der BKG Cottbus vom 15. 3. 1983, in: ebd., Bd. II, Bl. 23.

685 Zur Bewertung dieser Fehlinformation durch das MfS vgl. unten.

686 Bericht des IM „Sammler“ zum Missionshaus vom 1. 12. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 273.

687 In ihrem Bericht heißt es: *Ich hatte echt das Gefühl und den Eindruck, daß sie [die Ordensschwester, Anm. d. Verf.] eine besondere Aufgabe nicht nur zur Fürsorge hatte, sondern auch wahrscheinlich zur Beobachtung möglicherweise meiner Person ob durch Theo oder andere Leute eingesetzt war ...*, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 3, Bd. VI, Bl. 212.

688 Bericht der ZKG, Abt. 1, zum weiteren Einsatz von IM-V „Bauer“ vom 7. 12. 1981, in: ebd., Bd. XV, Bl. 22.

sich etwa bei dem ausführlichen Bericht des IMB „Klaus Meier“ zur Geschichte des Kardinal-von-Galen-Gymnasiums und zum Namenspatron der Schule⁶⁸⁹ kaum noch ein unmittelbarer Zusammenhang zu Koenings Hilfsaktion erkennen. Außerdem stellt sich die Frage, welchen Erkenntnisgewinn sich die Stasi von Geruchspuren, der aufwendigen Bestimmung von Koenings Schreibmaschinentyp oder der Information, der Ordensbruder interessiere sich für Volleyball⁶⁹⁰, versprach.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass der Informationsgehalt in keinem Verhältnis zum Umfang des Aktenmaterials zu Koenig (über 7.000 Seiten) steht. Längst bekannte Sachverhalte wurden ständig wiederholt und immer wieder neu bestätigt. Obwohl die Spionagetätigkeit zum OV „Gast“ ab 1984 von Berlin aus gelenkt wurde und die einzelnen Dienststellen eng vernetzt agierten, wurden die erarbeiteten Fakten kaum in übergeordnete Zusammenhänge gebracht. So wurden beispielsweise frühere IM-Berichte zum Hiltruper Kloster offenbar nicht genutzt, um die Aufträge für spätere Besuchsreisen zu Koenig nach Münster zu spezifizieren. Die IM-Berichte ähneln sich daher sehr stark, enthalten aber wenig neue Informationen. Das wiederholte Abfragen eigentlich bekannter Sachverhalte ist ein Ausdruck des hartnäckigen Misstrauens, das das MfS sowohl seinen wichtigsten Quellen, den Inoffiziellen Mitarbeitern, als auch dem gesamten Material gegenüber an den Tag legte.

Ein weiteres Problem ergab sich aus dem Kompetenz-Wirrwarr des ausufernden Ministeriums für Staatssicherheit. Trotz regelmäßiger Koordinierungsabsprachen kam es beispielsweise zu Fehlplanungen bei der operativen Bearbeitung von Koenig. So war etwa der Besuch von Eva Falkenstein im Mai 1989 laut eines Berichts der ZKG nicht ordnungsgemäß abgestimmt. Dadurch sei die IMB „Eva Schneider“, die fast zeitgleich nach Münster reiste, *ernsthaft gefährdet* gewesen.⁶⁹¹ Ein *ähnliches Vorgehen*, so die Kritik der ZKG, *dürfe unter keinen Umständen wiederholt werden*.⁶⁹²

Die Fehlerquellen und Abstimmungsschwierigkeiten auf der empirischen Ebene erklären aber nicht, warum Koenings Gefährlichkeit im Bild des MfS derart überhöht und seine Aktivitäten kriminalisiert wurden. Die Gründe hierfür sind vielmehr auf der Bewertungsebene zu suchen.

689 Bericht des IMB „Klaus Meier“ zum K.v.G. vom 27. 9. 1982, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 249f.

690 Bericht der ZKG vom 22. 9. 1983, in: ebd., Bd. II, Bl. 310.

691 Aktenvermerk der ZKG, Abteilung 5, vom 7. 9. 1989, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 3, Bd. VI, Bl. 233.

692 Ebd.

Probleme auf der Bewertungsebene

Das MfS wertete Koenings Brief- und Paketaktion insgesamt als Versuch, *bei den DDR-Bürgern ... materielle und ideelle Abhängigkeiten* zu entwickeln.⁶⁹³ Die inhaltliche Gestaltung seiner Korrespondenz sei so aufgebaut, dass die *Verbindungspartner keinerlei Schutzbedürfnis entwickeln*.⁶⁹⁴ Dadurch erhalte Koenig *in sehr differenzierter Form und Intensität* Informationen, mit deren Hilfe er sich ein Stimmungsbild der DDR-Bevölkerung *zurechtlegen* könne.⁶⁹⁵ Dieses Material stelle er wahlweise der Feindorganisation HILFERUFE VON DRÜBEN⁶⁹⁶, westdeutschen Medien⁶⁹⁷ oder Regierungsbehörden der BRD⁶⁹⁸ zur Verfügung, die es gegen die DDR verwendeten. Seinen großen Einfluss auf die Briefpartner, so die Deutung des MfS, nutze Koenig auch, um eine *feindlich-negative Handlungsbereitschaft* zu entwickeln.⁶⁹⁹

Diese Deutungen werden durch den ideologischen Hintergrund des MfS verständlich. Der SED-Staat vertrat die Auffassung, dass oppositionelles Handeln in der DDR nur durch den feindlichen Einfluss, durch die *politisch-ideologische Diversion* einer ausländischen Macht entstehe.⁷⁰⁰ Im Zeitalter des Kalten Krieges greife der bürgerliche Westen die DDR nicht militärisch an, sondern nutze die Mittel der *politisch-ideologischen Diversion*, um die DDR-Bürger gegen den Sozialismus aufzuwiegeln. Die BRD unterstütze dabei gezielt feindlich-negative Kräfte in der DDR, wie Oppositionelle und Ausreisewillige, und versuche, über persönliche Kontakte die *angelernte sozialistische Überzeugung* beim einzelnen DDR-Bürger *zu zersetzen*.⁷⁰¹ So gesehen waren Koenings zahlreiche Kontakte in die DDR für das MfS in höchstem Grade verdächtig: Es verstand diese Brieffreundschaften als *politisch-ideologischen Angriff*.⁷⁰²

693 Eröffnungsbericht der KD Wismar vom 9. 3. 1989, in: ebd., Bl. 188.

694 Sachstandsbericht der KD Wismar vom 12. 7. 1989, in: ebd., Bl. 224.

695 Eröffnungsbericht der KD Wismar vom 9. 3. 1989, in: ebd., Bl. 193.

696 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 21. 5. 1984, in: ebd., TV 2, Bd. IX, Bl. 127.

697 Absprache der ZKG mit der BKG Cottbus vom 15. 3. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 23.

698 Bericht der BKG Cottbus vom 21. 9. 1983, in: ebd., Bd. I, Bl. 338.

699 Eröffnungsbericht der KD Wismar vom 9. 3. 1989, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 3, Bd. VI, Bl. 188.

700 Zur Definition der politisch-ideologischen Diversion (PID) vgl. SUCKUT, a. a. O., S. 303ff.

701 SUCKUT, a. a. O., S. 303.

702 Eröffnungsbericht der KD Wismar vom 9. 3. 1989, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 3, Bd. VI, Bl. 191.

Eine weitere Grundannahme des Staatssicherheitsdienstes war, dass die Zentren der PID immer eng mit den imperialistischen Geheimdiensten zusammenarbeiten.⁷⁰³ Dementsprechend war das MfS von Beginn an auf der Suche nach Koenings *Hintermännern*.⁷⁰⁴ Die geographische Nähe der Polizeiführungsakademie war für das Ministerium daher Grund genug, den Verdacht des Mitwirkens der BRD-Polizei aufzustellen.⁷⁰⁵ In der Publikation *Polizei der BRD. Polizei der Monopole*⁷⁰⁶ fand die BKG Cottbus weitere Anhaltspunkte für diese Theorie. Dort sind besonders die guten Verbindungen zum Bundesnachrichtendienst und vor allem zum Verfassungsschutz hervorgehoben.⁷⁰⁷ Wie ernsthaft das MfS nach dem geheimdienstlichen Hintergrund Koenings fahndete, belegt auch ein Schreiben vom Januar 1983, in dem die BKG Cottbus der Abteilung II den Auftrag erteilt, mit Hilfe zweier Briefe des Ordensbruders in den MfS-Speichern einen Schriftenvergleich durchzuführen. In der Begründung heißt es: *Es besteht der Verdacht eines Zusammenwirkens mit imperialistischen Geheimdiensten*.⁷⁰⁸

Mit einer Reihe gewagter Interpretationen versuchte das MfS, Koenings Brieffreundschaften in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Aus der richtigen Information eines IM, Koenig verwalte seine Korrespondenz mittels einer Kartei und Handakten, und dem falschen Zusatz, er speichere diese Daten auch im Computer, schloss das Ministerium, daß K. Nachrichten sammelt, diese publizistisch vermarkten lässt bzw. nachrichtendienstlichen Verwendungszwecken zuführt.⁷⁰⁹ Die These der MfS, im Kardinal-von-Galen-Gymnasium würden Kader ausgebildet, die in afrikanischen Staaten bzw. in Entwicklungsländern zum Einsatz kommen⁷¹⁰, be-

703 SUCKUT, a. a. O., S. 305.

704 Absprache der ZKG mit der BKG Cottbus vom 15. 3. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 23.

705 Sachstandsbericht der Hauptverwaltung, Abteilung Zollfahndung vom 29. 3. 1983, in: ebd., Bd. IV, Bl. 61.

706 KÖHLER, P. et al.: *Polizei der BRD. Polizei der Monopole. Entstehung, Aufgaben und Struktur des Polizeiapparats der BRD, seine Rolle im Herrschaftsmechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus und das Zusammenwirken mit den Geheimdiensten bei der Unterdrückung der demokratischen Kräfte*, Berlin 1972 (Anlage 10 zum Bericht der HA, Abteilung Zollfahndung, vom 19. 3. 1983, in: ebd., Bl. 195–200).

707 KÖHLER, a. a. O., S. 207 (ebd., Bl. 197).

708 Schreiben der BKG Cottbus an die Abteilung II vom 27. 1. 1983, in: ebd., Bd. II, Bl. 160. Laut Koenig wurde er nur einmal, 1980, vom Verfassungsschutz zu einem Briefpartner befragt, Interview vom 1. 3. 2002.

709 Quartalsbericht 1/84 der ZKG, ohne genaue Datumsangabe, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. V, Bl. 143.

710 Ebd.

zog sich vermutlich auf einen Zeitungsbericht über Schüler, die ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Ausland absolvieren. Koenings Bitte an seine Briefpartner, ein Foto zu schicken, wertete das MfS als Versuch, *kompromittierendes Material zu diesen Personen* zu beschaffen.⁷¹¹ Und als der IM „Sammler“ über die vermeintlich luxuriöse Ausstattung des Klosters berichtete, witterte das MfS *größere Finanzgeber* im Hintergrund.⁷¹²

Diese Beispiele zeigen, dass der Staatssicherheitsdienst immer auf der Suche nach einer steuernden Macht hinter Koenings Ein-Mann-Betrieb war. Die Möglichkeit, dass der Ordensbruder aus eigenem Antrieb handelte, zog das MfS offenbar nicht ernsthaft in Betracht. Auch die Umsetzung seines Projektes im Alleingang traute der Staatssicherheitsdienst ihm anscheinend nicht zu. Er vermutete weitere Arbeitskräfte hinter Koenig. Schon 1983 stellte die Hauptabteilung Zollfahndung fest, die Anzahl an Paketen und die sich daraus ergebende briefliche Korrespondenz seien schon zeitlich *kaum von einer Person zu bewältigen*.⁷¹³ Diese Vermutung wurde durch die oben genannte Fehlinformation des IM „Schreiber“, ein mit „Theo“ unterschriebener Brief stamme nicht von ihm selbst, gestützt und zu der These ausgeweitet, *daß der Koenig nicht mehr selbst die Korrespondenz führt*.⁷¹⁴ Hier zeigt sich, dass der Staatssicherheitsdienst bei dem kleinsten Hinweis, der in sein ideologisches Konzept passte, bereit war, auch längst überprüfte Sachverhalte anzuzweifeln. Obwohl zu diesem Zeitpunkt – Mitte 1983 – schon zwei Inoffizielle Mitarbeiter vor Ort gewesen waren und sich ein Bild von Koenings „Ein-Mann-Betrieb“ gemacht hatten, verabschiedete sich das MfS nicht von der Theorie einer Organisation hinter dem Ordensbruder. Auch das Untersuchungsergebnis der hauseigenen Kriminalisten, dass *alle vorgelegten Texte von ein und demselben Schreiber geschrieben und/oder vom selben Autor verfasst wurden*⁷¹⁵, änderte daran nichts. Noch 1989 griff die KD Wismar die These wieder auf, dass es sich bei Koenig um einen *möglicherweise geheimdienstlich gesteuerten Mitarbeiter der Feindorganisation „Hvd“* handele.⁷¹⁶

Zusätzlich zur ideologischen Komponente muss beachtet werden, dass die verantwortlichen Mitarbeiter des MfS bei ihrer Analyse ausschließlich auf

711 Ebd.

712 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 21. 5. 1984, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 125.

713 Sachstandsbericht der Hauptverwaltung, Abt. Zollfahndung vom 29. 3. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. IV, Bl. 58.

714 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 30. 3. 1983, in: ebd., Bd. I, Bl. 135.

715 Bericht der Techn. Untersuchungsstelle v. 6. 2. 1984, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. III, Bl. 198.

716 Eröffnungsbericht der KD Wismar vom 9. 3. 1989, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 3, Bd. VI, Bl. 193.

Informationen aus zweiter Hand angewiesen waren. Sie konnten sich selbst kein reales Bild von der Situation machen, sondern mussten aus einem geschlossenen System heraus Annahmen über eine Außenwelt treffen, die sie nie mit eigenen Augen gesehen hatten. So lässt sich auch erklären, warum viele Schlussfolgerungen des MfS über Koenings Aktivitäten dem sprichwörtlichen Prinzip „von sich auf andere schließen“ zu folgen scheinen. Ein gutes Beispiel dafür ist die „Stützpunkthese“, die das MfS entwickelte, um Koenings Kontakte zu „DDR-treuen“ Familien zu erklären. Das Ministerium glaubte, bestimmte Mechanismen erkannt zu haben – Kontaktaufnahme über finanzielle Anreize, das Schaffen bestimmter Abhängigkeiten und die anschließende *ideologische Korruption*⁷¹⁷ –, mit denen Koenig sich eine Mitarbeiterbasis in der DDR aufzubauen versuchte. Diese Schlagworte beschreiben zwar keine Strategie des Ordensbruders, erinnern aber an die Werbungsversuche des MfS bei Inoffiziellen Mitarbeitern.⁷¹⁸

Bemerkenswert ist auch, dass der Staatssicherheitsdienst zumindest in den offiziellen Berichten zu keinem Zeitpunkt die Möglichkeit in Betracht zog, längst alles über Koenings Aktion zu wissen – dass es keine Hintermänner zu entlarven und keine geheimen Machenschaften aufzudecken gab.⁷¹⁹ Im Februar 1984 bemerkte die ZKG: *Koenig macht aus seiner Tätigkeit in seinem beruflichen und privaten Umfeld kein Geheimnis und stellt dies [sic!] als karitative Hilfe und Unterstützung dar.*⁷²⁰ Hier wird deutlich, dass die Stasi selbst Koenings Offenheit als geschickte Inszenierung, als Tarnung seiner eigentlichen Aktivitäten deutete. Sie misstraute aus diesem Grund auch den detaillierten Auskünften der Inoffiziellen Mitarbeiter. Dass Koenig diesen gegenüber übereinstimmend angab, er handle *im Namen von Jesus Christus und der Nächstenliebe* und sei *frei von jedweden politischen Motiven* überzeugte das MfS nicht.⁷²¹ Es interpretierte diese Aussagen vielmehr als *Deckmantel* für die *subversiven Zielstellungen* des Ordensbruders.⁷²² Der Analyse des MfS zufolge entstand bei den Brief-

717 Vgl. ebd., Bl. 188–193.

718 Vgl. MÜLLER-ENBERGS, bes. den Abschnitt zum Rekrutierungsprozess, S. 118–151.

719 Noch 1989 verfolgte die KD Wismar das Ziel der *öffentlichkeitswirksamen Entlarvung und Kompromittierung [sic!] des K. und seiner Hintermänner*, Bericht vom 9. 3. 1989, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 3, Bd. VI, Bl. 188.

720 Bericht über die Koordinierungsabsprache zwischen der ZKG und der BKG Cottbus vom 22. 2. 1984, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 112.

721 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 25. 10. 1983, in: ebd., Bl. 104.

722 Abschlussbericht zum TV „Gast“ der BKG Cottbus vom 31. 7. 1987, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 353.

partnern durch diese Täuschung der Eindruck einer *uneigennützigen Tätigkeit*, weshalb diese Koenig *vorbehaltlos* Informationen übermittelten.⁷²³

Auch hinter Koenings Weihnachtsrundbriefen vermutete das MfS einen politischen Appell. 1983 verschickte der Ordensbruder die Geschichte „Ansprache einer Kerze“, in der die BKG Cottbus eine *Aufforderung zum passiven Widerstand*⁷²⁴ zu erkennen glaubte. Ein Engagement aus humanitären Gründen und christlicher Nächstenliebe ohne eine explizit systemfeindliche Motivation lag für das MfS offenbar außerhalb des Vorstellbaren.

In einigen Berichten wird Koenig allerdings nicht primär als Täter dargestellt, sondern erscheint selbst als Opfer der *Feindorganisation „Hilferufe von drüben“*. In einem Auskunftsbericht der ZKG von 1981 heißt es, diese habe *BRD-Bürger ... unter dem Vorwand der „humanitären Hilfe“ zur Mitarbeit gewonnen und als Kontaktpersonen zu DDR-Bürgern in die Feindtätigkeit einbezogen.*⁷²⁵ Diese Darstellung lässt sich dadurch erklären, dass die Organisation HILFERUFE VON DRÜBEN für den Staatssicherheitsdienst ideologisch klarer zu positionieren war. Der Lippstädter Verein war aus Sicht des MfS ein *Erfüllungsgehilfe der reaktionärsten imperialistischen Kreise der BRD*⁷²⁶ und eindeutiger ein politischer Gegner als der Münsteraner Ordensbruder.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das MfS zu jedem Zeitpunkt sehr gut über Koenings Aktivitäten informiert war. Die Schlussfolgerungen, die der Staatssicherheitsdienst aus dem vorhandenen Material zog, waren aber ideologisch determiniert. Viele Aspekte des Feindbildes sagen also mehr über die Wahnvorstellungen und das Menschenbild des MfS als über Koenings tatsächliches Handeln aus. Hinzu kommt, dass der Staatssicherheitsdienst zwar versuchte, durch Kontrollmechanismen eine hohe Qualität seiner Informationen zu garantieren. Einige Stasi-Mitarbeiter strebten in ihren Bewertungen aber anscheinend danach, ihre eigene Wachsamkeit und ideologische Überzeugung zu demonstrieren. Dies stand möglicherweise einer realistischen Einschätzung im Weg. Fest steht aber, dass das Bild, welches sich das MfS von Koenig machte – unabhängig von seinem Realitätsbezug – die Arbeitsgrundlage für die Gegenschlüsse des Ministeriums war.

723 Sachstandsbericht der KD Wismar vom 12. 7. 1989, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 3, Bd. VI, Bl. 224.

724 Abschlussbericht der BKG Cottbus vom 31. 7. 1987, in: ebd., Bd. IX, Bl. 363. Die ZKG lieferte 1983 eine ausführliche Interpretation dieser Weihnachtsgeschichte (Dokument 4, S. 95).

725 Bericht der ZKG zur Feindorganisation „Hilferufe von drüben“ v. 12. 9. 1981, in: ebd., Bd. II, Bl. 11.

726 Ebd., Bl. 6.

VI.2. Die Gegenschläge des Ministeriums für Staatssicherheit

Die „Aufklärung“ der in Münster georteten „Feindzentrale“ war für das MfS der Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen. Die KD Herzberg beschränkte sich anfangs darauf, das vorhandene Material zu Koenig zu sichten, neue Informationsquellen zu erkunden und Inoffizielle Mitarbeiter zu werben. Gegenmaßnahmen spielen in den Berichten von 1980 noch keine Rolle. Doch schon einen Auskunftsbericht zur Täterpersönlichkeit Koenings⁷²⁷ und zwei Operativpläne später nannte die BKG Cottbus als langfristiges Ziel die *Unterbindung der subversiven Tätigkeit des K. in die [sic!] DDR*.⁷²⁸ Damit war klar, dass die Aufklärungsarbeit für das MfS Mittel zum Zweck war, um aktiv eingreifen zu können. Im Folgenden soll untersucht werden, welche Maßnahmen das MfS plante und durchführte, um Koenings Hilfsprojekt zu bekämpfen. Dabei lassen sich Aktionen gegen den Ordensbruder selbst, gegen seine Hilfsaktion und gegen die Briefpartner unterscheiden, wobei die ersten beiden eng mit einander verknüpft waren.

VI.2.1 Maßnahmen gegen Koenig und seine Hilfsaktion

In bürokratischem Stasi-Deutsch formuliert, lautete das Ziel der operativen Maßnahmen gegen Koenig, den Ordensbruder zu *verunsichern ... und zu zersetzen ...*.⁷²⁹ Der semantische Gehalt des Wortes „zersetzen“⁷³⁰ deutet daraufhin, dass das MfS bemüht war, die Opfer solcher Maßnahmen zu „entmenschlichen“. In der Richtlinie Nr. 1/76 hatte Erich Mielke unter dem Sammelbegriff „Zersetzung“ die Maßnahmen aufgeführt, durch die *feindlich-negative ... Kräfte... zersplittert, gelähmt, desorganisiert und isoliert und ihre feindlich-negativen Handlungen ... vorbeugend verhindert, wesentlich eingeschränkt oder gänzlich unterbunden werden sollten*.⁷³¹ Als Formen der Zersetzung nennt die Richtlinie unter anderem die *systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes*, die *systematische Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens*, die *zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen* sowie das *Erzeugen von Misstrauen* und das *Verstärken von Rivalitäten* innerhalb der Feindorganisationen.⁷³² Der Text zählt auch *bewährte Mittel*

727 Auskunftsbericht zu Theo Koenig vom 12. 11. 1980, in: ebd., TV 2, Bd. IX, Bl. 32–35.

728 Bearbeitungskonzeption der BKG Cottbus vom 15. 12. 1981, in: ebd., Bl. 65.

729 Bearbeitungskonzeption der ZKG vom 17. 7. 1987, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. I, Bl. 126.

730 Zum Zersetzungs-begriff vgl. Suckut, a. a. O., S. 422.

731 Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV), abgedruckt in: GILL, David / SCHRÖTER, Ulrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 389.

732 Ebd., S. 390/91.

und Methoden auf – etwa die Verwendung *anonymer oder pseudonymer Briefe und kompromittierender Fotos* oder die *gezielte Vorbereitung [sic!] von Gerüchten über bestimmte Personen*.⁷³³

„Zersetzende Maßnahmen“

Das MfS bemühte sich, diesen allgemeinen Maßnahmenkatalog individuell auf Koenig zuzuspitzen. Dabei wird die Verzahnung der Bereiche „Aufklärung“ und „Abwehr“ innerhalb des Staatssicherheitsdienstes deutlich: Um Koenings Ruf ruinieren oder sein Selbstvertrauen untergraben zu können, musste das MfS zunächst mögliche Schwachstellen herausfinden. Aus diesem Grund interessierte sich die ZKG insbesondere für *Hinweise auf Rechtsverletzungen und Hinweise auf der bürgerlichen Moralauffassung widersprechende Handlungen* im Leben des Ordensbruders.⁷³⁴

Die IMB „Eva Schneider“ bekam – im typischen bürokratischen Duktus der Stasi – den Auftrag, *Informationen zur Einleitung diskriminierender und zersetzender Maßnahmen gegen die Feindperson Koenig* zu sammeln.⁷³⁵

Und die BKG Cottbus wurde angehalten, das bisherige Material aus der *OV- und Untersuchungstätigkeit* zu durchforsten – auf der Suche nach brisanten Fakten, die sich für *Zersetzungs- und Verunsicherungsmaßnahmen* eignen könnten.⁷³⁶

Während die Spionage *unter strengster Wahrung der Konspiration*⁷³⁷ stattfinden sollte, war bei den Gegenschlägen ein möglichst großes Publikum erwünscht – das MfS plante, Koenig *öffentlichkeitswirksam zu entlarven*.⁷³⁸ Gerade dieser Punkt könnte erklären, warum die „zersetzenden Maßnahmen“ im Falle von Koenig wenig erfolgreich waren. Die meisten anderen Bundesbürger, die als „feindliche Personen“ ins Visier der Stasi gerieten, standen mehr oder weniger in der Öffentlichkeit (Politiker, Unternehmer, führende Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen) oder waren zumindest in der Lage, diese herzustellen (Journalisten). Koenig aber hatte keinen öffentlichen Ruf und infolge dessen auch keinen solchen

733 Ebd.

734 Bearbeitungskonzeption der ZKG vom 17. 7. 1987, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. I, Bl. 112ff.

735 Operativplan der KD Wismar vom 9. 3. 1989, in: ebd., TV 3, Bd. VI, Bl. 195.

736 Absprache der ZKG mit der BKG Cottbus vom 22. 2. 1984, in: ebd., TV 2, Bd. IX, Bl. 117.

737 Bearbeitungskonzeption der ZKG vom 17. 7. 1987, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. I, Bl. 123.

738 Stellungnahme der BKG Rostock zur Eröffnung des TV 3 vom 16. 3. 1989, in: ebd., Bd. VI, Bl. 199.

zu verlieren – wodurch eine öffentlichkeitswirksame Entlarvung zumindest erschwert wurde.

Ähnlich schwierig dürfte es für das MfS gewesen sein, berufliche Misserfolge Koenings einzufädeln. Seine Tätigkeit im Schulsekretariat bot hier kaum Ansatzpunkte. Abgesehen davon verfolgte der Ordensbruder keine Karrierepläne, und sein Selbstvertrauen gründete vermutlich weniger auf beruflichen Erfolgen als in seinem Glauben. Ob es entsprechende Maßnahmen des Staatssicherheitsdienstes überhaupt gegeben hat, lässt sich indes nur schwer nachvollziehen, da mit den Operativplänen der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) die wichtigsten Quellen vernichtet wurden.⁷³⁹

In den vorhandenen Akten gibt es aber Hinweise darauf, dass das MfS zumindest versucht hat, Koenig bei seinen Vorgesetzten zu diskreditieren. 1982 entwickelte die ZKG den Plan, *über kirchliche Kreise die OV-Person zu beeinflussen, seine feindlichen Aktivitäten gegenüber der DDR im Auftrage der Feindorganisation „Hvd“ einzustellen*.⁷⁴⁰ Organisiert wurde dieser Einsatz von der Hauptabteilung XX.⁷⁴¹ Über Inhalt oder Erfolg der Maßnahmen lässt sich den Berichten nichts entnehmen. Laut Koenig hat es aber nie irgendwelche Einmischungsversuche von Kirchenoberen in seine Hilfsaktion gegeben, was seine Mitbrüder Manfred Simmich und Herbert Spellmeyer bestätigten.⁷⁴²

Auch die anderen „bewährten Methoden“, die die Zersetzungs-Richtlinie vorschlägt, ließen sich schlecht auf Koenig übertragen. Auf der Suche nach Rechtsverletzungen und moralischen Fehlritten wurde das MfS bei dem Ordensbruder nicht fündig. Und die Taktik, Rivalitäten innerhalb der Führungsriege einer Feindorganisation auszunutzen, war schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil Koenig seine Arbeit im Alleingang erledigte. Dass der Staatssicherheitsdienst dennoch einige Versuche unternahm, die vermeintliche Organisation zu „unterwandern“, lag wohl daran, dass sie den Ein-Mann-Betrieb immer wieder in Frage stellte. Der IMB „Sonntag“ alias Robert Schmidt sollte sich Koenig im Februar 1983 beispielsweise als Mitarbeiter anbieten.⁷⁴³ Als dieser Plan scheiterte, sah die BKG Cott-

739 Vgl. zum Aufbau und zur Auflösung der HV A: KNABE, Hubertus (Hrsg.): West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“, Berlin 1999 (Analysen und Dokumente; Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik; Bd. 18), S. 133–182.

740 Quartalsanalyse der ZKG, Abteilung 1, vom 11. 10. 1982, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. V, Bl. 91.

741 Bericht der HA XX, Abteilung 4, vom 23. 8. 1982, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 251.

742 Interviews mit Koenig und Herbert Spellmeyer, jeweils v. 22. 8. 2002 und Manfred Simmich v. 11. 7. 2002.

743 Maßnahmekonzeption der KD Leipzig-Land vom 15. 2. 1983, in: ZOV Kontra, TV 2, Bd. XV, Bl. 63.

bus jedoch ein, dass *ein direktes Eindringen von inoffiziellen Kräften in das Führungszentrum des Koenig in Münster mit den bisherigen operativen Kräften nicht zu erreichen sei*.⁷⁴⁴ Auch dessen Unterstützerkreis bot sich nicht an, um Misstrauen zu säen oder Koenings Ruf zu schädigen. Mit seinen Sponsoren verband den Ordensbruder schließlich kein Dienstweg oder eine anonyme Interessengemeinschaft, sondern eine freundschaftliche oder verwandtschaftliche Beziehung.

Strafrechtliche Verfolgung

Das MfS beließ es aber nicht bei dem Versuch, Koenig zu „zersetzen“ und seine „feindlichen Aktivitäten“ dadurch zu unterbinden. Es gibt Quellen, die belegen, dass der Staatssicherheitsdienst versuchte, dessen Person auch physisch habhaft zu werden. Die Voraussetzung dafür bildete die strafrechtliche Verfolgung des Ordensbruders in der DDR. Im Mai 1980 wurde Koenig erstmals in einem Gerichtsurteil als Helfer der HILFERUFE VON DRÜBEN und damit einer *ausländischen Organisation im Sinne des § 97 StGB* charakterisiert.⁷⁴⁵ Im Abschlussbericht des TV „Gast“ vom 31. Juli 1987 nannte die BKG Cottbus sechs Untersuchungsvorgänge (UV), in denen die *straftprozessualen Beweise* erbracht worden seien, dass Koenig *subversiv gegenüber der DDR in Erscheinung tritt*.⁷⁴⁶ Als weitere Beweisstücke sind Briefe des Ordensbruders und einige Presseveröffentlichungen aufgeführt.⁷⁴⁷ Verantwortlich für den strafrechtlichen Teil der „operativen Bearbeitung“ war die Hauptabteilung IX, die Untersuchungs- und Ermittlungsbehörde des MfS, die an den meisten politischen Prozessen in der DDR beteiligt war.⁷⁴⁸

Weitere Details zu dieser Strafverfolgung lassen sich den vorhandenen Akten nicht entnehmen. Einen interessanten Hinweis bekam Koenig von einer Briefpartnerin aus Meißen bei Kassel. Margarete D. schrieb ihm 1980, ihre Schwiegertochter in der DDR habe berichtet, dass gegen ihn ein Prozess gelaufen sei: *Wegen „staatsfeindlichen Handlungen“ bist Du drüben verurteilt worden ...*.⁷⁴⁹ Mit solchen Informationen wurden Koe-

744 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 30. 3. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 137.

745 Urteil des Bezirksgerichtes Dresden vom 13. und 15. 5. 1980 in der Strafsache gegen Elenore Edith S., in Auszügen abgedruckt in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. III, Bl. 34ff.

746 Abschlussbericht zum TV „Gast“ der BKG Cottbus vom 31. 7. 1987, in: ebd., Bd. IX, Bl. 170.

747 Ebd., Bl. 171.

748 Vgl. KNABE: West-Arbeit, S. 121.

749 Brief von Margarete D. an Theo Koenig, 1980 (ohne weitere Datumsangabe), in: Briefakte D.

nings Briefpartner in Verhören durch die Staatssicherheit konfrontiert. Es ist allerdings unklar, inwieweit es sich bei diesen Angaben des MfS um Drohgebärden handelte – oder ob dem Ordensbruder tatsächlich in Abwesenheit der Prozess gemacht wurde.⁷⁵⁰ Anfang 1990 fragte Koenig direkt beim Obersten Gericht der DDR an, ob er in der DDR tatsächlich als „Staatsfeind“ zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden sei.⁷⁵¹ Die knappe Antwort der Grundsatzabteilung: Das Oberste Gericht der DDR erteile keine Auskünfte.⁷⁵²

Fest steht, dass Koenig vom MfS „strafrechtlich bearbeitet“ wurde – und daher vermutlich vor Gericht gestellt worden wäre, sobald er ein sozialistisches Land betreten hätte. Ähnlich sah das auch das Bundespräsidialamt, das ihm nach einer entsprechenden Anfrage im Jahre 1982 aufgrund *aktualisierter Informationen* aus dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen von einer Reise in die DDR abriet.⁷⁵³

Dass eine solche Reise für Koenig im Gefängnis geendet hätte, erscheint wahrscheinlicher, wenn man die Anstrengungen des Staatssicherheitsdienstes betrachtet, ihn zu einer Reise in Staaten des sozialistischen Blocks zu bewegen. Im Januar 1983 erhielt Eva Falkenstein den Auftrag, ihren Brieffreund zu einem Treffen in der ČSSR zu animieren.⁷⁵⁴ Von einer Schulfahrt ins Nachbarland gab Falkenstein zunächst eine Ansichtskarte nach Münster auf. Im nächsten Brief – so die Anweisung des MfS – sollte sie dann *die Möglichkeit eines Treffens in dieser Gegend direkt als Einladung aussprechen*.⁷⁵⁵ Dass dieses Treffen nur den Zweck haben sollte, weitere Informationen über Koenig zu sammeln, ist unwahrscheinlich. Ein Besuch in Münster wäre leichter zu organisieren gewesen – außerdem kannte das IM-Ehepaar den Ordensbruder von früheren Besuchen schon persönlich, „neuwertige Informationen“ waren daher nicht zu erwarten.

Koenig lehnte Falkensteins Vorschlag mit der Begründung ab, dass sein Urlaub erstens schon verplant sei und er zweitens von *kompetenten Stel-*

750 Interessant ist, dass beispielsweise Löwenthal und Clausen in ihren Akten keine Hinweise fanden, dass gegen sie in der DDR strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet wurden, Interview mit Claus P. Clausen vom 30. 5. 2002.

751 Brief von Theo Koenig an das Oberste Gericht der DDR vom 7. 2. 1990, in: Ordnungsakte BK-2.

752 Brief der Richterin Kern an Theo Koenig vom 14. 3. 1990, in: ebd.

753 Brief des Bundespräsidialamtes an Theo Koenig vom 18. 3. 1982, in: Büroakte BK-3; vgl. hierzu Kap. V.

754 Treffbericht der BKG Cottbus vom 21. 1. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 77.

755 Treffbericht der BKG Cottbus vom 25. 2. 1983; Kopie des Briefes vom 18. 3. 1983, in: ebd., Bl. 79 u. 98.

len gebeten worden sei, *nicht mehr in den anderen Teil Deutschlands zu fahren*.⁷⁵⁶ Für die BKG Cottbus war damit der Beweis erbracht, *daß staatliche Stellen der BRD Kenntnis von der subversiven Tätigkeit des K. haben, ihn beraten und Verhaltensrichtlinien erteilen*.⁷⁵⁷ Dadurch war der ČSSR-Plan für den Staatssicherheitsdienst offenbar uninteressant geworden, die Idee eines Treffens im sozialistischen Ausland wurde fallen gelassen. Das MfS reagierte damit aber nicht nur auf Koenigs Weigerung, die Einladung anzunehmen. Ein Gerichtsprozess gegen einen Bundesbürger, der mit den westdeutschen Behörden in Kontakt stand, wäre in der Entspannungsphase der deutsch-deutschen Beziehungen Mitte der 80er Jahre schwer durchsetzbar gewesen. Ob das MfS wirklich mit einer solchen Idee gespielt hatte, lässt sich aus dem vorhandenen Aktenmaterial nicht erschließen.

Eva Falkenstein stritt im Interview mit der Verfasserin und auch im Briefwechsel mit Koenig nach der Wende ab, ihre Einladung im Auftrag des MfS ausgesprochen zu haben. Die ČSSR-Reise sei eine Idee ihres Mannes gewesen, sie selbst habe ihren Brieffreund einfach wiedersehen wollen.⁷⁵⁸ Abgesehen davon habe sie Koenigs Bedenken nicht nachvollziehen können: *Warum soll er, wenn er zu den Tschechen kommt, dort gefährdet sein? Das hat mit unserem ... Staat nichts zu tun*.⁷⁵⁹ Ob Falkenstein die Fakten bewusst ignorierte oder sich vor Kritik zu schützen versuchte, bleibt unklar. Es ist jedoch fraglich, ob sie als Inoffizielle Mitarbeiterin überhaupt detailliert in die Pläne des MfS und die wahren Hintergründe der ČSSR-Reise eingeweiht war.

Interessant ist die Reaktion des MfS auf ein Ereignis Mitte 1984. Falkensteins Schwägerin Heike B. in Schlieben in der Nähe von Herzberg hatte Koenig, mit dem sie seit längerem in Briefkontakt stand, zu ihrer Hochzeit im November 1984 eingeladen. Sie überredete ihn, versuchshalber eine Einreisegenehmigung zu beantragen – die Koenig zu seiner großen Überraschung wenige Wochen später in der Hand hielt. Er habe nie die Absicht gehabt, tatsächlich in die DDR zu fahren, aber die Gelegenheit nutzen wollen, *die Stasi hinters Licht zu führen*, erinnert er sich.⁷⁶⁰ Die vielen Berichte, die sich zur *Hochzeitsproblematik* in den Akten finden,

756 Zitiert nach einem Teilabdruck im Bericht der BKG Cottbus vom 30. 3. 1983, in: ebd., Bd. I, Bl. 136.

757 Ebd.

758 Interview mit Eva Falkenstein v. 6. 4. 2002; Brief von Falkenstein an Koenig v. 26. 8. 1995 in: Fallakte S-1.

759 Interview mit Eva Falkenstein vom 6. 4. 2002.

760 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

belegen, dass das MfS zumindest verunsichert war. Die BKG Cottbus wunderte sich, warum ihr IM „Schreiber“ nicht über Koenings Reisepläne informiert war.⁷⁶¹ Eva Falkenstein gab die Frage an ihren Brieffreund weiter und machte ihm Vorwürfe, *bezüglich evtl. Geheimnisse ihr gegenüber*.⁷⁶² Bei einem Treffen mit der ZKG in Berlin am 5. April 1984 plädierte die BKG Cottbus schließlich dafür, Koenings Hochzeitszusage *als Testverhalten* zu bewerten.⁷⁶³

Wohl auch aufgrund der Erkenntnisse aus der ČSSR-Geschichte hatte das MfS kein Interesse mehr daran, Koenig in die DDR reisen zu lassen. Die ZKG veranlasste eine Einreisesperre, und die Hauptabteilung I – zuständig für Grenzsicherung und Spionageabwehr – sollte operative Maßnahmen einleiten *mit dem Ziel, den K. zu der geplanten Hochzeitsfeier auszula-den*.⁷⁶⁴ Auch für den Fall, dass es Koenig dennoch gelingen sollte, zu dem Fest zu erscheinen, hatte das MfS vorgesorgt. Eva Falkenstein wurde instruiert, dann sofort ein Telegramm an das Cottbuser Ministerium zu schicken.⁷⁶⁵ Als die Hochzeitsfeier ohne den Besucher aus Westdeutschland stattfand, verbuchte die ZKG dies als Erfolg – es seien *Voraussetzungen für ein offensives Zurückdrängen der Kontakte des K. in den Bezirk Cottbus* geschaffen worden.⁷⁶⁶ Der Fahndungsbefehl, den die Hauptabteilung VI Ende des Jahres 1985 gegen Koenig erwirkte, ist möglicherweise eine späte Reaktion auf diese Episode. Dieser umfasste sowohl den Einreise- als auch den Transitverkehr und wäre bis Ende 1999 gültig gewesen.⁷⁶⁷

„Politische Maßnahmen“

Während sich diese Maßnahmen – wie auch die „Zersetzungs-Pläne“ des MfS – unmittelbar gegen Koenig richteten, stellten die „politischen Maßnahmen“ den Versuch dar, die offizielle Unterstützung seiner Hilfsaktion zu verhindern bzw. zu beenden. In Verhandlungen mit BRD-Regierungsvertretern, so die Anweisung der ZKG, müsse der subversive Charakter

761 Treffbericht der BKG Cottbus vom 3. 4. 1984, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 82.

762 Brief von Falkenstein an Koenig vom 27. 3. 1984, in: ebd.

763 Absprache der BKG Cottbus mit der ZKG, Abteilung 5, vom 5. 4. 1984, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. IX, Bl. 118.

764 Absprache zwischen der ZKG und der BKG Cottbus vom 5. 4. 1984, in: ebd., Bl. 120.

765 Treffbericht der BKG Cottbus mit dem IMS „Schreiber“ vom 6. 4. 1984, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 100.

766 Sachstandsbericht der ZKG, Abteilung 5, vom 21. 5. 1984, in: ebd., Bd. I, Bl. 133.

767 Fahndungsbefehl der HA VI, Abt. Fahndung, vom 12. 12. 1985, in: ebd., Bd. II, Bl. 344.

des Vereins HILFERUFE VON DRÜBEN und seiner Helfer herausgestellt werden. Die Reaktionen einzelner Regierungsvertreter bzw. der Berliner Rechtsanwälte Näumann & Salm auf Koenings Engagement legen zumindest die Vermutung nahe, dass solche Dossiers tatsächlich zur Anwendung kamen.⁷⁶⁸ Organisationen wie HVD und GfM setzten sich gegen die rufschädigenden Kampagnen des Staatssicherheitsdienstes öffentlich zur Wehr. Neben dem Kraftaufwand, den der heftig ausgetragene Streit mit westdeutschen Regierungsvertretern beide Organisationen gekostet haben dürfte, brachten die Maßnahmen der Stasi zumindest für die GfM auch finanzielle Einbußen mit sich.⁷⁶⁹ Koenig sah sich zwar ebenfalls den Vorwürfen einiger Politiker ausgesetzt, für seine Hilfsaktion war dies jedoch von geringer Bedeutung. Der Ordensbruder war weder auf eine positive Berichterstattung noch auf die Unterstützung durch unbekannte Spender angewiesen.

Unterbindung des Briefkontaktes

Es wäre allerdings falsch zu behaupten, die Gegenschlüge des MfS seien in Koenings Fall völlig wirkungslos gewesen. Allein durch die Brief- und Paketkontrollen besaß der Staatssicherheitsdienst ein sehr wirksames Instrument im Kampf gegen die DDR-Kontakte des Ordensbruders. In einigen Fällen – beispielsweise bei Familie Krüger oder Familie Zille – erwirkte das MfS sogar eine vollständige Postsperre, so dass Koenings Hilfe seine Briefpartner gar nicht mehr erreichte. Es stellt sich die Frage, warum das Ministerium die Briefe des Ordensbruders nicht einfach flächendeckend sperrte – wodurch dessen Aktivitäten unterbunden worden wären. Die Antwort darauf findet sich im Abschlußbericht zum TV „Gast“ vom 31. 7. 1987: *Eine generelle Unterbindung bzw. Zurückweisung von Kontaktbestrebungen des Koenig in die DDR stand nicht im Mittelpunkt der operativen Arbeit und ist im Hinblick auf den Grundlagenvertrag der Beziehungen DDR/BRD, speziell dem Postabkommen, politisch ungeeignet*.⁷⁷⁰ Obwohl das MfS für kurzfristige Maßnahmen gegenüber Oppositionellen oder Ausreisewilligen in der DDR relativ freie Hand hatte, musste das Ministerium auch Rücksicht auf die deutsch-deutschen Beziehungen nehmen. Dennoch konnte der Staatssicherheitsdienst Koenings Aktion über diese Kontrollmöglichkeit reglementieren und – wenn auch zeitlich begrenzt – einschränken.

768 Vgl. Kap. V.

769 WÜST, a. a. O., S. 195f.

770 Abschlussbericht der BKG Cottbus vom 31. 7. 1987, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 365.

Verstärkt seit 1985 wandte das MfS noch eine andere Methode an, um Koenings DDR-Kontakte zu unterbinden und den Ordensbruder zu verunsichern. Viele DDR-Bürger erhielten eine Vorladung des Staatssicherheitsdienstes, wo sie mit möglichen strafrechtlichen Konsequenzen ihrer Briefverbindung konfrontiert wurden. Manche wurden gezwungen, den Kontakt zu Koenig abubrechen und mussten oftmals noch an Ort und Stelle einen „Abschiedsbrief“ verfassen. Einige DDR-Bürger erklärten darin einfach knapp, *aus bestimmten Gründen* könne die jahrelange Brieffreundschaft nicht weiter bestehen.⁷⁷¹ Andere informierten Koenig detailliert über die Umstände. Eine Briefpartnerin aus Schwedt schrieb ihm, das MfS habe ihn als *Feind unserer Republik* bezeichnet.⁷⁷² Auf ihre Anfrage, *ob ich überhaupt keinen westdeutschen Kontakt haben dürfte, sagte man, mit jedem. Nur der Name Koenig dürfte nicht auftauchen.*⁷⁷³ Der Ordensbruder konnte zwar eine gewisse Genugtuung aus dieser besonderen Behandlung durch das MfS ziehen – war sie doch ein Beweis für die Angst des Ministeriums vor seinem Einfluss auf die DDR-Bürger.⁷⁷⁴ Dennoch musste er die Entscheidung seiner Briefpartner akzeptieren, um diese nicht zu gefährden.

Da Koenig über die Hintergründe solcher „Abschiedsbriefe“ nur Vermutungen anstellen konnte, war die Aktion auch dazu angetan, ihn zu verunsichern. Einige Schreiben sind geprägt von einer deutlichen Distanz zu dem Brieffreund im Westen. Ursula L. aus Herrnburg stand beispielsweise schon vier Jahre mit Koenig in regem Kontakt, bevor sie im April 1986 ihren „Abschiedsbrief“ formulierte. Die vertraute Anrede „Lieber Onkel“ erschien ihr zu diesem Anlass wohl deplaziert, so dass sie ein förmliches *Werter Herr Koenig!* wählte. Sie warf dem Ordensbruder vor, *daß Sie nicht nur Gutes tun, sondern durch Ihre Schuld auch Menschen in der DDR ins Gefängnis mussten. Sie waren für uns immer der liebe Onkel Theo, aber Sie wollen etwas ganz anderes.*⁷⁷⁵

Andere Briefpartner machten sich die Argumente des MfS noch deutlicher zu eigen: *Trotz direkter oder indirekter Fragen über Deine widersprüchliche Tätigkeit, haben wir nie eine klare Antwort erhalten. ... Im übrigen, Nächstenliebe und Unterstützung kannst Du auch Menschen Deines Landes geben, wenn es Dir nur darum geht.*⁷⁷⁶ Und eine Frau aus Krassig

771 Vgl. den Brief einer Familie aus Schöna an Theo Koenig vom 24. 1. 1985, in: Büroakte BK-7.

772 Brief einer Familie aus Schwedt an Theo Koenig vom 22. 7. 1987, in: ebd.

773 Ebd.

774 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

775 Brief von Ursula L. an Theo Koenig vom 22. 4. 1986, in: Briefakte L3-M1.

776 Brief einer Familie aus Schwedt an Theo Koenig vom 13. 9. 1986, in: Büroakte BK-7.

schrieb dem Ordensbruder: *Da wurde mir von einem Mitarbeiter der Staatssicherheit mitgeteilt, daß Du der Mann, für den wir Dich alle gehalten haben, leider nicht bist. Hinter Deinem Namen verbirgt sich eine Organisation, deren Handeln von mir und unserer Gesellschaft nicht gebilligt werden kann.*⁷⁷⁷

Dass die Stasi-Mitarbeiter in einigen Fällen auch inhaltliche Vorgaben machten, belegt ein vorformulierter Abschiedsbrief der BKG Cottbus, den eine Briefpartnerin aus Schwedt an Koenig schicken sollte.⁷⁷⁸ Das MfS begnügte sich also nicht damit, den Kontakt einfach zu unterbrechen und die Verbindungen des Ordensbruders in die DDR so zu „zerschlagen“, sondern legte offensichtlich Wert darauf, dass Koenig von diesen Maßnahmen auch erfuhr. Dies spricht dafür, dass der Ordensbruder durch die Abschiedsbriefe gezielt verunsichert werden sollte. Und gerade die *teilweise sehr gehässigen Briefe* verfehlten ihre Wirkung nicht: *Das war schon ein bisschen hart damals*, gibt Koenig zu.⁷⁷⁹ Er habe aber angenommen, dass das alles auf Druck der Stasi geschah, und deshalb versucht, sich nicht einschüchtern zu lassen: *Das war eben eine Diktatur, das war mir klar.*⁷⁸⁰

„Operative Kombinationen und Spiele“

Weitaus mehr verunsichert war Koenig durch eine andere Aktion des MfS. Im Sprachgebrauch des Staatssicherheitsdienstes fiel diese unter das Stichwort *operative Kombinationen und Spiele*⁷⁸¹ und stellte eine besonders subtile Gegenmaßnahme dar. Im Januar 1982 bekam Koenig einen Brief aus West-Berlin mit dem Absender „Gräser“, der ihn bat, sich mit einer Familie B. in Dresden in Verbindung zu setzen und diese in ihrem Ausreisewunsch zu unterstützen.⁷⁸² Gräser äußerte sich nicht dazu, woher

777 Brief einer Frau aus Krassig an Theo Koenig vom 18. 6. 1986, in: ebd.

778 Die BKG plante: *Die S. ist zu veranlassen, daß sie die Einstellung des postalischen Kontaktes dem K. mitteilt. Sie soll ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, daß K. unter dem Deckmantel der christlichen Nächstenliebe seine Kontaktpartner nur in Widerspruch zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR ... bringt. Sie wird ihre und die soziale Sicherheit des Kindes durch die zweifelhaften Machenschaften des K. nicht weiter einer Gefahr aussetzen und deshalb die Verbindung abbrechen ...*, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 340.

779 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

780 Ebd.

781 Abschlussbericht der BKG Cottbus vom 31. 7. 1987, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 172.

782 Brief von Gräser an Koenig vom 28. 1. 1982, in: Büroakte BK-7.

er Koenings Adresse hatte, teilte lediglich mit, dessen *geschätzte Unterstützung* für Ausreisewillige in der DDR sei ihm bekannt.⁷⁸³ Misstrauisch wurde der Ordensbruder, weil im weiteren Brieftext die Anrede *Ihre Organisation* verwendet wurde.⁷⁸⁴ Koenig wollte daher zunächst von Gräser wissen, wie der ausgerechnet auf ihn komme.⁷⁸⁵ Eine Antwort erhielt er nicht, sein Brief kam mit dem Vermerk *unbekannt verzogen* zurück.⁷⁸⁶

Im Nachhinein ist Koenig froh, so vorsichtig gewesen zu sein und dem Staatssicherheitsdienst nicht unfreiwillig die Beweise für ein Strafverfahren geliefert zu haben. Da ein Schriftwechsel mit Koenig in anderen Fällen als Beweis für „Landesverräterische Nachrichtenübermittlung“ (§ 99 StGB der DDR) oder „Staatsfeindliche Hetze“ (§ 106 StGB) gewertet wurde, ist ein solcher Hintergrund der beiden Schreiben durchaus denkbar. Diese Maßnahmen des Staatssicherheitsdienstes richteten sich also gleichermaßen gegen Koenig und seine Briefpartner: mit dem Ziel, den einen zu verunsichern und die anderen zu kriminalisieren.⁷⁸⁷

Dass das MfS zu diesem Zweck auch Briefe in seinem Namen verfasste, erfuhr Koenig durch einen Brief, der ihn im August 1983 erreichte. Familie T. aus Goslar schrieb darin: *Es war im September 1981, daß Sie uns nach Dresden als ehemaligen Antragstellern schrieben. Im gleichen Monat schrieben wir Ihnen abschlägig auf Ihr Angebot, unsere Angelegenheit zu veröffentlichen. Der Erfolg war schnell da: am 9. 10. 81 holte uns die Staatssicherheit.*⁷⁸⁸ Koenig ist sich jedoch sicher, der Familie nie geschrieben zu haben. Diese machte ihm schwere Vorwürfe bezüglich seines Engagements: *Da damals die halbe Staatssicherheit mit Ihren Kontakten ... gefüllt war, ist das wohl nicht der richtige Weg ...*⁷⁸⁹ Diese Geschichte beschreibt Koenig heute als *eine der erschütterndsten Sachen, die ich erlebt habe*⁷⁹⁰. Der Vorfall habe ihn dadurch so verunsichert, weil er seine Zweifel genährt habe: *Helfen oder schaden wir den Menschen drüben?*⁷⁹¹ Darüber hinaus zeigte die Begebenheit, wie leicht das MfS seinen Namen für „operative Spiele“ missbrauchen – und so sein

783 Ebd.

784 Ebd.; Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

785 Brief von Koenig an Gräser vom 15. 2. 1982, in: Büroakte BK-7.

786 Das „Spiel“ wiederholte sich noch zweimal mit anderen Absendern, Interview mit Theo Koenig v. 1. 3. 2002.

787 Vgl. VI.1.2.2.

788 Brief von Familie T. an Koenig vom 18. 8. 1983, in: Büroakte BK-7.

789 Ebd.

790 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

791 So beschrieb Koenig sein Gefühl in seinem Antwortbrief an Familie T. vom 28. 8. 1983, in: Büroakte BK-7.

Bestreben zu helfen ins Gegenteil verkehren konnte. Weitere Vorfälle dieser Art sind Koenig aber nicht bekannt.⁷⁹²

Einen gewissen Erfolg hatte das MfS auch bei dem Versuch, Koenig finanziell zu schädigen. Zunächst versuchte die BKG Cottbus, über Eva Falkenstein seine finanzielle Schmerzgrenze auszutesten. Der Sachstandsbericht vom 30. März 1983 erläuterte das Vorgehen: *Gleichzeitig erfolgte eine Erhöhung finanzieller Forderungen bis zu ca. 1.000 DM einmalig sowie monatlicher Wünsche nach Artikeln in einer Höhe von 80 bis 250 DM.*⁷⁹³ Auf diese Weise sei klar geworden, *daß Koenig nicht ständig über ausreichende finanzielle Möglichkeiten verfügt.*⁷⁹⁴ 1985 gelang es dem MfS dann, Koenings Liquidität empfindlich zu beeinträchtigen. Ein langjähriger Briefpartner von Koenig, Walter M. aus Markkleeberg, kooperierte mit dem Staatssicherheitsdienst und bat seinen Brieffreund um Hilfe für eine fiktive Republikflucht.⁷⁹⁵ Um seinen Sohn Uwe vor dem Armeeendienst zu bewahren, so der abenteuerliche Plan, sollte dieser in einem Elbkahn über die ČSSR nach Hamburg geschmuggelt werden. M. bat Koenig flehentlich, ihm die nötigen 1500 DM vorzustrecken. Um dieser Bitte nachzukommen, versetzte der Ordensbruder eine Briefmarkensammlung, da er diese Summe sonst nicht so schnell zur Verfügung gehabt hätte.⁷⁹⁶ Ein Bekannter von Walter M. in der BRD warnte Koenig zwar, es könne sich möglicherweise *um ein gezieltes Unternehmen der Staatssicherheit handeln.*⁷⁹⁷ Zum einen sei es *sträflich leichtsinnig* von M., seinen Plan in einem offenen Brief mitzuteilen, zum anderen sei der Preis für eine Fluchthilfeorganisation unrealistisch niedrig.⁷⁹⁸

Koenig vertraute aber seinem Briefpartner, der selbst als politischer Häftling im Zuchthaus Brandenburg gewesen war, und übersandte das Geld durch einen Kurier. Einige Wochen später schrieb ihm Walter M., die Flucht habe wegen einer Erkrankung seines Sohnes nicht stattfinden können. Gleichzeitig präsentierte er einen neuen Plan, in den seine dreiköpfige Familie und ein Freund einbezogen waren: Mit gefälschten Pässen für 8.000 DM sollte die Flucht über die ČSSR nach Westdeutschland gelin-

792 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

793 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 30. 3. 1983, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 135.

794 Ebd.

795 Vgl. zum Folgenden den Schriftverkehr zwischen Koenig und M. von 1985 bis 1986, in: Briefakte L3-M1.

796 Interview mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002.

797 Brief von Jürgen R. an Koenig vom 9. 6. 1985, in: Briefakte L3-M1.

798 Ebd.

gen. Koenig zahlte nochmals 7.000 DM⁷⁹⁹, aber auch dieses Unternehmen fand aus verschiedenen – vorgeschobenen – Gründen nie statt. In einer Aussprache 1995 beichtete Walter M. Koenig seine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst, der ihm das Geld jeweils sofort abgenommen habe.⁸⁰⁰ Die BKG Cottbus wertete die Aktion als Erfolg und vermerkte, *daß seit diesem Zeitpunkt erstmals Koenig sich zu finanziellen Einschränkungen äußert.*⁸⁰¹

Wirksamkeit der Maßnahmen gegen Koenig

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Wirkung der operativen Maßnahmen im Vergleich zum betriebenen Aufwand sehr gering war. Auch die ZKG war mit dem Resultat der eigenen Arbeit nicht zufrieden. Im zweiten Quartalsbericht 1989 resümierte sie: *Die bisher langfristig durchgeführten politisch-operativen und strafrechtlichen Maßnahmen zur Unterbindung bzw. Einschränkung der Kontakttätigkeit des KOENIG haben nicht den angestrebten operativen Erfolg gebracht, so daß es erforderlich ist, neue effektivere und wirksamere Möglichkeiten mit den entsprechenden Diensteinheiten zu erarbeiten.*⁸⁰² Dazu sollte der Staatssicherheitsdienst aber keine Gelegenheit mehr haben: Die sich überschlagenden Ereignisse der darauffolgenden Monate, die im Zusammenbruch der DDR gipfelten, verhinderten die Erprobung neuer Gegenschläge.

Auffällig ist, dass auch die Operativpläne und die Wahl der Gegenmaßnahmen von einer spezifischen Binnensicht des MfS geprägt sind, die die Gefährlichkeit Koenigs, wie auch die eigene Schlagkraft überhöhte. Dass die Bilanz des Staatssicherheitsdienstes nach neun Jahren „operativer Bearbeitung“ Koenigs derart schlecht ausfiel, lag aber wohl vor allem in der Besonderheit von Koenigs Aktivitäten begründet. Dieser Hilfsaktion – privat finanziert, von einer festen Glaubensüberzeugung getragen und ohne nennenswerten Bekanntheitsgrad – stand das MfS erstaunlich machtlos gegenüber.

VI.2.2. Maßnahmen gegen die Briefpartner

Die vermeintliche „Feindtätigkeit“ westlicher Organisationen diene dem Staatssicherheitsdienst auch als ideologische Rechtfertigung für ein hartes Durchgreifen gegenüber „widerständigem Verhalten“ im eigenen Land.

799 Aus verschiedenen Spendeneinkünften, Interview vom 23. 8. 2002.

800 Interviews mit Theo Koenig vom 1. 3. 2002 und 23. 8. 2002.

801 Abschlussbericht zum TV „Gast“ der BKG Cottbus vom 31. 7. 1987, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. IX, Bl. 173.

802 Quartalsbericht II/89 der ZKG (ohne genaue Datumsangabe), in: ebd., Bd. V, Bl. 211.

Oppositionelle, Republikflüchtlinge und Ausreiseantragsteller wurden als „Staatsfeinde“ deklariert, die vom imperialistischen Ausland inspiriert und gesteuert seien.⁸⁰³ Eine Briefverbindung mit BRD-Bürgern, die nicht auf einer verwandtschaftlichen Beziehung beruhte, war per se verdächtig, weil das MfS dahinter eine „Kontakttätigkeit“ im Rahmen der „politisch-ideologischen Diversion“ vermutete. Im Falle von Koenig betrachtete der Staatssicherheitsdienst dies sogar als erwiesen, da er von mehreren Bezirksgerichten der DDR *hinreichend als Feindperson* charakterisiert worden sei.⁸⁰⁴

Der „politisch-operativen Bearbeitung“ von Koenigs Briefpartnern lag aber keineswegs ein einheitlicher Maßnahmenkatalog zugrunde. Die 1976 erlassene „Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV)“ enthielt zwar eine Reihe praktischer Vorschläge, wie *vor allem vorbeugend ein Wirksamwerden feindlich-negativer Kräfte zu unterbinden* sei.⁸⁰⁵ Dennoch waren die Stasi-Offiziere angehalten, ihre Arbeit als schöpferischen Prozess zu betrachten und für jeden Fall *einen originellen, der Situation angepaßten Weg auszuarbeiten.*⁸⁰⁶ Eine deutliche Unterscheidung wird zudem bei der Behandlung von „DDR-treuen“ Briefpartnern und Ausreiseantragstellern sichtbar.

VI.2.2.1. Maßnahmen gegen „DDR-treue“ Briefpartner

Die „politisch-operative Bearbeitung“ der „DDR-treuen“ Briefpartner⁸⁰⁷ ist vor allem durch den verzweifelte Versuch der Stasi gekennzeichnet, den „feindlich-negativen“ Charakter der Verbindungen in den Westen aufzudecken. Der Kontakt zu Koenig machte auch „DDR-treue“ Briefpartner aus Sicht des MfS zu potentiellen Staatsfeinden. Das Problem bestand darin, dass es sich in den meisten Fällen vordergründig um angepasste Staats-

803 SUCKUT, a. a. O., S. 360f. und S. 378f.

804 Auskunft der BV Dresden vom 30. 9. 1980, in: BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AOV 1893/81, Bd. II, Bl. 194.

805 RICHTLINIE NR. 1/76, in: GILL / SCHRÖTER, a. a. O., S. 349.

806 MfS, JHS POTSDAM: Lehrmaterial zum Thema: Anforderungen und Wege für eine konzentrierte, offensive, rationelle und gesellschaftlich wirksame Vorgangsbearbeitung, 11. Kapitel, GVS JHS 001-11/78, Potsdam 1977, S. 22 (zit. nach: KNABE, Hubertus: Strafen ohne Strafrecht. Zum Wandel repressiver Strategien in der Ära Honecker, in: TIMMERMAN, Heiner (Hrsg.): Die DDR – Recht und Justiz als politisches Instrument, Berlin 2000 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 89), S. 97).

807 Die folgende Analyse stützt sich auf den OV „Polyp“ (BStU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85) der KD Gera, in dem die Familie Manfred Schulz bearbeitet wurde und den OV „Botschaft“ (BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AOV 1893/81) der BV Magdeburg, in dem die Familie Hiob bearbeitet wurde.

bürger handelte, die weder einen Ausreiseantrag gestellt hatten, noch durch sonstiges „widerständiges“ Verhalten in Erscheinung getreten waren. Eine „feindlich-negative“ Beeinflussung durch Koenig war daher auf den ersten Blick selbst für den Staatssicherheitsdienst nicht zu erkennen.

Da das MfS den Ordensbruder aber zur „Feindperson“ erklärt hatte, war ein humanitärer oder freundschaftlicher Hintergrund dieser Briefverbindungen ausgeschlossen – zumindest wenn die eigene Argumentation aufrechterhalten werden sollte. Den naheliegendsten Ausweg aus diesem Dilemma bot die Erklärung, dass sich die „politisch-ideologische Diversion“ durch Koenig noch in ihrem Anfangsstadium befinde, weshalb bei den DDR-Bürgern noch kein feindliches Verhalten sichtbar sei. So vermutete die BKG Gera, *daß die Familie SCHULZ, Manfred möglicherweise zur rechtswidrigen Antragstellung inspiriert werden soll.*⁸⁰⁸ Um diesem Verdacht nachzugehen, strebte die Kreisdienststelle Gera eine *umfassende ... Personenaufklärung an.*⁸⁰⁹ Zu diesem Zweck wurde mit dem IM „Heim“ ein Freund der Familie angeworben, der gegenüber dem MfS angab, es könne *mit Sicherheit ausgeschlossen* werden, dass Manfred Schulz aus der DDR ausreisen wolle.⁸¹⁰ Der Verdacht, dass sich das durch Koenig inspirierte feindliche Verhalten bei dieser Familie erst mit zeitlicher Verzögerung entwickeln könnte, wurde daraufhin fallen gelassen.

Parallel zu diesen Ermittlungen hatte die KD Gera aber an einem alternativen Erklärungsmodell gearbeitet und die Vermutung aufgestellt, *daß durch Koenig diese Personen als Stützpunkte genutzt werden.*⁸¹¹ Den gleichen Verdacht hegte die BKG Magdeburg gegenüber Gerhard Hiob. Akribisch versuchte sie, Belege für die vermeintliche Stützpunkttätigkeit des Predigers zu finden: dass er *an Koenig Informationen über die Situation der Antragsteller Krüger ... übermittelt*⁸¹² und dass er seine Adresse und seinen Telefonanschluss zur Verfügung stelle, *um die strafrechtlich relevanten Verbindungen ... zu konspirieren.*⁸¹³ Schließlich belauschte die Abteilung XX des MfS ein Telefongespräch mit Koenig, in dem dieser versicherte, *wenn auch der Grund Krüger jetzt weggefallen ist, es wird*

808 Information der BKG an die KD Gera vom 19. 8. 1981, in: BStU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85, Bd. I, Bl. 120.

809 Diese schloss auch *Wohngebietsermittlungen, Paßbilddokumentationen* und die *Fertigung von Bewegungsdokumentationen* ein, Operativplan der KD Gera vom 13. 5. 1982, in: ebd., Bl. 37.

810 Zwischenbericht der KD Gera vom 27. 10. 1983, in: ebd., Bl. 89.

811 Veränderungs- und Ergänzungsauftrag der BV Gera vom 29. 4. 1982, in: ebd., Bl. 28.

812 Sachstandsbericht der Abteilung XX in Magdeburg vom 27. 11. 1980, in: BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AOV 1893/81, Bd. I, Bl. 110.

813 Ebd., Bl. 107.

wieder andere Gründe [für eine Verbindung, Anm. der Verf.] *geben.*⁸¹⁴ Für die Bezirksverwaltung der Stasi in Magdeburg war damit „nachgewiesen“, dass Hiob *als Stützpunkt* des Ordensbruders in der DDR fungiere.⁸¹⁵

Wie ernsthaft das MfS die Stützpunktthese verfolgte, zeigt auch die Tatsache, dass sie gegen Schulz und Hiob den Tatverdacht der „Landesverräterischen Agententätigkeit“⁸¹⁶ (§ 100 StGB der DDR) erhob, sie also der Kooperation mit „feindlichen“ Personen oder Stellen beschuldigte.⁸¹⁷ Im Abschlussbericht zum OV „Polyp“ wies die KD Gera darauf hin, dass *Schulz mit seiner derzeitigen intensiven Verbindung mit Koenig die strafrechtliche Seite im Sinne des § 100 StGB erfüllt.*⁸¹⁸ Auffällig ist, dass der Staatssicherheitsdienst auch bei der Bearbeitung der DDR-treuen Briefpartner strafrechtlich ermittelte, es aber in keinem Fall zu einer Verhaftung oder Verurteilung kam. Dies deutet darauf hin, dass die Belege für eine Stützpunkttätigkeit dieser Briefpartner nicht so stichfest waren, dass man sie vor Gericht hätte verwenden können. Zudem spricht einiges dafür, dass die Beweisführung in hohem Maße ideologisch motiviert war. Die Stützpunktthese bot dem MfS die Möglichkeit, auch die Kontakte zu „DDR-treuen“ Briefpartnern durch Koenings „feindliche“ Interessen zu erklären.

Betrachtet man das Vorgehen des Staatssicherheitsdienstes gegen diese Briefpartner, so lassen sich zwei Phasen unterscheiden. In der ersten Phase war das MfS bemüht, die Verbindung zu Koenig möglichst umfassend „aufzuklären“, sich sowohl ein genaues Bild über die Persönlichkeit der Briefpartner und deren Lebensumstände zu machen, als auch Informationen über *mögliche Feindabsichten des Koenig oder seiner Hintermänner*⁸¹⁹ zu sammeln. Die wichtigste Quelle für den „Aufklärungs“-Prozess waren die Inoffiziellen Mitarbeiter. Daneben bediente sich das MfS aber auch des kompletten geheimdienstlichen und kriminalistischen Instrumentariums von der Post- und Zollkontrolle bis zur akustischen Überwachung⁸²⁰.

Obwohl die Spionagetätigkeit in einigen Fällen sehr weit reichte, war das MfS während der ersten Phase um einen hohen Grad an Konspiration

814 Informationsbericht der Abteilung XX vom 10. 3. 1981, in: ebd., Bd. IV, Bl. 148.

815 Schreiben der BV Magdeburg an die ZKG vom 13. 8. 1980, in: ebd., Bd. II, Bl. 214.

816 STRAFGESETZBUCH DER DDR, a. a. O., S. 34.

817 Eröffnungsbericht der KD Gera vom 18. 5. 1982, in: BStU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85, Bd. I, Bl. 6; Schreiben der BV Magdeburg an die ZKG vom 13. 8. 1980, in: BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AOV 1893/81, Bd. II, Bl. 213.

818 Abschlussbericht der KD Gera vom 8. 12. 1984, in: BStU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85, Bd. I, Bl. 264.

819 Bericht der KD Gera vom 13. 4. 1983, in: BStU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85, Bd. I, Bl. 124.

820 Familie Hiob wurde beispielsweise durch Wanzen in der Telefonleitung und in den Wohnräumen überwacht.

bemüht. In den Akten finden sich keine Hinweise darauf, dass die „DDR-treuen Briefpartner“ während der Ermittlungen zu offiziellen Aussprachen geladen oder am Arbeitsplatz unter Druck gesetzt wurden. Das Ziel der operativen Bearbeitung blieb die *vorbeugende Verhinderung einer feindlichen Tätigkeit*.⁸²¹ Daher erachtete es das MfS anscheinend als unzweckmäßig, einen Konfrontationskurs einzuschlagen, solange eine solche „Feindtätigkeit“ der DDR-Bürger nicht bewiesen war.

Die erste Phase endete, wenn die „Aufklärung“ abgeschlossen war, keine neuen Informationen über die Briefpartner oder Koenig erwartet werden konnten und hinreichende „Beweise“ für eine Strafverfolgung gesammelt waren. In der zweiten Phase offenbarte sich das MfS und stellte einen direkten Kontakt zu den Briefpartnern her. Ort und Ablauf der darauffolgenden Gespräche waren von Fall zu Fall verschieden. Einige DDR-Bürger fanden eine Vorladung der Volkspolizei⁸²² im Briefkasten, bei anderen standen die Staatssicherheits-Beamten plötzlich vor der Haustür.⁸²³

Die Zielvorgabe der ZKG für die sogenannten *operativen Aussprachen* lautete, *neben der Einstellung der bestehenden Verbindungen zum Koenig zu erreichen, daß zu möglichen weiteren Paketsendungen die Annahme verweigert und deren Rücksendung veranlasst wird*.⁸²⁴ Die Strategie der Stasioffiziere und die Gesprächsatmosphäre hingen offenbar von der Kooperationsbereitschaft der Briefpartner ab. Um sicherzugehen, dass sich die DDR-Bürger langfristig an die Kontaktsperre hielten, war die effektivste Strategie aus Sicht des MfS, die Briefpartner von Koenings „feindlichen Motiven“ zu überzeugen. Dass dies in einigen Fällen gelang, belegen die Abschiedsschreiben, in denen die Verfasser ihre persönliche Wut und Enttäuschung zum Ausdruck brachten. Sie waren offensichtlich erschüttert, dass sich der Ordensbruder plötzlich als gefährliche Feindorganisation zu entpuppen schien.

Man muss berücksichtigen, dass eine „operative Aussprache“ beim MfS die „DDR-treuen“ Briefpartner meist unvorbereitet traf. Während Ausreiseartragsteller oft damit rechneten, wegen ihrer Westkontakte zur Verantwortung gezogen zu werden, waren sich diese Menschen keiner Schuld

821 Eröffnungsbericht der KD Gera vom 18. 5. 1982, in: BStU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85, Bd. I, Bl. 10; Grundlage für diese Zielvorgabe war der MfS-BEFEHL NR. 6/77, in: LOCHEN / MEYER-SEITZ, a. a. O., S. 21–72.

822 Eine Frau schrieb am 19. 11. 1988 an Koenig: *Mutti musste vorige Woche zur Polizei*, in: Büroakte BK-7.

823 Ursula L. aus Hernburg berichtete ihrem Brieffreund: *Bei uns zu Hause waren Leute von der Staatssicherheit ...*; Brief an Theo Koenig vom 13. 4. 1988, in: Briefakte L3-M1.

824 Konzeption der ZKG und der BKG Cottbus vom 2. 4. 1986, in BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 342.

bewusst. Zumindest kann davon ausgegangen werden, dass sie nicht damit rechneten, dass die Brieffreundschaft mit Koenig als „staatsfeindliche Agententätigkeit“ ausgelegt werden könnte. Der Schock, sich durch diese Verbindung eventuell strafbar gemacht zu haben, führte häufig zu einer Angstreaktion und dem Bedürfnis, alles wieder gut zu machen, um sich von dem Vorwurf der „feindlichen Tätigkeit“ reinzuwaschen.

Dies würde zumindest erklären, warum viele Schreiber bemüht waren, ihre eigene Unschuld zu beteuern. So gab Waltraud F. aus Sondershausen bei ihrer Vernehmung zu Protokoll: *Hätte ich nur eine Ahnung gehabt, daß da etwas gegen die DDR gemacht wird, dann hätte ich nie dorthin geschrieben. Ich möchte gern etwas tun, womit ich beweisen könnte, daß ich die Wahrheit gesagt habe und daß ich keine böse Absicht gehabt hatte*.⁸²⁵

Teilweise finden sich in den Vernehmungsprotokollen auch leicht gezwungen wirkende Selbstbezeichnungen, so etwa die folgende von Waltraud F.: *Ich mache mir heute selbst zum Vorwurf, daß ich nicht noch mehr über das alles nachgedacht habe, um zu merken, worauf ich mich da eingelassen habe. Jetzt sehe ich das so, daß der KOENING mich wohl möglich „kaufen“ wollte, also daß er irgendetwas mit mir und meiner Familie vor hatte*.⁸²⁶ Bei einer Beurteilung solcher Aussagen muss aber auch die Federführung des Vernehmungsbeamten berücksichtigt werden.⁸²⁷

In einigen Fällen machte sich das MfS die Unsicherheit der Briefpartner vermutlich auch zunutze, um diese für eine Inoffizielle Tätigkeit anzuwerben. Da sich in dem vorhandenen Aktenmaterial nur wenige Berichte über die operativen Aussprachen mit „DDR-treuen“ Briefpartnern finden, lässt sich dies jedoch nicht an einem konkreten Beispiel belegen. Die Information der ZKG, dass *im Rahmen der operativen Bearbeitung ... aus dem Verbindungskreis Personen herausgebrochen und angeworben* worden seien, könnte aber ein Hinweis auf diese Praxis sein.⁸²⁸

Zeigten sich die Briefpartner in den Aussprachen uneinsichtig, wählte die Stasi dagegen eine konfrontative Strategie und setzte das eigene Machtpotential ein, um die Gesprächspartner unter Druck zu setzen. Eine Frau

825 Vernehmungsprotokoll von Waltraud F. aus S. vom 22. 3. 1983, in: ebd., Bd. II, Bl. 177–188, hier Bl. 186.

826 Ebd., Bl. 188.

827 Es handelt sich bei den Vernehmungsprotokollen um fiktive Texte, die von dem zuständigen Stasioffizier verfasst und von den Befragten lediglich gegengezeichnet wurden, vgl. ENGELMANN, Roger: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: HENKE, Klaus-Dietmar / ENGELMANN, Roger (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 35.

828 Bericht der ZKG, Abteilung 1, vom 18. 5. 1982, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. II, Bl. 18.

aus Schwedt erklärte Koenig: *Man sagte mir ..., dass ich, wenn ich weiter an Dich schreiben würde, nicht in den Urlaub fahren dürfte und noch einige kleine Drohungen mehr.*⁸²⁹ Besonders die zuvor ermittelten strafrechtlichen Beweise nutzte der Staatssicherheitsdienst als Drohkulisse. Eine Briefpartnerin berichtete: *Man zeigte mir das Gesetzbuch, natürlich wäre ich dran.*⁸³⁰ Auch Manfred Schulz wurde 1986 gezwungen, einen Abschiedsbrief an Koenig zu verfassen.⁸³¹ Zwei Monate später nahm er auf einer Reise in die BRD die Gelegenheit wahr, sich bei seinem Briefpartner zu entschuldigen: *Uns wurde klipp und klar gesagt „Entweder Kontakt abbrechen, oder Material sammeln gegen uns und Gefängnis“. Da blieb uns natürlich nichts anderes übrig.*⁸³²

Gerade weil die „DDR-treuen“ Briefpartner weiterhin in der DDR leben wollten, verfehlten die Drohungen des Staatssicherheitsdienstes ihre Wirkung nicht. Einige DDR-Bürger signalisierten gegenüber Koenig ein Gefühl der Ohnmacht. Sie deuteten an, dass ihnen aufgrund der angedrohten Konsequenzen keine andere Wahl bliebe, als sich dem Willen des ungleich stärkeren Gegners zu beugen. Eine Frau aus Neugersdorf erklärte ihrem Brieffreund: *Wenn wir den Kontakt nicht unterbrechen sollten, dann würden sie gegen uns ein Gerichtsverfahren einleiten, und das möchte ich Mutti nicht zumuten.*⁸³³ Rolf B. bat mit folgenden Worten um Verständnis: *Ich möchte meine Arbeit hier ohne Gefahr weiter ausüben können.*⁸³⁴ Viele Briefe drückten einfach nur Verlegenheit und Trauer aus: *Ja, ich schreibe heute das letzte Mal, es tut mir so leid, das musst Du mir glauben, lieber Onkel Theo. ... Bitte sei nicht böse, Du hast so viel für uns alle getan und es wird uns alles sehr fehlen, besonders dieser mir so sehr gewohnte Briefwechsel mit Dir.*⁸³⁵ Eindrucksvoll sind auch die Abschiedsworte eines 10-jährigen Jungen: *Schade, daß ich Dir bald nicht mehr schreiben darf. Mutti hat viel Ärger gehabt. Wir müssen die Verbindung mit Dir abbrechen, sonst kommt Mutti weg.*⁸³⁶

Wenn sich die „DDR-treuen“ Briefpartner an die Auflagen hielten, sah das MfS von weiteren „aktiven Maßnahmen“ ab. Mit den strafrechtlichen „Be-

829 Brief an Theo Koenig vom 31. 5. 1987, in: Büroakte BK-7.

830 Brief einer anderen Frau aus Schwedt an Theo Koenig vom 22. 7. 1987, in: ebd.

831 Brief von Manfred Schulz an Koenig vom 10. 8. 1986, in: Fallakte D-3.

832 Brief von Manfred Schulz an Theo Koenig vom 8. 11. 1986 (aus Wilhelmshaven), in: Fallakte D-3. Aus dem Brief wird deutlich, dass Schulz sehr verunsichert war: *Ich würde ja auch gerne zu Dir hinkommen. Ich weiß aber leider nicht, ob man mich überwacht und habe da ein wenig Angst ...,* in: ebd.

833 Brief an Theo Koenig vom 19. 11. 1988, in: Büroakte BK-7.

834 Brief von Rolf B. an Theo Koenig vom 21. 10. 1988, in: ebd.

835 Brief einer Familie aus Schwedt an Theo Koenig vom 30. 5. 1987, in: ebd.

836 Karte von Marco S. an Theo Koenig vom 20. 6. 1986, in: Briefakte S4.

weisen“ aus der Aufklärungsphase hatte das Ministerium nach DDR-Recht gewissermaßen ein Pfand in der Hand, das in der Regel ausreichte, in Zukunft ein gesellschaftskonformes Verhalten dieser Leute zu erzwingen.

VI.2.2.2. Maßnahmen gegen ausreisewillige Briefpartner

Bei Koenigs ausreisewilligen Briefpartnern musste der Staatssicherheitsdienst nicht lange nach „feindlich-negativen“ Tendenzen suchen – in der Wahrnehmung des MfS hatten sich diese DDR-Bürger durch den Ausreiseantrag bereits selbst als „innere Feinde“ enttarnt. Den Wunsch, die DDR zu verlassen, begriff das MfS als politische Kampfansage und reagierte mit massiven Gegenmaßnahmen.

Diese lassen sich durch verschiedene Eskalationsstufen beschreiben. Zunächst war die „operative Bearbeitung“ offenbar war auf eine „Rückgewinnung“ der abtrünnigen Staatsbürger ausgerichtet. Mit einer „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Strategie versuchte der Staatssicherheitsdienst, die Rücknahme der Ausreiseanträge zu erzwingen. Auf der einen Seite lockten die Mitarbeiter des MfS mit Vergünstigungen wie beruflichen Aufstiegschancen oder Urlaubsplätzen, versuchten also zu bestimmen, zu welchem Preis der Betreffende von seinen Ausreiseplänen abrücken würde. Waltraud KRÜGER schreibt über diese Angebote: *Die Versprechen waren süß wie Honig.*⁸³⁷ Der Magdeburger Familie wurde unter anderem eine neue Wohnung in Aussicht gestellt – unter der Bedingung, dass sie ihre Zukunft wieder in der DDR planen würde.⁸³⁸

Auf der anderen Seite versuchte das MfS, die Antragsteller durch gezielte Diskriminierungen unter Druck zu setzen. Speziell in der Honecker-Ära verzichtete der Staatssicherheitsdienst zunehmend auf eine strafrechtliche Sanktionierung und konzentrierte sich stattdessen darauf, die „inneren Feinde“ zu „zersetzen“. Dieser Wandel der repressiven Strategien gegenüber Ausreisewilligen und Oppositionellen – vom „offenen Terror“ zu einem System der „lautlosen Unterdrückung“ – lässt sich durch einen wachsenden außenpolitischen Druck auf die DDR erklären.⁸³⁹ Aber auch innenpolitisch hielt die Stasi den „leisen Terror“ für zweckmäßig, um dem sogenannten „Märtyrer-Effekt“ entgegenzuwirken.⁸⁴⁰ Durch eine systema-

837 KRÜGER, a. a. O., S. 114.

838 Ebd., S. 124.

839 Das Streben nach internationaler Anerkennung und wirtschaftliche Abhängigkeiten führten dazu, dass die DDR-Führung meist auf eine offene Verfolgung der inneren Opposition verzichtete, vgl. KNABE: Strafen, S. 92.

840 Im MfS-Lehrmaterial der JHS heißt es: *Feindlich tätige Personen ... sind – zur Untätigkeit gezwungen und in Freiheit befindlich – weit weniger gefährlich als inhaftierte „Märtyrer“.* [sic!], zit. n. KNABE: Strafen, S. 94.

tische Bespitzelung versuchte das MfS, individuelle Schwachstellen aufzuspüren, strafrechtliche Beweise zu sammeln und ein „feindlich-negatives“ Verhalten „vorbeugend zu verhindern“.⁸⁴¹

Nur wenige Antragsteller ließen sich allerdings von den Lockangeboten und Drohgebärden des Sicherheitsdienstes so beeindrucken, dass sie ihren Ausreisewunsch aufgaben. Die meisten hatten sich diesen Schritt gut überlegt und waren bereit, das Antragsverfahren durchzustehen und mögliche Konsequenzen zu ertragen. Die Familien Hans-Georg Schulz, Krüger und Zille signalisierten dies auch gegenüber den zuständigen DDR-Behörden, indem sie ihr Anliegen in regelmäßigen Abständen in Erinnerung riefen. Das MfS prägte für diese Haltung den Terminus „hartnäckige Antragsteller“ und reagierte mit einer verschärften Verfolgung.

Vorgehen gegen „hartnäckige Antragsteller“

Der Druck auf die Antragsteller wurde zunächst durch die „Partner des politisch-operativen Zusammenwirkens“ (POZW) verstärkt, zu denen das Ministerium für Inneres oder der Rat des Kreises, aber auch Sparkassenfilialen, Wohnungsverwaltungen, Betriebs- und Universitätsleitungen oder behandelnde Ärzte zählten.⁸⁴² Anita Reitmann (geb. Krüger) musste sich beispielsweise vor ihren Vorgesetzten bei der Post für ihren Ausreisewunsch verantworten. Im Gesprächsprotokoll ist vermerkt, dass *Kollegin Krüger nochmals erläutert wurde, daß es für ihren Ausreiseantrag keine rechtliche Begründung gibt. Es ist also ungesetzlich. Kollegin Krüger soll sich nochmals alle Bedingungen und Folgen durchdenken und ihre Entscheidung revidieren.*⁸⁴³

Die größte Sorge des MfS war, dass die ausreisewilligen DDR-Bürger sich entweder durch „demonstrative Aktionen“ Gehör verschaffen oder ausländische „Feindorganisationen“, schlimmstenfalls die westliche Öffentlichkeit, in den Kampf mit einbeziehen könnten.⁸⁴⁴ Die operativen Aussprachen dienten offensichtlich auch dem Zweck, die Antragsteller von diesem Schritt abzuhalten. Waltraud KRÜGER schildert in ihrer Biographie, wie der Magdeburger Oberbürgermeister ihr auseinandergelegt habe, *welchen*

841 Diese Strategie orientierte sich an den Vorgaben der RICHTLINIE NR. 1/76 und dem MFS-BEFEHL NR. 6/77.

842 Über die POZW konnte die Stasi auch *zersetzende Maßnahmen* wie berufliche Verschlechterungen bis hin zur Kündigung durchsetzen, vgl. VOLLNHALS, Clemens: „Partner des politisch-operativen Zusammenwirkens“ – ein trübes Paar, in: DAS PARLAMENT Nr. 25–26 vom 12./ 19. Juni 1998, S. 16.

843 Aussprache des Magdeburger Bahnpost-Leiters mit A. Krüger v. 22. 5. 1980, in: BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AU 1121/81, Bd. I, Bl. 225–229.

844 Vgl. die MFS-DIENSTANWEISUNG NR. 2/83 vom 13. Oktober 1983, in: LOCHEN / MEYER-SEITZ, a. a. O., bes. S. 101.

*Schaden wir dem Staat zufügten, wenn wir über das Leben in der DDR berichten würden.*⁸⁴⁵ Dieses Gespräch sei von massiven Strafandrohungen begleitet gewesen.

Die operative Bearbeitung der Ausreiseantragsteller hatte also oft schon vor dem Briefwechsel mit Koenig begonnen, der bei vielen Briefpartnern erst nach einer Veröffentlichung in HILFERUFE VON DRÜBEN zustande kam. Fest steht aber, dass der Konflikt aus Sicht des MfS durch die Kontaktaufnahme mit westlichen Organisationen oder Privatpersonen eine neue Qualität bekam. Die Überwachung wurde deutlich verschärft, die Ausreiseantragsteller wurden teilweise rund um die Uhr beschattet.⁸⁴⁶ Die Stasiakten von Anita Reitmann belegen, dass sie und ihre Eltern sogar beim Ausflug zur Imbissbude von Stasi-Beamten begleitet wurden.⁸⁴⁷ Zu den „politisch-operativen“ Maßnahmen des OV „Laus“ gehörte auch eine „konspirative Durchsuchung“ der Wohnung der Krügers. Die Abteilung VIII der MfS verübte den Einbruch, die Abteilung XX sorgte durch entsprechende Sicherungsmaßnahmen dafür, dass die Abteilung 26 ungestört die operative Technik, sprich Wanzen, verlegen konnte. Die Räumlichkeiten wurden fotografisch dokumentiert, für weitere „Maßnahmen“ wurde an Ort und Stelle eine Kopie des Wohnungsschlüssels erstellt.⁸⁴⁸

Die Post der Familie wurde von Mitarbeitern der Abteilung XX unmittelbar nach dem Einwurf in einen Briefkasten gesichert⁸⁴⁹ – der damit verbundene Arbeitsaufwand lässt sich nur erahnen. Intern rechtfertigte die Magdeburger Abteilung diese Maßnahme mit dem *begründeten Verdacht der Begehung von Provokationen bzw. Demonstrativhandlungen*, der es notwendig mache, *den spezifischen Postverkehr der Fam. Krüger operativ zu sichern.*⁸⁵⁰

Ein Merkmal der schärferen Verfolgung war, dass der Staatssicherheitsdienst bei einigen Maßnahmen bewusst auf Konspiration verzichtete, die Überwachung sogar demonstrativ organisiert wurde. Ingrid Schulz berichtet beispielsweise, dass ihre Briefe so offensichtliche Kontrollspuren gehabt hätten, meist *richtig oben aufgeschnitten* gewesen seien, dass sie

845 KRÜGER, a. a. O., S. 94.

846 Waltraud KRÜGER beschreibt das bedrückende Gefühl, sich ständig verfolgt zu fühlen, ebd., S. 134f.

847 Im Protokoll der Abt. XX in Magdeburg vom 7. März 1980 heißt es: *13.45 Uhr verließen alle drei Personen das Hauptpostamt und begaben sich auf direktem Wege zum Bratwurststand ...*, in: BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AOP 310/81, Bd. I, Bl. 66.

848 Bericht der Abteilung VIII vom 9. 4. 1980, in: ebd., Bl. 87.

849 Auftragserteilung der Abt. XX an die Abt. M vom 5. 3. 1980, in: ebd., Bl. 24.

850 Ebd.

sich gegenüber der Postbotin in Erklärungsnöten gefühlt habe.⁸⁵¹ Und Günter Zille bemerkte in einem Brief an Koenig, dass die Stasi wohl durch eine Abhörvorrichtung in seiner Wohnung von seinem Plan erfahren habe, die bekannte Losung *Jeder Mensch hat das Recht sein Land zu verlassen* an seine Hauswand zu pinseln. Die Straße vor seinem Haus habe sich binnen kurzer Zeit in eine *internationale Rallye-Strecke* verwandelt.⁸⁵²

Die ausgeklügelte und dauerhafte Überwachung bis in den privaten Bereich setzte die Betroffenen unter großen psychischen Druck, der kurzfristig für eine enorme Verunsicherung sorgte und auch langfristig Spuren hinterließ.⁸⁵³ Durch eine permanente Drohkulisse und die verschärfte Überwachung des Postverkehrs bis hin zur Kontaktsperre⁸⁵⁴ versuchte das MfS, die Verbindung zu Koenig und zu anderen Stellen im westlichen Ausland zu unterbinden. Da die eingesetzten Mittel und Methoden aber von Fall zu Fall variierten, lässt sich nur schwer ausmachen, welche Maßnahmen ursächlich mit dem Kontakt zu Koenig zusammenhingen.

Strafrechtliche Verfolgung

Eine unmittelbare Konsequenz des Briefwechsels mit Koenig war aber beispielsweise, dass das „feindlich-negative“ Verhalten der Ausreiseartragsteller für die Stasi so konkret bewiesen werden konnte. Der bloße Ausreisewunsch war nach Auffassung des MfS zwar rechtswidrig, aber nach dem Strafgesetzbuch der DDR nicht strafbar. Erst durch die Kontaktaufnahme mit der „Feindperson“ Koenig konnte den Briefpartner ein vermeintliches „Staatsverbrechen“ vorgeworfen werden.⁸⁵⁵ Nach Paragraph 99 des DDR-Strafgesetzbuches wurde die Übermittlung von *der Geheimhaltung nicht unterliegenden Nachrichten zum Nachteil der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik* an feindliche Personen und Stellen als Landesverrat gewertet und mit einer Freiheitsstrafe *von zwei bis zu zwölf Jahren* geahndet.⁸⁵⁶ Die schwammige Definition des Paragraphen ließ dem MfS einen breiten Interpretationsspielraum. Bei großzügiger

851 Interview mit Ingrid Schulz vom 16. 3. 2002.

852 Brief von Günter Zille an Theo Koenig vom 26. 10. 1980, in: BStU, Ast. Halle, MfS, AOP 2322/81, Bd. IV, Bl. 141.

853 Anita Reitmann berichtet, sie leide noch heute manchmal unter Verfolgungsängsten, wenn sie sich in der Öffentlichkeit bewege, Interview vom 4. 5. 2002.

854 Diese wurde beispielsweise im Fall Krüger verhängt, vgl. Kap. III.2.1.

855 Vgl. die Paragraphen „Landesverräterische Nachrichtenübermittlung (§ 99)“, „Landesverräterische Agententätigkeit“ (§ 100) und „Staatsfeindliche Hetze“ (§ 105), STRAFGESETZBUCH DER DDR, a. a. O., S. 34–35.

856 Ebd., S. 34.

Auslegung enthielten die meisten Briefe Nachrichten, die aus Sicht des Staatssicherheitsdienstes zum Nachteil der Interessen der DDR verwendet werden konnten. Insbesondere waren dies Informationen zu *den Problemen der Antragstellung*.⁸⁵⁷ Aber auch durch Stellungnahmen zu *den gesellschaftlich-politischen Verhältnissen in der DDR*⁸⁵⁸, zur *Stimmung in der Bevölkerung*⁸⁵⁹ oder zur eigenen *politischen Grundhaltung und Einstellung*⁸⁶⁰ sah das MfS die Sicherheit des Landes gefährdet.

Den Ausreiseartragstellern war durchaus bewusst, dass sie sich durch die Verbindungen in den Westen in großer Gefahr befanden. Ingrid Schulz berichtet, sie sei vor Angst *wie von Sinnen* gewesen, als ihr Bild in der Fernsehsendung HILFERUFE VON DRÜBEN gezeigt wurde.⁸⁶¹ Sofort habe sie alle Briefe aus Westdeutschland verbrannt. Und Günter Zille gab in einem Brief an Koenig zu bedenken, dass dem Gericht bei seiner ersten Verhaftung *die Tatsache, daß ich mich damals persönlich an das ZDF gewandt hatte, als Erfüllung des Tatbestands der „staatsfeindlichen Hetze“* genügt habe.⁸⁶² Auch wenn das MfS in den 80er Jahren vermehrt mit nicht-strafrechtlichen Mitteln gegen die Ausreisebewegung vorging, konnte sich der Einzelne nie sicher sein, ob er von einer Verhaftung verschont bleiben würde.

In der Praxis der strafrechtlichen Verfolgung ergab sich für den Staatssicherheitsdienst das Problem, dass es sich bei den beschlagnahmten Briefen in der Regel, bei den IM-Berichten ausnahmslos, um inoffizielle Beweise handelte. Diese waren für ein Gerichtsverfahren unbrauchbar, da die Aufklärungsmethoden des MfS zum Teil verfassungswidrig waren.⁸⁶³ Das MfS war zudem darauf bedacht, die eigene Arbeitsweise, vor allem aber seine Quellen, geheim zu halten. Die sogenannten Zuführungen⁸⁶⁴

857 Sachstandsbericht der BKG Cottbus vom 21. 9. 1982, in: BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I, Bl. 105.

858 Ebd.

859 Eröffnungsbericht der KD Wismar vom 9. 3. 1989, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 3, Bd. VI, Bl. 193.

860 Sachstandsbericht der KD Wismar vom 12. 7. 1989, in: ebd., Bl. 224.

861 Interview mit Ingrid Schulz vom 16. 3. 2002.

862 Brief von Günter Zille an Theo Koenig vom 29. 6. 1980, in: Fallakte A-6.

863 Vgl. beispielsweise: Lothar REUTER: Die Ungesetzlichkeit der Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis der DDR, in: KALLINICH / DE PASQUALE, a. a. O., S. 43–50.

864 Festnahmen und Vernehmungen ohne einen formellen Haftbefehl, vgl. RASCHKA, Johannes: Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung. Zur politischen Repression in der Amtszeit Honeckers, Dresden 1998 (Berichte und Studien Nr. 14, hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden), S. 26.

oder Aussprachen dienten daher dem vorrangigen Ziel, die inoffiziellen Beweise in ein offizielles Geständnis umzumünzen. Der Paragraph 88 der Strafprozessordnung der DDR bestimmte das MfS als eine der staatlichen Stellen, die strafrechtliche Ermittlungen führen durften.⁸⁶⁵ Das MfS hatte dadurch die Möglichkeit, die Ausreiseantragsteller ohne richterlichen Haftbefehl zu mehrstündigen Aussprachen zu zwingen. Da die Vernehmung des Beschuldigten die fehlende Beweislast erbringen musste, setzten die Stasibeamten alles daran, die Ausreiseantragsteller zu verunsichern und die gewünschten Aussagen durch verschiedene Druckmittel zu erpressen.⁸⁶⁶

Dies galt umso mehr für die Verhöre während der Untersuchungshaft. Die Verhaftungen des MfS erfolgten meist in den frühen Morgenstunden, Ehepartner wurden getrennt verhört und durch Falschaussagen der Stasioffiziere eingeschüchtert.⁸⁶⁷ Die erste Vernehmung war offenbar meist die schlimmste, was sich auch am Beispiel von Anita Reitmann belegen lässt, die nach ihrer Verhaftung fast 23 Stunden mit nur kurzen Pausen zu ihren Westkontakten befragt wurde.⁸⁶⁸ Sie beschreibt, dass die Situation sie vollkommen überfordert habe, da sie sich nicht bewusst gewesen sei, *dass ich angeblich was Strafbares mache, wenn ich Onkel Theo schreibe*.⁸⁶⁹ Während der Verhöre habe sie sich für dieses Unwissen stundenlang rechtfertigen müssen: *Die haben viel von Onkel Theo geredet. Überwiegend. Aber ich kannte ihn ja nur von Briefen und vom Pakete schicken, mehr wusste ich ja nicht. Und die waren immer der Meinung, ich wüsste mehr. Das war das Problem*.⁸⁷⁰

Die Vernehmungsprotokolle belegen, wie die Stasibeamten versuchten, Reitmann durch das ständige Wiederholen gleicher Fragen zu zermürben.⁸⁷¹ Während der sechswöchigen Untersuchungshaft setzte das MfS alles daran, entweder ein Geständnis zur „staatsfeindlichen Tätigkeit“ oder die Rücknahme des Ausreiseantrages zu erzwingen. Wie sehr Anita Reit-

865 STRAFPROZESSORDNUNG DER DDR sowie angrenzende Gesetze und Bestimmungen, Berlin 1979, S. 46.

866 Vgl. KRÜGER, a. a. O., S. 61ff. und RASCHKA: Einschüchterung, S. 46ff.

867 KRÜGER wurde beispielsweise dadurch unter Druck gesetzt, dass der Vernehmer fälschlicherweise behauptete, ihr Mann und ihre Tochter hätten ihren Ausreiseantrag zurückgezogen, KRÜGER, a. a. O., S. 145.

868 Vernehmungsprotokoll der Beschuldigten Anita Reitmann vom 31. 5. 1980, 11.30 Uhr, bis zum 1. 6. 1980, 10.00 Uhr, in: BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AU 1121/81, Bl. 146–156.

869 Interview mit Anita Reitmann vom 4. 5. 2002.

870 Ebd.

871 Protokolle vom 31. 5. bis 1. 6., 1. 7., 4. 7. 1980, in: BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AU 1121/81, Bl. 146–156, Bl. 256–272 und Bl. 157–161.

mann unter Druck gestanden haben muss, zeigt ein Brief, den sie nach fünf Wochen verfasste und in dem sie ihre Mutter bat: *Bitte überlege es Dir noch mal. Ich möchte gerne wie andere Leute in der DDR leben ...*.⁸⁷² Anita Reitmann kann sich an die genauen Umstände dieses Briefes zwar nicht mehr erinnern, aber an ihre Verzweiflung, an die Einzelhaft, an die bedrückende Situation, völlig von der Außenwelt isoliert zu sein und über Wochen nicht einmal eine kurze Nachricht von den Eltern zu bekommen. Die Vernehmungsbeamten hätten sich ihre Verunsicherung zunutze gemacht: *Dann fingen sie nämlich immer an, man solle den Antrag wieder zurücknehmen. Sie sind doch sowieso vergessen. Was wollen Sie denn da drüben noch. ... Das ist wirklich hart. Und dann dabei stehen zu bleiben und zu sagen, nein, ich will rüber*.⁸⁷³

Auch Werner K. berichtete Koenig nach seiner Ausreise in die BRD, wie sehr er durch die Vernehmungen beim MfS verunsichert war, dass er *immer mehr bezweifelte, daß es dich überhaupt gibt. Es kam dann die Zeit, wo wir dachten, die Stasi schickt die Pakete mit der Absicht, uns zum Schreiben zu bringen und so eine handfeste Anklagemöglichkeit zu haben*.⁸⁷⁴

Wie Werner K. nahmen auch andere Briefpartner den Kontakt zu Koenig nach der Ausreise oder dem Freikauf wieder auf und berichteten über die Verhöre beim Staatssicherheitsdienst. Diesen Briefen lässt sich über die Gesprächssituationen weit mehr entnehmen als den offiziellen Protokollen, bei denen es sich um fiktive Texte handelte, die nur die aus Sicht des MfS wesentlichen Fakten zusammenfassen. Brunhilde Q. beschrieb Koenig beispielsweise minutiös ihre Vernehmung durch das MfS im November 1988.⁸⁷⁵ Der Verdacht ihres Mannes, es gehe *um Theo und um unsere Briefe*, habe sich schnell bestätigt.⁸⁷⁶ Im Untersuchungsgefängnis Halle wurden die Eheleute dann getrennt befragt. Ihr eigener Vernehmer, so Brunhilde Q., habe versucht, sie durch eine verständnisvolle Gesprächsführung zur Kooperation zu bewegen und habe an ihre Muttergefühle appelliert: *Bruni, ich mach das Gerät [das Aufnahmegerät, Anm. der Verf.] aus, und wir unterhalten uns mal in Ruhe, Du kannst mir ruhig die Wahrheit sagen, dann darfst Du sofort wieder nach Hause zu Deinem Sohn*.⁸⁷⁷ Ihr Mann sei dagegen sehr aggressiv behandelt worden und als *stinkendes, dreckiges schwarzes Lügenschwein* beschimpft worden.⁸⁷⁸

872 Brief von Anita Reitmann an ihre Mutter aus der UHA in Magdeburg vom 8. 7. 1980, in: ebd., Bl. 16.

873 Interview mit Anita Reitmann vom 4. 5. 2002.

874 Brief von Werner K. Koenig vom 28. 1. 1990, in: Büroakte BK-7.

875 Brief von Brunhilde Q. an Theo Koenig vom 29. 3. 1989, in: Büroakte BK-7.

876 Ebd.

877 Ebd.

878 Ebd.

Während die Fragen in den offiziellen Vernehmungsprotokollen durchweg kühl und sachlich formuliert sind, wird in dem Bericht dieser Briefpartnerin auch die Emotionalität des Stasioffiziers deutlich, sein Versuch, Koenig als skrupellosen, potenten Gegner zu beschreiben: *Was meinen Sie, wie viele dieser „Könning“ schon hier reingebracht hat.*⁸⁷⁹ Und am Ende des Verhandlungstages, so die Erinnerung von Brunhilde Q., habe der Vernehmer gedroht: *Soll ich Ihnen mal sagen, was Könning ist, und wozu sie befragt wurden? Er ist ein Agent und da sie mit ihm in Verbindung stehen – und noch dazu staatsfeindliche Dinge geschrieben haben, die er, Dank uns, nicht bekam, waren sie auch als Agent angeklagt – 12 Jahre Gefängnis [sic!].*⁸⁸⁰ Sein „Kompromiss“-Vorschlag sei, Brunhilde Q. nach Hause zu entlassen, wenn Sie sich im Gegenzug verpflichten würde, ihren Brieffreund im Westen nie wieder zu kontaktieren.

Die Beobachtungen von Brunhilde Q. sagen einiges über die Gedankenwelt ihrer Vernehmer aus: *Er [der Stasioffizier, Anm. d. Verf.] sprach immer von „Könning“ (kurz gesprochen) mit totalem Haß in den Augen.*⁸⁸¹ Der Hass der Stasioffiziere gegenüber dem „äußeren Feind“ übertrug sich auf die angeblichen Verbündeten, seine Briefpartner. Ideologische Schulungen und die bewusste Abschirmung der MfS-Mitarbeiter vom gesellschaftlichen Umfeld trugen dazu bei, solche Hassgefühle zu erzeugen und zu erhalten.⁸⁸² Diese können auch erklären, warum menschliche Hemmschwellen oder moralische Kriterien im Umgang mit „widerständigen“ DDR-Bürgern außer Kraft gesetzt schienen.

Wie sehr die Behandlung vieler Briefpartner Koenings durch das MfS jeglicher Moralität entbehrte, belegen in besonderer Weise die Stasiakten von Günter Zille. Es sind nicht nur die Schikanen an sich, deren kühle Planung und Durchführung – erschreckend sind vor allem die gefühlskalten Bewertungen. Ein Stasioffizier der KD Gera berichtete etwa, Zille sei ein Angebot unterbreitet worden, *dass seine Übersiedlung in die BRD im IV. Quartal 1981 erfolgt, wenn er seine staatsfeindlichen Aktivitäten einstellt und sich ... ruhig verhält.*⁸⁸³ Die zynische Begründung dieser „opera-

879 Ebd.

880 Ebd.

881 Ebd.

882 PINGEL-SCHLIEMANN, Sandra: Zersetzen. Strategie einer Diktatur, Berlin 2002 (Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs 8), S. 125. Im Wörterbuch des MfS ist „Haß“ definiert als die *aktive Auseinandersetzung mit dem gehassten Gegner, begnügt sich nicht mit Abscheu und Meidung, sondern ist oft mit dem Bedürfnis verbunden, ihn zu vernichten oder zu schädigen.* ..., SUCKUT: a. a. O., S. 168.

883 Bericht der KD Dessau, Ende 1981 (ohne genaue Datumsangabe), in: BStU, Ast. Halle, MfS, AOP 2322/81, Bd. I, Bl. 145.

tiven Maßnahme“ lautete: *Dieses Gespräch konnte erfolgen, da der Verdächtige laut ärztlichen Gutachten eine Lebenserwartung bis Juli 1981 hatte.*⁸⁸⁴

Warum das MfS operative Aussprachen in einigen Fällen dazu nutzte, offizielle Beweise zu schaffen, die zu einer Freiheitsstrafe führten, in anderen Fällen aber trotz strafrechtlicher Ermittlungen von einem Gerichtsverfahren absah, lässt sich den Akten nicht entnehmen. Fest steht, dass nicht allein die strafrechtlichen Fakten entscheidend waren, sondern auch der „politisch-operative“ Nutzen, den sich der Staatssicherheitsdienst von einer Verhaftung versprach. Welche Kriterien dieser Kosten-Nutzen-Rechnung zugrunde lagen, lässt sich aus dem vorhandenen Material nicht rekonstruieren. Auch eine zahlenmäßige Bilanz dieser Maßnahme ist nicht möglich, da sich nur einige ausgewählte Urteile in Koenings Akten finden. Lediglich im Abschlussbericht zum OV „Gast“ findet sich die Bemerkung, der Ordensbruder habe in *über 100 gegen Bürger der DDR eingeleiteten strafrechtlichen Maßnahmen*⁸⁸⁵ eine Rolle gespielt.

Mögliche Konsequenzen einer Westverbindung

Es kann davon ausgegangen werden, dass das MfS in vielen Fällen härter gegen Ausreiseantragsteller mit Westverbindungen vorging.⁸⁸⁶ Denn erstens fürchtete das Ministerium den Image-Verlust im westlichen Ausland, zweitens hatte es offensichtlich Angst, die Kontrolle über die Ausreisebewegung zu verlieren. So machte die ZKG 1986 in einer Koordinierungsabsprache zum OV „Gast“ klar, *daß es darauf ankommt, durch eine kluge operative Bearbeitung der mit Feindkräften in Verbindung stehenden Personen nachdrücklich zu beweisen, daß die DDR* [sic] nicht erpressen lässt, hier fehlt der Text, Anm. der Verf.]. *Prinzipiell werden aus diesem Personenkreis keine Übersiedlungen genehmigt.*⁸⁸⁷ Die Akten belegen, dass der Staatssicherheitsdienst immer wieder versuchte, Kontakte in den Westen hart zu bestrafen – wahrscheinlich vor allem, um zu verhindern, dass der Erfolg einer solchen Verbindung Schule machte. Im ZOV „Kontra“ findet sich ein Jahresrückblick, in dem die ZKG notiert: *Erfolgreich verlief die Aktion „Presse“, wonach DDR-Bürger, die in westlichen Massenme-*

884 Ebd.

885 Abschlussbericht der BKG Cottbus vom 31. 7. 1987, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 171.

886 Vgl. EISENFELD, Bernd: Widerständiges Verhalten im Spiegel von Statistiken und Analysen des MfS, in: HENKE / ENGELMANN, a. a. O., S. 173.

887 Absprache der ZKG, Abt. 5, mit der BKG Cottbus v. 23. 1. 1986, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, TV 2, Bd. IX, Bl. 137.

dien veröffentlicht wurden, keine Genehmigung zur Übersiedlung erhielten.⁸⁸⁸ Nähere Informationen zu diesen Maßnahmen finden sich nicht, die Aktion könnte aber dafür verantwortlich sein, dass die Familien Zille und Krüger 1980 vergeblich um ihre Ausreise kämpften.

Andererseits konnte das MfS solche Maßnahmen augenscheinlich nur kurzfristig durchsetzen, ging ab Mitte der 80er Jahre sogar zunehmend dazu über, „hartnäckige Ausreiseartragsteller“ übersiedeln zu lassen – in der Hoffnung, „innenpolitischen Schaden“ abzuwenden.⁸⁸⁹ Bei der „operativen Bearbeitung“ mehrerer Briefpartner Koenings in Gera registrierte das MfS selbst, dass die *Zeitdauer von der ersten Antragstellung bis zur Übersiedlung dieser Personen in die BRD* anfangs 2 ½ Jahre betragen, sich aber *bis zum heutigen Zeitpunkt auf 1 Jahr* verringert habe.⁸⁹⁰ Dies liege möglicherweise daran, dass westdeutsche Stellen diese Ausreiseverfahren besonders forciert hätten. Hinzu kam, dass ein Kontakt zu BRD-Bürgern oder westdeutschen Medien für die Briefpartner durchaus auch ein Schutz vor einer willkürlichen Behandlung durch das MfS sein konnte, da dieses einen Image-Schaden im Ausland befürchten musste.⁸⁹¹

Die Konsequenzen, die sich aus dem Briefkontakt mit Koenig ergaben, waren für die Ausreiseartragsteller also nicht vorhersehbar und lassen sich auch aus heutiger Sicht nicht eindeutig beschreiben. Die Briefpartner waren sich aber in der Regel über die Gefahren einer solchen Verbindung im Klaren. Sie versuchten aus einem Gefühl der Ohnmacht heraus, mit westlicher Unterstützung Druck auf die DDR-Behörden auszuüben und waren bereit, die Konsequenzen dieser Entscheidung zu tragen. Viele betrachteten den Strafvollzug auch als Tür zum Westen, als letzte Möglichkeit, die DDR verlassen zu können.

Das Paradoxe an Koenings Aktion war, dass er einerseits auf Hilferufe reagierte und versuchte, seine Briefpartner so gut wie möglich zu unterstützen. Andererseits war der Kontakt zu ihm aber in vielen Fällen dafür verantwortlich, dass sich der Konflikt zwischen den Ausreiseartragstellern und dem Ministerium für Staatssicherheit verschärfte.

888 Bericht zur Planerfüllung 1980 der ZKG, Abteilung 1, vom 12. 11. 1980, in: BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. V, Bl. 2.

889 1984 versuchte die DDR sogar, sich dem Ausreiseproblem in einem „Befreiungsschlag“ zu entledigen: Überraschend erhielten 21.000 Antragsteller eine Ausreisegenehmigung. Die Zahl der Erstantragsteller nahm daraufhin aber noch zu, NEUBERT, Erhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997, 2., erw. und korr. Auflage 2000 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 346), S. 526.

890 Operativ-Hinweis Nr. 11/82 der BV Gera vom 27. 2. 1982, in: BStU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85, Bd. I, Bl. 136.

891 EISENFELD: Verhalten, S. 175.

VII. Schlussbetrachtung

Der münsterische Ordensbruder Theo Koenig baute von 1978 bis zur Wiedervereinigung 1990 eine der größten privaten Hilfsaktionen für DDR-Bürger auf. Sein Engagement war grundsätzlich religiös motiviert und lässt sich als konsequente Umsetzung christlicher Nächstenliebe verstehen. Nach der Rückkehr aus der Südsee suchte Koenig „vor Ort“ nach einer neuen Aufgabe. Aus seiner christlich-konservativen Weltanschauung heraus stand er dem atheistischen Sozialismus der DDR von vornherein ablehnend gegenüber. Dagegen fühlte er sich den DDR-Bürgern aus gleichen Gründen sehr verbunden.

Bei zwei Besuchen in der DDR sah sich Koenig in seinen Werturteilen bestätigt und empfand sogar eine gewisse Parallelität zum Lebensalltag im Nationalsozialismus. Aufgrund persönlicher Erfahrungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit fühlte er sich verpflichtet, die DDR-Bürger im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv zu unterstützen. Das persönliche Leid der Ausreiseartragsteller und politischen Häftlinge, von dem Koenig durch seine ersten Briefverbindungen erfuhr, war für ihn eine zusätzliche Bestätigung dafür, dass seine Hilfe in der DDR gebraucht wurde. Diese Einsicht und ein sehr positives Feedback der Briefpartner verhalfen seiner Aktion schließlich zu einer gewissen Eigendynamik. Sein Mitgefühl für die Schicksale der DDR-Bürger, sein Glaube und seine Selbstdisziplin verboten es ihm, eine persönliche Belastungsgrenze festzulegen. Aus dem kleinen Briefprojekt wurde daher eine „Ein-Mann-Organisation“ – auf recht professioneller Basis unterstützte Koenig insgesamt über 700 DDR-Bürger.

Trotz seiner klaren weltanschaulichen Position verfolgte er in der Ausgestaltung seiner Hilfsaktion keine konkreten politischen Ziele, was sich auch durch die Auswahl seiner Briefpartner belegen lässt. Koenig selbst stellte keine Erwartungen an die DDR-Bürger, sondern war bereit, alle zu unterstützen, die sich seiner Meinung nach in einer Notsituation befanden oder die selbst Interesse an einer Briefverbindung bekundeten. Er hatte daher Kontakt mit Menschen unterschiedlichster Alters- und Berufsgruppen, sozialer Herkunft oder Bildungsgrade.

Über die Briefpartner lassen sich keine einheitlichen Aussagen treffen, nach den Erwartungen, die sie an Koenings Aktion stellten, lassen sich aber drei Kategorien unterscheiden: Die Ausreiseartragsteller befanden sich in einem offenen Konflikt mit dem sozialistischen Staatssystem. Sie hatten ihren Willen bekundet, die DDR zu verlassen, was die Staatsführung als politische Provokation wertete. Im Verbund mit Arbeitgebern und gesellschaftlichen Kräften setzte das Ministerium für Staatssicherheit die

Übersiedlungersuchenden systematisch unter Druck. Bildlich gesprochen standen die Ausreiseantragsteller in der DDR mit dem Rücken zur Wand, waren zudem oft gesellschaftlich isoliert. Ein Westkontakt war für viele die ultima ratio in einer scheinbar ausweglosen Situation. Von Koenig erhofften sie sich materielle Unterstützung, vor allem aber menschliche Bestätigung und eine Verstärkung in ihrem Kampf um die Ausreise.

Die „DDR-treuen“ Briefpartner befanden sich allenfalls in einem versteckten Konflikt mit dem sozialistischen System. Vordergründig nahmen sie eine gesellschaftskonforme Position ein, wollten die DDR nicht verlassen und äußerten meist keine offene Kritik. Dennoch waren sie in vielen Punkten unzufrieden mit ihrer Lebenssituation in der DDR. Ihre Erwartungen an Koenig waren zwar nicht klar definiert, sie versprachen sich aber Anteilnahme und Unterstützung und dadurch eine allgemeine Verbesserung ihrer persönlichen Lage.

Die „Stasi-Fälle“ kooperierten – gezwungen oder freiwillig – mit dem Staatssicherheitsdienst. Ihre eigenen Erwartungen an Koenig lassen sich daher nur schwer bestimmen. Der Kontakt diente oft dem vorrangigen Ziel, die Aufträge des MfS zu erfüllen. Für die Inoffiziellen Mitarbeiter, die gezielt auf Koenig angesetzt wurden, traf dies in noch stärkerem Maße zu, da solche Briefverbindungen von Beginn an „fremdbestimmt“ waren. Diese Briefpartner hatten demnach eher Erwartungen an ihren Auftraggeber, das MfS, als an Koenig: Sie versprachen sich von ihrer IM-Tätigkeit vermutlich finanzielle Vorteile oder andere Vergünstigungen.

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Erwartungen war die Tatsache, dass sie DDR-Bürger waren, also die einzige Gemeinsamkeit aller Briefpartner. Von den speziellen Beweggründen der Stasi-Fälle erfuhr Koenig zu DDR-Zeiten meist nichts. Die Unterschiede zwischen ausreisewilligen und „DDR-treuen“ Briefpartnern berücksichtigte er hingegen bei seiner Hilfsaktion – soweit das im Rahmen seiner Möglichkeiten lag. Für die materielle Versorgung konnte er – angesichts der Tatsache, dass er weder Eigenmittel hatte noch staatliche Zuschüsse bekam – doch über eine recht große Summe verfügen. Ab Mitte der 80er Jahre erhielt Koenig durchschnittlich über 30.000 DM pro Jahr aus privaten Spenden, einer finanziellen Unterstützung von HVD und Entschädigungszahlungen der Bundespost für verschwundene Pakete. Da er keine Verwaltungskosten hatte, investierte er diesen Betrag vollständig in Nahrungsmittel und Kosmetikartikel – komplettiert wurden die Pakete durch Kleiderspenden.

Die Finanzierung der schnell anwachsenden Hilfsaktion war also gesichert und in puncto Logistik kam Koenig mit sehr wenigen Mitteln aus. Den

Arbeitsaufwand trug er im großen und ganzen alleine, die DDR-Aktion nahm seine gesamte Freizeit in Anspruch. Er stand gleichzeitig mit bis zu 250 Leuten in Kontakt und bemühte sich, neben einer „Standardversorgung“ den individuellen Anforderungen gerecht zu werden.

Gerade durch die persönliche und kontinuierliche Betreuung gelang es dem Ordensbruder trotz der räumlichen Distanz, zu vielen Briefpartnern ein enges Vertrauensverhältnis aufzubauen. Er war in der Regel sehr genau über die jeweiligen Probleme informiert und konnte sein Hilfsangebot darauf abstimmen. Die ausreisewilligen Briefpartner versuchte er in ihrer Entscheidung, die DDR zu verlassen, zu bestärken, Angst vor der Zukunft im Westen zu nehmen und das Defizit an sozialer Bestätigung auszugleichen.

Das Wissen um die Postkontrollen des MfS führte dabei zu einer inhaltlichen Selbstzensur: Die eigentliche Botschaft war oft hinter eher allgemeinen und oberflächlichen Sätzen versteckt. Form und Stil dienten ebenso dazu, den eigentlichen Zweck des Briefwechsels zu verschleiern und eine verwandtschaftliche Beziehung vorzutäuschen. Die ausreisewilligen Briefpartner reagierten auf ihre Situation und die Drohkulisse des MfS entweder mit Angst, die sich an sehr verhaltenen Brieftexten ablesen lässt, oder mit großer Wut, die sich in deutlichen Worten über das MfS oder die Lebensumstände in der DDR Luft verschaffte.

Neben dem persönlichen Kontakt unterstützte der Ordensbruder den Ausreisewunsch seiner Briefpartner durch Eingaben bei politischen Institutionen in beiden deutschen Staaten. Er informierte die bundesdeutschen Behörden über den jeweiligen Stand des Antragverfahrens und signalisierte gegenüber DDR-Behörden, dass das Schicksal seiner Briefpartner im Westen verfolgt wurde. Die ostdeutsche Seite reagierte auf solche Aktivitäten nur indirekt: In einigen Fällen verschärfte das MfS die Repressionen gegenüber Koenigs Briefpartnern und versuchte außerdem, den Ordensbruder bei bundesdeutschen Stellen zu diskreditieren. Inwieweit dies Erfolg hatte, ließ sich im Rahmen dieser Arbeit nicht klären. Fest steht aber, dass das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen verärgert auf eine öffentliche Behandlung solcher Fälle reagierte.

Bestätigung für sein Engagement fand Koenig hingegen bei verschiedenen Menschenrechtsorganisationen, die bei ihrer Arbeit von seinem engen Schriftverkehr mit den Betroffenen profitieren konnten. Der Ordensbruder stellte seine Informationen allerdings nur mit Einverständnis der DDR-Bürger für Veröffentlichungen zur Verfügung – und dies blieb die Ausnahme. Koenig selbst hatte keine Kapazitäten, um eine eigene Öffentlich-

keitsarbeit zu organisieren, und war außerdem darauf bedacht, den privaten Rahmen seiner Aktion nicht zu sprengen.

Die „DDR-treuen“ Briefpartner hatten kein Interesse an einem öffentlich bekannten Mitstreiter im Westen. Da sie nicht die Absicht hatten, die DDR zu verlassen, benötigten sie keine entsprechende Unterstützung. Sie äußerten zwar auch Kritik am sozialistischen System, diese war jedoch eher marginal als existentieller Natur. Die „DDR-treuen“ Briefpartner fühlten sich daher in der Regel nicht gefährdet, weil sie mit Koenig korrespondierten. Auch sie waren zwar darauf bedacht, brisante Gesprächsinhalte mit Blick auf die Kontrolleure des MfS zu vermeiden – aber wohl eher aus einem vorseilenden Gehorsam als einer bewussten Angst.

Koenig nahm die ihm zugetragenen Probleme ernst, ohne sie zu einer generellen Kritik an der DDR auszuweiten. Er versteckte seine persönliche Meinung zur deutsch-deutschen Teilung nicht, machte aber auch positive Seiten an der DDR aus und akzeptierte die Einstellung der DDR-Bürger. Durch Koenigs Westpakete und seine verständnisvolle Betreuung fiel es den Briefpartnern möglicherweise leichter, sich mit dem Leben in der DDR zu arrangieren.

Koenigs Betreuung diene also widersprüchlichen Zielen, half den einen Briefpartnern, die DDR zu verlassen – und den anderen, sich in ihr einzurichten. Dies stützt die These, dass diese Aktion humanitär und religiös motiviert war und Koenig keine eigenen politischen Ziele verfolgte. Die sehr positive Resonanz der Briefpartner, die vielen Dankesbriefe und die teilweise bis heute andauernden Brieffreundschaften belegen, dass seine Hilfe aus Sicht der betroffenen DDR-Bürger gewünscht und erfolgreich war. Trotz der unprofessionellen Voraussetzungen gelang es dem Ordensbruder, eine effektive Unterstützung zu organisieren, die vor allem von seiner unbürokratischen Arbeitsweise und seinem Einfühlungsvermögen profitierte.

In seinem privaten Umfeld wurde Koenigs Hilfsaktion sehr positiv aufgenommen, hier fand der Ordensbruder auch finanzielle Unterstützung für sein Anliegen. Von Menschenrechtsorganisationen bekam er viel Zuspruch, besonders eng war die Zusammenarbeit mit HILFERUFE VON DRÜBEN. Seine Berufskollegen zeigten sich zwar durchweg beeindruckt von seinem persönlichen Einsatz, einige distanzierten sich aber von Koenigs politischer Einstellung. Sie kamen teilweise zu positiveren Werturteilen über die DDR, stellten die generelle Hilfsbedürftigkeit der DDR-Bürger daher in Frage.

Die Kritik der westdeutschen Behörden ging noch weiter, sie bezweifelten, dass Koenigs Hilfe für Ausreiseantragsteller überhaupt eine solche war. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen argumentierte, eine positive Lösung der Ausreisefälle könne nur in geheimen, diplomatischen Verhandlungen erreicht werden. Ein privater Briefkontakt mit Koenig, auf jeden Fall aber eine Veröffentlichung in westdeutschen Medien, schade den DDR-Bürgern und setze sie einer unnötigen Gefahr aus.

Auf ostdeutscher Seite wurde sehr schnell das Ministerium für Staatssicherheit auf den münsterischen Ordensbruder aufmerksam. Mit großem Aufwand machte es sich an die „politisch-operative“ Bearbeitung der vermeintlichen „Feindzentrale“. Auf weit über 6.000 Seiten wurde Koenigs Persönlichkeit und Vita diskutiert, von der Geruchsspur bis zur Freizeitbeschäftigung jede noch so kleine Information dokumentiert. Mit Hilfe von über 20 Inoffiziellen Mitarbeitern recherchierte der Staatssicherheitsdienst Koenigs Vorgehensweise und seine Arbeitsmethoden. Geht man nach dem Informationsgehalt der Akten, so verfügte das MfS – trotz einiger Fehlinformationen – über ein fast lückenloses Bild von Koenig und seinen Aktivitäten.

Die Schlüsse, die die hauptamtlichen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes daraus zogen, waren allerdings ideologisch determiniert. Koenig versuche, so hieß es, mit Mitteln „politisch-ideologischer Diversion“, DDR-Bürger gegen das sozialistische System aufzuwiegeln, indem er sie entweder in ihrem Ausreisewunsch bestärke oder als Stützpunkte für seine „feindliche Organisation“ benutze. Humanitäre Beweggründe schloss das MfS aus, es war bis zum Schluss überzeugt, die wahren Machenschaften und vor allem die geheimen Hintermänner des Ordensbruders nur noch nicht erkannt zu haben. Die Tatsache, dass das vordergründige Erscheinungsbild Koenigs so harmlos war, machte ihn für den Staatssicherheitsdienst offenbar umso gefährlicher.

Neun Jahre lang testete das MfS verschiedene Wege, Koenigs „Feindtätigkeit“ wirksam zu unterbinden. Obwohl das Ministerium über ein ausgeklügeltes Instrumentarium an perfiden Methoden verfügte, Gegner zu „zersetzen“ oder zu „liquidieren“, blieben die Gegenschläge des Staatssicherheitsdienstes in Koenigs Fall relativ wirkungslos. Dies lag wohl in erster Linie daran, dass das MfS kaum eine Möglichkeit fand, Koenig psychisch unter Druck zu setzen. Der Ordensbruder bot – ledig, ohne Karrierepläne und öffentlichen Ruf – praktisch keine Angriffsfläche. Sein Ein-Mann-Betrieb war unmöglich zu unterwandern, und die Beziehungen zu seinem westdeutschen Unterstützerkreis waren zu eng und persönlich, als dass das MfS sie hätte sprengen können.

Mittels sogenannter „politisch-operativer Kombinationen“ gelang es dem Staatssicherheitsdienst zwar, Koenig durch anonyme Briefe zu verunsichern oder ihn finanziell zu schädigen. Das eigentliche Ziel, seine Verbindungen in die DDR zu zerschlagen, konnte das MfS – wohl auch mit Rücksicht auf die deutsch-deutschen Beziehungen – aber nicht verwirklichen.

Für Koenings Briefpartner waren die Konsequenzen ihres Westkontaktes dagegen in einigen Fällen sehr schwerwiegend. Sie waren dem MfS relativ hilflos ausgeliefert, da sich das Ministerium bei der Verfolgung „staatsfeindlicher Tätigkeiten“ in einem weitgehend rechtsfreien Raum bewegen konnte. Gegenüber den „DDR-treuen“ Briefpartnern hielt sich der Staatssicherheitsdienst noch sehr zurück, da das oberste Ziel darin bestand, abtrünnige Gesellschaftsmitglieder „zurückzugewinnen“. Daher wurden Koenings vermeintliche „Stützpunkte“ in der Regel erst konspirativ überwacht, später dann in operativen Aussprachen zum Kontaktabbruch gezwungen. In einigen Fällen versuchte das MfS wohl auch, die Unsicherheit der Briefpartner zu nutzen, um sie als Inoffizielle Mitarbeiter zu werben.

Die Ausreiseantragsteller standen meist schon vor ihrer Verbindung zu Koenig unter ständiger Beobachtung durch das MfS. Ein Westkontakt war für den Sicherheitsdienst praktisch ein „rotes Tuch“ und führte zu stärkeren Repressionen. Das MfS hoffte so zu verhindern, dass Informationen über das Antragsverfahren oder die Lebenssituation dieser DDR-Bürger ins Ausland gelangten. In der Honecker-Ära wählte das Ministerium bevorzugt die sogenannten „weichen Formen“ der Verfolgung: Die Antragsteller wurden durch „lautlose Zersetzungsmaßnahmen“ physisch und psychisch unter Druck gesetzt.

Einige Briefpartner wurden aufgrund ihrer Westkontakte auch zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. In den Gerichtsverfahren wurden Koenings Briefe teilweise als Beweismittel für eine „illegale Nachrichtenübermittlung“ angeführt. Obwohl sich der Ordensbruder bemühte, seine Briefpartner nicht durch politische Äußerungen zu gefährden, konnte seine Unterstützung den DDR-Bürgern auch zum Nachteil gereichen, schlimmstenfalls sogar eine Gefängnisstrafe nach sich ziehen. In anderen Fällen war die Verbindung zu Koenig dagegen der Grund für eine schnelle Ausreisegenehmigung, weil sich das MfS der „hartnäckigen Antragsteller“ auf diesem Weg entledigen wollte. Und es kann auch davon ausgegangen werden, dass der Staatssicherheitsdienst zumindest in einigen Fällen vor einer allzu willkürlichen Behandlung der DDR-Bürger zurückschreckte, wenn diese eine Verbindung in die BRD hatten.

Ob Koenig mit seiner Unterstützung den Ausreiseantragstellern eher half oder schadete, konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht eindeutig geklärt werden. In der historischen Forschung wurde dieses Problem – die Effektivität westlicher Unterstützung für DDR-Opportunisten – bisher kaum diskutiert. Hier wird sicher auch die Rolle der westdeutschen Behörden und der Einfluss des MfS auf diese noch genauer zu untersuchen sein. Es kann aber gesagt werden, dass Koenings Briefpartner nicht nur bewusst den Entschluss fassten, Hilfe im Ausland zu suchen. Sie hielten diese Entscheidung trotz teils schwerer Konsequenzen mehrheitlich auch im Nachhinein noch für richtig. Ohne Koenings Unterstützung, so die Begründung, hätten sie den aufreibenden Kampf um die Ausreise nicht durchgestanden.

Koenings Hilfsaktion insgesamt zu beurteilen wird dadurch erschwert, dass es bisher keine Untersuchungen zu anderen privaten Hilfsprojekten gibt. Sein Engagement lässt sich daher nicht vergleichend in die Forschung einordnen. Es kann aber angenommen werden, dass sein persönlicher Einsatz, seine Konsequenz und sein Durchhaltevermögen bei der Umsetzung seiner Hilfe eine Ausnahmeleistung darstellen.

Literaturverzeichnis

A Quellen

Unveröffentlichte Quellen

1. Privatarchiv Koenig

Briefwechsel zwischen Koenig und seinen Briefpartnern in der DDR
(Briefakten, 39 Bde.).

Briefwechsel zwischen Koenig und (politischen) Institutionen in Ost- und Westdeutschland, sowie anderen Hilfsorganisationen
(Büroakten, 10 Bde.).

Aktenbestände des Ministeriums für Staatssicherheit

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU):

BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I–IV (OV „Gast“).

BStU, ZA, MfS, AOP 6071/91, Bd. I–XXV (ZOV „Kontra“).

BStU, Ast. Gera, MfS, AOP 32/85 (OV „Polyp“).

BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AOP 1843/80 (OV „Ratte“).

BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AOP 310/81 (OV „Laus“).

BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AU 1121/81.

BStU, Ast. Halle, MfS, AOP 2322/81 (OV „Kontakt“).

BStU, Ast. Halle, MfS, AOP 2764/85 (OV „Kontakt II“).

BStU, Ast. Halle, MfS, AU 1753/84.

BStU, Ast. Rostock, MfS, AOP 2071/84 (OV „Bruder“).

BStU, Ast. Magdeburg, MfS, AOV 1893/81 (OV „Botschaft“).

2. Zeitzeugeninterviews

Interview mit Claus P. Clausen vom 30. 5. 2002 in Lippstadt.

Interview mit Eva Falkenstein vom 6. 4. 2002 in Berlin.

Interview mit Gerhard Hiob am 14. 5. 2002 am Telefon.

Interview mit Elisabeth Köning am 15. 9. 2002 am Telefon.

Interview mit Mechthild Köning am 27. 9. 2002 am Telefon.

Interviews mit Bruder Theo Koenig vom 1. und 2. 9., sowie vom 4. 10. 1994; vom 1., 2. und 3. 3., vom 12. 7., 22. und 23. 8. in Münster, sowie am 20. 8. und 16. 9. 2002 am Telefon.

Interview mit Hans-Joachim Paesler vom 26. 4. 2002 in Münster.

Interview mit Gisela Reeker vom 30. 5. 2002 in Lippstadt.

Interview mit Anita Reitmann am 4. 5. 2002 in Adelebsen.

Interview mit Franz-Josef Lütke Schelhowe am 26. 4. 2002 in Münster.

Interview mit Hans-Georg, Ingrid und Marcus Schulz am 16. 3. 2002 in Reute.

Interview mit Pater Manfred Simmich am 11. 7. 2002 in Münster.

Interview mit Bruder Herbert Spellmeyer am 22. 8. 2002 in Münster.

Interview mit Fritz Vorspel am 26. 4. 2002 in Münster.

3. Sonstiges

KÜHN, Dorothee / SCHEMANN, Anne / SILIES, Eva-Maria: „Feindzentrale“ Onkel Theo. 600 Kontakte in die DDR – ein Ordensbruder mit außergewöhnlichem Hobby“, Arbeit für den Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1994/ 95.

Veröffentlichte Quellen

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit (BF informiert), 2., erw. Auflage Berlin 1996.

GESAMTDEUTSCHES INSTITUT, Bundesanstalt für gesamtdesche Aufgaben (Hrsg.): Hinweise für Geschenksendungen in die DDR und nach Berlin (Ost). Ausgabe November 1987, Bonn 1987.

GFM, HILFERUFE VON DRÜBEN und BRÜSEWITZ-ZENTRUM (Hrsg.): Menschenrechte als Opfer „innerdeutscher Beziehungen“ vom 22. 5. 1980.

HILFERUFE VON DRÜBEN e. V. (Hrsg.): Hilferufe von drüben. Zeitschrift für die Bürgerrechtsbewegung in der „DDR“.

IM-RICHTLINIE 1/59, Richtlinie für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern außerhalb des Gebietes der DDR, 3. Entwurf, 17. 6. 1959; BStU, ZA, SdM 1872, Bl. 60–145, abgedruckt in: MÜLLER-ENBERGS: Inoffizielle Mitarbeiter, S. 290–340.

INTERNATIONALE GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE (Hrsg.): Günter Zille. Ein deutscher Bürgerrechtler in der DDR. Dokumentation, Frankfurt am Main 1981.

KÖHLER, P. et al.: Polizei der BRD. Polizei der Monopole. Entstehung, Aufgaben und Struktur des Polizeiapparats der BRD, seine Rolle im Herrschaftsmechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus und das Zusammenwirken mit den Geheimdiensten bei der Unterdrückung der demokratischen Kräfte, Berlin 1972.

LEVY, Ernst L.: Drohungen, Verhöre, Zuchthaus – statt der Ausreisegenehmigung aus der DDR. Nach fünf Jahren Kampf hofft Günter Zille noch immer/ „Wir wollen uns diesen Verhältnissen nur entziehen“, in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 18.10.1980, S. 6.

MfS-DIENSTANWEISUNG NR. 2/83 vom 13. Oktober 1983: ... *zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, sowie für vorbeugende Verhinderung, Aufklärung und wirksame Bekämpfung damit im Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen* ..., in: LOCHEN / MEYER-SEITZ, S. 87–205.

ORDNUNG NR. 118/77 des DDR-Innenministeriums vom 8. März 1977, abgedruckt in: LOCHEN / MEYER-SEITZ, S. 369–522.

Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV), abgedruckt in: GILL / SCHRÖTER, S. 346–402.

SCHÄFER, Ulrich: Bruder Koenig engagiert sich seit Jahren für Ausreisewillige in der DDR. Materielle Hilfe und besonderer Trost, in: Münstersche Zeitung vom 11. 10. 1984.

STRAFGESETZBUCH DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK – StGB, Textausgabe mit Sachregister, Berlin, 9. Aufl. 1986.

STRAFPROZESSORDNUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK – StPO – sowie angrenzende Gesetze und Bestimmungen, Berlin 1979.

B Literatur

1. Monographien und Sammelbände

AMNESTY INTERNATIONAL (Hrsg.): 40 Jahre amnesty international, Bonn 2001.

AMNESTY INTERNATIONAL / SEKTION DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (Hrsg.): Eine Information über Amnesty International, 3. Aufl., Bonn 1993.

BAUERKÄMPER, Arnd: Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998.

BÖHME, Irene: Die Mauersegler kommen, Frankfurt am Main 1986.

BOHNSACK, Günter / BREHMER, Herbert: Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992.

BOROWSKY, Peter: Deutschland 1969–82, Hannover 1987.

BOYER, Christoph / SKYBA, Peter (Hrsg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und ČSSR, Dresden 1999 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Berichte und Studien Nr. 20).

BRAUCKMANN, Roland: Amnesty International als Feindobjekt der DDR, Berlin 1996.

BREDOW, Wilfried von: Der KSZE-Prozeß, Darmstadt 1992.

BRINKER, Klaus: Linguistische Textanalyse. Eine Einführung in Grundbegriffe und Methoden, 3., durchges. und erw. Aufl., Berlin 1992.

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen, 2., aktual. und erw. Aufl., Bonn 1995.

CLAUSEN, Claus P. / KAMPHAUSEN, Helmut / LÖWENTHAL, Gerhard: Feinzentrale Hilferufe von drüben, 2. Aufl., Lippstadt 1994.

FRICKE, Karl Wilhelm / KLEWIN, Silke: Bautzen II. Sonderhaftanstalt unter MfS-Kontrolle 1956 bis 1989, Leipzig 2001 (Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Bd. 8).

GARTON ASH, Timothy: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München, Wien 1993.

GILL, David / SCHRÖTER, Ulrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991.

HACKE, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, aktual. und erw. Neuaufl., Berlin 1997.

HÄRTEL, Christian / KABUS, Petra (Hrsg.): Das Westpaket. Geschenksendung, keine Handelsware, 2. Aufl., Berlin 2001.

HENKE, Klaus-Dietmar / ENGELMANN, Roger (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995.

HILLGRUBER, Andreas: Deutsche Geschichte 1945–1986: die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik, Stuttgart, Berlin, Köln 1989.

KALLINICH, Joachim / DE PASQUALE, Sylvia (Hrsg.): Ein offenes Geheimnis. Post- und Telefonkontrolle in der DDR, Berlin 2002 (Katalog der Museumsstiftung Post und Telekommunikation, Bd. 13).

KNABE, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999.

KNABE, Hubertus (Hrsg.): West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“, Berlin 1999 (Analysen und Dokumente; Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik; Bd. 18).

KNABE, Hubertus:	Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien, Berlin, München 2001.
KRÜGER, Waltraud:	Ausreiseantrag. Sie nannten mich Nervensäge, Köln 1989.
LOCHEN, Hans-Hermann / MEYER-SEITZ, Christian (Hrsg.):	Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern, Köln 1992.
LÖWENTHAL, Gerhard:	Ich bin geblieben. Erinnerungen, München 1987.
MAIBAUM, Werner:	Geschichte der Deutschlandpolitik, Bonn 1998 (Reihe Deutsche Zeitbilder der Bundeszentrale für politische Bildung).
MIHR, Anja:	Amnesty International in der DDR. Der Einsatz für Menschenrecht im Visier der Stasi, Berlin 2002.
MÜLLER-ENBERGS, Helmut (Hrsg.):	Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998 (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik; Bd. 10).
MÜNCH, Ingo von (Hrsg.):	Dokumente des geteilten Deutschlands, Bd. II, seit 1968, Stuttgart 1974.
NEUBERT, Erhart:	Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997, 2., erw. und korr. Auflage 2000 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 346).
PINGEL-SCHLIEMANN, Sandra:	Zersetzen. Strategie einer Diktatur, Berlin 2002 (Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs 8).
POTTHOFF, Heinrich:	Die ‚Koalition der Vernunft‘. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995.

POTTHOFF, Heinrich:	Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Dokumente, Darstellung und Dokumente, Bonn 1997 (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 18).
POTTHOFF, Heinrich:	Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961–1990, Berlin 1999.
RASCHKA, Johannes:	„Für kleine Delikte ist kein Platz in der Kriminalitätsstatistik“. Zur Zahl politischer Häftlinge während der Amtszeit Honeckers, Dresden 1997 (Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts 11).
RASCHKA, Johannes:	Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung. Zur politischen Repression in der Amtszeit Honeckers, Dresden 1998 (Berichte und Studien Nr. 14, hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden).
RASCHKA, Johannes:	Zwischen Überwachung und Repression – Politische Verfolgung in der DDR 1971 bis 1989, Opladen 2001 (Reihe: Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, hrsg. von Eberhard KUHRT, Hannsjörg F. BUCK und Gunter HOLZWEIßIG, Bd. 5).
REHLINGER, Ludwig (Hrsg.):	Freikauf. die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1961–1989, Berlin, Frankfurt/Main 1991.
ROETHE, Thomas:	Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl, Frankfurt am Main 1999.
SCHWEISFURTH, Theodor / OELLERS-FRAHM, Karin (Hrsg.):	Dokumente der KSZE, München 1993.
SIEBS, Benno-Eide:	Die Außenpolitik der DDR 1976–1989: Strategien und Grenzen, Paderborn, München, Wien, Zürich 1999.

-
- SUCKUT, Siegfried** (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen“ Arbeit, 3. Aufl., Berlin 2001 (Analysen und Dokumente, wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 5).
- TIMMERMANN, Heiner** (Hrsg.): Die DDR – Recht und Justiz als politisches Instrument, Berlin 2000 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 89).
- WANITSCHKE, Matthias:** Methoden und Menschenbild des Ministeriums für Staatssicherheit, Köln, Weimar, Wien 2001.
- WEBER, Hermann** (Hrsg.): DDR. Dokumente zur Geschichte der Demokratischen Republik 1945–1985, München 1986.
- WOLLE, Stefan** (Hrsg.): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, 2., durchges. Aufl., Bonn 1999 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 349).
- WÜST, Jürgen:** Menschenrechtsarbeit im Zwielicht. Zwischen Staatssicherheit und Antifaschismus, Bonn 1999 (Schriftenreihe Extremismus & Demokratie, herausgegeben von Uwe Backes und Eckard Jesse, Band 13).

2. Aufsätze und Zeitschriftenartikel

- DIETZSCH, Ina:** Geschenkpakete – ein fundamentales Missverständnis. Zur Bedeutung des Paketaustausches in persönlichen Briefwechseln, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 105–120.
- ENGELMANN, Roger:** Funktionswandel der Staatssicherheit, in: BOYER / SKYBA, S. 78–98.

-
- ENGELMANN, Roger:** Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: HENKE / ENGELMANN, S. 23–39.
- GIESEKE, Jens:** Oral History und DDR-Geschichte. In: Deutsche Studien, 29 (1991/92), S. 280–289.
- HÄRTEL, Christian:** Ostdeutsche Bestimmungen für den Paketverkehr im Spiegel westdeutscher Merkblätter, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 45–56.
- HÄRTEL, Christian / KABUS, Petra:** Geschenksendung, keine Handelsware. Das Westpaket als Mittel deutsch-deutscher Verständigung, in: KALLINICH / DE PASQUALE, S. 195–203.
- JUDT, Matthias:** Aufstieg und Niedergang der „Trabi-Wirtschaft“, in: DERS.: DDR-Geschichte, S. 87–102.
- KABUS, Petra:** Liebesgaben für die Zone. Paketkampagnen und Kalter Krieg, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 121–136.
- KNABE, Hubertus:** Strafen ohne Strafrecht. Zum Wandel repressiver Strategien in der Ära Honecker, in: TIMMERMANN, 91–110.
- LINDNER, Bernd:** „Dein Päckchen nach drüben“. Der deutsch-deutsche Paketversand und seine Rahmenbedingungen, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 25–44.
- PASQUALE, Sylvia de:** „Ich hoffe, daß die Post auch ankommt“. Die Brief- und Telegrammkontrollen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, in: KALLINICH / DE PASQUALE, S. 57–75.
- REUTER, Lothar:** Die Ungesetzlichkeit der Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis der DDR, in: KALLINICH / DE PASQUALE, S. 43–50.

-
- ROESLER, Jörg:** „Ein Westpaket für Honecker? Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 233–252.
- SCHNEIDER, Franka:** Ein Loch im Zaun. Schenken über die Genex Geschenkdienst GmbH, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 193–209.
- SCHULTE DÖINGHAUS, Uli:** Eine „gesonderte Behandlung“ jenseits des Regellaufs. Der Paketverkehr unter Kontrolle von Stasi und Zoll, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 65–82.
- TIPPACH-SCHNEIDER, Simone:** Mit Bino gekocht und mit Maggi gewürzt. Markenbewusstsein als Weltanschauung, in: HÄRTEL / KABUS: Westpaket, S. 137–152.
- VOLLNHALS, Clemens:** „Partner des politisch-operativen Zusammenwirkens“ – ein trübes Paar, in: Das Parlament Nr. 25–26 vom 12./ 19. Juni 1998, S. 16.

Verzeichnis der Dokumente

- 1 Brief von Theo Koenig an Familie Krüger vom 1. 6. 1980.
- 2 Abrechnung der Portoauslagen von Theo Koenig für HILFERUFE VON DRÜBEN für das zweite Quartal 1989.
- 3 Brief von Theo Koenig an Familie Schulz vom 2. 6. 1983.
- 4 Rundbrief von Theo Koenig vom Dezember 1983.
- 5 Lageplan des IM-Vorlauf „Sammler“ vom Missionshaus und dem Kardinal-von-Galen-Gymnasium in Münster-Hiltrup vom 1. 12. 1983 (BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I).
- 6 Charakteristik des IM-Vorlauf „Sammler“ zu Theo Koenig vom 1. 12. 1983 (BStU, Ast. Cottbus, MfS, AOP 1684/87, Bd. I).

Impressum

Anne Schemann:

„Feindzentrale Onkel Theo“

Eine private Hilfsaktion für DDR-Bürger und ihre politischen Dimensionen

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 31)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, April 2004

Layout: Nowotzin

Druck: Harz Druckerei Wernigerode GmbH